



Landtag von Baden-Württemberg

78. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 25. November 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Mittagspause: 13:04 bis 14:00 Uhr

Schluss: 19:07 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5607	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5623, 5628
Eintritt des Abg. Walter Krögner	5607	Minister Helmut Rau	5624, 5629
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	5620	Beschluss	5629
Begrüßung einer Delegation aus der finnischen Provinz Oulu.	5670	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung und zum Betrieb einer Ethylen-Rohrleitungsanlage in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Ethylen-Rohrleitungsgesetz) – Drucksache 14/5171	
1. Aktuelle Debatte – Der Bologna-Prozess und die Auswirkungen auf die Hochschulen und die Studierenden in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	5607	Beschlusempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5401	5629
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	5607, 5616	Abg. Manfred Groh CDU	5630
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU	5608, 5617	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5631
Abg. Martin Rivoir SPD	5610	Abg. Franz Untersteller GRÜNE	5632
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	5611, 5619	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5633
Minister Dr. Peter Frankenberg	5613	Minister Ernst Pfister	5634
Abg. Johannes Stober SPD	5618	Beschluss	5634
2. a) Aktuelle Debatte – Berufliche Schulen in Baden-Württemberg – integrativ, gerecht und leistungsstark – beantragt von der Fraktion der CDU		4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW) – Drucksache 14/5345	
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4443	5620	Beschlusempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5400	5635
Abg. Andrea Krueger CDU	5620, 5625	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	5635
Abg. Gunter Kaufmann SPD	5621, 5626	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5636
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	5622, 5627	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5637
		Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5638
		Minister Ernst Pfister	5638
		Beschluss	5639

5. Regierungsbefragung

5.1 Elektromobilität in Baden-Württemberg – Stand, Herausforderung und Strategie: Die Landesinitiative Elektromobilität Baden-Württemberg

Minister Ernst Pfister	5640, 5643, 5644, 5645
Abg. Paul Nemeth CDU	5642
Abg. Peter Hofelich SPD	5643
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5644
Abg. Karl Zimmermann CDU	5645

5.2 Haltung der Landesregierung zu Sanktionen gegen Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen

Abg. Katrin Altpeter SPD	5646
Minister Helmut Rau	5646
Staatssekretär Dieter Hillebrand	5647, 5648, 5649, 5650, 5651, 5652
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	5647, 5649
Abg. Marianne Wonnay SPD	5648, 5651
Abg. Klaus Herrmann CDU	5650, 5651

6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 30. Juli 2009 – Fünfter Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich – Drucksachen 14/4963, 14/5292

Abg. Thomas Bopp CDU	5652
Abg. Andreas Stoch SPD	5653
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5655
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP	5656
Minister Heribert Rech.	5657
Beschluss	5660

7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe – Drucksache 14/5277

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/5464	5660
Abg. Günther-Martin Pauli CDU	5660
Abg. Rainer Stickelberger SPD	5660
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5660
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP	5661
Minister Dr. Ulrich Goll	5661
Beschluss	5662

8. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei – Drucksache 14/3358

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Personalsituation im Vollzugsdienst der Polizei – Drucksache 14/3359	5662
Abg. Reinhold Gall SPD	5662, 5671
Abg. Thomas Blenke CDU	5664
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5665
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	5666
Minister Heribert Rech.	5667
Beschluss	5671

9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Stärkung des Jugendarbeitsschutzgesetzes – Drucksache 14/3379

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	5672, 5678
Abg. Sabine Kurtz CDU	5673
Abg. Rudolf Hausmann SPD	5674
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	5676
Staatssekretär Dieter Hillebrand	5677
Beschluss	5679

10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Naturschutzgroßprojekt im Schwarzwald – Drucksache 14/3430

Abg. Christoph Bayer SPD	5680
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	5681
Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE	5681
Abg. Dieter Ehret FDP/DVP	5682
Minister Peter Hauk	5683
Beschluss	5685

11. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Die Situation der Studentenwerke im Land – Drucksache 14/3362

Abg. Johannes Stober SPD	5686, 5691
Abg. Sabine Kurtz CDU	5687
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	5688
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	5689
Staatssekretär Dr. Dietrich Birk	5690

12. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Das Gäu-Quadrat – Eine besondere Entwicklungsaufgabe – Drucksache 14/3673

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5692, 5696
Abg. Paul Nemeth CDU	5693
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5693
Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	5694
Staatssekretär Richard Drautz	5695

Nächste Sitzung 5698

Anlage
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen/Gremien 5699

Protokoll

über die 78. Sitzung vom 25. November 2009

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 78. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Palm und Rombach erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Braun, Frau Abg. Brunner, Frau Abg. Dr. Unold, Frau Abg. Mielich und Herr Minister Stächele.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart und Frau Ministerin Dr. Stolz.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 28. September 2009 mitgeteilt, dass das Mandat des ausgeschiedenen Kollegen Gustav-Adolf Haas auf Herrn Walter Krögner übergegangen ist.

Herr Krögner hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 6. November 2009 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 14. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Krögner, ich begrüße Sie mit den besten Wünschen für Ihre neue Tätigkeit herzlich in unseren Reihen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In unserer Mitte begrüße ich heute besonders herzlich zwei Kollegen, die nach sehr langer bzw. längerer Krankheit heute wieder in unsere Mitte zurückgekehrt sind, nämlich Herrn Kollegen Klaus-Dieter Reichardt und Herrn Kollegen Werner Raab. – Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Neubeginn Ihrer Arbeit im Parlament und weiterhin gute Genesung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Der Bologna-Prozess und die Auswirkungen auf die Hochschulen und die Studierenden in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Die Gesamtredezeit für die Aktuelle Debatte beträgt 40 Minuten. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt eine Redezeit von je fünf Minuten, und für die übrigen Sprecher gilt ebenfalls eine Redezeit von je fünf Minuten.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum streiken die Studierenden seit Wochen in einer zweiten Welle? Im Sommer streikten sie schon einmal, und jetzt tun sie es wieder. Wenn man den Geschäftsführer der IHK Region Stuttgart, Herrn Andreas Richter, fragt, dann sagt er: „Das Bachelorstudium lässt Studierenden kaum eine Möglichkeit, ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln; sie brauchen aber neben fachlichen Kompetenzen auch soziale Fähigkeiten.“ Minister Frankenberger dagegen sagt: „Die Reform ist in weiten Teilen gelungen.“

Fragt man die Trägerin des Landeslehrpreises, die dieses Jahr ausgezeichnet wurde, Professorin Hesse von der PH Freiburg, dann sagt sie, sie könne die Studierenden gut verstehen, „denn diese kommen vor lauter Prüfungen ja gar nicht mehr zum Denken“. Unser Minister Frankenberger dagegen sagt: „Fundamentalopposition.“

Fragt man den Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, Peter Strohschneider, dann sagt er: „Die Studierenden werden intellektuell zu sehr eingeschränkt.“ Unser Minister Frankenberger dagegen sagt: „Zuständig für das Problem sind die Hochschulen.“

Die Rufe nach grundlegender Kurskorrektur beim Bachelorstudium kommen von allen Seiten, und sie werden immer lauter. Unser Minister Frankenberger war – zumindest bis gestern –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist nicht „unser“ Minister! Wir wollten ihn ablösen!)

beschäftigt mit Abwiegeln, Bagatellisieren und damit, mit dem Finger auf andere zu zeigen, weil diese schuld seien.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt sind die Missstände vielfach beschrieben worden, und ich brauche sie gar nicht zu wiederholen. Die spannende Frage ist aber: Warum sind die Bologna-Reform und deren unbestreitbar richtige Ziele so miserabel umgesetzt worden? Warum ist es heutzutage schwieriger, ein Semester lang im Ausland zu studieren, als es früher gewesen ist, obwohl es ein erklärtes Ziel der Reform war, mehr Mobilität und mehr Internationalität zu erreichen? Warum brechen immer mehr Studierende ihr Studium ab, insbesondere an Fachhochschulen und in den Ingenieurwissenschaften, obwohl es ein erklärtes Ziel der Reform war, die Studienabbrucherquote zu senken?

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Warum ist die Zahl der Studierenden, die Hilfe in der psychologischen Beratungsstelle suchen, weil sie mit dem Prü-

(Theresia Bauer)

fungsstress nicht mehr klarkommen, auf mehr als das Doppelte angestiegen, obwohl wir den jungen Menschen doch ein besser strukturiertes Studium bieten wollten?

Und die letzte Frage: Warum bleibt eigentlich keine Zeit mehr, irgendetwas neben dem eigenen Stundenplan zu studieren und über den Tellerrand hinauszuschauen, sich auch einmal zu engagieren, obwohl es doch erklärtes Ziel dieser Reform war, Menschen zu befähigen, als mündige Bürger verantwortlich zu handeln? Warum ist der Bologna-Prozess so miserabel und geradezu konterkariert umgesetzt worden?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wenn man unsere Ministerin Schavan fragt, dann zeigt sie auf die Länder und sagt: „Die sind schuld.“ Wenn man Herrn Minister Frankenberg fragt, dann zeigt er auf die Hochschulen und sagt: „Die Hochschulen sind schuld; sie sind ja autonom.“ Wenn man die Hochschulleitungen und die Rektoren fragt, dann sagen sie: „Dafür können wir nichts; es waren die Fakultäten.“

(Lebhafte Unruhe – Zuruf: Pst!)

Denn da sitzen die Professoren, die die Studiengänge entwickelt haben.“ Fragt man die Professoren, dann sagen sie: „Die Politik war’s. Sie hat uns eine Reform aufgezwungen, die wir nicht wollten, und Geld für den zusätzlichen Aufwand hat sie auch nicht gegeben.“

Damit sind wir wieder am Anfang: Was haben die Studierenden davon? Gar nichts! Ein paar warme Worte, geheucheltes Verständnis, aber keinerlei Unterstützung für ihre Forderung nach besseren Studienbedingungen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich sage Ihnen eines: Man kann sich als Minister nicht mit der Ausrede der Autonomie der Hochschulen aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk
CDU: Das machen wir überhaupt nicht!)

Denn Sie – Sie! – sind zuständig.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist gut so, dass wir
zuständig sind!)

Wenn die Hochschulen in ihrer Autonomie versagen, dann können Sie nicht zuschauen, wie eine gut gemeinte Reform in ihrer Umsetzung gegen die Wand gefahren wird.

(Beifall bei den Grünen)

Gestern hat der Wissenschaftsminister eine Pressekonferenz gegeben und hat angekündigt, dass er am 8. März 2010 eine Bologna-Konferenz macht. Es gibt jetzt einen neuen Button auf der Homepage des Wissenschaftsministeriums. Den kann man anklicken und dann seine Beschwerden eingeben. Das finden wir gut so. Die Reaktion kommt ein bisschen spät, aber sie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben das Gleiche übrigens schon seit Anfang Oktober von Ihnen verlangt. Wir freuen uns, dass Sie sich bewegen. Aber

(Zurufe: Aber!)

zum jetzigen Zeitpunkt muss man auch sagen: Mit schönem Zuhören und warmen Worten ist es nicht mehr getan, für einen Minister allemal nicht. Jetzt müssen Taten folgen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr richtig!)

Das Bachelorstudium soll zu Handlungsorientierung und zu Problemlösungskompetenz befähigen. Ich finde, die Studierenden dürfen das auch von ihrem Minister erwarten. Wir wollen, dass Sie etwas tun. Korrigieren Sie die Probleme. Sorgen Sie dafür, dass der Bachelor reformiert wird und dass es zu einem grundlegenden Kurswandel in diesem Land kommt.

In der zweiten Runde sage ich Ihnen noch, was die Politik konkret tun muss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwache Rede!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt wieder Sachlichkeit in die Diskussion! – Zuruf: Alles wird gut! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Hoffnungsträger!)

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bologna-Reform, die Umstellung der bisherigen Studiengänge auf Bachelor und Master, ist eine sehr tiefgreifende Reform für unsere Universitäten, wahrscheinlich die am tiefsten gehende der vergangenen Jahrzehnte. Unsere Hochschulen haben wir fit gemacht. Wir haben sie systematisch auf diesen Bologna-Prozess vorbereitet:

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist Wunschenken!)

Hochschulreform 2000, Stichwort „Neue Leitungsstrukturen und Hochschulräte“; Landeshochschulgesetz 2005: größere Autonomie, mehr Handlungsfähigkeit, Grundlage für den Erfolg bei der Exzellenzinitiative. Bei den Berufsakademien haben wir die Reform zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg durchgeführt. All diese Reformen waren erfolgreich und haben unsere Universitäten an die Spitze in Deutschland gebracht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Warum sind dann die Studenten auf der Straße?)

Ich sage für die CDU-Landtagsfraktion: Das schaffen wir auch beim Bologna-Prozess in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Streiks ist unsere Überzeugung: Sachargumente ja, konkrete Kritikpunkte ja. Die Studierenden haben einen Anspruch darauf, dass wir auf sie eingehen und handeln. Aber ich sage genauso klar: Fundamentalopposition, Forderungen von vielen Streikenden nach der Abschaffung von Bachelor und Master und nach der Ab-

(Dr. Klaus Schüle)

schaffung der Exzellenzinitiative, Besetzungen von Hörsälen und die Behinderung von Lehrveranstaltungen lehnt die CDU strikt ab.

(Beifall bei der CDU – Abg. Johannes Stober SPD:
Mit Ihrer strikten Politik behindern Sie die Lehre viel
mehr!)

Meine Damen und Herren, wir wollen auch, dass Sie sich in der Debatte – Sie haben sich uneingeschränkt mit den Streikenden solidarisiert – klar und deutlich davon distanzieren.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich dachte, man soll die Kritik ernst nehmen! – Unruhe)

Konkret zu Master und Bachelor.

(Zurufe)

– Man muss differenzieren. Genau das habe ich vorgetragen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Dann pauschalisieren Sie nicht! – Anhaltende Unruhe – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe einmal! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Getroffene Hunde bellen!)

Tatsache ist: An einigen Hochschulen laufen Protestaktionen zu Bachelor und Master. Das ist wahr. Aber wahr ist genauso: An vielen unserer Hochschulen, an vielen Fachhochschulen, an den acht Standorten der Dualen Hochschule, an den Künstlerischen Hochschulen wird nicht protestiert, wird nicht gestreikt, sondern wird studiert, weil die Reform dort schon zu einem großen Teil erfolgreich umgesetzt worden ist, und zwar, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit großem Erfolg.

Erst vor wenigen Wochen hat das Statistische Landesamt eine Studie über eine repräsentative Befragung aller Absolventen dieser Fachhochschulen herausgebracht. 80 % dieser Absolventen sagen: Wir sind zufrieden; wir sind sehr zufrieden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Ich finde, wir sollten zunächst einmal allen Engagierten und Handelnden an diesen Hochschulen einen Dank dafür sagen, dass der Reformprozess an diesen Hochschulen schon so gut vorangeschritten ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Das sehen die Betroffenen aber anders! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie eigentlich Gesundheitsbeter oder Fraktionsvorsitzender werden?)

Wahr ist aber auch: An einigen Hochschulen und insbesondere an einigen Universitäten gibt es reelle Umstellungsschwierigkeiten. Stichworte sind, Herr Kollege Kretschmann: mangelnde Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse, zu viel Stoff, teilweise sinnlos massierte Prüfungsfolgen und zu wenig Freiraum. Das ist wahr. Da haben die Studierenden recht.

(Zuruf: Wer regiert denn?)

Deswegen kommt es entscheidend darauf an, dass jetzt jeder in seiner Zuständigkeit anpackt und die richtigen Konsequenzen zieht.

Von den Hochschulen erwarten wir – das ist der erste Punkt –, dass sie die gesamten Studiengänge, soweit es noch nicht erfolgt ist, in Richtung einer breiten Ausbildung beim Bachelor durchforsten. Sie sollen nicht alles hineinstopfen. Nicht jeder Professor hat einen Anspruch darauf, in seinen Bachelor auch sein Spezialfach hineinzubringen. Das sind nämlich die konkreten Punkte, um die es geht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja! Völlig richtig!)

Das ist die Basisarbeit, um die es an den Hochschulen geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Das ist richtig!)

In diesem Bereich muss es in Richtung Breite und nicht in Richtung Spezialisierung gehen. Aber auch hier ist eine Differenzierung nötig.

Ein Großteil der Arbeit ist auch an den Universitäten schon geschafft: Reform der Reform. Herr Schiewer war bei Ihnen im SPD-Arbeitskreis. Er hat Ihnen doch gesagt, wie die konkreten Zahlen sind.

(Abg. Johannes Stober SPD: Warum verweigern Sie sich der Reform der Reform?)

Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Frau Wintermantel, sagt übereinstimmend mit den Aussagen von Schiewer und allen Prorektoren zur Lehre in Baden-Württemberg: 80 % laufen gut, aber wir haben noch 20 % zu bewältigen. Darum geht es, und darum müssen wir gemeinsam handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Schöngerede!)

Nächster Punkt: Niemand redet sich heraus.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber Sie gerade!)

Auch das Land ist gefordert. Deswegen ist es richtig, dass der Minister am 8. März mit breiter Beteiligung einen Kongress mit Studierenden durchführt und dass eine Hotline eingerichtet wurde,

(Lachen des Abg. Johannes Stober SPD)

damit diese Punkte im Vorfeld eingebracht werden können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ach, komm! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren: keine Scheu vor KMK-Beschlüssen. Sechs Semester Bachelor, vier Semester Master, fünf Jahre insgesamt starres Korsett – das kann man hinterfragen. Da hat unser Minister auch unsere Rückendeckung, wenn er diese Punkte anspricht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Klaus Schüle)

Das Gleiche gilt für das Akkreditierungsverfahren. Das ist neu in Deutschland. Wenn wir bei dessen Einführung feststellen, dass es besser werden muss, dann machen wir das auch. Auch da hat unser Minister, der beste Wissenschaftsminister in Deutschland, unsere Rückendeckung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Ist ja gut, dass Sie da selbst lachen!)

Meine Damen und Herren, auch der Bund muss seine Hausaufgaben machen. Jahrelang gab es zu wenig Mittel für Bildung und Forschung. In der Großen Koalition ist es schon besser geworden: Wissenschaftspakt, „Hochschulpakt 2020“ und jetzt 12 Milliarden € mehr. Das geht in die richtige Richtung.

Zum Thema Wirtschaft – Frau Bauer, Sie haben es angesprochen –: Wenn man dazu Aussagen macht, muss man sich wenigstens mit den Ergebnissen der repräsentativen Umfrage der Uni Kassel auseinandersetzen. Danach ist schon jetzt Realität, dass der Bachelor im Vergleich zu den bisherigen Studienabschlüssen eine leicht höhere Akzeptanz hat.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Aber wir sagen: Das muss noch besser werden. Da muss sich auch die Wirtschaft noch mehr hineinhängen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Abschließend zum Thema Finanzierung, weil das als Kernthema immer angesprochen wird. Dazu kann ich nur sagen: Es ist wahr, dass wir für die Umstellung auf Bachelor und Master, speziell für die Lehre, mehr Mittel brauchen. Weil das so ist, haben wir im Jahr 2007 die Studiengebühren eingeführt.

(Lachen bei der SPD)

– Ja, natürlich.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wo ist das Geld? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wird doch verheizt!)

Ich kann nur sagen: Wenn man wie Sie in der jetzigen Umstellungssituation fordert, diese Studiengebühren – 130 Millionen € im Jahr für die Studierenden in Baden-Württemberg – abzuschaffen – im Übrigen ohne jeden Deckungsvorschlag, ohne zu sagen, woher das Geld stattdessen kommen soll; sagen Sie es uns nachher einmal –,

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

dann ist das verantwortungslos gegenüber den Studierenden in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Jawohl!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam werden wir – Land, Hochschulen, Bund, Wirtschaft – es schaffen,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

dass auch diese Reform – unter Aufnahme der Kritikpunkte – ein Erfolg in Baden-Württemberg wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Rivoir.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt einmal zur Sache, Martin! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU: Frau Haußmann ist auch aufgewacht! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Aus Sicht der SPD-Fraktion ist anzumerken, dass wir den Bologna-Prozess als solchen nach wie vor unterstützen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber?)

Wir wollen kein „Zurück zu alten Strukturen“.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Ziele des Bologna-Prozesses, nämlich u. a. einen einheitlichen europäischen Hochschulraum herzustellen, werden von uns nach wie vor für richtig gehalten. Aber die politischen und die politisch motivierten handwerklichen Fehler bei der Umsetzung dieser Vorgaben sind mittlerweile so gravierend, dass sie die Leistungsfähigkeit unserer Hochschullandschaft infrage stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es, meine Damen und Herren, noch weiterer Beweise bedurft hätte, wie zugespitzt, wie dramatisch die Lage an unseren Hochschulen in der Zwischenzeit ist, dann wird jetzt der Beweis von den Rektoren der Universitäten geliefert.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wann ist es jemals in der Geschichte unseres Landes passiert, dass Universitätsrektoren ausdrücklich die Motive der Studierenden für Hörsaalbesetzungen, für Streiks gutheißen und sie sozusagen noch darum bitten, ihnen zu helfen, gegen die Landesregierung und die Vorgaben, die hier gemacht worden sind, anzukämpfen?

(Beifall bei der SPD)

Was sind die Kritikpunkte an diesem Bologna-Prozess, die von den Studierenden, von den Rektoren, von den Hochschulen vorgebracht werden? Ich will vier Punkte herausgreifen.

Zum Ersten: Durch den Bologna-Prozess haben sich Studium und Lehre verschlechtert und nicht verbessert.

Der zweite Punkt: Das Studium wurde massiv verschult. Die breite Ausbildung, die früher an der Universität möglich war – das Studieren nicht nur des Hauptfachs, sondern sich auch für anderes zu interessieren –, ist aufgrund der Zwangsvorgaben, die gemacht worden sind, nicht mehr möglich.

(Martin Rivoir)

Der dritte Punkt: Die Flexibilität geht auf null zurück. Eigentlich wurden Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt, um flexibler zu sein, um auszutauschen, um Auslandssemester machen zu können, um später andere Studiengänge dranzuhängen. In der Zwischenzeit haben wir in der Bundesrepublik fast 12 000 Studiengänge. Wo soll da noch eine Flexibilität und ein Austausch möglich sein? Diese Flexibilität ist durch die Umsetzung dieses Prozesses, durch die Ausführung, auf null gegangen. Das ist schädlich für die Ausbildung der Studierenden an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Der vierte Punkt, der massiv als Kritik vorgebracht wird, ist das sogenannte Bulimie-Lernen.

(Lachen der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU –
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Bulimie-Lernen“!)

Was ist das? Die Studienzeiten wurden massiv verkürzt, aber die Inhalte wurden nicht geändert. Das geschah übrigens aus Gründen – da gebe ich Ihnen durchaus recht –, die von den Universitäten ausgehen: Eitelkeiten von Professoren, die von ihrem Stoff nicht loslassen wollen, die nicht kürzen wollten. Da sind sicher Prozesse zu verändern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immerhin! Ja! So ist es!)

Aber der Effekt ist: kurze Studienzeiten, gleicher Stoff. Das heißt, man lernt schnell und viel auf die Prüfung

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ist das schlecht?)

und vergisst das Gelernte nach der Prüfung wieder schnell. Das ist nicht gut für die Ausbildung,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist nicht gut?
Aha!)

für die Exzellenz der Abschlüsse und für die Studierenden an den Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Die SPD-Fraktion teilt ausdrücklich die Kritik an der Umsetzung des Bologna-Prozesses, aber nicht am Prozess selbst.

Auf welche Fehler sind diese Zustände an unseren Hochschulen zurückzuführen? Vor fast fünf Jahren haben wir hier zusammengesessen und über die Einführung des Bologna-Prozesses diskutiert und darüber entschieden. Damals hat der Landtag die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen als Zwangsprozess beschlossen.

Wir – die SPD-Fraktion – hatten damals beantragt, Diplom- und Magisterstudiengänge in begründeten Ausnahmefällen beizubehalten. Die Freiheit, darüber zu entscheiden, wie Bachelor und Master eingeführt werden und ob sie eingeführt werden, sollte den Hochschulen überlassen werden. Mein Kollege Gunter Kaufmann hat diesen Änderungsantrag damals begründet. Ich zitiere auszugsweise:

Wir wollen

– mit unserem Änderungsantrag –

verhindern, dass mit diesem Hinweis auf den Bologna-Prozess ... den Hochschulen eine Uniformierung der Studienstruktur diktiert wird. Genau das haben Sie

– nämlich die Landesregierung –

an dieser Stelle vor. Wir geben die Entscheidung an die Hochschulen zurück. Dort kann kompetent entschieden werden ...

Dieser Antrag wurde in einer namentlichen Abstimmung am 9. Dezember 2004 in diesem Haus abgelehnt. Die Annahme dieses Antrags hätte bedeutet, dass den Hochschulen Freiheit und Selbstbestimmung bei der Einführung des Bologna-Prozesses eingeräumt worden wären.

Was musste sich mein Kollege Kaufmann alles anhören! Ich habe einen Zuruf aus dem Protokoll herausgesucht. Herr Kollege Schebesta hat dazwischengerufen:

Außer dem Stenografen hört Ihnen eh keiner zu!

Meine Damen und Herren, hätten Sie damals zugehört und wären Sie unseren Änderungsvorschlägen gefolgt, hätten wir das Chaos an unseren Hochschulen heute nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite große Fehler war die mangelhafte Finanzierung der Umsetzung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen. Die Rektoren haben mit ihrer Unterschrift unter den Solidar-pakt zugesagt, dass sie den Bologna-Prozess kostenneutral umsetzen werden. Das heißt, der höhere Aufwand wird nicht zusätzlich entgolten.

Die Hochschulrektorenkonferenz hat festgestellt, dass der Bologna-Prozess etwa 15 % mehr Kosten verursacht, die nun von den Hochschulen zu tragen sind, die hinsichtlich ihrer Finanzmittel eh schon völlig klamm sind.

Dies sind zwei Gründe für die jetzige Situation an unseren Hochschulen: erstens die starre und unflexible Struktur dieses Zwangsprozesses und zweitens die mangelhafte Finanzausstattung der Hochschulen gerade in Bezug auf diesen Prozess. Hierfür tragen die Regierungsfractionen im Landtag von Baden-Württemberg die Verantwortung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einer Geschichte aus einer von den tausend Nächten beginnen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben ja wieder Weihnachten!)

(Dietmar Bachmann)

in denen Menschen wie Ulla Schmidt und Horst Seehofer großen Schaden über die Menschen brachten. Es war zu der Zeit, als Gerhard Schröder Bundeskanzler und Joschka Fischer Vizekanzler waren.

(Abg. Johannes Stober SPD: Märchenstunde der FDP/DVP!)

Unsere Geschichte begab sich in einem Land, in dem nicht Milch und Honig fließen, wohl aber gutes Essen und schwerer Wein manchmal die Sinne benebeln, nämlich in Bologna. Es waren keine Weisen aus dem Morgenland.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten vielleicht einmal ein Märchenbuch schreiben!)

Es war die holde Genossin Edelgard, die mit wenig Weisheit aus dem Abendland nach Bologna zog und eine Erklärung unterschrieb, in der es hieß:

Einführung eines Systems leicht verständlicher ... Abschlüsse, ... das sich im Wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate).

Herr Kollege Rivoir, das ist nichts anderes als die strikte Einführung von Bachelor und Master ohne Spielraum.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bulmahn! Bulmahn! Bulmahn!)

Edelgard eilte zurück ins Abendland zu Gerhard und Joschka und begab sich daran, die Studiengänge mit Vorgaben aus Berlin zu verschulen und die Freiheiten von Studierenden und Professoren zu beschränken.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist uns sehr wichtig. Sie hat in unserem Land seit der Gründung der Universität Heidelberg eine auf viele Jahrhunderte zurückgehende Tradition. Die Gleichmacherei, die mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses von der damaligen Bundesregierung vorgegeben wurde, können wir beim besten Willen nicht gutheißen.

Was ist die Moral von der Geschichte? Rot und Grün, sie können es nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Eines dagegen können sie aber, nämlich die Fehler der eigenen Leute anderen in die Schuhe schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab aber auch mutige Ritter, die die Freiheit in diesem Land verteidigten.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich denke da an die Ritter Peter und Rainer, nämlich unseren Minister Professor Dr. Peter Frankenberg und den langjährigen Berater der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Rainer Graf, die mit einem Landeshochschulgesetz – man hätte es

auch Hochschulfreiheitsgesetz nennen können – den Universitäten und den Hochschulen hier im Land einen Spielraum gaben, der für andere Länder wie Nordrhein-Westfalen maßgebend war.

Übrigens: Hochschulfreiheit und Bologna schließen sich vielleicht nicht ganz aus.

Unabhängigkeit und Autonomie der Universitäten

– ich zitiere –

gewährleisten, dass sich die Hochschul- und Forschungssysteme den sich wandelnden Erfordernissen, den gesellschaftlichen Anforderungen und den Fortschritten in der Wissenschaft laufend anpassen.

Das steht nicht im Beschlussteil, sondern leider nur in der Präambel von Bologna. Das Ganze geht auf die von den Universitäten selbst 1988 in der Magna Charta Universitatum in Bologna niedergelegten Grundsätze zurück – ein Feigenblatt damals, mehr nicht.

Für uns dagegen sollte es diese Magna Charta aus Bologna sein, nicht die strenge Vorgabe der Genossin Edelgard, die den künftigen Weg weist. Ich zitiere:

Die Umsetzung der Reform und Konzeption von Studienangeboten ist unzweifelhaft eine Aufgabe der Hochschulautonomie.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Peinliche Nummer!)

So heißt es in einem Antrag der FDP-Bundestagsfraktion vom Februar dieses Jahres.

Autonomie, Exzellenz, Verantwortung, Freiheit und Wettbewerb sollen Leitbilder für das Hochschulwesen der Zukunft sein.

So hieß es im Koalitionsvertrag auf Bundesebene.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Im Fortschreiten des Prozesses ist klar geworden, dass Bologna weiterentwickelt und optimiert werden muss. Gemeinsam mit den Hochschulen und den Studierenden wollen wir das System in die nächste Phase führen.

So heißt es in einer gestrigen Pressemitteilung der Landesregierung. Knüpfen wir also an die Magna Charta Universitatum von Bologna an.

Für die Bachelorstudiengänge heißt das aus unserer Sicht – Kollege Schüle hat es bereits gesagt –, dass die strikten Vorgaben fallen müssen. Sechs Semester sind eine Sparvorgabe der Kultusministerkonferenz,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Johannes Stober: Wer hat die denn eingeführt? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

die Ihre Genossinnen und Genossen dort durchgesetzt haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Ihr wart es!)

(Dietmar Bachmann)

Selbst in der Bologna-Erklärung heißt es doch nur „mindestens drei Jahre“. Wir sollten den Universitäten und den Hochschulen jetzt die Freiheit geben, über den Tellerrand hinaus ein Studieren zu ermöglichen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Geben Sie denen doch die Freiheit!)

im Sinne des humboldtschen Bildungsideals die Inhalte individueller anzupassen, wieder mehr Auslandssemester zu ermöglichen. Das können die Hochschulen in der Freiheit, die ihnen unsere Koalition gewährt, selbst am besten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen sollte der Bachelor eine breite Bildung vermitteln. Das ist sein Ziel. Der Master dagegen sollte der Vertiefung und der Spezialisierung dienen.

Wir müssen auch neue Wege beschreiten. Wenn man schon Angelsachsen als Vorbild nimmt, sollte man die Berufstätigkeit zwischen Bachelor und Master viel mehr fördern und den Master im Sinne eines lebenslangen Lernens nach einer gewissen Berufstätigkeit an den Universitäten auch berufsbegeleitend ermöglichen. Viele Hochschulen bei uns machen dies.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum guten alten Diplom: Wenn wir es mit der Freiheit ernst nehmen, sollten wir den Universitäten nicht verbieten,

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Ihr verweigert doch die Freiheit!)

ihr früheres Flaggschiff zumindest parallel zum Master wieder ins Angebot zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Denn im Ausland wusste man mit dem Diplom durchaus etwas anzufangen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

– Lieber Kollege Rivoir, weder Wernher von Braun noch Albert Einstein – Sie als Ulmer wissen das bestens – hatten in den USA irgendwelche Probleme. Sie hatten zwar keinen Master im Stammland des Masters, den USA, sondern „nur“ ein Diplom, aber die Anerkennung hatten sie trotzdem.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

In diesem Punkt sind wir uns auch einig.

Zum guten alten Staatsexamen: Nirgendwo in der Bologna-Erklärung findet sich eine Passage, die es verbietet, Berufseingangsprüfungen z. B. des Staates weiterhin zuzulassen – parallel zu Bachelor und Master. Was, bitte schön, ist ein Staatsexamen anderes? Man könnte es, wenn man will, durchaus als staatliche Qualitätsgarantie für den Berufsstand beibehalten. Der Kollege Kleinmann und ich predigen dies seit geraumer Zeit.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Auch Guido Westerwelle und unsere Bundestagsfraktion haben bereits im Februar formuliert:

Es ist fraglich, ob der hohe Qualitätsstandard

– in der Juristen- und der Medizinerbildung –

bei einer Umstellung der Studienabschlüsse gehalten werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bologna hat eine europaweite Vereinheitlichung gebracht. Das ist für einen europäischen Raum des Wissens unverzichtbar.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt ist es an der Zeit, die mit Bologna einhergehende Nivellierung auf den Prüfstand zu stellen. Exzellenz kann im akademischen Einheitsbrei nicht entstehen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Wir müssen den Universitäten und Hochschulen die Türen öffnen, die sie brauchen, um über den Standard hinaus exzellente Abschlüsse zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie gehen wir, liebe Kollegin Bauer, mit den Protesten um? Wir haben ein einfaches Rezept: Geben wir Freiheit, lassen wir die Studierenden über die Studieninhalte mitbestimmen, lassen wir sie entscheiden, was mit ihren Studiengebühren geschieht, geben wir ihnen die Möglichkeit, die Angelegenheiten der Studentenwerke selbst zu entscheiden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kriegst du ja einen Vogel!)

Mit der gestrigen Erklärung hat unser Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst den Weg zu einem Dialog ein weiteres Mal gewiesen. Wir wollen diesen Weg gemeinsam gehen und nicht darauf warten, ob die einen oder anderen statt des Marsches durch die Institutionen einen anderen Weg einschlagen. Wir wollen, dass wir sie jetzt in die Institutionen einbinden und mitbestimmen lassen. Gestern ist mit der Ankündigung des Kongresses, der im März stattfindet, das richtige Zeichen gesetzt worden.

Lassen Sie uns gemeinsam mit den Studierenden ein Zeichen für die Freiheit setzen und quasi eine Magna Charta Universität Baden-Württembergensis schaffen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Jawohl! Jetzt fällt euch nichts mehr ein!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Peter Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zehn Jahre nach Beginn des Bologna-Prozesses ist es in der Tat Zeit, Bilanz zu ziehen, sich zu fragen, was gelungen ist, sich aber auch zu fragen, was weniger gelungen ist. Der Bo-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Bologna-Prozess eignet sich übrigens nicht zur parteipolitischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war gegen Bachmann gerichtet! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war eine allgemein richtige Feststellung!)

– Warten Sie doch erst einmal ab, warum ich das gesagt habe. – Erstens einmal waren es weit mehr europäische Länder, als der Europäischen Union angehören, die sich auf diesen Prozess verständigt haben. Zum Zweiten waren es alle Bundesländer. Damals gab es zu meinem Leidwesen noch wesentlich mehr A-Länder als B-Länder. Wir haben es geschafft, dass es nicht mehr so ist. Aber das liegt nicht am Bologna-Prozess.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das kommt wieder! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das haben wir hinter uns! Sie haben es geschafft!)

Drittens waren es die Hochschulen selbst, war es die Hochschulrektorenkonferenz, die diesen Prozess – ich war damals Vizepräsident der HRK – energisch nach vorn getrieben hat. Zehn Jahre zuvor hatte der Wissenschaftsrat in einem ausführlichen Gutachten zur Reform der Studienstruktur in Deutschland die Zweistufigkeit des Studiensystems, also die Teilung, die durch den Bologna-Prozess gekommen ist, empfohlen. Nicht immer dauert es zehn Jahre, bis Empfehlungen des Wissenschaftsrats umgesetzt werden.

Es gibt viele gute Gründe für die Reform. Ein ganz wesentlicher ist nicht nur die europäische Vergleichbarkeit, sondern die Tatsache, dass wir die breite Akademisierung, die wir anstreben und wollen, nur dann erreichen können, wenn wir für viele Studierende kürzere Studiengänge, die berufsbezogen sind, anbieten.

Wie ist die Lage der Umstellung? Wir haben an den Fachhochschulen auf siebensemestrige Bachelors umgestellt. Wir hören kaum von Umstellungsproblemen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Nur die Abbrecherquote steigt!)

Wir haben an den Pädagogischen Hochschulen überhaupt noch nicht umgestellt, Frau Bauer. Dennoch gibt es dort Professorinnen und Professoren, die sagen, die Umstellung sei nicht gut gelungen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herrlich! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sozusagen schon einmal vorbeugend!)

Sie haben es ja zitiert.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Sie hätten aber wissen können, dass die noch gar nicht umgestellt haben.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie haben umgestellt, oder sie sollten umstellen? – Zuruf: Man kann ja nicht alles wissen!)

Ausnahmsweise komme ich zu den Universitäten zuletzt, Herr Rivoir.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er hat doch gar nichts gesagt!)

– Entschuldigung. Sie klangen heute Morgen so ähnlich, Herr Stober.

An den Kunst- und Musikhochschulen haben wir auf ein „4+2“-System umgestellt. Der Bachelor dauert dort vier und der Master zwei Jahre. Wir haben damit in diesem Fall auch die Fünfjahresgrenze aufgehoben. Auch dort hat uns die Rektorenkonferenz in einem Brief noch einmal mitgeteilt, dass es keine Umstellungsprobleme gibt.

Was die Universitäten angeht, so muss ich sagen: Man tut vielen Professoren und Professorinnen, vielen Dekanen, Prorektoren und Rektoren Unrecht, wenn man pauschal sagt: Dort ist die Umstellung schlecht gelaufen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt, was einzelne Studiengänge betrifft, berechtigte Kritik. Aber so zu tun, als sei die Umstellung dort vollständig misslungen, ist ein Misstrauensvotum gegen unsere Universitäten, das diese nicht verdient haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Was ist zu bedenken, und wer hat welche Verantwortung? Ich habe mich nie an dem Pingpongspiel beteiligt, die Verantwortung sozusagen hin- und herzuspielen. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung, die wir als Länder in der KMK tragen; es gibt eine strategische Verantwortung des Landes, die ich zu tragen habe, und es gibt eine Verantwortung vor Ort, eine Verantwortung für die Studiengänge, die Sache der Universitäten ist. Wir haben übrigens, Herr Rivoir, nie Zwangsvorgaben bei der Umstellung auf Bachelor und Master gemacht. Ich wäre gespannt, zu erfahren, wie diese aussehen sollen. Vielleicht können Sie sie mir einmal zeigen. Denn wir sind in der Tat eine Koalition,

(Abg. Johannes Stober SPD: Es waren Vorschläge zur Verbesserung!)

die freiheitlich denkt und die nicht in Zwangsvorgaben denkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Uns fällt dieses Wort noch nicht einmal ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielleicht kann er ein Beispiel geben!)

Das, was anzugehen ist, sind auch Bereiche, die wir als Themen für den Kongress am 8. März nächsten Jahres andenken. Das ist ein Kongress, der längst – übrigens auch schon vor Oktober – in der Planung war. Denn man muss auch eines sehen: Wenn man jetzt – das tun die Universitäten schon seit Langem – sozusagen Kaizen betreibt, nämlich eine permanente Optimierung der Studiengänge, dann sollte man eines

(Minister Dr. Peter Frankenberger)

nicht tun: Man sollte nicht Dinge übers Knie brechen und dadurch womöglich noch Verschlimmbesserungen vornehmen, nur weil man schnell handeln will.

Die erste Stellgröße ist die Frage der Qualitätssicherung. Wir sind von einem staatlich genehmigten Studiengangsystem mit Rahmenprüfungsordnungen abgerückt und sind zu einem System gekommen, das auf der Verantwortung der Universitäten beruht. Die Seite, die dafür aufgebaut worden ist, ist die Qualitätssicherung, also das Akkreditierungssystem in Deutschland.

Wir wollen die studiengangbezogene Akkreditierung auf die Systemakkreditierung umstellen, und ich sage Ihnen auch gleich, warum. Die Akkreditierung sollte Studierbarkeit, Vergleichbarkeit und Standards sichern. Die Akkreditierung hat aber – das habe ich von Anfang an kritisiert – einen Grundfehler: Sie ist eine Papierformakkreditierung. Richtig wäre es, die Studiengänge dann zu akkreditieren, wenn sie bereits laufen, weil man erst zu diesem Zeitpunkt sehen kann, wo im Studium Probleme auftreten. Nur dann kann man auch die Evaluation der Studiengänge, das heißt die Vorlesungskritik der Studierenden, einbeziehen. Das ist die Grundvoraussetzung für eine wirkliche Bewertung von Studiengängen und eigentlich auch die Grundvoraussetzung für ein vernünftiges Akkreditierungssystem.

Deshalb habe ich in der letzten Sitzung des Wissenschaftsrats diese Thematik angestoßen und gesagt: Wir brauchen eine grundlegende Reform unseres Akkreditierungssystems.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Geholfen hat es nichts!)

Der Wissenschaftsrat wird sich dieses Problems annehmen, denn er ist das richtige Gremium hierfür. Er hat Erfahrung in der Akkreditierung von Hochschulen als Ganzem. In ihm sitzen die Länder; dort ist auch der Bund beteiligt, und dort sitzen hochrangige Wissenschaftler.

Die Verbesserung des Akkreditierungssystems ist also die Voraussetzung dafür, dass wir mit der Aufgabe der Genehmigung von Studiengängen, mit der Aufgabe von Rahmenprüfungsordnungen im Grunde dem System als solchem die Verantwortung übertragen haben. Es bedarf jedoch Strukturen, die dem gerecht werden.

Zudem muss bei der Akkreditierung auch die Frage nach den Arbeitsmarktchancen der Absolventinnen und Absolventen einbezogen werden. Es nützt uns nichts, dass wir wie in Großbritannien in der Akademisierung auf 50 % gehen, wenn wir dann bei den jungen Menschen eine Akademikerarbeitslosigkeit von 18 % haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei der Implementierung von „Hochschule 2012“ haben wir jeweils die potenziellen Arbeitgeber der Absolventen gefragt und die Studiengänge so eingerichtet und thematisch konzentriert, dass sie möglichst erfolgreich auf den Arbeitsmarkt führen.

Der zweite Problembereich ist einer, der sich schlichtweg aus der Notwendigkeit des Ziels ergibt, das wir alle wollen, nämlich dass ein größerer Anteil eines Altersjahrgangs – bei uns

derzeit 40 % – zu einem akademischen Studium kommt. Das führt zwangsläufig zu einer größeren Heterogenität der Studierenden. Dieser Heterogenität müssen wir gerecht werden.

Wir führen derzeit Experimente durch und haben die Hochschulen auch aufgerufen, verstärkt mit Studiengängen daran teilzunehmen, in denen unterschiedliche Geschwindigkeiten angeboten werden, also für diejenigen, die die Voraussetzungen nicht so erfüllen wie andere, sozusagen ein langsames Studium zu ermöglichen, die Module für langsamere Schritte zu öffnen. Eine andere Möglichkeit ist – darüber diskutieren wir derzeit mit unseren Hochschulen – die Vorschaltung sogenannter College-Semester.

Wir haben zwei Probleme. Wir haben zum Teil ein Qualifizierungsproblem in spezifischen, studiengangbezogenen Fähigkeiten, und wir haben ein Orientierungsproblem, weil wir immer spezifischere Studiengänge anbieten, von denen man auf der Schule, jedenfalls inhaltlich, noch nichts hören konnte. Deshalb wären ein, zwei vorgeschaltete optionale College-Semester eigentlich der richtige Weg, auch in einer genügenden Breite in ein etwas spezielleres Bachelorstudium zu führen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Machen wir doch wieder G 9! – Abg. Johannes Stober SPD: Dann können wir doch gleich wieder G 9 machen!)

Dazu brauchen wir allerdings Veränderungen beim BAföG. Es muss mehr als ein Fachwechsel möglich sein, weil der Wechsel von einem solchen Semester in ein spezielles Studiensemester als Fachwechsel gelten würde, und wir müssen beim BAföG die strikte Fünf-Jahres-Obergrenze fallen lassen – das haben wir schon für unsere Kunst- und Musikhochschulen –, zudem müsste das HRG entfallen, weil im Hochschulrahmengesetz aus der Zeit von Frau Bulmahn noch die strikte Fünf-Jahres-Obergrenze für das Studium festgelegt ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hört, hört!)

Die kam als strikte Vorgabe nicht von uns, sie kam von Ihrer Parteifreundin Edelgard Bulmahn. Aber sie muss weg. Die Obergrenze muss weg. Die Ministerin ist ja schon weg.

(Zuruf von der FDP/DVP: Die ist doch schon weg! – Heiterkeit – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie waren doch dabei! Schieben Sie das doch nicht auf andere! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kretschmann, halten Sie sich zurück! Hören Sie zu! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich höre leider viel zu gut zu! Hier wird doch nur alles zerredet! Sie sind ein Zerredungskünstler! Stellen Sie sich einmal den Problemen! – Gegenrufe von der FDP/DVP: Oh, oh!)

– Herr Kretschmann, wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich sehr konkrete Vorschläge gemacht habe, über die wir diskutieren werden.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die hätten wir schon längst zusammen umsetzen können!)

Der dritte Punkt ist die Frage – auch das wird ein Thema bei dem Kongress sein – nach der Grundstruktur der Studiengänge. Hier kommen wir zu dem Thema, dass die Probleme in erster Linie bei den Geisteswissenschaften an den Universitäten

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

aufzutreten. Hier stellt sich die Frage erst einmal nach drei oder vier Jahren; das war aber immer offen; dem müssen sich die Hochschulen mehr öffnen. Es stellt sich auch die Frage nach genügender Breite. Es stellt sich die Frage nach der Größe der Module – hier muss unter Umständen mehr zusammengefasst werden, was aber auch mehr Kooperation von Professorinnen und Professoren bedeutet –, und damit stellt sich auch die Frage nach der Prüfungsdichte.

Übrigens sind studienbegleitende Prüfungen für die Studierenden eine Erleichterung im Studium gegenüber den früheren Blockprüfungen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber wissen Sie, wie viele es sind?)

– Ich habe gerade gesagt: Man kann durch Zusammenfassung von Modulen hier durchaus weniger studienbegleitende Prüfungen machen und damit das Studium auch für Studierende sowie für Professorinnen und Professoren im Ablauf studierbarer oder auch lehrbarer und vermittelbarer machen.

Damit wir in diesem Kongress auch das studentische Votum einbeziehen können, haben wir eine – von Ihnen, Frau Bauer, genannte – E-Mail-Plattform geschaltet. Wir haben die Universitäten gebeten, auf ihrer Ebene parallel ebenfalls E-Mail-Plattformen zu schalten. Wir werden bis zum 15. Januar die studentische Kritik aufnehmen, verarbeiten, auf dem Kongress auch mit den Studierenden darüber diskutieren, aber vorher auch etwa mit den ASten und den Rektoren diskutieren.

Nun ist das auch eine europäische Frage. Ich war in der letzten Woche bei Generaldirektorin Quintin von der Generaldirektion für Bildung und Kultur in Brüssel. Ähnliche Fragen der Umstellung stellen sich in Spanien und in Frankreich, also gerade in den südlichen Ländern. Wir werden auch dies in unseren Kongress einbeziehen. Nach diesem Kongress wird es im März eine Bologna-Folgekonferenz geben. Die Europäische Union – Frau Quintin – hat mir zugesagt, dass über die Fragen, über die wir diskutieren, dann auch europaweit auf diesem Bologna-Folgekongress diskutiert wird.

Nun noch eine Bemerkung zu der Frage: Was wird denn noch umgestellt, und was wird nicht umgestellt? Man muss sagen: Auch in angelsächsischen Ländern, die schon lange Bachelor und Master haben, wurde nicht alles umgestellt. Übrigens: Gestern kam in den ZDF-Nachrichten um Viertel vor zehn eine interessante Meldung über eine amerikanische Universität, in der die Studierenden – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: 17 000 Dollar Studiengebühren!)

– Richtig. Das hätte ich jetzt beinahe zu sagen vergessen. Dort zahlen Studenten 17 000 Dollar und sind hochzufrieden mit Bachelor und Master. Das war aber jetzt ein Einwurf von Ihnen, Herr Rivoir.

(Heiterkeit des Abg. Martin Rivoir SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Den nehmen wir zur Kenntnis! – Abg. Martin Rivoir SPD: Tolle Vorbilder! – Abg. Johannes Stober SPD: Müssen wir bei uns auch mit solchen Studiengebühren rechnen?)

– Nein. – Das betrifft das Medizinstudium. Medizin eignet sich nicht für die zweigeteilte Abstufung in Bachelor und Mas-

ter. Das ist auch dort, wo das System gängig ist, nicht eingeführt worden. Bei den Lehrämtern ist es richtig, beim Staatsexamen zu bleiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Bei Jura ist es so, dass Recht noch immer national ist und kein europäisches Recht studiert wird. Deshalb tun wir, glaube ich, gut daran, in Jura beim Staatsexamen zu bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass wir uns einig sind, dass man etwas verändern muss, damit Baden-Württemberg so etwas wie ein Vorreiterland für eine gelungene Bologna-Reform werden kann. Wir alle scheinen ja in eine ähnliche Richtung zu denken und bemüht zu sein, die richtigen Ziele von Bologna in Erinnerung zu rufen und den Hochschulen dabei auf die Sprünge zu helfen, auf den richtigen Weg zu kommen.

Jetzt möchte ich ein paar Stichworte aufgreifen und ein paar Vorschläge machen, was die Politik dazu beitragen sollte und wie man vielleicht aus dem schönen Kommentieren herauskommen und konkreter werden könnte.

Eine Bemerkung noch vorweg: Warum wurden in der ersten Umstellungsphase, die jetzt weitgehend abgeschlossen ist, die Ziele von Bologna nicht besser im Blick behalten, sondern geradezu konterkariert? Da kamen zwei Interessen zusammen, so etwas wie versteckte Ziele, die hinter der Bologna-Fassade verfolgt wurden.

Die versteckten Ziele seitens der Landesregierung waren nämlich, das Studium billiger zu machen, die vielen Studierenden, die da kommen, billiger durch ein kürzeres Studium zu jagen. Vonseiten der Hochschulen verfolgten viele das Interesse, dafür zu sorgen, dass man mit den vielen Studierenden möglichst wenig zu tun hat. Auch da ging es also um ein Schneller und Billiger. Das war die wahre Devise, mit der die Bologna-Reformen bisher umgesetzt wurden. Diesen Geist müssen wir durchbrechen.

Schneller und billiger studieren, das ist die alte Misere, die es in unseren Hochschulen gibt: fehlendes Interesse an guter und innovativer Lehre, fehlendes Interesse daran, die Lehre neu zu erfinden, um die Dinge einmal aus der Sicht der Studierenden zu denken. Diese alte Misere der Missachtung der Lehre ist der Grund dafür, warum Bologna bisher so schlecht umgesetzt wurde.

(Beifall bei den Grünen)

Zur Fortsetzung der alten Misere setzen Sie, Herr Minister Frankenberg, die alten Anreize weiterhin, nämlich – Beispiel Exzellenzinitiative – indem Sie immer wieder mit finanziellen Anreizen dafür sorgen, dass die Lehre das Nebenbei in den Hochschulen bleibt und die Forschung das Wichtige bleibt. Forschung ist der Bereich, mit dem Reputation vermehrt wird,

(Theresia Bauer)

und der Bereich, mit dem man zusätzliche Mittel in die Hochschulen bekommt. Wenn Sie diesen Kreislauf der Geringschätzung der Lehre nicht durchbrechen, dann wird es auch mit der Reform der Reform nicht klappen.

(Beifall bei den Grünen)

Welche Maßnahmen muss die Landesregierung ergreifen? Ich möchte fünf Maßnahmen kurz anreißen.

Erstens: Der Zeitdruck muss heraus aus dem Bachelorstudium. Es gibt keinen Grund zu solcher Eile, nachdem durch das G 8 die Schulzeit für die Schüler ein Jahr kürzer wurde und jetzt sogar eine Verkürzung der Wehrdienstzeit in der Diskussion ist. Dann muss nicht auch noch ein superschnelles Bachelorstudium um jeden Preis in drei Jahren abgeschlossen sein. Die Wirtschaft fängt an, sich zu beschweren, dass sie mit diesen ganz jungen Leuten auf dem Arbeitsmarkt nichts anfangen kann. Also Zeitdruck herausnehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Dafür muss in der Tat der Deckel von zehn Semestern auf Bachelor plus Master, den die Kultusministerkonferenz beschlossen hat – da waren alle Wissenschaftsminister mit von der Partie –, weg.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens – Sie haben es erwähnt –: die Akkreditierungsverfahren. Die Akkreditierungsverfahren, die über die Kultusministerkonferenz und ihren Akkreditierungsrat eingeläutet wurden, sind bürokratisch. Sie sind teuer – die Hochschulen haben sie aus ihren Mitteln zu zahlen –, sie sind ineffektiv und aufwendig. Deshalb sollte man sie ganz schlicht abschaffen und sich etwas Neues überlegen. Der Akkreditierungsrat soll seine Arbeit einstellen. Vielleicht kommt etwas Besseres dabei heraus, wenn sich der Wissenschaftsrat etwas Neues überlegt. Aber das derzeitige Verfahren sollte man den Hochschulen erlassen. Es hat nicht zur Qualitätssteigerung beigetragen.

Ich möchte auch meine Fragezeichen zu der von Ihnen erwähnten Systemakkreditierung machen. Ich befürchte auch hier, dass es das Alte in neuem Gewand ist. Die Systemakkreditierung hat so viele Voraussetzungen, dass sie für die kleinen Hochschulen gar nicht zu leisten ist. Nach allem, was wir hören, wird die Systemakkreditierung keinen Deut billiger, sondern genauso aufwendig und mindestens genauso teuer kommen. Ich finde, angesichts der finanziellen Belastungen, die die Hochschulen haben, könnten wir einfach einmal sagen: Stopp! Langsam machen! Wir überlegen das Ganze noch einmal neu.

(Beifall bei den Grünen)

Dritter Punkt: Von der Landesregierung sind finanzielle Anreize dafür zu setzen, dass innovative Lehre stattfindet. Wer neue Formen der Lehre entwickelt, soll dafür finanziell honoriert werden. Dafür kann man Zielvereinbarungen verabschieden. Die Landesregierung selbst kann dafür sorgen, dass nicht alle Energie in die Forschung geht, sondern auch in Neuerfindungen in der Lehre.

Vierter Punkt: Ohne die Mitsprache von Studierenden geht es überhaupt nicht. Deswegen: Sorgen Sie dafür, dass studen-

tische Mitsprache institutionell abgesichert wird, gewährleistet und garantiert wird! Auch wenn Studierende etwas Unbequemes sagen, muss ihre Stimme gehört werden. Das geht nicht ohne institutionelle Rechte der Studierenden. Die Verfasste Studierendenschaft ist der erste Schritt dazu.

(Beifall bei den Grünen)

Und ein Letztes: Ich bin mir sicher, wenn wir die Reform der Reform durchführen und zum Erfolg bringen wollen, dann brauchen die Hochschulen dafür richtig viel Zeit. Sie müssen sich neu zusammensetzen und müssen ihre BA-Studiengänge systematisch überarbeiten. Das ist nicht nebenbei zu machen. Deswegen sollte das Ministerium diese Zeit gewähren und die Hochschulen nicht dazu zwingen, jetzt gleich die zweite Großbaustelle anzugehen. Denn anstatt den Bachelor zu verbessern, sitzen unsere Hochschulleitungen in Wirklichkeit doch schon an der neuen Baustelle und bereiten gegen ihren Willen die flächendeckenden Aufnahmeprüfungen vor, die sie ab dem Jahr 2011 machen müssen. Ersparen Sie den Hochschulen diesen Zinnober und diesen Aufwand. Keiner will ihn, keiner braucht ihn. Geben Sie den Hochschulen die Zeit, die Bachelorstudiengänge zu reformieren. Dann haben wir alle etwas davon, und Geld gespart ist auch noch.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Johannes Stober SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zwei Punkte ansprechen. Erstens das Thema „Finanzierung der Hochschulen“: Herr Kollege Rivoir, Sie haben die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Frau Wintermantel, mit der Aussage zitiert, Hochschulen seien unterfinanziert. Was Sie nicht gesagt haben: Frau Wintermantel ist ausdrücklich für Studiengebühren. Nun kann man natürlich sagen: Wir sind gegen – –

(Abg. Johannes Stober SPD: Sie hat nicht immer recht! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie muss sie auch nicht bezahlen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich muss sie zahlen und bin trotzdem dafür!)

Es kann sein, dass man der Auffassung ist, dass man keine Studiengebühren braucht. Aber wenn man die Abschaffung von Studiengebühren und gleichzeitig mehr Mittel für die Hochschulen fordert, dann, so finde ich, gehört es dazu, dass man hier sagt, woher das Geld konkret kommen soll. Sonst ist man in dieser Frage nicht glaubwürdig.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das, was alle machen! Schauen Sie einmal nach Hessen! – Abg. Martin Rivoir SPD: In Hessen geht es auch! Überall geht es! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Akkreditierung!)

Der zweite Punkt: Frau Wintermantel selbst hat das Thema „Finanzierung der Hochschulen“ bei der Tagung in Leipzig angesprochen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch vier Länder haben Studiengebühren! Vier Länder!)

(Dr. Klaus Schüle)

Da gab es interessante Aussagen von einzelnen Rektoren. Ich darf – mit Genehmigung des Herrn Präsidenten – die „Welt“ vom 25. November 2009, also von heute, zitieren:

Der Rektor der Universität Leipzig, Franz Häuser, sagte, die Rektoren der sächsischen Universitäten hätten sich in diesem Zusammenhang

– also Finanzierung –

an die Abgeordneten des Landtags gewandt. Dabei hätten sie bemängelt, dass den sächsischen Universitäten nur etwa 50 % der Mittel pro Student zur Verfügung stünden, wie sie etwa bei der Ludwig-Maximilians-Universität in München aufgewendet würden.

Jetzt sage ich: Noch glaubwürdiger und noch besser wäre es gewesen, wenn Herr Häuser Baden-Württemberg zitiert hätte. Denn in Bayern werden pro Studierenden 11 900 € ausgegeben, in Baden-Württemberg 13 700 €. Bevor Sie hier ohne Deckungsvorschlag antreten und behaupten, wir würden unsere Hochschulen unterfinanzieren, sage ich Ihnen: Sorgen Sie erst einmal in Rheinland-Pfalz – dort sind es 9 000 € pro Studierenden – oder wo auch immer Sie regieren dafür,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kaum noch!
– Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

dass Sie auf dieses Niveau kommen, das wir in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir statten unsere Hochschulen in Baden-Württemberg mit den notwendigen Mitteln aus. Deswegen werden wir auch Erfolg haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Klaus, sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Stober.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Deckungsvorschlag!
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt kommt der Deckungsvorschlag!)

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie von CDU und FDP für die geplanten Steuersenkungen auf Bundesebene so viele Deckungsvorschläge machen würden, wie wir sie hier bei der letzten Haushaltsberatung gemacht

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oje! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie weichen aus! – Weitere Zurufe – Unruhe)

und gestern bei der Fraktionssitzung für die nächste Haushaltsberatung erarbeitet haben, wenn Sie einmal so seriöse Deckungsvorschläge machen würden wie wir, dann wären wir in diesem Land schon viel weiter.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie weichen aus!)

Man kann von der früheren baden-württembergischen Bildungsministerin und unserer jetzigen Bundesbildungsministerin,

Frau Schavan, sicherlich nicht sagen, dass sie in Sachen Bologna-Prozess immer eine konsistente Linie vertreten hat. Eines muss man aber anerkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich dass sie offenbar lernfähig ist. Sie hat am 7. Juli dieses Jahres im Lichte der Studentenproteste im Sommer den Vertretern des damaligen Aktionsbündnisses zugesagt, fünf Punkte auf den Weg zu bringen. Diese sind in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift des vhw nachzulesen. Ich möchte diese Punkte vortragen.

Punkt 1: „Die Strukturreform muss verbunden werden mit der Erneuerung der Curricula.“ Das ist eine Sache, die natürlich zuvörderst – nicht nur, aber zuvörderst – von den Hochschulen selbst zu leisten ist.

Punkt 2: „Für die Länge des Bachelorstudiums brauchen wir mehr Flexibilität. Es kann auch erforderlich sein, statt sechs auch sieben oder acht Semester im Bachelorstudiengang zu studieren.“ Ich denke, es ist positiv, dass wir uns heute hier darin einig sind, dass wir die Obergrenze von fünf Jahren für Bachelor und Master zusammen, die im Augenblick nach unserem eigenen Landeshochschulgesetz gilt, so nicht lassen können. Eines muss man dann aber auch ganz klar sagen: Das steht in unserem Landeshochschulgesetz. Die Verantwortung dafür, dieses zu ändern, liegt bei uns.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD, auf die CDU zeigend: Da!)

Ich habe es heute so vernommen, dass alle Fraktionen, die Grünen genauso wie die Regierungsfractionen, das so sehen. Lassen Sie uns das also möglichst zügig angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dritter Punkt – das ist für die Studierenden ein entscheidender Punkt –: „Der Übergang vom Bachelor zum Master muss problemlos möglich sein. Studierende sollten selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht.“ Das ist, glaube ich, der Kernpunkt. Wir müssen wissen, dass jemand, der einen Bachelor in Chemie hat, wo die Promotion letzten Endes die Berufsqualifizierung ist, keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat. Daher muss für jeden, der den Bachelor erfolgreich bestanden hat, der Anspruch da sein, einen konsekutiven Master anzuschließen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine ganz zentrale Forderung der Studierenden. Dem haben Sie von CDU und FDP/DVP, aber auch Sie von den Grünen bei der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses leider nicht zugestimmt.

Punkt 4: „Beratung und Betreuung der Studierenden müssen noch wesentlich besser werden.“ Richtig. Dafür braucht man aber natürlich auch mehr Geld. Den Mehrbedarf für die Umsetzung von Bachelor und Master, für den Bologna-Prozess, haben die Hochschulen auf 15 % geschätzt. Nur müssen diese Mittel irgendwo herkommen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ja!)

In diesem Landeshaushalt, in den letzten Landeshaushalten und in den Ankündigungen für den kommenden Landeshaushalt ist das nicht erkennbar. Das liegt in Ihrer Verantwortung, Herr Frankenberg, bzw. in der Verantwortung der Koalitions-

(Johannes Stober)

fraktionen. Das kann man nicht den Hochschulen vorwerfen. Da sind Sie gefragt. Die Haushaltsberatungen im Plenum stehen im Februar an. Tun Sie da etwas.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema „Bachelor und Master“ ist ein großes Thema. Es wird heute sicherlich nicht die letzte Debatte darüber sein. Ich sehe es positiv, dass Sie die Diskussion mit den Studierenden führen werden. Ich finde den Termin im März etwas spät. Das will ich Ihnen schon auch sagen. Ich denke, es muss noch viel passieren.

Wir müssen uns auch sehr stark mit den konkreten Auswirkungen auseinandersetzen. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, meinen eigenen Studiengang – ich habe Informatik studiert; ich habe einen Diplomabschluss – mit dem jetzigen Bachelorstudiengang in diesem Fach zu vergleichen. Mir ist nicht klar, wie man an meiner ehemaligen Universität, der Universität Karlsruhe, den Stoff in diesem Studiengang in sechs Semestern schaffen soll, um den Bachelor zu erhalten. Es gibt auch noch andere Punkte zu berücksichtigen, z. B. dass Studierende zum Teil nebenher noch arbeiten müssen – das ist mir im Wesentlichen erspart geblieben – und die Studiengebühren verdienen müssen. Das darf man auch nicht vergessen.

(Abg. Ursula Haußmann und Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Da sieht man, welche Probleme es gibt. Dass die Studierenden durch G 8, aber auch durch frühere Einschulungen noch jünger werden, zeigt, dass dort Probleme auf uns zukommen, dass Studierende auch in neuen Lebenssituationen sind, was uns zwingt, vieles von dem, was hier passiert ist, noch einmal zu hinterfragen. Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir, dass wir diese Dinge, die wir im Land angehen können, zügig angehen.

Ich habe vorhin vernommen: An den Musik- und Kunsthochschulen im Land sind es vier plus zwei Jahre, also zwölf Semester. Ich sehe da zwar einen gewissen Widerspruch zu unserem Landeshochschulgesetz, in dem von fünf Jahren die Rede ist, aber wenn das möglich ist, dann lassen Sie uns doch einfach diesen Weg zusammen gehen. Ich hoffe, dass wir dann die Reform der Reform hinbekommen.

Ich will eines noch klar zum Ausdruck bringen, weil mich das, was Sie am Anfang gesagt haben, sehr gestört hat, Herr Schüle: Wir unterstützen nicht alles, was von den Studierenden kommt. Wir unterstützen nicht die Forderung nach Abschaffung von Bachelor und Master. Wir stehen aber dafür, dass diese Reform besser gemacht wird und die Reform der Reform in Baden-Württemberg kommen wird, und zwar möglichst schnell.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kretschmann schaut schon ganz erwartungsvoll!)

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, auf ein paar Punkte müssen wir noch eingehen. Ich will drei Punkte herausgreifen und beginne gleich mit dem Thema „Institutionelle Einbindung der Studierenden über eine Verfasste Studierendenschaft“, liebe Kollegin Bauer. Das mit der Verfassten Studierendenschaft ist ja nett, aber im Grunde genommen führt doch eine Verfasste Studierendenschaft dazu, dass zunächst einmal Beiträge erhoben werden, mit denen man die Ziele des AstA finanziert. Das ist der einzige Unterschied zwischen einem verfassten und einem nicht verfassten AstA.

Wir halten es für richtig, dass Studierende ihren Unmut zum Ausdruck bringen. Das aber in Form einer Verfassten Studierendenschaft mit einer Finanzierung zu untermauern – allein dafür wird diese gebraucht; zu meiner Zeit gab es die noch – ist falsch. Was wir wollen, sind wirkliche Entscheidungskompetenzen. Warum müssen wir im Landtag oder in irgendeiner anderen Einrichtung darüber diskutieren, was und wie viel es in der Mensa zu essen gibt und wo die Wohnheime gebaut werden?

(Zurufe der Abg. Johannes Stober und Ursula Haußmann SPD)

Wir brauchen die Mitbestimmung bei den Studentenwerken dort, wo wirklich etwas passieren kann, bei der Verwendung der Studiengebühren.

(Abg. Johannes Stober SPD: Vielleicht werden sie dafür auch besser!)

Die sind nämlich bei der Mehrheit der Studierenden ganz ordentlich akzeptiert, aber sie wollen halt mehr mitentscheiden. Da wollen wir ansetzen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Chefkoch Bachmann!)

Zweiter Punkt, lieber Kollege Rivoir. Der Minister hat es noch einmal deutlich gesagt: In Bologna hat Frau Bulmahn, Ihre Genossin, unterschrieben und hat dann ein Hochschulrahmengesetz erlassen, das eine zeitliche Obergrenze von insgesamt fünf Jahren für Bachelor- und Masterstudium festschreibt – und Grün war dabei.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das ist nun einmal ein Rahmengesetz, von dem wir gar nicht abweichen dürfen. Das ist ein Witz von einem Rahmengesetz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr macht es doch! – Abg. Johannes Stober SPD: Ihr macht es doch an den Musikhochschulen! Haben Sie nicht zugehört?)

Bei Rot-Schwarz konnte es – ich sage mit Blick auf die Kollegen: leider – nicht abgeschafft werden, weil, lieber Herr Schmiedel, Sie – Rot – noch immer mitregiert haben. Jetzt, seit wir in Berlin regieren, steht klipp und klar im Koalitionsvertrag: Der Blödsinn kommt weg. Und so ist das richtig.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Ein Beifall! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zwei!)

Der letzte Punkt: Übergang vom Bachelor zum Master. Es ist ja nett, wenn man einen Anspruch schaffen will, aber Frau

(Dietmar Bachmann)

Bulmahn hat in Bologna – es muss wohl schweren Wein gegeben haben; lieber Kollege Rivoir, sie hat bei Ihnen offenbar nicht gefragt – unterschrieben, dass allein der Bachelor die Berufsbefähigung darstellen soll. Natürlich war unser Bildungssystem immer anders. Aber dem jetzt Rechnung zu tragen ist das, wofür wir uns aufmachen. Wir freuen uns auf den Bologna-Kongress und gehen davon aus, dass wir diese Reform nicht mit einer Reform versehen müssen, sondern das Erreichte sichern und dann noch besser ausbauen werden.

(Abg. Johannes Stober SPD: Also alles bleibt, wie es ist! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜ-NE)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit abgeschlossen.

Tagesordnungspunkt 1 ist beendet.

Es ist mir mitgeteilt worden, dass einige Studenten dieser Debatte gefolgt sind. Herr Minister Professor Dr. Frankenberg ist bereit, mit diesen im Anschluss ein Gespräch zu führen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn es hilft!)

Das Gespräch findet im Raum 212 statt, ein Geschoss unter der Zuhörertribüne.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sind auch Abgeordnete zu dem Gespräch zugelassen?)

Ich muss noch etwas nachholen. Auf Ihren Tischen befindet sich eine Vorschlagsliste der Fraktion der SPD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

a) Aktuelle Debatte – Berufliche Schulen in Baden-Württemberg – integrativ, gerecht und leistungsstark – beantragt von der Fraktion der CDU

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4443

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und je fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

Abg. Andrea Krueger CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kehren aus Bologna zurück und widmen uns erneut mit großer Ernsthaftigkeit dem Thema Bildung.

Bildung hat für uns als CDU höchste Priorität. Dies lässt sich unschwer daran ablesen, dass wir als CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit der Landesregierung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise und bei sinkenden Schülerzahlen mit der Qualitätsoffensive Bildung rund 4 000 Lehrer mehr ins System geben.

Diese Priorisierung lässt sich aber auch an dem Erfolg ablesen, den wir für das Bildungssystem in Baden-Württemberg bereits heute feststellen dürfen. Schulabschlüsse à la Baden-Württemberg haben 1-a-Qualität und genießen hohe Anerkennung. Im Bundesvergleich haben wir die geringste Schulabrecherquote und verzeichnen wir mit 2,9 % die niedrigste Arbeitslosenquote bei Jugendlichen.

Die Gründe für diesen Erfolg liegen auf der Hand: Sie sind in unserem differenzierten und gegliederten Schulwesen zu suchen, einem Schulwesen, das Lösungen für die unterschiedlichen Bildungsbedürfnisse anbietet. Ich finde schon, dass wir darauf auch ein ganz klein bisschen stolz sein dürfen, selbst als Schwaben.

Die beruflichen Schulen sind ein wesentliches und zentrales Element unserer Bildungslandschaft. Die beruflichen Schulen sind „i-g-l“: integrativ, gerecht und leistungsstark. Sie können dies sein, weil sie zugleich auch hochgradig innovativ sind. Mit ihrem besonderem Profil sind sie eine selbstbewusste, gleichwertige tragende Säule in der baden-württembergischen Landschaft neben den allgemeinbildenden Schulen. Sie sind damit nun gerade alles andere als der von der Opposition gern behauptete „Reparaturbetrieb“.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da müssen Sie einmal vor Ort in die beruflichen Schulen gehen!)

– Ja, das mache ich in schönster Regelmäßigkeit, liebe Kollegin.

Die Angebote der beruflichen Schulen sind sehr vielfältig. Es gilt ganz streng das Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Dieser Anspruch wird auch tatsächlich erfüllt: zum einen mit dem Berufsvorbereitungsjahr und seiner Weiterentwicklung, dem „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf“. Dort erfahren junge Menschen mit hohem, oft auch sonderpädagogischem Förderbedarf die Förderung, die sie dahin führt, dass sie – jedenfalls zwei Drittel der Absolventen – am Ende des Berufsvorbereitungsjahrs einen dem Hauptschulabschluss entsprechenden Bildungsstand erreichen. Bei den Kooperationsklassen – auch diese sind sehr erfolgreich – ist dieser Anteil noch deutlich höher.

Wir kennen das Berufseinstiegsjahr, in dem junge Menschen ihre Ausbildungsreife weiter verbessern können und schon erste berufliche Vorbildung erfahren. Sie sind nach bestandener Abschlussprüfung fit für die Ausbildung.

Die zweijährige Berufsfachschule als Vollzeitschule ermöglicht Abschlüsse in anerkannten Ausbildungsberufen.

Nicht vergessen werden dürfen natürlich auch die klassischen Berufsschulen, die als Partner der Wirtschaft in der dualen Ausbildung nicht wegzudenken sind.

Ein außerordentliches Erfolgsmodell mit besonderer Dynamik finden wir in den Berufskollegs und beruflichen Gymnasien. Denn schon heute – der Kultusminister weist in schönster

(Andrea Krueger)

Regelmäßigkeit darauf hin – kommen rund die Hälfte der Studienzugangsberechtigten aus den beruflichen Schulen. Damit sind die beruflichen Schulen die Schulen des Bildungsaufstiegs, gerade auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ein Blick in die Statistik – und in die Klassenzimmer, liebe Frau Kollegin – macht dies deutlich.

Dennoch geben wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Angesichts des demografischen Wandels, angesichts der Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels sehen auch wir Handlungsbedarf. Es wird darum gehen, die Unterrichtsversorgung weiter zu verbessern und das noch bestehende Unterrichtsdefizit von 4,6 % zu reduzieren. Die Frage der Lehrergewinnung ist dabei sicherlich ein Ansatzpunkt. Dennoch sollte man, anstatt beliebig viel Geld ins System zu stecken, auch einmal darüber nachdenken, wie wir die Ressourcen effizienter und effektiver einsetzen können.

Das nächste Handlungsfeld ist die Sicherstellung und weitere Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die beruflichen Schulen sind auf diesem Feld durchaus als Vorreiter zu bezeichnen. Sie sind schon heute mit den Projekten „Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen“ (STEBS) und „Operativ Eigenständige Schule“ (OES) – die Bildungspolitiker kennen diese Projekte – auf einem guten Weg und durchaus vorbildgebend.

Ein weiterer Punkt, über den wir nachdenken, ist die Frage, inwieweit die Ausweitung der Ganztagschule auf die Berufsschulen angezeigt ist. Dies gilt ebenso für den Ausbau der beruflichen Gymnasien entsprechend den Bedürfnissen des Ausbildungsmarkts.

Für all diese Fragen wird die Enquetekommission, die wir zu diesem Thema eingesetzt haben, Lösungsvorschläge erarbeiten. Deshalb setzen wir als CDU-Fraktion hohe Erwartungen in die Arbeit dieser Enquetekommission.

Abschließend möchte ich festhalten: Die beruflichen Schulen sind schon heute integrativ, gerecht und leistungsstark. Wer mir das nicht glaubt, kann das gern schwarz auf weiß nachlesen, und zwar im Bildungsmonitor 2009, dem Leistungsscheck der Bundesländer. Der Blick auf das Handlungsfeld der beruflichen Bildung zeigt Ihnen, dass Baden-Württemberg hier schon heute Platz 1 belegt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Krueger, Ihrem Lob der beruflichen Schulen möchte ich hinzufügen: Das Lob gilt den Lehrkräften an den beruflichen Schulen, die trotz widriger Umstände hervorragende Ergebnisse an diesen Schulen vorweisen können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich sehe einen wesentlich größeren Handlungsbedarf als den, den Sie skizziert haben. Dabei geht es nicht nur darum, den Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu optimieren. Es geht um viel mehr.

In einer Pressemitteilung zur Einsetzung der Enquetekommission haben Sie zum Ausdruck gebracht, dass auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme Handlungsstrategien für die Zukunft zu entwickeln seien. Außerdem sollen die notwendigen Entwicklungen und Innovationen angestoßen werden, die allen jungen Menschen künftig einen erfolgreichen Start in das Berufsleben ermöglichen.

Das heißt, hier besteht ein erheblicher Handlungsbedarf, weil die angesprochenen Aufgaben noch nicht so erfüllt werden, wie wir uns das für unser Land wünschen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, schauen Sie einmal in die Schulen bzw. in die Kollegien. Weshalb hängt in fast jedem Lehrerzimmer einer beruflichen Schule die Unterschriftensammlung der GEW mit der Forderung, das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen zu beseitigen und ein Sonderprogramm für die beruflichen Schulen mit jeweils 300 neuen Stellen in den kommenden fünf Jahren auf den Weg zu bringen? Die Unterschriftenliste gebe ich gern an Ihre Fraktion weiter. Sie sollten sich daran beteiligen; denn dies ist sinnvoll und notwendig.

Weshalb beteiligen sich an den Schülerdemonstrationen auch massenhaft Berufsschüler mit der Forderung nach einer besseren Bildungspolitik des Landes? Weshalb demonstrierten bei der vergangenen Landtagssitzung die Schüler der Landes- und Bezirksfachklassen gegen die Kürzung der Zuschüsse für die Jugendheime und möchten dem Kultusminister morgen 1 000 Protestunterschriften übergeben? Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Rau, sich die Zeit nehmen werden, um auch anwesend zu sein.

Warum ist das alles so? Es ist so, weil Sonntagsreden eben nicht weiterhelfen und die Landesregierung sich diese grundsätzliche Kritik und diesen Protest ehrlich verdient hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich fasse das noch einmal zusammen und stelle fest: Die beruflichen Schulen in unserem Land müssen unter schwierigen Voraussetzungen einem anspruchsvollen Bildungsauftrag gerecht werden. Die Lehrerinnen und Lehrer wollen, auch wenn es ihnen nicht immer leicht gemacht wird, die Schüler zu erfolgreichen Abschlüssen führen. Dazu sind die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Sie kennen das aus unserem Antrag zum Thema „Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg“, der auch auf der heutigen Tagesordnung steht. Da bleibt Ihnen unsere Feststellung nicht erspart, dass das strukturelle Unterrichtsdefizit ausweislich der Zahlen des Ministeriums bei 4,6 % liegt, dass 4,5 % des Unterrichts krankheitsbedingt ausfallen und dass 3,1 % des Unterrichts durch Vertretungen abgedeckt werden müssen. Das heißt, jede achte Stunde in den beruflichen Schulen wird entweder vertreten oder fällt aus.

(Gunter Kaufmann)

Dabei handelt es sich um ein Volumen von etwa 2 000 Deputaten. Das sollten Sie sich vor Augen führen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Vertretungsstunde ist ja nichts Schlimmes, oder?)

Frau Krueger, das sollten Sie hier ansprechen. Das erwarten wir aber auch von der Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen Handlungsbedarf in vielen Bereichen; ich habe es bereits gesagt. Es muss um die Reduzierung des strukturellen Unterrichtsausfalls gehen, es muss auch um den Abbau der Bugwelle an Mehrarbeit, die geleistet wird, gehen, und es muss um den Aufbau einer echten Lehrerreserve gehen, damit wir dieses Problem angehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise noch darauf hin, dass es auch bei der Zuweisung der Lehrerstellen nicht gerecht zugeht. Wir verteilen die Lehrerstellen nach Schülerzahlen und nicht nach den Stunden, die damit verbunden sind. Es ist offensichtlich, dass im Teilzeitunterricht weniger Stunden angeboten werden müssen als im Vollzeitunterricht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb wäre es auch gerecht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sinnvoll!)

dort die Deputate nach den tatsächlich erforderlichen Stunden zuzuweisen.

Was wir wollen, ist „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Das steht oft nur auf dem Papier. Wir haben an den beruflichen Schulen einen erheblichen Numerus clausus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Allein an den beruflichen Gymnasien mussten im vergangenen Jahr 10 000 Schüler abgewiesen werden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

weil es an den Schulen nicht genügend Plätze gab.

Das sind die Probleme, die anstehen. Wir werden uns damit in der zweiten Runde vielleicht noch etwas detaillierter auseinandersetzen, wenn wir die Antwort des Ministers gehört haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er war schon einmal an einer Berufsschule!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Titel dieser Aktuellen Debatte „Berufliche Schulen in Baden-Württemberg – integrativ, gerecht und leistungsstark“ kann man als Zielformulierung durchgehen lassen, Frau Krueger,

(Lachen der Abg. Andrea Krueger CDU)

wenn man ihn als Anspruch für zukünftiges Regierungshandeln begreift, wenn man „integrativ, gerecht und leistungsstark“ in diesem Bereich als Zukunftsaufgabe ansieht. Darüber besteht zwischen uns sicher Konsens. Kein Konsens zwischen uns besteht aber sicher bei dem, was Ihre Analyse betrifft, wonach eigentlich alles in Butter sei und man vielleicht nur noch an einigen Stellschrauben etwas drehen müsse.

Ich weise einfach noch einmal auf die Notwendigkeit und die Bedeutung dieses Themas allgemein hin. Wir haben eine bildungspolitische Diskussion, die eigentlich immer in Segmenten funktioniert. Wir diskutieren über allgemeinbildende Schulen und Abschlüsse. Darüber können wir uns heftig streiten. Wir diskutieren über die Frage, was eigentlich an den Hochschulen ist. Dann kommt vielleicht versteckt – das interessiert in der Öffentlichkeit oft niemanden so richtig – auch der Bereich der beruflichen Schulen. Aber es wird eigentlich vergessen, dass es sich hier um ein wichtiges Bindeglied in der Bildungsbiografie von vielen jungen Menschen handelt. Wir wissen, dass allein über 50 % der Realschüler nicht in die duale Ausbildung gehen, sondern Berufsschulausbildungsgänge, vollzeitschulische Ausbildungsgänge durchlaufen.

Man muss sich natürlich anschauen, welche Schnittstellen es gibt, welche Übergänge es gibt und ob sie funktionieren. Ich muss Ihnen sagen: Wir haben keine gute Situation. Wir müssen feststellen, dass über 50 000 junge Menschen jährlich in die Berufskollegs gehen – man hat sie jetzt reformiert; dass das reformierte Berufskolleg zur Fachhochschulreife führt, ist ein guter Ansatz –, dass aber die zweijährige Ausbildung überhaupt nicht als berufliche Qualifizierung anerkannt wird. Das ist ein untragbarer Zustand. Ich weiß aus der Praxis, dass die meisten der jungen Leute, die ein Berufskolleg besucht haben, danach in die duale Ausbildung gehen, das heißt eine dreijährige Lehre machen. Das sind also fünf Jahre Qualifizierung. Das muss man sich vor dem Hintergrund der G-8-/G-9-Diskussion oder der Bachelordiskussion, in denen kürzere Schul- und Studienzeiten gefordert werden, auf der Zunge zergehen lassen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Hier hat man offensichtlich Zeit, und man steckt eine Menge Ressourcen hinein. Wir haben es einmal ausgerechnet. Diese Systeme kosten das Land Baden-Württemberg jährlich ca. 350 Millionen €. Das ist ein erheblicher Betrag. Diese Gelder sind natürlich für andere bildungspolitische Maßnahmen blockiert.

Wir brauchen dringend eine Reform. Wir brauchen eine bessere Durchlässigkeit. Wir brauchen bessere Übergänge. Die Reform des Berufsvorbereitungsjahrs, die Stück für Stück umgesetzt wird – vom BVJ ins BEJ, und jetzt macht man auch VAB –, ist keine gelingende Reform, weil sie der gleichen Logik folgt, dass man nämlich nach einer nicht gelingenden Einmündung in eine berufliche Ausbildung im dualen System als Alternative einfach einen schulischen Ausbildungsgang daransetzt, der vorbereiten soll, dessen Qualifikation aber – beim VAB im Besonderen – überhaupt keine Anerkennung findet. Der Praxiszug im VAB führt nicht einmal zum Hauptschulabschluss.

Man muss sich fragen: Was für eine bildungspolitische Konzeption ist das, wenn ein Teil der Jugendlichen ohne Haupt-

(Siegfried Lehmann)

schulabschluss die Schule verlässt und es nicht als generelles Ziel des Staates begriffen wird, dass mindestens ein allgemeinbildender Abschluss, mindestens ein Hauptschulabschluss möglich sein muss? Das muss doch ein bildungspolitisches Ziel sein.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben in den letzten Tagen ein Programm verabschiedet, witzigerweise unter dem Titel „Kinderland plus“. Darin steht auch etwas zur beruflichen Bildung. Ich denke, ein Berufsschüler wird sich nicht als Kind begreifen, erst recht nicht ein Meister oder Techniker.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber als „plus“!)

– Okay; das sind dann die Größeren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Man ist immer das Kind seiner Mutter!)

Sie sagen, wir hätten im Prinzip die Durchlässigkeit gewährleistet. Aber – Kollege Kaufmann hat es gesagt – ca. ein Drittel der Realschüler in Baden-Württemberg, die auf ein berufliches Gymnasium gehen wollen, die die Eingangsvoraussetzung eines Notendurchschnitts von 3,0 erfüllen, bekommen keinen Platz im beruflichen Gymnasium. Ganz kritisch ist es in Lörrach/Waldshut – da haben wir einmal die Daten erhoben –: Die Hälfte der jungen Leute mit mittlerer Reife schaffen dort nicht den Durchstieg ins berufliche Gymnasium, weil man keine Plätze anbietet.

Ich muss Ihnen sagen: In der ganzen Diskussion über Fachkräftemangel, über Akademikermangel, über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Baden-Württembergs müssen wir darauf achten, dass die Durchgängigkeit funktioniert, dass es einen bildungspolitischen Anspruch gibt, einen Platz im beruflichen Gymnasium zu bekommen.

So viel zunächst in der ersten Runde.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere beruflichen Schulen sind in der Tat eine ganz besondere Perle unter den Schularten. Das gilt sowohl für alle zusammen als auch für jede einzelne. Ich glaube, es gibt keine berufliche Schule, die einer anderen vollkommen gleicht. Sie alle haben ihre Spezialisierungen und ihre besonderen Angebote. Diese Vielfalt ist es, die sie stark macht.

Wir haben eine Riesenvielfalt an den beruflichen Schulen, und zwar zum einen bezüglich der angebotenen Fachbereiche. Da ist von Bau- und Ausbauberufen bis hin zu Metallberufen wirklich alles vorhanden, was man sich vorstellen kann, manches davon in Form von Blockunterricht, anderes zusammengefasst an Spezialschulen. Aber es ist alles da in Baden-Württemberg. Wir haben eine Riesenvielfalt; es ist alles vorhanden, was unsere Wirtschaft braucht und abnimmt und was unsere Schüler lernen wollen.

Wir haben zum anderen aber auch bei den Lehrern eine Riesenvielfalt. Diese Lehrkräfte kommen entsprechend den An-

forderungen natürlich aus ganz unterschiedlichen Bereichen und bringen ganz unterschiedliche Vorbildungen mit. Ich bin sehr froh, dass wir an den beruflichen Schulen auch eine ganze Reihe von Quereinsteigern haben, die das, wofür sie die Schülerinnen und Schüler ausbilden, selbst bereits direkt vor Ort erlebt haben und die wissen, wie es in einem Betrieb zugeht. Das ist vermutlich nicht ganz unwichtig.

Wir haben auch bei den Schülern ganz unterschiedliche Voraussetzungen. Es wurde schon angesprochen: Es gibt Schüler, die mit Ach und Krach die Hauptschule geschafft haben, und es gibt andere Schüler, die mit Spitzenergebnissen aus den Realschulen kommen und an der beruflichen Schule ihr Abitur machen wollen. Daneben gibt es die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitklassen.

Das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – alle meine Vorredner haben das zu Recht bereits erwähnt – wird am allerbesten in den beruflichen Schulen umgesetzt. Die beruflichen Gymnasien stellen seit den Neunzigerjahren regelmäßig immerhin mindestens 30 % der Abiturienten; hinzu kommen die Absolventen mit Fachhochschulreife, sodass insgesamt die Quote von 50 % erreicht wird, die die Kollegin Krueger eben nannte.

Diese beruflichen Gymnasien müssen wir dringend ausweiten. Die FDP/DVP fordert das seit Langem.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe jetzt einmal wieder in die Statistik geschaut und festgestellt: Wir haben bei den beruflichen Gymnasien – diese Zahl gilt wohlgerne für Baden-Württemberg insgesamt – eine Klassenstärke von durchschnittlich über 29 Schülern. Die Klassen dort sind also alle „hacekvoll“. Man sollte diese Zahl einmal mit der durchschnittlichen Klassenstärke an allgemeinbildenden Gymnasien vergleichen. Dort liegt der Durchschnitt, meine ich, doch ein ganzes Stück niedriger. Wir müssen schauen, dass wir das Angebot der beruflichen Schulen ausweiten, weil das für viele Schülerinnen und Schüler nun einmal die einzige Möglichkeit ist, zum Abitur zu kommen. Das sind diejenigen, die die Theorie oft wirklich schon überhatten, die jedoch, wenn sie an einem beruflichen Gymnasium vor ganz anderen Herausforderungen stehen, plötzlich zu voller Form auflaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe einen Sohn, der an einem beruflichen Gymnasium sein Abitur gemacht hat und der inzwischen als Diplomingenieur bei Porsche tätig ist. Er hat am beruflichen Gymnasium die Kurve wieder genommen, weil das eine andere Schulart war.

Ein weiteres besonderes Merkmal der beruflichen Schulen ist ihre starke Einbindung in Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist die Schulart, die am meisten Kontakt mit Wirtschaft und Gesellschaft hat.

Ich will meine Ausführungen aber nun nicht in eine ultimative Lobhudelei ausarten lassen. Wer ab und zu im WDR die Sendung „Zimmer frei“ anschaut, der weiß, was ich meine: Es ist nicht immer unproblematisch, wenn über jemanden ausnahmslos Gutes geredet wird. Natürlich gibt es auch an beruflichen Schulen eine ganze Reihe von Punkten, die nicht un-

(Heiderose Berroth)

bedingt positiv sind. Dies gilt z. B. für die Frage, welche Vorkenntnisse mitgebracht werden müssen. Wir werden morgen noch über das Thema Ausbildungsreife reden. Das Problem, dass am Ende einer Schullaufbahn, besonders an Hauptschulen, als Ergebnis nicht immer das herauskommt, was man sich für eine Berufsausbildung wünschen würde, macht natürlich auch und besonders den beruflichen Schulen und den dort tätigen Lehrern zu schaffen.

Das nächste Problem ist, dass die Schüler dort in einem Alter sind, bei dem ihre Eltern nicht unbedingt meinen, dass sie sich an der Schule noch mit engagieren müssten. Elternengagement ist aber für jede Schule wichtig, und es wäre auch an beruflichen Schulen wichtig. Das ist jedoch auch ein Defizit, das man leider beklagen muss.

Das Problem des Unterrichtsausfalls wurde schon angesprochen. Dieses Problem tritt auf, weil schlicht und ergreifend nach wie vor nicht alle Stellen zu besetzen sind. Das ist bereits seit vielen Jahren ein Riesenproblem. Wir arbeiten massiv an einer Lösung. Bereits zwischen 1996 und 2001, als ich für meine Fraktion schon einmal für diese Thematik zuständig war, haben wir uns sehr bemüht, Verbesserungen herbeizuführen. Aber der Markt gibt es nicht her. Hinzu kommt natürlich, dass die Wirtschaft über viele Jahre hinweg nicht mehr genügend Ausbildungsplätze im dualen System bereitgestellt hat, sodass der vollzeitschulische Bereich entsprechend stark ausgeweitet werden musste. Dieser Bereich benötigt aber naturgemäß mehr Lehrkräfte als der Teilzeitbereich.

Die Lücke zwischen der Zahl der Lehrstellen und der Zahl der Bewerber schließt sich allerdings inzwischen. Im letzten Jahr war zum ersten Mal die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellenangebote fast identisch mit der Zahl der dort gemeldeten Bewerber. 2006 gab es noch einen Überhang von ca. 30 000 Personen. Die Situation wird sich also ändern, und einiges andere wird sich auch ändern. Deshalb haben wir auch eine Enquete eingesetzt, die sich mit diesem Thema befasst.

Ich will mich aber schon jetzt bei allen bedanken, die trotz dieser beschriebenen Schwierigkeiten durch besonderen Einsatz an den Berufsschulen, an den beruflichen Schulen die Arbeit doch einigermaßen erträglich und gewinnbringend für Schülerinnen und Schüler und für uns alle machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die berufliche Bildung in Baden-Württemberg ist ein Exportschlager unseres Landes. Konzeption und Qualität haben sich weltweit herumgesprochen, und wir haben jeden Monat Besuch von zwei, drei ausländischen Delegationen, die sich bei uns um eine Kooperation bemühen.

So etwas würde sicherlich nicht zustande kommen, wenn sich die berufliche Bildung hier in einem Jammertal befände, wie es uns Herr Kaufmann in schöner Regelmäßigkeit vormachen will.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP:
So ist das!)

Unsere Berufsschulen sind leistungsstark. Sie dienen der Integration und der sozialen Gerechtigkeit. Sie stehen in enger Kooperation mit der Wirtschaft. Sie leisten ungeheuer viel, was die Ausbildung von Fachkräften angeht – das hat bei Ihren Ausführungen fast gar keine Rolle gespielt –; sie sind am Puls der wirtschaftlichen Entwicklung, und deswegen sind sie innovativ. All das zusammengenommen führt dazu, dass man sich rings um den Globus für das interessiert, was bei uns entstanden ist, dafür, wie wir es machen, wie die Lehrkräfte bei uns ausgebildet und fortgebildet werden. Deswegen nutzen wir diese Möglichkeit der internationalen Vernetzung, weil auch die Internationalisierung ein wesentliches Ziel von beruflicher Bildung sein muss.

Dynamik und Innovation in der Wirtschaft beeinflussen die beruflichen Schulen unmittelbar. Sie verschaffen ihnen damit auch ein hohes Maß an Flexibilität. Berufliche Schulen müssen sich ständig auf Neues einstellen. In den letzten zwölf Jahren wurden rund 300 Ausbildungsberufe neu geordnet; etwa 70 neue Ausbildungsberufe sind entstanden und in diesem Zeitraum geordnet worden. All das ist in den Schulen eingeführt worden. Dem musste durch angemessenen Fachunterricht entsprochen werden, der von Lehrkräften gehalten wurde, die in diesen Berufen oft selbst keine Erfahrungen hatten, die sich also durch Fortbildung ganz schnell auf einen aktuellen Stand bringen mussten, um als Lehrkraft die notwendige Leistung zu erbringen.

Diese hohe Flexibilität der beruflichen Schulen erkenne ich ausdrücklich an. Sie ist eben deshalb möglich, weil die Steuerung der beruflichen Schulen bei uns auf einem sehr modernen Stand ist. Es ist also falsch, zu sagen, die Flexibilität sei trotz der Steuerung vorhanden.

Wir haben mit dem Konzept „Operativ Eigenständige Schule“ in den letzten zehn Jahren dafür gesorgt, dass die beruflichen Schulen in der Lage sind, sich regelmäßig den neuen Herausforderungen zu stellen, und wir bieten den Lehrerinnen und Lehrern der beruflichen Schulen so viel Fortbildung an, dass jede Lehrerin, jeder Lehrer jedes Jahr an einer Fortbildung teilnehmen kann, wenn es erforderlich ist.

Bei 20 000 Lehrerinnen und Lehrern, die wir insgesamt an den beruflichen Schulen haben, besuchen jährlich allein etwa 11 000 Lehrkräfte die Akademie in Esslingen; die anderen finden ihr Angebot in der regionalen Fortbildung.

Baden-Württemberg ist eine der Regionen in Europa mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit. Das hat auch mit dem Angebot der beruflichen Bildung und den beruflichen Schulen zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Leistungen, die in diesem Land in der beruflichen Bildung erbracht werden, schlagen sich regelmäßig auch darin nieder, dass wir seit der Einführung des Bildungsmonitors des Instituts der deutschen Wirtschaft im Bereich der beruflichen Bildung auf Platz 1 liegen. Es gab kein Jahr, in dem wir mit der beruflichen Bildung in Deutschland nicht auf Platz 1 lagen. Auch das ist eine Anerkennung der Gesamtleistung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben in den beruflichen Schulen neben der Ausbildung in den Berufen auch die Möglichkeit des Aufstiegs durch Bil-

(Minister Helmut Rau)

dung. Auch hier sind wir erfolgreicher als alle anderen 15 Bundesländer. Wir haben den höchsten Anteil derjenigen, die ihre Studienberechtigung in den beruflichen Schulen erwerben. 50 %, die Hälfte aller Studienberechtigungen werden in den beruflichen Schulen erworben. Dabei ist besonders wichtig, dass Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten dort Chancen wahrnehmen, die sie in den allgemeinen Schulen so noch nicht wahrnehmen – was ich bedaure.

Wir haben einen wesentlich höheren Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte, die dort eine Hochschulreife, eine Fachhochschulreife oder einen mittleren Bildungsabschluss erwerben. Ich glaube, dass dieses Korrektiv im Gesamtkonzept der Bildungsangebote in unserem Land deswegen eine wichtige Rolle spielt.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Wir kümmern uns auf der anderen Seite um die Berufsvorbereitung bei leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern. Das geht über die hier schon genannten Angebote, die sehr stark ausdifferenziert werden mussten, weil die Problemlagen so unterschiedlich sind, bis hin zum Konzept der Jugendberufshelfer und der individuellen Lernbegleiter, die gerade Jugendlichen mit einem hohen Unterstützungsbedarf entgegenkommen.

Wir haben die Zahl der Plätze in den beruflichen Bildungsgängen, die zu einer Studienberechtigung führen – an den Berufskollegs und den beruflichen Gymnasien –, in diesem Jahrzehnt entscheidend ausgebaut. Wir haben in diesem Jahrzehnt in den Berufskollegs 43 % mehr Plätze geschaffen. Wir haben in diesem Jahrzehnt in den beruflichen Gymnasien 31 % mehr Plätze geschaffen. Wir sind mitten in einem dynamischen Ausbau, mit dem wir dem Bedarf entsprechen.

(Zuruf von der SPD: Wenig!)

– Klar, für die Opposition ist alles zu wenig. Das ist der einfachste Zwischenruf, den man sich ausdenken kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Kollege hat nur von Pflichtaufgaben geredet!)

Wir haben deshalb auch die Unterrichtsversorgung in den beruflichen Schulen sehr flexibel ausbauen müssen. Weil sich im Verlauf des letzten Jahres durch die Wirtschafts- und Finanzkrise beispielsweise eine starke Verlagerung auf vollzeitschulische Nachfragen ergeben hat, haben wir nachgesteuert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Flexibilität kann doch nicht bedeuten, dass in der Klasse meines Sohnes der Englischunterricht komplett ausfällt!)

– Herr Gall, darf ich Ihnen einfach geschwind die Fakten nennen? Das ist am besten für Sie. Aber ich weiß: Mit Fakten haben Sie meist ein Problem, wenn sie Ihren Vorurteilen nicht entsprechen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber was ich sage, ist auch Fakt: Fakt ist, dass Englisch komplett ausfällt! Das sind auch Fakten!)

Jetzt sage ich Ihnen: Wir hatten für dieses Jahr bezüglich der beruflichen Schulen eine Prognose, die durch die Wirtschaftskrise über den Haufen geworfen wurde, und wir waren flexi-

bel genug, insgesamt 470 Stellen mehr, als in der ursprünglichen Planung vorgesehen waren, in die beruflichen Schulen zu bringen. Das ist eine große Leistung gewesen. Zudem haben wir uns schon jetzt festgelegt, im nächsten Jahr auf jeden Fall 800 Stellen in den beruflichen Schulen zu besetzen, und das bei nur 600 frei werdenden Stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das heißt, mit den Lehrerzahlen geht es weiter aufwärts, obwohl die Schülerzahlen dort nicht mehr steigen. Die berufliche Bildung und die beruflichen Schulen sind uns viel wert. Sie werden durch die Enquetekommission noch stärker in den Mittelpunkt auch der öffentlichen Debatte rücken. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wissen, was sie an den beruflichen Schulen dieses Landes und an den Lehrerinnen und Lehrern, die dort arbeiten, haben. Ich glaube, dass die Enquetekommission die Chance bietet, den Stellenwert der beruflichen Schulen auch in der Öffentlichkeit noch deutlicher zu machen. Diese Schulen haben es verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist doch schon alles gesagt!)

Abg. Andrea Krueger CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Kollege Kaufmann! Der Kultusminister hat gerade schon die Flexibilität der beruflichen Schulen angesprochen und erläutert, wie sie auf die sehr schnell wechselnden Anforderungen reagieren. Deshalb, mit Verlaub: Die „widrigen Umstände“, die Sie vorhin angesprochen haben, kann ich in den beruflichen Schulen – ich habe in meinem Wahlkreis von jeder Sorte reichlich hiervon; zu guten Teilen sind das auch die größten Schulen, die es von diesem Schultyp in Baden-Württemberg gibt – bislang wahrhaftig nicht feststellen. Ich glaube, selbst die Lehrer, die Sie angesprochen haben, würden sich bei dieser Formulierung in ihrer Schule so nicht wiederfinden.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Gehen Sie einmal in die Lehrerzimmer!)

Dass die GEW Unterschriftenlisten an das Schwarze Brett hängt, mag ihr zugestanden sein. Das ist nichts, worüber wir uns an dieser Stelle längere Zeit unterhalten müssten.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das stört Sie nicht!)

– Sie haben sehr viel über Lehrer geredet,

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ohne Lehrer funktioniert Schule nicht!)

aber ich will einmal sagen: Bei aller Hochachtung, die wir vor Lehrern – ohne sie funktioniert es nicht; das ist absolut richtig –, gerade in den beruflichen Schulen, haben, ist natürlich auch klar: Das, worum es in allen Schulen geht, sind zunächst einmal die Kinder und die Jugendlichen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

(Andrea Krueger)

Deswegen sind diese jungen Menschen unser Ansatz, und die Frage ist: Welchen Weg können wir ihnen eröffnen, damit sie eine gelingende Bildungskarriere absolvieren und hinterher auch ein gutes und befriedigendes Leben führen können?

Da muss ich schon sagen: Berufliche Gymnasien brauchen wir natürlich. Ich habe vorhin geschildert – auch der Kultusminister hat es getan –, wie erfolgreich gerade die beruflichen Gymnasien sind. Aber sie sind natürlich nicht der Nabel der Welt. Auch das muss man einmal sagen. Nicht alle Menschen sind in der Lage – sie wollen dies oft auch nicht –, über das Abitur und ein Studium einen Beruf zu erlernen, sondern es gibt natürlich auch sehr viele, die andere Wege gehen. Diese anderen Wege sind keineswegs geringer zu achten. Auch dies muss, glaube ich, sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb hat mir bei der Debatte über die beruflichen Gymnasien, so sehr ich das Thema Übergänge des Herrn Lehmann schätze – ich halte das ebenfalls für ein wichtiges Thema –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der versteht auch etwas davon!)

Folgendes nicht gefallen: Es klang wiederum durch: Alle Kinder und alle Jugendlichen müssen ins Gymnasium, müssen ins Studium, und das im Vorfeld am besten auch noch über eine Schulform, die Ihnen dann sympathischer wäre, nämlich über eine Einheitsschule. Aber das wollen natürlich auch die Eltern nicht. Das Beispiel Hamburg zeigt es gerade. Die dortige Schulsenatorin hat, glaube ich, sehr stark mit Eltern und Schülern zu kämpfen, die nun tatsächlich – anders als die von Ihnen vorhin geschilderten „Massen“ – auf der Straße sind und demonstrieren. Selbst in der SPD und bei deren Anhängern finden sich nicht sehr viele Befürworter eines solchen Schulsystems. Insofern werden wir an unserem Kurs festhalten.

Ich glaube aber, neben dem Thema Übergänge, das wir selbstverständlich in der Enquete aufgreifen werden – darauf haben wir uns verständigt –, ist ebenfalls wichtig, dass diese beruflichen Schulen in der Diskussion, in der Öffentlichkeit nach wie vor unzureichend wahrgenommen werden, dass sie deshalb auch oft unterschätzt werden und dass manch einer auch nicht den Weg findet, der ihm im Grundsatz eigentlich offenstehen würde. Ich glaube, auch dies ist etwas, was wir durch die Arbeit der Enquete ändern wollen, um so unser berufliches Schulsystem weiterzuentwickeln und weiter voranzubringen.

Aber, lieber Kollege Lehmann,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist wirklich lieb! Den mag ich!)

die Überschrift der heutigen Debatte war natürlich alles andere als nur eine Zielformulierung; vielmehr war sie die zutreffende Beschreibung des Istzustands.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich höre, was meine Vordröner gesagt haben, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da schmeckt dir das Mittagessen nicht mehr!)

Sie stehen vor einem wunderschönen Fahrzeug, bewundern, was es da alles an Einrichtungen gibt, aber Sie nehmen nur zum Teil zur Kenntnis, dass der Tank nicht voll ist, man den Treibstoff aber braucht, um das Fahrzeug auch zu bewegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir fahren Autos, die nicht viel Sprit brauchen, Herr Kollege!)

Sie versorgen die beruflichen Schulen mit weniger als 100 %. Als Zielwert haben Sie nicht die 100-prozentige Lehrerversorgung angedacht, sondern Sie liegen schon bei den eigenen Ansprüchen nur bei 95 %.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das Ziel sind schon 100 %, Entschuldigung!)

Angesichts der Herausforderung, dass wir diese Schulen weiterentwickeln wollen, ist das einfach falsch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das Ziel zu erreichen ist nicht so einfach!)

Wir begrüßen ausdrücklich – das sage ich dazu – die Konzepte „Operativ Eigenständige Schule“ und „Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen“, die man mit den Begriffen OES und STEBS in Verbindung bringt. Aber, Herr Minister – da darf ich Sie direkt ansprechen –: Sie können nicht erwarten, dass die Arbeit, die damit verbunden ist, diese enorme Arbeit der Qualitätssicherung und der Qualitätsweiterentwicklung, von den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen in freiwilliger Mehrarbeit gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Da können Sie überall hingehen; jeder wird Ihnen da bestätigen, dass das, was an Arbeitszeit notwendig ist, um das wirklich voranzutreiben, nicht durch das abgedeckt ist, was Sie für Entlastungsstunden ansetzen. Da sind an jeder Schule mehr Stunden notwendig als das, was im Moment zur Verfügung steht.

Sicher, Schulen sind flexibel, und sie haben die Verbindung zur Praxis. Sie sind auch innovativ in der Weiterentwicklung – insbesondere auch private Schulen; betrachten wir nur die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Gymnasien. Es gab zwei solcher Schulen in öffentlicher Trägerschaft, aber gleichzeitig waren schon 22 private Gymnasien auf dem Markt. Die öffentlichen Schulen haben hier nachziehen müssen. Es gibt im Moment auch Vorschläge der Wirtschaftsgymnasien, innovativ in den Bereich der Informationstechnik hineinzugehen. Wirtschaftsgymnasien in Karlsruhe, Friedrichshafen, Offenburg und anderswo wollen ein eigenständiges Profil „Informatik und Wirtschaft“ einführen. Herr Minister, behindern Sie diese Schulen nicht, sondern unterstützen Sie sie entsprechend. Ich halte das für einen sehr innovativen Gedanken.

(Gunter Kaufmann)

Lassen Sie nicht zu, dass private Anbieter und private Schulen hier wieder den Vorreiter spielen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben Sie etwas gegen private Schulen?)

Das wäre nicht unsere Politik. Das ist nicht unser Verständnis von öffentlichen Schulen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoi! Jetzt lässt er die Katze aus dem Sack!)

Wir müssen davon ausgehen, dass die beruflichen Schulen noch vor weiteren zusätzlichen Herausforderungen stehen. Wir brauchen beispielsweise mehr Ganztagschulen. Schulsozialarbeit muss in diesem Bereich ebenfalls stattfinden. Sie ist insbesondere notwendig, wenn es um das BVJ, das BEJ und die Fragen des Übergangs von der Schule in den Beruf geht. Dort finden Sie alle Probleme, die sich in unserer Gesellschaft im Umfeld der Schulen ergeben. Das können Sie nur abfangen, wenn es mehr finanzielle Mittel für Ganztagschulen gibt, wenn die Schulsozialarbeit erheblich ausgebaut wird.

Wir haben darauf hingewiesen: Es sind nicht nur die beruflichen Gymnasien – da hat Frau Krueger recht –, die hier eine wichtige Rolle spielen, sondern es sind auch die anderen Schularten. Ich will darauf hinweisen, dass es uns auch um Folgendes geht: Wenn wir die beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren weiterentwickeln wollen, dann sollten wir eine faire Anrechnung der erworbenen Qualifikationen für einen weiteren beruflichen Weg ermöglichen. Es ist im Moment in vielen Bereichen eben nicht der Fall, dass die Qualifikationen, die an den Berufsfachschulen, an den Berufskollegs erworben werden, in ausreichendem Maß auch bei einer dualen Ausbildung angerechnet werden.

Letztendlich sei noch darauf hingewiesen – das betrifft jetzt die Personalpolitik –, dass wir eine leistungsgerechte Bezahlung und auch adäquate Aufstiegsmöglichkeiten für die Lehrkräfte, insbesondere bei den technischen Lehrern, fordern. Wir hatten im Schulausschuss schon oft darüber diskutiert. Hier ist die Situation für die Beteiligten eher frustrierend – das muss man sehr deutlich sagen –: niedrige Bezahlung, kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Sie wissen das. Ich denke, da ist in erster Linie auch der Finanzminister gefordert.

Meine Damen und Herren, wir wollen diese beruflichen Schulen weiterentwickeln. Wir sehen die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird. Wir sehen aber auch die vielen Baustellen, an denen die Regierung noch einiges zu erledigen hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rau, meine Beiträge in der Debatte sollten nicht so bewertet werden, als dass das berufliche Bildungswesen in Baden-Württemberg damit kleingeredet würde. Das ist nicht mein Anliegen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das tun Sie aber! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das würden Sie als Berufsschullehrer auch nicht tun! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Als langjähriger Berufsschullehrer weiß ich das.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehen Sie! Haben wir doch gewusst!)

Es gibt im Bildungswesen keinen Bereich, der so flexibel und so innovativ ist wie das berufliche Bildungswesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Musterbeispiel für die Durchlässigkeit des Systems, Herr Lehmann! – Abg. Thomas Blenke CDU: Auf der linken Seite klatscht gar niemand! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das war schon der Schlussbeifall! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Röhm, genau das ist der Punkt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich verstehe mich auch als ein Repräsentant eines funktionierenden beruflichen Bildungswesens,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ehrt Sie!)

das in den Siebzigerjahren noch voll funktionsfähig war.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich führe Sie immer als Beispiel an! – Weitere Zurufe)

Damals habe ich mir mit einem Hauptschulabschluss aussuchen können, welche Berufsausbildung ich wähle, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist heute nicht mehr möglich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil Sie die Hauptschulen schlechtgeredet haben!)

– Nein, nein. Das ist nicht der Punkt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihr Hauptschulabschluss war werthaltig!)

Die Übergänge sind im Bildungssystem eigentlich das Entscheidende. Ein Bildungssystem, das die Übergänge nicht gewährleistet, keine Chancengerechtigkeit, keine Chancengleichheit bietet,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir doch!)

muss an diesen Schnittstellen arbeiten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo? – Weitere Zurufe)

Das heißt beispielsweise für die beruflichen Gymnasien, dass die Durchgängigkeit von der Realschule in das berufliche

(Siegfried Lehmann)

Gymnasium möglich sein muss, sofern die Leistung stimmt. Das muss gegeben sein. Es muss auch gegeben sein, dass jeder Jugendliche, der einen allgemeinbildenden Schulabschluss hat, das Recht – da müssen wir uns weiterentwickeln – auf eine beruflich qualifizierende, anerkannte Ausbildung bekommt. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn wir die Prognosen sehen, die für Baden-Württemberg gestellt werden, wonach allein im Facharbeiterbereich 150 000 Stellen fehlen – das wird von niemandem bestritten – und im Bereich der Akademiker bis zum Jahr 2015 – das ist nicht mehr lange hin – 100 000 Stellen fehlen, dann müssen wir uns doch heute Gedanken darüber machen, welche Stellschrauben wir in dem System verändern müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da brauchen wir aber die Partner, Herr Lehmann! Die Partner brauchen wir auch dazu!)

– Die Partner brauchen wir auch. Herr Röhm, wir hatten die Debatte über die Veränderung des Berufsbildungsgesetzes in § 43 Abs. 2, und dabei hat auch Baden-Württemberg gesagt: Wir bestehen nicht mehr darauf, dass die Anrechnungspflicht auch in Zukunft gelten muss. Da ist die Politik in der Verantwortung. Dass die dualen Berufskollegs, die wirklich sehr gut waren, auslaufen, ist im Prinzip ein Skandal. Denn dadurch schaffen wir eine Struktur, die jetzt wieder Doppelschleifen einführt. Das darf eigentlich nicht sein, Herr Röhm.

Wir brauchen auch eine Stärkung der Allgemeinbildung in den dualen Ausbildungsgängen. Die Schweiz macht es uns vor. Im dualen System machen 10 % der Absolventen die Berufsmatura. Sie haben dann die Möglichkeit, an einer Fachhochschule zu studieren. 10 % muss für uns eine Zielmarke sein.

Was für uns auch eine Zielmarke sein muss, Herr Röhm, ist: Wenn wir die Berufsfähigkeit stärken wollen, dann müssen wir das BVJ so reformieren, dass es eine Ganztagschule wird, dass die jungen Leute nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schule das erfahren, was hinterher das Arbeitsleben bestimmt, und daher auch nachmittags schulische Angebote wahrnehmen müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eingewöhnen!)

Das müssen wir leisten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!)

Das BVJ ist häufig vertane Zeit. Ich kenne viele junge Leute im BVJ und auch im Berufskolleg. Im Berufskolleg sieht es übrigens auch nicht viel anders aus. Sie müssen sich einmal die Zahlen der Berufskollegs dazu geben lassen, wie groß die Fehlzeiten in den einzelnen Klassen sind. Das ist eine Katastrophe. Die Schulen versuchen, das in den Griff zu bekommen, aber die Schüler sind oft schon 18 Jahre alt und entschuldigen sich selbst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das träfe dann aber auch auf die Ganztagschule zu, Herr Lehmann!)

Da haben wir große Defizite; in diesem Bereich müssen wir viel tun.

Ich möchte das hier nicht kleinreden, denn die Aufgabe, die vor uns liegt, Herr Röhm, ist riesig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Ich gebe Ihnen, Herr Rau, recht, dass wir über die Enquetekommission in der Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür stärken. Das ist auch meine Hoffnung. Auch, was die notwendigen Reformen angeht, hoffe ich, dass wir nach dieser Enquetekommission einen Schritt weiterkommen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will in der zweiten Runde das bestätigen, was die Vorredner gesagt haben. Unsere beruflichen Schulen sind in der Tat in hohem Maß innovativ, weil sie ständig vor neue Herausforderungen gestellt werden, die sie leistungsstark lösen.

Eines, Frau Kollegin Krueger, muss ich sagen: Wenn alles so golden wäre, wie Sie es dargestellt haben, dann brauchten wir keine Enquetekommission.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Es ist bei Weitem nicht so schlimm, wie es die Opposition darstellt, aber es gibt in der Tat eine Reihe von widrigen Voraussetzungen. Ich habe vorhin ein paar skizziert. Wenn Sie nicht so viel davon hören, dann liegt dies vor allem auch daran, dass es an unseren beruflichen Schulen ein besonderes Engagement der Lehrerschaft gibt, auch in schwierigen Situationen immer wieder Lösungen zu finden, sodass schwierige Situationen gar nicht so sehr nach außen dringen.

Ich habe aber auch dargestellt, dass es jetzt nicht Jux und Toleranz ist, weshalb es diese schwierigen Situationen gibt. Ein großer Teil des Problems ist in der Tat der Markt an qualifizierten Lehrern für diese Schulart. Das ist nicht einfach. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir durch demografische Entwicklungen eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation hinbekommen werden. Darum werden wir uns in der Enquete massiv kümmern.

Herr Kultusminister, Sie haben sich zu Recht darüber gefreut, dass wir beim Bildungsmonitoring in der beruflichen Bildung immer auf Platz 1 sind. Unser wichtiges Ziel soll sein, dass das auch so bleibt.

Ich muss Ihnen sagen: Ich habe eine große Sorge, nämlich die Sorge um das duale System. Herr Kollege Lehmann hat dies zum Teil schon angedeutet. Das größte Problem, das auf uns zukommt und das uns sicherlich auch in der Enquete massiv beschäftigen wird, ist der aus den Vorgaben, die von Europa kommen, abzuleitende Deutsche Qualifikationsrahmen. Wir müssen aufpassen, dass wir unser duales System nicht schlechtreden, nicht „schlechtqualifizieren“ lassen und dass wir nicht aus „Anpasserei“ vieles aufgeben, was bei uns wirklich äußerst wertvoll und wichtig ist.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

(Heiderose Berroth)

Das duale System mit dem Zusammenwirken von Betrieb und Schule ist das größte und wichtigste Gut, das wir in unserer Berufsausbildung haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen massiv daran arbeiten, dass wir das auch erhalten. Wir müssen aufpassen, dass z. B. die branchenspezifische Ausbildung nicht unter der Modularisierung leidet. Wir müssen darauf achten, dass wir bei der Blockbeschulung auf die Betriebe und die Schüler Rücksicht nehmen und vernünftige Lösungen finden, und wir müssen bei der auswärtigen Unterbringung unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Durch die Zusammenfassung in bestimmten Branchen auf nur wenige Schulen spart das Land massiv Geld ein. Dann müssen wir uns wenigstens an der Unterbringung beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber wir sind dabei, eine Lösung zu finden.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Wir sind gespannt!)

Die Hauptaufgabe wird in der Tat eine adäquate Lehrerversorgung sein. Das wird die größte Herausforderung sein. Wir kennen diese Herausforderung, stellen uns dieser und arbeiten daran.

Herr Kaufmann, es hat mich schon verwundert, wie deutlich und klar Sie jetzt endlich einmal zugegeben haben, dass die SPD gegen private Schulen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Wenn wir sonst über Privatschulen diskutieren, behauptet die SPD immer etwas anderes. Fragen Sie einmal Ihre Kollegin Rudolf; sie ist da die größte Vorreiterin. Uns ist jede private Schule mindestens gleich wichtig wie eine öffentliche.

(Zurufe von der SPD)

Als Finanzpolitikerin muss ich sagen: Sie ist noch immer 20 % billiger als die öffentliche Schule und liefert in der Regel eine besondere Qualität, weil sie sonst gar nicht anerkannt würde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen die Schulen in freier Trägerschaft gerade auch im beruflichen Bereich stärken. Wir sind auf sie angewiesen. Sie erbringen einen wertvollen Beitrag im beruflichen Schulwesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Regierung erhält Herr Minister Rau.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Berroth, Sie haben gerade das Thema EQR/DQR – Europäischer Qualifikationsrahmen bzw. Deutscher Qualifikationsrahmen – angeführt. Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg. Wir hatten in der Tat die Befürchtung, dass die berufliche Bildung mit den dort vermittelten Qualifikationen in der Anerkennung innerhalb dieses Gesamtrahmens zu kurz kommen könnte. Dieser Gesamtrahmen sollte Bildungsabschlüsse und -module so bewerten, dass er ein transparentes Bild von den Qualifikationen eines Menschen gibt und damit auch Chancen auf dem Arbeitsmarkt schafft.

Es sieht derzeit jedoch so aus, dass akademische und berufspraktische Qualifikationen gleich stark bewertet werden sollen. Dass dies nicht geschehen könnte, war unsere große gemeinsame Sorge gewesen.

(Zustimmung der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich wollte einfach nur darüber informieren, weil dieses Stichwort gefallen ist. Wir sind noch nicht ganz am Ziel. Aber ich sehe, dass in dieser Geschichte Bewegung in die richtige Richtung ist.

Noch ein Wort an den Kollegen Lehmann: Ich glaube – das sage ich ganz offen –, so, wie Sie argumentiert haben, ist das eine gute Basis für die Enquete. Kein Mensch sagt, dass wir mit allen Aufgaben fertig wären. Wenn das berufliche Bildungswesen so flexibel ist, wie ich es hier beschrieben habe, dann kommen auch dauernd neue Herausforderungen. Sie haben welche genannt, Frau Berroth hat welche genannt, Frau Krueger hat welche genannt. Ich glaube, wir brauchen diese Enquete, aber wir haben auch eine gute Basis für sachliche Beratungen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4443. Da es sich um einen reinen Berichts Antrag handelt, kann er durch die Aussprache für erledigt erklärt werden. – Sie sind damit einverstanden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung und zum Betrieb einer Ethylen-Rohrleitungsanlage in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Ethylen-Rohrleitungsgesetz) – Drucksache 14/5171

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5401

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Groh das Wort.

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion wird heute, in der zweiten Lesung, dem Entwurf zum Wegerechtsgesetz uneingeschränkt zustimmen. Diese Zustimmung – darauf weise ich besonders hin – ist im Kern die Ultima Ratio auf dem Weg zur Errichtung und zum Betrieb der privaten Ethylen-Pipeline von Bayern über Baden-Württemberg nach Rheinland-Pfalz.

Es erscheint mir wichtig, dies voranzustellen, weil das grundgesetzlich geschützte Privateigentum für die CDU ein sehr hohes Gut ist, mit dem äußerst sorgfältig umgegangen werden muss.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir sind der festen Überzeugung, dies im Verlauf des parlamentarischen Verfahrens mehrfach unter Beweis gestellt zu haben. So haben wir uns selbst gegen verfrühte Forderungen einiger örtlicher CDU-Mandatsträger gewehrt. Dass sich aber parteiübergreifend weitere Politiker und Funktionsträger allzu früh und nur unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Projekts für unsere heimische Wirtschaft in der Öffentlichkeit positioniert haben, zeugt nicht gerade von Respekt gegenüber den Betroffenen. Manchmal wäre es durchaus angebracht, mit den Betroffenen zu reden, um deren Sorgen und Nöte kennenzulernen und zu würdigen.

Namentlich – Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln – waren das besonders die Kollegen Schmiedel und Stober mit ihrem Antrag vom Dezember 2008, die allzu leichtfertig mit dem Eigentum anderer umgegangen sind und wenig Verständnis für schutzbedürftige Eigentümerinteressen aufgebracht haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So sind sie halt!)

Gewissermaßen in vorauseilender Themenbesetzung wollten beide eigennützig politische Signale setzen. Zeitweise wollte die SPD geradezu mit dem Kopf durch die Wand und ging mit ihrer Forderung nach Enteignung mit großer Arroganz über das Recht auf Eigentum unserer Bürgerinnen und Bürger hinweg.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Manfred Groh CDU: Bitte sehr, Herr Kollege Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Lieber Kollege Groh, ich möchte Sie einfach fragen, ob Sie mir zustimmen: Wenn dieses Projekt bereits vor einem Jahr in Angriff genommen worden wäre, dann wäre das genau in die Phase der Konjunkturkrise gefallen, in der man Investitionen brauchte. Das wäre in dieser Phase ein Projekt mit einem dreistelligen Millionenbetrag gewesen, den nicht die öffentliche Hand, sondern allein Private in die Hand genommen hätten. Wäre es nicht besser gewesen, wenn dieses Projekt schon heute fertig wäre?

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Kollege Stober, ich antworte mit einem klaren Nein. Sie müssen jetzt nicht wieder mit ir-

gendwelchen Winkelzügen irgendetwas hervorheben. Sie brauchen eine vernünftige gesetzliche Grundlage. Sie müssen das gegen das öffentliche Interesse abwägen. Dazu war es jedoch im Dezember, als Sie Ihren Antrag gestellt haben, noch zu früh.

Auch die Argumente des Kollegen Dr. Prewo, das Gesetz hätte zur Wahrung von Rechtssicherheit schon längst verabschiedet werden müssen, stehen für sich und zeigen einmal mehr, mit welchen rhetorischen Winkelzügen die SPD versucht, grundgesetzliche Rechtsnormen auszuhebeln. Mit uns ist das nicht zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall der Abg. Dr. Reinhard Löffler und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

– Herr Stober, es gibt einen Unterschied zwischen einer Straße und einer Ethylen-Pipeline. Dabei steht ein ganz anderes öffentliches Interesse im Raum.

Meine Damen und Herren, wir hingegen, die CDU-Fraktion, haben dem Grundgedanken unseres Grundgesetzes folgend stets das öffentliche Interesse ganz oben angestellt. Schließlich handelt es sich beim Bau und Betrieb der Ethylen-Pipeline um eine Privatinvestition, die höchsten Anforderungen genügen muss.

Deshalb haben wir immer wieder gefordert, möglichst alle Eigentümer und Besitzer entlang der 190 km quer durch unser Bundesland führenden Trasse durch freiwillige Zustimmungen zur Eintragung der erforderlichen Dienstbarkeiten zu gewinnen. Nachdem nun 93 % der Betroffenen im Verhandlungsweg ihre Einwilligung erklärt haben, von den ursprünglich sieben anhängigen Klagen vier Klagen zurückgezogen wurden und mit einer weiteren Rücknahme demnächst zu rechnen ist und aufgrund abgeschlossener Planfeststellungen keine Einwendungen mehr gegen den Trassenverlauf erhoben werden bzw. erforderliche Korrekturen im sogenannten Deckblattverfahren bereinigt werden können, ist die Zeit reif für das Wegerechtsgesetz.

Für die CDU-Fraktion ist also erst jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, um Ja zu sagen zu einem Gesetz, das in Bezug auf einen Eingriff in Privateigentum wohl als schärfste Waffe zu werten ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Zurzeit liegt die Freiwilligkeitsquote bei ca. 89 %. Das heißt, etwa 400 Einzelfälle stehen noch aus.

Mit der Verabschiedung des Wegerechtsgesetzes wird es erfahrungsgemäß zu etwa 300 weiteren freiwillig eingetragenen Dienstbarkeiten kommen, sodass letztlich rund 100 Fällen übrig bleiben werden. Im Vergleich dazu: In Bayern waren es 64 Einzelfälle. In drei oder vier dieser Fälle musste letztlich per Gerichtsentscheid tatsächlich eine Enteignung vorgenommen werden – Enteignung allerdings nur insoweit, als die Duldung der Eintragung einer Dienstbarkeit Inhalt des Verfahrens war.

Nach Besitzeinweisung und Güteternin dürften auch in Baden-Württemberg schließlich nur ein paar wenige sogenannte Totalverweigerer übrig bleiben.

(Manfred Groh)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die MiRO in Karlsruhe ist durch einen Abzweig an die Pipeline angeschlossen und kann künftig ca. 80 000 t Ethylen, das zurzeit als Nebenprodukt erzeugt, aber unterfeuert wird, durch Weiterverkauf ertragreich verwerten. Die Investition hierfür beläuft sich auf ca. 100 Millionen €.

Nach eigenen Angaben der MiRO sollen mit dem Bau eines weiteren sogenannten Crackers mit Investitionskosten von ca. 2 Milliarden € die Produktion und der Verkauf von Ethylen auf 1 Million t jährlich gesteigert werden. Die MiRO sieht hierin eine deutliche Kompensation der rückläufigen Ottokraftstoffproduktion und des damit einhergehenden Arbeitsplatzabbaus.

(Glocke des Präsidenten)

– Noch zwei Sätze, dann bin ich am Ende meiner Rede.

Ich appelliere erneut an die MiRO, diese Investition, auch wenn sie mit 2 Milliarden € sehr groß ist, zugunsten des Standorts Karlsruhe alsbald vorzunehmen. Ich hoffe, dass sie dies auch tut. Die rechtlichen und technischen Voraussetzungen liegen mit dem Wegerechtsgesetz nunmehr vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU ist der festen Überzeugung, dass mit dem heute zur Verabschiedung anstehenden Gesetz eine wichtige Grundlage für den weiteren Ausbau des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg geschaffen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion unterstützt dieses wichtige industriepolitische Projekt für das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Manfred Groh CDU: Bravo! – Abg. Ernst Behringer CDU: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Gut!)

Wenn wir Ethylen, das als Grundstoff zwingend gebraucht wird, nicht mehr über Straßen transportieren müssen, erhöht sich die Sicherheit, verbessert sich die Umweltbilanz – das steht alles in der Begründung des Gesetzentwurfs –, und wir verbessern damit den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Denn das Chemiedreieck – eigentlich ist es ein Viereck, wenn man es weit zieht – Heidelberg–Mannheim–Karlsruhe–Ludwigshafen braucht die Pipeline unter diesen Umständen. Entlang der gesamten Strecke ist es möglich, Unternehmen anzusiedeln, die Wertschöpfung in der Fläche zu stärken. Hinzu kommen die Zulieferer in der zweiten und dritten Reihe.

Die Wertschöpfungskette wird also gestärkt. Es handelt sich um ein modernes Leitungssystem. Aus diesem Grund unterstützen wir das Ganze.

Auf dem Weg zu diesem Gesetz haben aber Landesregierung und Koalitionsfraktionen durch ihr Taktieren und durch ihr

entscheidungsunfähiges Lavieren Misstrauen, Verdruss und einiges an Kollateralschäden verursacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Ui! – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt haben Sie Ihre Rede so schön angefangen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schon militärisch! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Unruhe)

Die Regierung wünscht und propagiert das Projekt schon seit Langem. Sie hat die Investoren von Anfang an ermuntert. Diese haben Vorleistungen erbracht. Aber die Regierung und die Koalition haben sich nicht getraut, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir leben in einem Rechtsstaat!)

Bayern und Rheinland-Pfalz haben das gemacht. Wir „dackeln“ hinterher.

(Heiterkeit)

Der Wirtschaftsminister hat angesichts des Verhandlungsstands schon im Mai erklärt: „Wir brauchen das Wegerechtsgesetz; wir erkennen bereits heute, dass wir es brauchen werden.“

Was ist denn ein solches Wegerechtsgesetz? Das Gesetz dient dem Schutz aller Beteiligten und schafft Transparenz für die betroffenen Eigentümer und für die Investoren. Es klärt jeweils die Rechte und die Pflichten. Es schützt die Eigentümer, denn das Eigentum ist nach Artikel 14 des Grundgesetzes geschützt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir brauchen ein Gesetz, um allen Beteiligten klarzumachen, wann einer der seltenen Fälle eintritt, in denen der starke Schutz des Eigentums gegenüber öffentlichen Interessen des Gemeinwohls abgewogen werden muss. Dazu braucht man tatsächlich ein Gesetz. Die einzige Partei, die einmal ohne Gesetz zugunsten eines privaten Investors enteignen wollte, war damals, im Fall Boxberg, die CDU in ihrer absoluten Mehrheit. Das ging dann zum Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: So könnt ihr das nicht machen.

(Abg. Manfred Groh CDU: Jetzt haben wir es richtig gemacht!)

Die Bürgerschaft hat ein Anrecht auf eine klare gesetzliche Regelung. Sie hat es der damaligen Regierung ins Stammbuch geschrieben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist jetzt aber Rechtsgeschichte! – Abg. Manfred Groh CDU: Das ist schon lange her! – Zuruf von der CDU: Wir haben daraus gelernt! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wieso kritisieren Sie das jetzt?)

Deswegen sagen wir: Man muss von Anfang an Klarheit, Transparenz und Aufrichtigkeit gegenüber der Bevölkerung zeigen und auch leben.

(Zuruf von der CDU: Sie auch! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist ein Fremdwort geworden!)

(Dr. Rainer Prewo)

Die Bestimmungen in dem Gesetz müssen regeln, was der öffentliche Zweck ist, ob er stark genug ist, um sich im Zweifel durchzusetzen, welche verfahrensmäßigen Voraussetzungen geschaffen sind und welche fairen Entschädigungs- und Ausgleichsregelungen geschaffen werden müssen. Das muss das Gesetz regeln. Das darf man nicht im Nebel stehen lassen, wie Sie das gemacht haben. Es muss durch die Gerichte nachprüfbar sein. Die Bürger müssen wissen, woran sie sind.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

Das hat die Regierung bisher verweigert. Denn ohne Gesetze – das ist der Clou der Sache – setzt sich immer der Stärkere durch. Die Regierung hat versucht, sich hinter Investoren zu verstecken. Diese sollen das allein machen. Sie hat aber genau gewusst, dass gebaut werden muss. Es wird auch gebaut. Wir bekommen das Gesetz, denn das Gesetz ist unvermeidlich. Aber Streit, Wunden, Verdross und ein Glaubwürdigkeitsverlust in der Fläche sind eingetreten. Einige Abgeordnete haben sich über die Kommunalwahl hinübergerettet, indem sie den Leuten leere Versprechungen gemacht haben usw.

In Bayern sind am Ende nur ganz wenige Fälle übrig geblieben. Wir haben heute vermutlich noch über 100 Vollverweigerer. Hätten wir diese Klarheit, dieses Gesetz rechtzeitig gehabt, dann hätte man wahrscheinlich am Ende – was alle gewünscht hätten – keine einzige oder nur ganz wenige Enteignungen benötigt.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das wird auch jetzt so sein!)

Manche mögen diese gespaltene Vorgehensweise einiger CDU-Leute für clever halten. Aber klug ist sie jedenfalls nicht. Ich halte sie für ein Zeichen von Schwäche der Regierung und der Koalition.

(Abg. Manfred Groh CDU: Grundgesetzkonform! –
Zuruf von der CDU: Wir richten den Blick nach vorn!)

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen werden. Warum?

Ethylen ist ein zentraler Grundstoff für die Chemieindustrie. Für eine ganze Reihe von Bauteilen in der Industrie ist Ethylen der Grundstoff schlechthin und ist heute aus unserem Alltag überhaupt nicht mehr wegzudenken. Dies vorausgesetzt, geht es um die Frage, wie man diesen Grundstoff transportiert. In der Abwägung kommt man meines Erachtens relativ schnell zu dem Ergebnis, dass es sowohl unter umweltpolitischen Gesichtspunkten als auch unter Gesichtspunkten der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit keine Alternative dazu gibt, dass man das mit einer Pipeline macht.

Ungeachtet dessen ist es nötig, dass man ein paar Takte zu der Frage sagt, zu welchem Zeitpunkt ein solches Gesetz Sinn

macht. Herr Kollege Stober, im März dieses Jahres haben wir hier im Haus eine Debatte über einen Antrag Ihrer Fraktion geführt, der begehrt hat, dieses Gesetz sehr schnell auf den Weg zu bringen. Ich will Ihnen die offiziellen Zahlen zum damaligen Zeitpunkt sagen: Beispielsweise waren im Landkreis Aalen 55 % der Verträge unter Dach und Fach.

(Abg. Johannes Stober SPD: In Bayern war das genauso, als sie das Gesetz eingebracht haben!)

– Zu Bayern komme ich gleich. – Das heißt, mit 45 % der Leute waren noch keine Verträge abgeschlossen. Es tut mir leid: In einem Rechtsstaat muss bei einem solchen Projekt, das in erster Linie ein Projekt der Privatwirtschaft ist – trotz der auch das Allgemeinwohl betreffenden Punkte ist es nun einmal in erster Linie ein Projekt der Privatwirtschaft, über das wir hier reden –, das verantwortliche Konsortium alles daransetzen, diese Verträge in Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern unter Dach und Fach zu bekommen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: Wir haben doch gar nichts anderes gesagt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch kein Widerspruch!)

Bei einer Quote von 55 %, Herr Kollege Gall, zu kommen und ein Enteignungsgesetz zu fordern, ist – es tut mir leid – mit meiner Fraktion nicht zu machen. Das hatte ich schon damals gesagt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber anwenden muss ich es doch! Es geht doch darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen! – Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Warum können wir dem Gesetzentwurf heute zustimmen? Meines Wissens sind – Stand heute – 93 % der Verträge unter Dach und Fach. In Baden-Württemberg braucht man 5 840 Verträge; das ist ja nicht nichts. Wenn wir nun 93 % hiervon haben, können wir ausrechnen, dass noch ca. 300 bis 400 Fälle offen sind.

Ich meine, man muss auch noch eine andere Frage thematisieren: War es aufseiten derjenigen, die das Projekt wollten, aufseiten des Konsortiums klug, zunächst einmal nach Bayern und nach Rheinland-Pfalz zu gehen und erst zum Schluss Baden-Württemberg in den Blick zu nehmen, obwohl wir in unserem Bundesland eine dreimal höhere Zahl von Gestattungsverträgen brauchen als in Bayern und doppelt so viele Verträge wie in Rheinland-Pfalz? Für den Druck, der da ausgeübt wurde, habe ich – es tut mir leid – überhaupt kein Verständnis. Die Verantwortlichen hätten sich frühzeitiger überlegen müssen, dass es besser wäre, in Baden-Württemberg zu beginnen und die Sache zunächst einmal hier unter Dach und Fach zu bringen

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

und erst anschließend nach Bayern und Rheinland-Pfalz zu gehen.

Bei einem solchen Vorhaben – ich hatte es bereits gesagt: es handelt sich um 5 840 Verträge – kann man nicht davon ausgehen, dass wir tatsächlich 100 % erreichen. Wir haben nun einmal die württembergische Realteilung mit allen Folgen, sprich Erbgemeinschaften, bei denen nicht mehr alle Betei-

(Franz Untersteller)

ligten ausfindig gemacht werden können. Wir haben die Situationen, dass Eigentümer gar nicht mehr auffindbar sind – um nur einmal diese beiden Beispiele zu nennen.

Schließlich gibt es natürlich auch noch Grundstückseigentümer, die Sicherheitsbedenken haben. Ich kann das EPS-Konsortium nur noch einmal darum bitten, diese Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen und mit den Leuten zu diskutieren. Manchmal habe ich ein bisschen Zweifel, dass dies in der Vergangenheit ausreichend geschehen ist.

Ich will hierzu ein Beispiel nennen: Wenn man eine acht- oder neunseitige Broschüre herausgibt, in der jedoch nur zehn Zeilen den Punkten Umweltverträglichkeit und Sicherheit gewidmet sind, darf man sich nicht wundern, wenn Sie und ich danach mit E-Mails bombardiert werden, in denen Sicherheitsbedenken zum Ausdruck gebracht werden. Ich will gar nicht sagen, dass die Leute recht hätten. Nach meinem Dafürhalten hat man in der Vergangenheit jedoch nicht ausreichend dafür gesorgt, dass derartige Bedenken abgebaut werden.

Ich kann nur darum bitten und kann nur hoffen, dass das Konsortium in den kommenden Tagen und Wochen die Möglichkeiten nutzt, die es noch hat. Gestern Abend gab es meines Wissens eine Veranstaltung in Alfdorf. Ich glaube, dass dies ein guter Anfang war, um diese Bedenken abzubauen. Insgesamt kann ich jedoch nur hoffen, dass diese Möglichkeiten in den kommenden Wochen noch genutzt werden, damit es gelingt, diese Bedenken aufzugreifen und sich mit den Betroffenen auseinanderzusetzen. Wenn das geschieht, bin ich persönlich guter Dinge, dass wir in ein paar Wochen nicht mehr nur 93 % der Verträge, sondern mehr als 95 % der Verträge abgeschlossen haben können.

Die Akzeptanz dieses Projekts hängt letztlich auch noch ganz wesentlich davon ab, wie die Umsetzung erfolgt. Die Frage ist, wie dann mit den Grundstücken umgegangen wird, ab wann diese wieder benutzbar sind etc.

Insgesamt ist es, glaube ich, richtig, dieses Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt zu erlassen. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über dieses Gesetz ist hinreichend bekannt. Herr Untersteller hat es erwähnt: Es gab Debatten, die bereits im Vorfeld beantragt wurden, es gab öffentliche Diskussionen, es gab in diesem Haus bereits die erste Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs, und es gab all die Diskussionen im Wirtschaftsausschuss. Auch bei der heutigen Debatte gibt es offensichtlich nicht mehr sehr viel Neues zu diesem Gesetz.

Wir waren uns sehr früh einig, dass das Projekt ökonomisch und im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und des Chemiedreiecks sinnvoll ist. Wir waren uns auch über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass es ökologisch sinnvoll

ist, eine Pipeline zu bauen, dass es jedenfalls besser ist, das Ethylen über eine Pipeline zu transportieren, als über sonstige Verkehrswege.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ganz wichtig!)

Insofern war das den Streit, diese ganzen Diskussionen nicht wert. Es ging lediglich um den Zeitpunkt, wann man mithilfe eines Enteignungsgesetzes das Verfahren beschleunigt, weil logischerweise damit zu rechnen ist, dass am Ende des Tages der eine oder andere Totalverweigerer übrig bleibt.

Wir haben uns als Regierungskoalition wirklich darum bemüht, einerseits den richtigen Ausgleich zwischen den ökonomischen und den ökologischen Notwendigkeiten zu finden und auf der anderen Seite dem hohen Stellenwert, den das Grundgesetz und auch ein weitestgehender Konsens in diesem Haus dem Eigentum zukommen lässt, zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund brauchen wir uns eigentlich keine Vorwürfe bezüglich des zeitlichen Ablauf des Verfahrens zu machen.

Herr Kollege Stober, wenn Sie von Konjunkturförderung reden, davon, dass man dieses Gesetz hätte schneller machen müssen, um sozusagen die Krise zu erwischen, kann ich Ihnen sagen, dass ja ständig gebaut wurde. Es wurden einzelne Streckenabschnitte gebaut.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber nicht in Baden-Württemberg!)

– Doch, auch in Baden-Württemberg; z. B. in meinem Wahlkreis, dem Enzkreis, wurde gebaut. Das haben Sie gar nicht mitbekommen, oder? Da haben Sie noch immer über „Krise“ philosophiert. Aber in der Praxis wurde zu diesem Zeitpunkt schon gebaut.

Es ist richtig, was gesagt wurde: In Baden-Württemberg wurde eben später mit den entsprechenden Verhandlungen angesetzt, als es in Bayern oder in Rheinland-Pfalz der Fall gewesen ist. Da ergibt sich eigentlich schon aus einer ganz einfachen Logik, dass der Prozess dann in Baden-Württemberg später in Gang kommt.

Deshalb, glaube ich, haben wir uns, was das anbelangt, nichts vorzuwerfen. Wir haben uns darum bemüht, dieses Projekt positiv zu begleiten, aber gleichzeitig schon von den Betreibern erwartet, dass man mit den Grundstückseigentümern redet und nach Möglichkeit im Einvernehmen zu einer vernünftigen Lösung kommt. Erst dann, wenn sich abzeichnet, dass mit allen geredet worden ist, dass möglicherweise ein paar Hundert Fälle übrig bleiben, bei denen es schwierig wird, bei denen man möglicherweise – hoffentlich sind es nur einige wenige, maximal ein paar Dutzend Fälle – tatsächlich von Totalverweigerung reden muss, ist der richtige Zeitpunkt gekommen, ein solches Gesetz zu erlassen und mithilfe dieses Gesetzes den Druck zu erhöhen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass im Endeffekt auch die Totalverweigerer gezwungen werden, weil sicherlich durch vier oder fünf Totalverweigerer ein ökonomisch und ökologisch so wichtiges Projekt nicht zu Fall gebracht werden darf.

Insofern ist also überhaupt nichts angebrannt. Auch manche, die da gedroht haben, wenn dieses Gesetz nicht in 14 Tagen komme, dann scheitere dieses Projekt, haben damit kein re-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ales Szenario entworfen. Dieses Projekt wird jetzt kommen, es wird zeitnah kommen, und es wird zum richtigen Zeitpunkt kommen. Ich glaube, auch den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, die dann möglicherweise Enteignungsverfahren ausgesetzt sein werden, sind wir gerecht geworden. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, dieses Gesetz zu beschließen, und das wird meine Fraktion selbstverständlich auch tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nachdem sich alle Fraktionen einig sind, jetzt noch ein Schlusswort des Herrn Ministers für die Landesregierung.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Präsident hat natürlich recht: Was kann einem Minister Besseres passieren, als einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die volle Zustimmung aller Fraktionen erhält? Ich bedanke mich sehr dafür. Ich halte es aber auch für notwendig, für wichtig und für richtig, dass diese Investition in dreistelliger Millionenhöhe jetzt auf den Weg gebracht werden kann. Eigentlich kann man sich keinen besseren Zeitpunkt vorstellen als den jetzigen, um diese Investition zu tätigen.

Die Regierung und zumindest drei der hier im Haus vertretenen Fraktionen haben es sich nicht leicht gemacht, indem sie auf einer Abwägung – es wurde darauf hingewiesen – zwischen der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der wirtschaftlichen Chance, die diese Pipeline mit sich bringt, und der Wahrung des Privateigentums bestanden haben. Meine Damen und Herren, es gehört eben zur Rechtskultur dieses liberalen Landes Baden-Württemberg, dass man alle Anstrengungen unternimmt, um nicht über Enteignungen oder enteignungsähnliche Vorgänge,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

sondern über freiwillige Lösungen zum Ziel zu kommen. Genau das haben wir in den letzten Monaten mit großem Erfolg gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir heute sage und schreibe 93 % der Verträge unter Dach und Fach haben, 97 % der Bauerlaubnisse und fast 90 % der Gestattungsverträge haben, dann ist das ein Beweis dafür, dass wir hier richtig gehandelt haben. Übrigens zeigt sich dies auch daran, dass die Klagen, die zu Anfang zuhauf vorlagen – es gab allein fünf kommunale Klagen und 14 private Klagen –, jetzt Stück für Stück zurückgenommen worden sind oder ruhen oder über sie noch Verhandlungen geführt werden. Auch diese Rücknahme der verschiedenen Klagen ist ein klarer Beweis dafür, dass wir hier Rücksicht genommen haben, dass wir auch auf die Achtung der Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger Wert gelegt haben. Es ist kein Widerspruch: Man kann erreichen, dass ein wirtschaftlich sinnvolles Vorhaben auf den Weg gebracht wird, ohne dass gleichzeitig der Bürger in Bezug auf seine Rechte überstrapaziert wird.

Eine kritische Bemerkung will ich machen: Irgendjemand hat gesagt, es sei zu spät. Ich glaube nicht, dass es zu spät ist. Aber wenn es zu spät ist, dann hängt das auch damit zusammen, dass die Politik in Bayern meines Erachtens nicht in Ordnung war. Wenn man weiß, dass eine Pipeline von Wackershausen in Bayern bis hoch nach Rheinland-Pfalz gebaut werden soll, dann genügt ein Blick auf die Landkarte, um festzustellen, dass dazwischen immerhin 186 km Baden-Württemberg liegen. Es wäre also nicht mehr als in Ordnung gewesen, wenn die Baden-Württemberger zumindest zum gleichen Zeitpunkt wie die Bayern darüber informiert worden wären, was man im Einzelnen vorhat. Das ist in Baden-Württemberg leider zu einem späteren Zeitpunkt geschehen. Das ist der einzige Grund dafür, dass es zu der einen oder anderen Verzögerung gekommen ist. Allerdings glaube ich, dass diese Verzögerungen nicht übermäßig schlimm sind.

Ich will noch einmal ausdrücklich sagen: Für die Wirtschaft des Landes ist das eine Chance. Es geht in der Tat nicht nur um das Petrochemiedreieck, das Energiedreieck Karlsruhe–Mannheim–Ludwigshafen, sondern darum, dass die Kunststoffversorgung in ganz Baden-Württemberg damit deutlich gesichert ist. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass auch entlang der Pipeline durch Baden-Württemberg – nicht nur in diesem Energiedreieck im Norden – neue Arbeitsplätze entstehen können und sich aufgrund dieser Möglichkeiten auch neue Firmen ansiedeln können.

Unter dem Strich, meine Damen und Herren: Es gibt bei diesem Projekt eigentlich nur Gewinner. Deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn wir jetzt einen Schlussstrich darunter ziehen. Das Projekt kann auf den Weg gebracht werden und ist bereits auf den Weg gebracht.

Natürlich stehen noch immer, glaube ich, 357 Gestattungen und Grundstücksgeschäfte aus. Bei einer solchen Angelegenheit wird es immer Verweigerer geben. Da können Sie noch so gute Worte finden, da können Sie noch so viel Geld in die Hand nehmen, eine hundertprozentige Zustimmung werden Sie nicht bekommen. Das weiß man. Aber es ist wichtig, dass wir dieses Projekt mit einem Investitionsvolumen in dreistelliger Millionenhöhe jetzt auf den Weg gebracht haben und es auf diesem Weg voranbringen und abschließen können, und es ist auch wichtig, dass dieses Projekt mit einer Rechtskultur auf den Weg gebracht worden ist, die auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzt. Das ist in diesem Land Baden-Württemberg noch immer besser, als auf das Prinzip Zwang zu setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5171.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 14/5401. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 1

Enteignungszweck

Wer § 1 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme?

(Zuruf: Ja!)

Wer enthält sich? – Gut. Bei einer Gegenstimme ist § 1 angenommen.

Ich rufe auf

§ 2

Enteignung

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist § 2 bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf

§ 3

Enteignungsvoraussetzungen

Wer § 3 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme ist § 3 angenommen.

Ich rufe auf

§ 4

Entschädigung

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Rückenteignung

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 5 ist bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 6

Anwendung des Landesenteignungsgesetzes

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme ist § 6 beschlossen.

Ich rufe auf

§ 7

Inkrafttreten

Wer § 7 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme ist § 7 beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. November 2009 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Errichtung und zum Betrieb einer Ethylen-Rohrleitungsanlage in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Ethylen-Rohrleitungsgesetz)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist das Gesetz bei einer Gegenstimme beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW) – Drucksache 14/5345

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5400

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler von der CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein sehr guter Mann!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg setzen wir die Dienstleistungsrichtlinie des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2006 in nationales Recht um. Wer sich noch an die Geburtswehen dieser Richtlinie auf europäischer Ebene, aber auch an die Kontroversen bei der Umsetzung in nationales Recht erinnert, vermag heute kaum zu glauben, dass nach dem Anhörungsverfahren alle beteiligten Verkehrskreise in hohem Maß zufrieden sind – und zwar, wie ich meine, zu Recht.

Die Richtlinie ist ein Markenzeichen für die Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, für die Verwirklichung der Lisbon-Strategie und für das Verwaltungsverfahren in unserem Land. Europa rückt noch näher zusammen. Denn trotz Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit standen nationale Beschränkungen und komplexe Behördenwege dem weiteren Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen im Weg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Dr. Reinhard Löffler)

Unsere exportorientierten Unternehmen haben das oft beklagt. Auch wir haben viele bürokratische Hürden aufgebaut. Damit ist jetzt Schluss.

Wer sich künftig in einem anderen europäischen Land niederlassen oder vom Ursprungsland aus seine Dienstleistung anbieten will, kann dies zügiger, kostengünstiger und durch ein elektronisches Verfahren effizienter verwirklichen als früher. Alle Informationen, alle Verfahren, Formalitäten und Genehmigungen werden künftig aus einer Hand von einem Einheitlichen Ansprechpartner abgewickelt.

Hat der Dienstleistungserbringer alle Unterlagen vorgelegt – darauf muss der Einheitliche Ansprechpartner hinwirken –, muss sein Antrag in einer Regelbearbeitungsfrist von drei Monaten bearbeitet sein. Ansonsten kann durch Rechtsvorschrift eine Genehmigungsfiktion eintreten.

Dem Einheitlichen Ansprechpartner steht keine eigene sachliche Entscheidungskompetenz zu. Über ihn läuft die gesamte Kommunikation. Er ist der Verfahrenskoordinator. Er nimmt Kontakt mit den zuständigen Behörden auf. Er sammelt alle notwendigen Informationen und holt Genehmigungen ein. Der Einheitliche Ansprechpartner ist für inländische und europäische Dienstleister ein Angebot, das man nutzen kann, aber nicht nutzen muss.

Die Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners ist Ländersache. Bei uns sind die Kammern Einheitliche Ansprechpartner. Zusätzlich können die Stadt- und Landkreise Einheitlicher Ansprechpartner werden. Alle Kommunen wollen diese Option auch wahrnehmen. Wir verstehen das nicht als Wettbewerb der Selbstverwaltungssysteme. Das duale Modell nutzt die Vorteile und die Expertise von Kammern und Kommunen. Mit dieser Kooperation lässt sich die Qualität der behördlichen Entscheidungen verbessern. Der Städtetag und die Kammern sehen das positiv und werden ihre Zusammenarbeit intensivieren.

Ein Artikelgesetz bündelt die notwendigen verfahrensrechtlichen Anforderungen. Ein Binneninformationssystem wird eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die sich aus den national unterschiedlichen Verwaltungs- und Verfahrensabläufen ergibt, steuern und staatliche Hindernisse weiter abbauen. Mit einem Normenscreening treibt die EU die Vereinheitlichung der Verwaltungsverfahren auf allen Ebenen weiter voran.

Mit dem Dienstleistungsportal „service-bw“ haben wir eine elektronische Plattform geschaffen, die 800 Verwaltungsdienstleistungen beschreibt und in 50 Lebenslagen bündelt. Die Plattform stellt alle Informationen zur Verfügung, um eine elektronische Verfahrensabwicklung interaktiv zu ermöglichen und alle Antrags- und Genehmigungsprozesse zu vernetzen.

Noch haben wir Medienbrüche. Wird aber die elektronische Signatur zum Standard – daran müssen wir noch arbeiten –, wird das Verfahren noch effizienter. Durch Schnittstellen zu Kommunen und Kammern lassen sich zusätzliche Dienstleistungen im Bereich der Wirtschaftsförderung oder spezielle Interessen im Bereich der Existenzgründung weiter integrieren.

Das Land trägt die Kosten für den Betrieb und die Pflege des Systems. Im Übrigen müssen die Kammern und Kommunen ihre Kosten ausschließlich durch Gebühren abdecken.

Es ist klar, dass die Verwaltung ihre Verfahrensprozesse auf dieses neue Verfahren einstellen muss. Kundenorientiertes Denken ist unumkehrbar und wird zur europäischen Verwaltungsmaxime. Wir sind gut aufgestellt im Land. Dennoch werden wir die Tätigkeit der Einheitlichen Ansprechpartner nach drei Jahren evaluieren. Wir müssen die Impulse der Richtlinie für die Weiterentwicklung unserer Gewerbepolitik nutzen. Wir müssen in einem wachsenden innereuropäischen Wettbewerb unsere Chancen vergrößern. Die Voraussetzungen dafür sind günstig.

Dem Gesetz, das Wirtschaftswachstum fördert, entbürokratisiert und die Verwaltung zum Dienstleister macht, wird die CDU zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die EU zwingt uns, unsere Bürokratie in einem wichtigen Punkt kundenfreundlicher und bürgerfreundlicher zu machen. Was wir in Sonntagsreden immer versprechen, müssen wir jetzt auf Druck der EU machen.

Bei Gewerbeanmeldungen musste der Kunde, der Bürger, bisher zum Finanzamt, zur Rentenversicherung, zum Zoll, zur Berufsgenossenschaft, zur Gewerbeaufsicht, zur Gemeinde, zur Kammer, zu seiner Innung usw. Er musste bisher acht bis zwölf Stationen durchlaufen. Wir haben es nicht geschafft, das Verfahren zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Die EU sagt: Nein, ihr müsst das Ganze für den Bürger auf eine Station reduzieren. Das ist Bürokratieabbau.

Aber wir haben dafür drei Jahre Zeit gehabt. Wir hätten das schon vor zwei Jahren machen können. Wir versuchen es jetzt auf den letzten Drücker. Wir werden auch auf den letzten Drücker, nämlich im Dezember 2009, damit nicht fertig. Es fehlt nämlich noch ein Fachgesetz, das die verschiedenen Behörden auf die neue Bürokratie- bzw. Verwaltungskultur verpflichtet. Andere Bundesländer sind da weiter.

Einige haben lange versucht, die Sache abzuwehren. Jetzt kommt das Ganze notgedrungen; dabei handelt es sich um eine rundum gute Sache. Alles, was Gewerbeanmeldungen, Betriebsübernahmen oder Existenzgründungen verfahrensmäßig erleichtert, nützt unserem Land und nützt dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Leider fahren wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht die volle Ernte für das Land ein. Wo ist dieser Einheitliche Ansprechpartner? Er wird auf die Standorte der Kammern – das sind meist Großstädte – und auf die Stadtkreise, Großstädte und Landkreise beschränkt. Der Bürger muss also aufs Landratsamt, obwohl die Landratsämter in der Vergangenheit

(Dr. Rainer Prewo)

keine große Kompetenz in Fragen von Gewerbeansiedlungen gehabt haben. Das gehörte eigentlich nicht zu ihrem Bereich, sondern das war in erster Linie Gemeindeangelegenheit.

Die Gemeinden aber, die unterhalb der Ebene der Stadt- und Landkreise angesiedelt sind, dürfen die Funktion eines Einheitlichen Ansprechpartners nicht ausüben. Dabei haben gerade die Großen Kreisstädte schon längst bewiesen, dass sie genau diese Rolle des Einheitlichen Ansprechpartners durch ihre Bürgerämter und durch andere Stellen, z. B. Starter-Center – in diesem Fall auch in Zusammenarbeit mit den Kammern –, hervorragend meistern. Sie sind kompetent, sie haben bürgernahe Verwaltungen, einige machen diese Starter-Center schon heute. Künftig können sie diese Funktion nach diesem Gesetz nicht mehr wahrnehmen.

Dabei wäre das besonders für unser Bundesland Baden-Württemberg wichtig. Kein anderes Bundesland hat das, was die SPD-Fraktion immer „Flächenstärke“ nennt, in diesem Ausmaß. Wir haben auch historisch bedingt die größte Zahl an ehemaligen freien Reichsstädten; heute sind das häufig Große Kreisstädte. Die haben das alles im Grunde genommen schon seit Jahrhunderten gemacht und haben die Innovationskraft dafür, gerade bei uns. Wir leben nicht wie das Land Hessen ausschließlich vom Rhein-Main-Gebiet, wir leben nicht von einem bestimmten Ballungsgebiet – Bayern lebt hauptsächlich vom Ballungsraum München –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ländlicher Raum!)

sondern wir sind in der gesamten Region wirtschaftsstark. Das ist aus historischen Gründen schon seit 200 Jahren so.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hohenlohe war einmal schlecht, jetzt sind sie gut!)

Schon seit 200 Jahren haben wir diese Flächenstärke mit wechselnden Schattierungen, Herr Kollege Bullinger. Aber das zeichnet unser Land aus. Gerade das hätten wir unterstützen müssen, indem wir die Türen, durch die ein Existenzgründer gehen kann, überall im Land anbieten. Da hätte es gar kein Problem geben dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Aber dafür war der Horizont bei der Regierungskoalition zu eng. Man will den Kunden – wohlgemerkt, gezwungen von der EU – entlasten, aber man belastet ihn neu durch größere Wege, die man jetzt einführt. Natürlich hat keine Fraktion dieses Ziel so deutlich unterstützt wie die SPD-Fraktion, aber angesichts dieser halbherzigen Umsetzung werden wir dem Gesetz nicht zustimmen, jedoch auch nicht dagegen stimmen.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wie ist es denn in den SPD-geführten Ländern?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist ein richtiger und wichtiger Impuls, insbesondere in Bezug auf die One-Stop-Agencies bzw. die Einheitlichen Ansprechpartner. Sie werden in Zukunft als Lotsen für ausländische und – was besonders wichtig ist – auch für inländische Dienstleistungserbringer fungieren. Damit werden wir zu besserem Service und weniger Bürokratie kommen, die Wege werden kürzer, und wir werden so insgesamt mehr Kundenorientierung erreichen.

Wichtig für uns Grüne und sehr richtig ist, dass die Kommunen jetzt mit im Boot sind, dass sich das von der FDP/DVP bevorzugte Allkammermodell nicht durchgesetzt hat.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Deswegen habe ich auch schon in der ersten Lesung angekündigt, dass wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen werden.

Unsere Kritik war und ist, dass die Umsetzung zu spät kam. Man hätte schon sehr viel früher in die Umsetzung gehen können, wenn es nicht bei der Ansiedlung dieser One-Stop-Agencies innerhalb der Regierungsfractionen große Kontroversen gegeben hätte. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass noch immer das Artikelgesetz fehlt – es wurde bislang nicht in den Landtag eingebracht –, auch wenn heute dieses Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner verabschiedet wird. Das hat dazu geführt – das hatte ich bereits angesprochen –, dass die Kommunen und Kammern die Umsetzung vorbereiten müssen und sich in der Umsetzung befinden, obwohl der Landtag noch nicht die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen hat. Unserer Ansicht nach darf so etwas in Zukunft nicht wieder vorkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Positiv finden wir, dass es nach drei Jahren eine Evaluation geben soll, dass wir dann überprüfen, ob über den gewählten Weg in Baden-Württemberg tatsächlich die Ziele erreicht werden, die wir formuliert haben.

Herr Kollege Prewo hat noch einmal einiges zu dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der heute auf dem Tisch liegt und den wir im Wirtschaftsausschuss schon besprochen haben, ausgeführt. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Das hat damit zu tun, dass die Argumentation, die Kollege Prewo vorgebracht hat – die Großen Kreisstädte seien sozusagen aus dem Spiel und könnten keine Gewerbeförderung und Gewerbebeanmeldungen mehr betreiben –, so nicht richtig ist. Nach dem Landesverwaltungsverfahrensgesetz, das in diesem Herbst im Landtag verabschiedet worden ist, ist ganz klar, dass der Einheitliche Ansprechpartner keinen Vorrang hat, was die Zuständigkeiten betrifft. Auch der Städtetag hat das in einem neuen Schreiben noch einmal klargestellt, aus dem ich gern zitieren möchte:

Nicht nur die Stadt- und Landkreise als Einheitliche Ansprechpartner, sondern alle Kommunen haben die im Landesverwaltungsverfahrensgesetz begründeten Verfahrenspflichten gegenüber den Dienstleistern zu erfüllen. Folglich können und sollen umgekehrt daher auch alle Kommunen weiterhin mit ihren Verwaltungsdienstleistungen

(Edith Sitzmann)

bei Dienstleistern und potenziellen künftigen Gewerbetreibenden der Stadt oder Gemeinde werben. ... Die Einheitlichen Ansprechpartner haben keine Vorrechte. Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlungspolitik kann auch künftig uneingeschränkt von allen Kommunen betrieben werden.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Anstrengung, die diese Einigung erfordert hat, sind wir der Ansicht: Wir sollten dem Ansinnen der SPD jetzt nicht zustimmen, sondern die jetzige Fassung des Gesetzentwurfs so annehmen und in drei Jahren bei der Evaluation die einzelnen Punkte noch einmal untersuchen und dann gegebenenfalls Modifizierungen und Verbesserungen vornehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sitzmann, selten war ich Ihnen so dankbar wie heute.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Oh! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das schreibe ich mir auf!)

– Das können Sie gern notieren, am besten auf dem Landesverwaltungsverfahrensgesetz.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie wussten doch gar nicht, dass es so etwas gibt!)

Dass Sie es zitiert und so ausgelegt haben, kommt mir sehr entgegen. Denn genau Ihre Auslegung macht deutlich, dass das Allkammernmodell auch ausgereicht hätte. Sie haben nämlich gerade ausgeführt, dass die Kommunen durch den Einheitlichen Ansprechpartner in keiner Weise aus diesen Verfahrenswegen hinausgedrängt werden. Sie haben gerade erklärt, dass Sie den Vorschlag der SPD-Fraktion, den Kreis der Einheitlichen Ansprechpartner um die Großen Kreisstädte zu erweitern, deshalb ablehnen, weil Sie sagen: „Das ist gar nicht nötig. Dieses Gesetz bringt sie sowieso ins Spiel.“ Dann frage ich mich: Warum brauchen wir die Stadtkreise und die Landkreise als Einheitliche Ansprechpartner? Dafür gilt dieses Gesetz genauso.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben es so eingebracht, Herr Kollege!)

– Ja, natürlich. Ich wollte bloß ausführen, warum das Allkammernmodell auch ausreichend gewesen wäre.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Dass wir jetzt einen Kompromiss mit den Stadtkreisen und den Landkreisen geschlossen haben, ist deren Willen geschuldet. Aus unserer Sicht bringt das mehr und nicht weniger Bürokratie als das Allkammernmodell. Deshalb ist es auch gut und richtig, wenn wir – Sie haben es erwähnt – in drei Jahren eine Evaluation durchführen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen voraus: Diese Evaluation in drei Jahren wird ergeben, dass das Allkammernmodell fungibler ist als das, was wir jetzt als Kompromiss beschlossen haben. Denn, wie gesagt – Sie haben es ausgeführt –: Keine Kommune erfährt in irgendeiner Art und Weise eine Kompetenzeinengung dadurch, dass wir jetzt ein Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner verabschieden.

Sei's drum: Wir gehen davon aus, dass es funktioniert. Die Bürokratieentlastung und die Verfahrensvereinfachung, die uns die EU vorgegeben hat und die wir jetzt umsetzen, werden mit Sicherheit ein Schritt nach vorn sein.

Es ist kritisiert worden, das Gesetz komme zu spät. Für die SPD-Fraktion kommen offensichtlich alle Gesetze zu spät. Wenn man alle Gesetze mit heißer Nadel stricken würde, dann wären Sie wahrscheinlich mit der Geschwindigkeit einverstanden.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist festzustellen, dass die Mehrheit der anderen Bundesländer dieses Gesetz noch nicht auf den Weg gebracht hat. Wenn die Europäische Union eine Frist bis Ende 2009 setzt und wir heute diesen Gesetzentwurf verabschieden, dann kann ich nicht feststellen, dass irgendwelche Zeiträume überschritten worden sind, die nicht überschritten werden sollten.

Insofern kann man auch deshalb diesem Gesetzentwurf zustimmen; denn er kommt rechtzeitig und zum richtigen Zeitpunkt. Ich glaube, wir können mit diesem Gesetz fürs Erste zufrieden sein. In drei Jahren werden wir uns im Rahmen der Evaluation genau anschauen, was man vielleicht noch positiv modifizieren kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erhält Herr Minister Pfister das Wort.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie heute diesem Gesetzentwurf zustimmen, dann haben Sie die einmalige Chance, hinsichtlich der Verabschiedung eines Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner den sechsten Platz unter den Bundesländern zu belegen.

(Abg. Dr. Rainer Prewé SPD: Artikelgesetz fehlt!)

Umgekehrt heißt das, dass zehn Bundesländer noch nicht so weit sind wie Baden-Württemberg. Deshalb ist Ihr Vorwurf, wir seien zu spät dran, nicht in Ordnung.

Meine Damen und Herren, ich lege Wert auf die Feststellung, dass der Geist dieses Gesetzentwurfs, der Geist der Verortung der Einheitlichen Ansprechpartner darin begründet ist, dass wir ein dezentrales Modell auf den Weg bringen wollen. Das ist nicht selbstverständlich; denn mehr als ein Drittel aller Bundesländer wollen ein Modell wählen, bei dem die Einheitlichen Ansprechpartner z. B. bei den Regierungspräsidien oder bei den obersten Landesbehörden angesiedelt werden. Das halte ich für falsch. Wenn wir diese Einheitlichen Ansprechpartner wollen, dann ist eine gewisse Flächendeckung not-

(Minister Ernst Pfister)

wendig. Genau diese haben wir erreicht, natürlich auch durch das duale System.

Wenn Herr Dr. Prewo vorschlägt, das duale System mit rund 90 Ansprechpartnern auszuweiten, etwa durch die Großen Kreisstädte oder durch regionale Wirtschaftsförderer, dann würde das bedeuten – ich habe Ihnen das schon im Ausschuss gesagt –, dass Baden-Württemberg mehr Einheitliche Ansprechpartner hätte als das ganze restliche Europa zusammen.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das kann nun wirklich keine Lösung sein. Das kann übrigens auch keine wirtschaftliche Lösung sein. Sie müssen schon eine gewisse kritische Größe voraussetzen, damit die Arbeit der Einheitlichen Ansprechpartner den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit einigermaßen genügen kann.

Aus all diesen Gründen glaube ich, dass wir den richtigen Weg gewählt haben. Ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Es ist bekannt, dass wir sehr gern ein Allkammernmodell gewählt hätten. Das steht jetzt aber nicht mehr zur Diskussion. Wir haben die Möglichkeit, in drei Jahren eine Bestandsaufnahme zu machen. Das werden wir selbstverständlich ergebnisoffen tun. Dann wird sich zeigen, wie sich dieses Modell bewährt hat und ob es möglicherweise Schwachstellen gibt, die noch auszumerzen sind.

Wir sollten jedoch froh darüber sein, dass wir eines der ersten Bundesländer sind. Wir sind das sechste Bundesland, das dieses Gesetz auf den Weg gebracht hat. Das ist ein wichtiger Fortschritt. Das ist auch wichtig für das Wirtschaftsland Baden-Württemberg.

Ich bedanke mich bei all denjenigen, die dafür gesorgt haben, dass dieses Gesetz jetzt auf den Weg gebracht werden konnte. Ich bedanke mich ferner bei all denjenigen, die dieses Gesetz unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/5345.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 14/5400. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen. Außerdem liegt zu dem Gesetzentwurf der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5476, vor, den ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

§ 1

Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Wer § 1 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben.

(Minister Ernst Pfister, auf einem Abgeordnetenplatz der Grünen sitzend, erhebt ebenfalls die Hand. – Hei-

terkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu Minister Ernst Pfister: Falscher Sitz! – Weitere Zurufe)

– Wir sind in einer Abstimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Übrigen zählt jede Stimme, egal, wo man sitzt. Hauptsächlich, man ist Abgeordneter.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wer also § 1 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 angenommen.

Ich rufe auf

§ 2

Zuständigkeit

und hier zunächst Absatz 1. Wer § 2 Abs. 1 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Absatz 1 einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Absatz 2 von § 2. Dazu liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5476, vor. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über § 2 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer Absatz 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 Abs. 2 mehrheitlich angenommen worden.

Wir kommen zu Absatz 3 von § 2. Dazu liegt Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5476, vor. Wer dieser Ziffer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 2 Abs. 3 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 Abs. 3 mehrheitlich angenommen.

Ich lasse über § 2 Abs. 4 abstimmen. Wer Absatz 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Absatz 4 in der Fassung des Gesetzentwurfs mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 3

Gebühren und Erstattung

und lasse zunächst über Absatz 1 abstimmen. Wer Absatz 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 Abs. 1 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Absatz 2 von § 3. Dazu liegt Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5476, vor. Wer Ziffer 3 des Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 3 mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wer § 3 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 4

Elektronische Informationsbereitstellung und elektronische Verfahrensabwicklung

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Informationspflicht der Dienstleistungserbringer

Wer diesem Paragrafen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 5 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Verordnungsermächtigung

Wer § 6 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 6 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Aufsicht

Wer § 7 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 7 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 8

Evaluierung

Wer § 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 8 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Inkrafttreten

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei mehreren, bei vielen Enthaltungen ist § 9 angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. November 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetzentwurf mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich berufe den Landtag zur Fortsetzung der Sitzung um 14:00 Uhr wieder ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:04 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Ich gebe aus dem Brief des Staatssekretärs des Staatsministeriums zur Vorbereitung der Regierungsbefragung am 25. November bekannt, dass folgende drei zentrale Themen in der Kabinettsitzung am 23. November 2009 behandelt wurden:

1. Elektromobilität in Baden-Württemberg – Stand, Herausforderung und Strategie: Die Landesinitiative Elektromobilität Baden-Württemberg
2. Schutz der Allgemeinheit vor besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern – Gemeinsame Konzeption des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Soziales
3. Föderalismuskommission II, IT-Staatsvertrag, Zustimmungsgesetz (Gesetz zum Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG)

Die Regierung teilt mit, dass Herr Wirtschaftsminister Pfister zu dem erstgenannten Thema „Elektromobilität in Baden-Württemberg – Stand, Herausforderung und Strategie: Die Landesinitiative Elektromobilität Baden-Württemberg“ die einleitende Erklärung für die Landesregierung abgeben wird.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die einleitende Erklärung nicht länger als fünf Minuten dauern darf.

Bitte, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Konzepte für eine nachhaltige Mobilität sind Grundvoraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum unserer Gesellschaft.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das habt ihr aber früh gemerkt!)

(Minister Ernst Pfister)

Neben der Optimierung des klassischen Verbrennungsmotors, der ja noch eine gewisse Zeit eine Rolle spielen wird,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Guten Morgen!)

wird die Elektromobilität als die Zukunftstechnologie für den automobilen Individualverkehr angesehen.

Ziel ist es, den Technologie- und Strukturwandel im Bereich der Fahrzeugmobilität aktiv zu begleiten, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land auch zukünftig nachhaltig zu sichern.

Deshalb hat die Landesregierung eine Landesinitiative Elektromobilität gestartet. Diese Initiative soll die Entwicklungen alternativer Antriebskonzepte wie die Erforschung und Einführung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen in Baden-Württemberg weiter vorantreiben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: „Weiter vorantreiben“!)

In den kommenden zwei Jahren werden deshalb insgesamt 15 Millionen € gezielt in Struktur- und Projektmaßnahmen investiert. Das sind Maßnahmen, die das Investitionsklima für die zügige Umsetzung umweltfreundlicher Elektromobilitätskonzepte nachhaltig verbessern werden. Für die Jahre 2012 bis 2014 sind jeweils weitere 4,5 Millionen € pro Jahr vorgesehen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir stolpern über den Begriff „zügig“!)

Was sind die wesentlichen Inhalte dieser Initiative? Das Kernstück der Initiative bildet die Gründung einer Landesagentur für Elektromobilität nach dem Vorbild der Landesagentur BIO-PRO. Die Landesagentur für Elektromobilität soll bestehende und künftige Strategien bündeln und für eine ganzheitliche und ressortübergreifende Innovationsförderung sorgen, die dem komplexen Thema gerecht wird.

Zweitens: Insbesondere kleine und mittelständische Zulieferbetriebe verfügen bislang über keine ausreichende Strategie zur Sicherung von Wertschöpfungsanteilen in einer E-Mobility-Automobilindustrie.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das merkt ihr aber früh!)

Hier wollen wir ansetzen. Denn Baden-Württemberg ist in besonderer Weise von den vielen kleinen und mittleren Zulieferern abhängig, die einen Großteil der Arbeitsplätze stellen.

Zum Aufbau dieser Landesagentur, zum Betrieb und zur Durchführung von Projekten sind im ersten Jahr Mittel in Höhe von 1 Million € sowie in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils 2 Millionen € vorgesehen.

Drittens: Eine wichtige Aufgabe der Agentur wird es außerdem sein, den Antrag der Clusterinitiative „Industrialisierung der Elektromobilität“ im Rahmen des Spitzenclusterwettbewerbs des Bundes voranzutreiben. Dafür wird eine weitere Million Euro zur Verfügung gestellt.

Viertens: Ein wesentlicher Standortfaktor des Autolands Baden-Württemberg ist das bestehende Angebot in der Aus- und

Weiterbildung. Dieses Themenfelds wird sich die Landesagentur gemeinsam mit den Akteuren im Land ebenfalls annehmen. Weiter soll das Weiterbildungszentrum Brennstoffzelle Ulm e. V. um die Aspekte der Elektromobilität erweitert und ausgebaut werden.

Fünftens: Diese Landesinitiative stellt außerdem entscheidende Weichen, damit Baden-Württemberg weiterhin seine Weltmarktführerschaft in der Mobilitätstechnik sichern kann. Es wird strategisch in wichtige Forschungsinfrastruktur investiert. Für den Aufbau einer Fraunhofer-Projektgruppe „Neue Antriebe“ und eines Fraunhofer-Innovationsclusters werden in den kommenden fünf Jahren jährlich 2,5 Millionen € bereitgestellt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die Landesregierung verlässt den Schlafwagen!)

Mit beteiligt sind dabei die Fraunhofer-Institute in Pfnzthal und Freiburg sowie das Karlsruher Institut für Technologie.

Mit der Förderung der Projektgruppe ergreifen wir übrigens die große Chance, einmal wieder ein neues Fraunhofer-Institut in Baden-Württemberg ansiedeln zu können. Die letzte in Baden-Württemberg erfolgte Institutsgründung von Fraunhofer liegt knapp drei Jahrzehnte zurück.

Weiter wird am Forschungsstandort Stuttgart das Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren durch gezielte Investitionen in Höhe von 2,5 Millionen € zu einem Forschungs- und Entwicklungssystemzentrum für Hybrid- und Elektrofahrzeuge umgewandelt.

Sechstens: Um gezielt Leuchtturmprojekte im Land zu fördern, werden zwei Querschnittsthemen in konkreten Forschungsprojekten gefördert. Für begleitende Forschungsarbeiten zu einem Großdemonstrator

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das gibt es schon, aber nicht bei uns!)

im Zusammenhang mit der Batterieforschung am Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie sind 1,5 Millionen € im Jahr 2010 vorgesehen. Weiter wird das Themenfeld „Innovativer Fahrzeugleichtbau“ im Technologiecluster angegangen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie eine Redezeit von nur fünf Minuten haben.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Ich komme zum Schluss. – Zum Ausbau all dieser wissenschaftlichen Aktivitäten sind in diesem Bereich noch einmal 2 Millionen € vorgesehen.

Kurzum, meine Damen und Herren: Es ist ein langer Weg, vor dem wir stehen. Wir haben heute oder vielmehr gestern den Startschuss für diesen Weg gegeben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auch Schnecken kommen voran!)

Wir wollen insbesondere noch einmal betonen, dass die Landesinitiative große Bedeutung für die gesamte Automobilindustrie, aber auch für die Zuliefererlandschaft, für die Ener-

(Minister Ernst Pfister)

giewirtschaft und für die Informations- und Kommunikationsbranche hat. Die Landesregierung ist deshalb gut gerüstet, um diesen Weg erfolgreich begehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Rauschender Beifall!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Regierungsbefragung strenge Regeln hat. Für die Ausführungen der Landesregierung ist jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten vorgesehen. Ich erwarte, dass diese Redezeit eingehalten wird, genauso wie ich natürlich auch von den Abgeordneten erwarte, dass sie die ihnen vorgegebene Redezeit einhalten. Ansonsten käme das ganze Gefüge durcheinander.

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Kollegen Nemeth für die Fraktion der CDU.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Jetzt aber!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, wie lange habe ich denn jetzt Zeit? Fünf Minuten?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bis zu drei Minuten.

Abg. Paul Nemeth CDU: Nur drei Minuten? Ich dachte, es seien fünf Minuten. Gut, dass ich es nun weiß.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Katrin Altpeter SPD: Jetzt sind die drei Minuten bald vorbei! Die Zeit läuft!)

Ich denke, es ist für uns und auch für alle anderen klar, dass dieses Thema von überragender Bedeutung für die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist. Es geht um Zigtausende von Arbeitsplätzen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Warum springt ihr erst jetzt darauf?)

Deswegen, glauben wir, ist es gut, was die Landesregierung hier initiiert hat. Es ist für Baden-Württemberg von überragender Bedeutung.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der Fortschritt ist eine Schnecke!)

Die dahinter stehende Frage ist im Grunde: Was ist die Primärenergie des Automobils in der Zukunft?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie halten ein Koreferat!)

Wir wissen: Der Verbrennungsmotor wird sich noch immer weiter entwickeln; er wird noch 20 bis 30 % an zusätzlichen Effizienzen erbringen können. Wir werden den Verbrennungsmotor sicherlich noch zehn, 20 oder sogar 30 Jahre lang erleben. Aber dann muss es einen Sprung geben, und es wird auch einen Technologiesprung geben. Die Elektromobilität kann eine Lösung sein.

China hat das erkannt, Indien hat es erkannt, und auch die Vereinigten Staaten von Amerika wollen sich hier profilieren. Für China ist diese Thematik wahrscheinlich auch deshalb interessant, weil dieses Land in diesem Bereich einen kompletten

Technologiesprung machen kann. Denn sie werden uns beim Verbrennungsmotor mit Sicherheit technologisch nicht mehr einholen können.

Nun ist es aber natürlich so, dass die Elektromobilität noch viele Risiken und Schwächen aufweist. Ich glaube, darüber muss man in einer solchen Fragerunde auch einmal sprechen. Die Batterien haben ein zu hohes Gewicht und bringen zu wenig Leistung. Das gilt übrigens auch für viele Politiker.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Mein Bauch gehört mir! – Abg. Reinhold Gall SPD: „Zu wenig Leistung“, hat er gesagt! Das ist ein persönlicher Angriff!)

Viele kämpfen mit ihrem Gewicht, und so ist das auch bei den Batterien.

Wir haben einen zweiten Problembereich, nämlich die Infrastruktur. Die benötigte Infrastruktur ist noch nicht vorhanden, und ich meine, es ist in erster Linie eine herausragende Chance für die Politik, hier etwas zu leisten und einen neuen Cluster zu bilden, der ein Bindeglied zwischen Energiewirtschaft, Autozulieferern und Automobilindustrie darstellt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie reden schon länger als drei Minuten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ein Koreferat!)

Zum Dritten muss man natürlich sagen: Die Preise für Elektroautos sind sowohl hinsichtlich der Anschaffung als auch hinsichtlich des Unterhalts noch sehr hoch. Auch hier gibt es also ein Problemfeld, das man sicherlich politisch betrachten muss.

Deswegen ist diese Initiative, glaube ich, gut. Der Bund tut das ja im Übrigen auch, indem er Projekte in Berlin, in Bremen, in Hamburg –

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, drei Minuten!

Abg. Paul Nemeth CDU: Ja, sind die schon um?

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ja.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Knapp SPD: Batterie leer!)

– Batterie leer. – Stellen Sie bitte eine Frage.

Abg. Paul Nemeth CDU: Ja, das ist eine Frage der Leistungsfähigkeit. – Darf ich jetzt meine Frage noch formulieren?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ja, natürlich, klar.

(Heiterkeit)

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Minister, unter diesem Szenario, vor dem Hintergrund,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass auch die Wirtschaft investiert – Daimler investiert jedes Jahr 5 Milliarden € in Entwicklung und Forschung –, und

(Paul Nemeth)

wenn man sieht, was sich in China tut, frage ich: Wie wird die baden-württembergische Landesregierung diese Entscheidung „Elektromobilität oder Verbrennungsmotor oder Brennstoffzelle oder eine vierte Initiative?“ in Zukunft angehen, und wie sehen Sie die Chancen für Baden-Württemberg?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Sie haben natürlich völlig recht, Herr Abg. Nemeth. Wenn kluge Leute schätzen, dass wir im Jahr 2020 eine Situation haben, in der von den etwa 44 Millionen Autos, die es in Deutschland gibt, 1 Million Autos mit Elektroantrieb fahren, wird deutlich, dass es über 40 Jahre hinweg einen Weg geben wird, auf dem auch eine Doppelstrategie gefahren werden muss. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir die nächsten zehn, 20, 30 Jahre nach wie vor auch damit beschäftigt sein werden, die bestehenden klassischen Motoren zu optimieren, dafür zu sorgen, dass sie weniger verbrauchen, dass sie weniger schadstoffträchtig sind. Das ist der eine Weg; der muss gegangen werden; der wird auch gegangen werden.

Man darf nicht der Illusion anhängen, dass wir in wenigen Jahren in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland die Elektromobilität hätten. Das wird dauern. Deshalb muss eine Strategie der beiden Wege erarbeitet und umgesetzt werden. Aber das darf uns natürlich nicht daran hindern, dass wir schon jetzt damit beginnen, die Vorbereitungen auf diesen Technologiewandel, der kommen wird, zu treffen.

Sie haben natürlich auch recht, wenn Sie sagen, wir fangen ja nicht bei null an. Es gibt eine ganze Fülle von Aktivitäten. Die werden von der Automobilwirtschaft, der Forschungslandschaft, die in Baden-Württemberg nachgewiesenermaßen besonders stark ausgeprägt ist, und vielen anderen mehr durchgeführt.

Das, worauf es der Landesregierung ankommt, ist eben, dass all diese Aktivitäten, die hier und dort entstanden sind und weiterhin entstehen, gewissermaßen unter ein Dach gebracht werden, dass sie gebündelt werden, sodass deshalb auch die Möglichkeit besteht, neue Strategien zu entwickeln, die erfolgreich sein werden.

Ich mache Ihnen das am Beispiel von BIOPRO klar. BIOPRO ist auch eine Landesagentur, die damals entstanden ist, weil die Ansätze, die wir im Land Baden-Württemberg im Bereich der Biotechnologie hatten, gebündelt werden mussten. Wir hatten bei der Biotechnologie unglaublich viele Ansätze in allen Teilen des Landes. Wir hatten aber den Nachteil, dass die im Grunde nebeneinander her gearbeitet haben. Wir haben sie gebündelt, und zwar mit dem Ergebnis, dass wir heute ohne Übertreibung sagen können, dass wir im Bereich der Biotechnologie spitze sind.

Genau diesen Prozess, genau dieses Verfahren wollen wir auch bei der Elektromobilität einführen. Das Wichtigste ist insofern diese Bündelfunktion für diese Initiative in der Landesagentur, die dazu führen wird, dass all die Strategien, die wir brauchen, erfolgreich gestaltet werden können. Ich glaube, dass damit die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, dass dieser Marsch in die Elektromobilität gut gelingen kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Frage, Herr Abg. Hofelich von der SPD.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Minister Pfister, zweifelsohne ist Baden-Württemberg bereits seit vielen Jahrzehnten eine Leitregion für Mobilität. Wir feiern 125 Jahre Automobil. Die Frage ist, ob es auch eine Leitregion für E-Mobilität und für alternative Antriebe sein wird. Wenn der Startschuss dafür seitens der Landesregierung gestern gefallen ist, war es zu spät. Richtig ist aber, dass Gott sei Dank andere schon tätig waren – Sie haben es selbst erwähnt –: die Industrie, Wirtschaftsfördergesellschaften, wer auch immer, in diesem Fall auch ohne die Landesregierung.

Der entscheidende Beitrag der Landesregierung wird sein, ob sie in der Lage ist, die Analyse richtig zu machen und die Bündelung der Kräfte ...

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Richtig.

Abg. Peter Hofelich SPD: ... dort, wo Sie öffentlich tätig sind, hinzubekommen.

Dazu habe ich drei Fragen.

Ich habe eine Frage zur Analyse. Es gibt eine Kontroverse zwischen dem Hauptgeschäftsführer der IHK Region Stuttgart und dem Ministerpräsidenten, in der der Hauptgeschäftsführer dem Ministerpräsidenten vorhält, dass dieser im Grunde genommen nur Panikreaktionen erzeuge, indem er sage, was alles wegfallt, und damit der Sache nicht diene. Der Ministerpräsident hält dem entgegen, dass er aufrütteln wolle.

Wie sieht Ihre persönliche Einschätzung aus? Wird das, was im Zulieferbereich an herkömmlichen Antriebsarten wegfällt, durch das substituiert werden, was an neuen Chancen in Baden-Württemberg vorhanden ist? Wie sieht Ihre persönliche Prognose aus? Mir ist klar: Das ist nur eine Prognose ohne Gewissheit.

Glauben Sie, dass wir beim Thema E-Mobilität, bei dem wir als hoch entwickelter Automobilstandort zunächst einmal eher verlieren könnten, den Wegfall im Zulieferbereich vollständig kompensieren können? Was sind Ihre Maßnahmen dafür?

Der zweite Bereich ist die Frage nach den 15 Millionen €, von denen Sie gestern angekündigt haben, dass Sie sie einsetzen wollen. Was von den 15 Millionen €, Herr Minister, ist denn originäres Geld des Landes? Das heißt: Was ist unter Abzug von Mitteln des Bundes, von Mitteln Europas oder von Mitteln Privater von diesen 15 Millionen € wirklich Geld des Landes?

Zu dem Betrag, den Sie mir dann nennen werden, möchte ich wissen: Was davon sind Personalmittel, und was davon fließt wirklich in Sachinvestitionen ein? Sehen Sie etwas vor, was neben der Einrichtung von Personalstellen dann tatsächlich auch in die Sache selbst hineingeht?

Meine dritte Frage bezieht sich auf die Landesagentur selbst, die Sie aufbauen wollen. Wird diese Landesagentur mit Personal aus den Ministerien aufgebaut sein? Wird sie durch Menschen aufgebaut werden, die Sie von woanders herholen?

(Peter Hofelich)

Wie hoch wird der Anteil der Sachmittelausstattung dieser Agentur sein? Wie hoch wird der Personalmittelanteil sein?

Diese ersten drei Fragen habe ich gestellt, um abzutasten, ob die Regierung in dieser Sache jetzt von operativer Hektik getrieben ist, weil sie zu spät dran war, oder ob sie eine eigene Strategie hat. Ich kann nur hoffen, dass dafür eine Strategie vorhanden ist. Wir möchten dazu auch noch mehr wissen, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Vielen Dank. – Herr Kollege Hofelich, ich fange mit der zweiten Frage an, weil diese am leichtesten zu beantworten ist.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja!)

Sie haben gefragt, ob diese 15 Millionen € bis zum Jahr 2011 originäre Landesmittel sind oder ob sie aus anderen Töpfen kommen. Ich kann Ihnen sagen: Das sind originäre Landesmittel;

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

das ist auch im Doppelhaushalt 2010/2011 entsprechend verankert.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Auch die Extramittel für Ulm?)

Es sind 15 Millionen € originäre Landesmittel aufgenommen worden, die jetzt im Haushalt verankert worden sind.

Zu der ersten Frage, welche Mittel für die Landesagentur zur Verfügung gestellt werden: Zahlen dazu, welche Mittel hierfür notwendig sind, kann ich Ihnen jetzt nicht auswendig nennen. – Ich höre gerade: 2 Millionen €. 2 Millionen € gibt es pro Jahr zur Entwicklung der Landesagentur.

Die Frage zur Analyse ist die wichtigste Frage, die Sie gestellt haben. Was wird gelten? Wird es noch der klassische Verbrennungsmotor sein, der noch eine Zeit lang eine Rolle spielt, oder wird es die Elektromobilität sein? Ich habe von einer Strategie der beiden Wege gesprochen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir zehn Jahre – so genau kann man es nicht sagen – oder auch 30 Jahre lang nach wie vor darauf setzen müssen, dass Autos mit Ottomotor oder Dieselmotor, die bei uns in Baden-Württemberg gebaut werden, auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Wir müssen in diesem Bereich weiter daran arbeiten, dass diese klassischen Motoren so schadstoffarm wie möglich gehalten werden und dass sie so wenig wie nur irgendwie möglich verbrauchen. Wir müssen danach schauen, dass die Autos, die in den nächsten zehn, 20 Jahren in Baden-Württemberg gebaut werden – unabhängig von der Elektromobilität –, auch im Ausland verkauft werden können.

Insofern hat natürlich die Zuliefererlandschaft, haben die Zulieferbetriebe auf absehbare Zeit schon noch in diesem Bereich zu tun, da die klassischen Motoren und die klassischen Autos auch in Zukunft noch gebaut werden. Aber ich spreche

von einer Strategie der beiden Wege und sage: Die Zulieferindustrie muss sich bereits heute damit beschäftigen, dass der Tag kommen wird – das geschieht nicht von heute auf morgen, sondern ist ein sukzessiver Prozess –, an dem bestimmte Produkte, die wir in der Vergangenheit im klassischen Bereich gebaut haben, sukzessive wegfallen werden und dafür andere Produkte, die man für Elektroautos braucht, hinzukommen werden. Das ist ein ganz schwieriger Prozess, der hier stattfindet. Aber das ist der Grund, weshalb ich ausdrücklich gesagt habe: Diese Landesinitiative will sich dem Thema Zulieferer widmen, will Strategien entwickeln, wie dieser Übergang in der Zukunft auch für die Zulieferer erfolgreich bewältigt werden kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Frage, Frau Kollegin Sitzmann von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, Baden-Württemberg will die Weltmarktführerschaft im Bereich der Mobilität. Zur Landesinitiative Elektromobilität war zu lesen, dass der Ministerpräsident der Ansicht ist, der Elektromotor solle zukünftig zum Jobmotor in Baden-Württemberg werden. Wenn das so ist, dann stellen wir uns ernsthaft die Frage, warum Sie mit der Landesinitiative Elektromobilität in einem Land, in dem die Automobilindustrie eine entscheidende Rolle spielt, so spät dran sind.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Denn namhafte Automobilunternehmen machen in Berlin bereits Großversuche mit Elektromobilität, während hier jetzt von der Landesregierung erneut einfach nur angekündigt wird. Wie wir der Presse entnehmen, wird diese Landesinitiative jetzt auf Drängen von Branchenvertretern angekündigt.

Ich frage Sie: Wie gehen Sie mit der berechtigten Kritik des Autoexperten Professor Diez um? Er hat gesagt, die Region sei bei neuen Technologien schwach aufgestellt, und es reiche nicht aus, irgendetwas zu koordinieren, denn wenn man etwas koordinieren wolle, brauche man auch etwas, was man koordinieren könne. Auch wenn Sie jetzt einige Ankündigungen machen oder Aktivitäten, die andere – nicht die Landesregierung – tun, hier anführen, ...

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Das wäre noch schöner!

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: ... fragen wir uns: Was koordinieren Sie eigentlich?

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Ich schätze Herrn Professor Diez, den Sie erwähnt haben, durchaus. Aber wenn er behauptet, dass Baden-Württemberg in diesen neuen Technologien Entwicklungsland sei, dann liegt er völlig falsch. Es ist klar, dass sich in Baden-Württemberg schon in der Vergangenheit eine ganze Menge getan hat, nicht nur bei den privaten Automobilfirmen, sondern gerade auch im Forschungsbereich.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Minister Ernst Pfister)

Dass wir nicht als Landtag, als Abgeordnete diesen Forschungsbereich betreiben, ist völlig klar. Das müssen schon andere machen. Aber Sie können doch nicht in Abrede stellen, dass gerade das Land Baden-Württemberg mit der reichsten Hochschulinfrastruktur und mit der größten Anzahl von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten besser dasteht als alle anderen Bundesländer, was sich z. B. auch daran zeigt, dass 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg für Forschung und Entwicklung auf den Weg gebracht worden sind, womit wir eine weltweite Spitzenposition haben. Sie wissen doch ganz genau, dass es in keinem anderen Land so viele Fraunhofer-Institute gibt wie in Baden-Württemberg. Ein großer Teil davon – aber nicht nur diese – befasst sich seit Jahr und Tag mit genau diesen neuen Technologien.

Ich habe vorhin gesagt: Unser Problem besteht nicht darin, dass wir zu wenig Ansätze hätten, zu wenig Forschung hätten, zu wenig Privatinitiativen hätten. Diese haben wir in der Tat. Worauf es ankommt, ist, dass diese Fülle von Initiativen, diese Ansätze, die es schon heute gibt und die ich ganz anders einschätze als Sie, und zwar sowohl von der Qualität als auch von der Quantität her durchaus positiv einschätze,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

jetzt gebündelt werden müssen, damit unsere Politik und unsere Strategien auf dem Weg in diese neue Technologiegesellschaft so schlagkräftig wie irgend möglich gehandelt werden können. Genau das ist der Sinn dieser Initiative, die wir gestern auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Zimmermann von der CDU.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Auswendig gelernt!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Präsident, Herr Minister! – Ich lerne es nicht auswendig. Ich bin in der Materie drin und kenne es deshalb schon auswendig.

(Unruhe)

Ich bin z. B. Pate, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, des ersten TÜV-zugelassenen Transportfahrzeugs von 3,5 t in vollem Elektrobetrieb. Das ist kein Fahrzeug – wie die Firma Daimler, Herr Stauch, vor zwei Tagen bei der Verleihung des Innovationspreises auf der Landesmesse sagte – mit einem 15-kW-Motor, der in der Lage ist, das Fahrzeug 2 km weit zu bewegen – ausschließlich zu Transportzwecken. Dieses Fahrzeug fährt schon heute von Kirchheim nach Stuttgart, von Stuttgart nach Kirchheim. Das ist ein Marktbeschickungsfahrzeug, ein Sprinter, völlig elektrobetrieben. Seine Leistung beträgt 90 kW bzw. 120 PS.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Es sind schon zwei Minuten vorbei!)

Das stammt von einem Einmannbetrieb, einem Eintüftlerbetrieb.

Herr Minister, deshalb meine Frage. Die Landesagentur, die Sie vor zwei Tagen im Kabinett beschlossen haben und die im

Frühjahr eingerichtet werden soll, begrüße ich. Ich finde es gut, dass man das koordiniert.

(Unruhe)

Hier in der Region ist schon vieles im Bereich der Elektromobilität getan worden. Leider oder Gott sei Dank ist hier schon mehr getan worden, als Großkonzerne der Welt je geleistet haben. Frau Umweltministerin Gönner ist selbst vor wenigen Wochen mit diesem Fahrzeug gefahren. Es ist umwerfend.

(Oh-Rufe – Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Was hat sie umgeworfen? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wer hat wen umgeworfen? – Weitere Zurufe – Gegenruf der Ministerin Tanja Gönner: Beides!)

– Dass man immer wieder für Lacher sorgen kann, ist gut. Das hält Sie auch mobil.

(Unruhe)

Herr Minister, meine Frage lautet: Sehen Sie mit diesen 10 Millionen € plus 5 Millionen €, die die Landesagentur zur Verfügung hat, Chancen einer möglichen Förderung von Mittelständlern und Handwerksbetrieben, die im Bereich der Elektromobilität gerade in unserer Region, in unserem Land arbeiten? Da fallen mir drei Firmen ein – EFA-S, AMK, OxiMaTec –, die im Bereich Batterie schon viel weiter sind als Weltkonzerne. Diese Leute, diese kleinen Firmen und mittelständischen Unternehmen brauchen dringend Unterstützung, auch finanzieller Art. Kann die Landesagentur eine Flotte von 30 bis 60 Fahrzeugen

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Stellen Sie eine konkrete Frage!)

– das ist eine konkrete Frage – unterstützen, und zwar nicht nur verbal und durch Kontaktverbindungen, sondern auch finanziell? Das müssen nicht zig Millionen sein, so wie Daimler 80 Millionen € vom Bund erhält. Wir sollten die kleinen und mittleren Unternehmen – so, wie wir es immer propagieren – fördern, die in diesem Bereich schon viel weiter sind als andere.

Danke.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Die konkrete Frage, ob mit diesen 10 Millionen € oder 15 Millionen €, die wir in den nächsten beiden Jahren in die Hand nehmen wollen, z. B. eine ganze Flotte finanziert werden kann, muss ich mit Nein beantworten. Diese 15 Millionen € stehen im Wesentlichen dafür zur Verfügung, dass im Land Baden-Württemberg Forschung betrieben wird.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das ist ein Schwerpunkt.

Der zweite Schwerpunkt ist der, dass wir unserer Zulieferindustrie, unseren vielen Zulieferern – das sind tausend an der Zahl allein in Baden-Württemberg, die übrigens im Augenblick ganz schwierige Zeiten haben – helfen, Strategien zu

(Minister Ernst Pfister)

entwickeln, die es ihnen erlauben, sich in Zukunft besser auf diesem Markt behaupten zu können.

Wenn es darum geht, dass das Land Baden-Württemberg diesen Firmen, die Sie angesprochen haben, im investiven Bereich hilft, dann stehen diese Mittel dafür nicht zur Verfügung. Dafür gibt es andere Töpfe. Das sind die Möglichkeiten, die wir – das Wirtschaftsministerium, die L-Bank – z. B. durch zinsgünstige Kredite oder andere Möglichkeiten geschaffen haben. Auch hier gibt es mehrere Wege.

Erstens geht es darum, Forschung voranzutreiben, gerade auch hinsichtlich der Batterien. Zweitens geht es darum, den Mittelständlern zu helfen, Strategien für die Umstellung zu entwickeln. Der dritte Bereich sind die klassischen finanziellen Hilfen, die völlig unabhängig davon über die verschiedenen Instrumente und Einrichtungen – Banken, Wirtschaftsministerium usw. – zur Verfügung gestellt werden können.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Zimmermann, sind Sie zufrieden? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Der ist mit allem zufrieden!)

Die erste halbe Stunde der Regierungsbefragung ist vorbei. Insofern kann ich keine weiteren Fragen zulassen. Vielen Dank.

Wir kommen zum zweiten Teil der Regierungsbefragung, nämlich zu Fragen der Fraktionen. Ich habe als Erstes die SPD-Fraktion auf meiner Liste.

Ich darf Frau Kollegin Altpeter das Wort erteilen.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Passagen aus dem Leitantrag „Kinderland Baden-Württemberg Plus. Ein Erfolgsmodell schafft Zukunft“ auf dem CDU-Parteitag vom letzten Wochenende

(Zuruf von der CDU: Genau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So einen Parteitag hättet ihr auch gern gehabt!)

zum Thema Kindesvernachlässigung und der darauf folgenden Äußerung von Kultusminister Rau – ich darf zitieren: „Fangen wir einmal da an, wo Sanktionen möglich sind“ –, haben wir Fragen an die Landesregierung.

Für den Fall, dass Eltern ihre Kinder vernachlässigen, gibt es in der Kinder- und Jugendhilfe gute Instrumentarien, um darauf zu reagieren, darunter insbesondere die sozialpädagogische Familienhilfe. Mit dieser Hilfeform sollen Familien direkt unterstützt werden und soll Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden. Kürzungen von Leistungen an Familien werden von Experten als genau das falsche Instrument bezeichnet, ganz einfach aus dem Grund, weil man mit der Kürzung von Leistung nicht die Verursacher bestraft, sondern die Opfer. Das sind in diesem Fall die Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Daher frage ich Sie: Sollen nach Ansicht der Landesregierung Familien mit Problemen eher Hilfen – was das richtige Instru-

ment wäre – oder Sanktionen erhalten? Wie würden sich Sanktionen auf das Zusammenleben in der Familie, aber auch in unserer Gesellschaft auswirken?

Nach Angaben der Bundesernährungsministerin, Frau Aigner von der CSU, kommen rund ein Viertel aller Schulkinder ohne Frühstück in die Schule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Schande!)

Wären aus Sicht der Landesregierung bei all diesen Familien Sanktionen in Form einer Kürzung angemessen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unter Umständen ja!)

und wie könnte das gestaltet werden? Wenn jemand einmal ohne Frühstück in die Schule kommt, bekommt er dann 5 € Abzug oder zwei Tage Fernsehverbot? Wie wollen Sie dies gestalten?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie dafür, dass sie daheim ein Frühstück bekommen, oder sind Sie dagegen? – Gegenruf Abg. Ursula Haußmann SPD: Seien Sie doch einmal ruhig und hören zu!)

Welche Methoden könnten hier angewendet werden, damit die Kinder in der Tat ein Frühstück bekommen und es damit keinen Abzug gibt?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja Vernachlässigung! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie wären gern Landesregierung, Herr Röhm!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Rau das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt gibt es wieder ein Gedrehe und ein Gewinde!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst darauf hinweisen, dass sich eine Reihe der gestellten Fragen nicht an das Kultusministerium, sondern an das Sozialministerium richten. Ich bitte darum, sie auch dorthin zu adressieren.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir richten sie an die Landesregierung!)

Ich möchte Ihnen der Vollständigkeit halber einfach einmal berichten, was die CDU Baden-Württemberg auf ihrem Landesparteitag im Leitantrag – es ging um den Leitantrag der CDU Baden-Württemberg – formuliert hat:

Die Folgen der Vernachlässigung von Kindern sind gravierend. Hauptleidtragende sind die Kinder selbst. Das Spektrum der Vernachlässigung ist breit; Vernachlässigung fängt beispielsweise schon damit an, dass eine zunehmende Zahl von Kindern „ohne Frühstück“ in die Schule geschickt werden.

Das wird hier als Beispiel genannt.

(Minister Helmut Rau)

Wenn Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen, indem sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, dann kann man das nicht ohne Konsequenzen hinnehmen. Sicherlich muss dabei jeder Fall individuell bewertet werden. Denkbar wäre es aber zum Beispiel, staatliche Unterstützung (z. B. Kinderzuschlag beim ALG II) für Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schulträger zukommen zu lassen; so könnte beispielsweise eine regelmäßige Ernährung der Kinder sichergestellt werden.

Das ist die Beschlusslage, nach der Sie gefragt haben. Ich stehe in vollem Umfang zu dieser Beschlusslage vom letzten Samstag.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich halte es für richtig, dass wir Eltern in die Pflicht nehmen, bei Angelegenheiten, die auf jeden Fall Elternaufgabe sind, für ihre Kinder zu sorgen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! Was sonst?)

Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich über den Einsatz einzelner Jugendhilfeeinrichtungen hier keine Auskunft geben kann, weil das nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fällt.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär Hillebrand vom Sozialministerium.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Altpeter, Familienpolitik beinhaltet eine umfassende Fülle von Aufgaben. Es ist ein zentrales Anliegen unseres Hauses, des Ministeriums für Arbeit und Soziales, dass die Familienpolitik gerade im Bereich der Kinder, der Kleinkinder alles unternimmt, was in der jeweiligen Lebenssituation geboten erscheint.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wir geben dazu, Herr Kollege Pix, eine Fülle von Hilfestellungen, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe. Wir haben Programme.

(Abg. Norbert Zeller SPD: War der Antrag von der CDU überflüssig?)

– Herr Zeller, es würde sich empfehlen, einfach einmal zuzuhören.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Mache ich doch!)

Wir haben eine Fülle von Ansätzen. Es gibt allerdings nichts Gutes, was nicht noch zu verbessern wäre.

Liebe Kollegin Altpeter, auch wir sehen, dass an den Grundschulen, den Hauptschulen, aber auch an den anderen Schulen viele Kinder ohne Frühstück an die Schule kommen.

Über das ganze Thema wird derzeit auch auf der Bundesebene im Zusammenhang mit der Erhöhung der Hartz-IV-Sätze und der Frage, ob das Geld beispielsweise als Betreuungsgeld

oder im Rahmen einer sogenannten Gutscheinelösung gegeben werden soll, diskutiert. Ich denke, die Wahrheit liegt in der Mitte. Man wird auf der einen Seite zu versuchen haben, den Eltern, die ihre Kinder ordnungsgemäß versorgen, die ihren Kindern ordnungsgemäß das Frühstück verabreichen, bevor diese zur Schule gehen, dieses Geld pauschal zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite wird man versuchen, über ein Gutscheinsystem dafür zu sorgen – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie wollen Sie denn kontrollieren, wer frühstückt? Um Himmels willen!)

– Lieber Herr Kollege Gall, die Situation – –

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Es war von Sanktionen die Rede! Bei den Mitteln sind wir uns einig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben nach dem Parteitagbeschluss gefragt!)

– Liebe Frau Altpeter, Sanktionen sind nach unserem Politikverständnis immer die Ultima Ratio.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben sie aber gefordert! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Die sind doch gefordert worden!)

Zunächst einmal muss ich davon ausgehen, dass die Kinder auch ordnungsgemäß versorgt sind, dass sie nach einem Frühstück zur Schule kommen. Das ist Gott sei Dank auch weitreichend der Fall. Es gibt allerdings auch andere Fälle. Es ist mir selbst widerfahren, als ich an einer Schule im Stuttgarter Westen war, dass mir die Rektorin gesagt hat, ca. 80 % der Kinder kämen ohne Frühstück in die Schule. Da gilt es natürlich, dagegenzuhalten. Da ist es, meine ich, nicht damit getan, den Eltern, die ohnehin schon nicht in der Lage sind, ihre Kinder mit Frühstück an die Schule zu schicken, noch einmal 150 € „bar auf die Kralle“ zu geben – wenn ich das einmal so sagen darf –,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sondern?)

um dann zu sagen: Mit diesem Geld ist es erledigt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist denn das für eine Argumentation? – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können Fragen stellen. Die fünf Minuten Redezeit für die Regierung sind jetzt um.

Jetzt hat die Kollegin Lösch für die Fraktion GRÜNE das Fragerecht.

(Heiterkeit des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Staatssekretär, Herr Minister, die Überschrift zu der entsprechenden Forderung im Leitantrag lautet: „Vernachlässigung darf nicht ohne Konsequenzen bleiben“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich glaube, dem stimmen wir alle zu. Aber Vernachlässigung beginnt nicht erst, wenn Schülerinnen und Schüler in die Schule kommen, sondern Vernachlässigung beginnt schon viel

(Brigitte Lösch)

früher. Das Thema Vernachlässigung am Schulfrühstück aufzuhängen halte ich nicht für die richtige Verknüpfung.

Der Sozialausschuss hat kürzlich eine große Anhörung zum Thema Kindesvernachlässigung durchgeführt. Kindesvernachlässigung beginnt in den ersten Lebensjahren und umfasst materielle Vernachlässigung, aber auch psychische Vernachlässigung.

Wir haben in diesem Jahr ein Kinderschutzgesetz verabschiedet. In diesem Kinderschutzgesetz hat sich die Landesregierung gegen Sanktionen ausgesprochen. Wir haben verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen eingeführt, aber ohne Sanktionen. Nicht einmal ein verbindliches Einladewesen wurde in diesem Kinderschutzgesetz verankert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Deshalb frage ich jetzt: Was hat die Landesregierung oder die CDU bewogen, da umzudenken? Denn einerseits wollen Sie beim Kinderschutz, also in dem Bereich, in dem die Unterstützung so früh wie möglich beginnen soll, keine Sanktionen, während Sie jetzt sagen, Kindesvernachlässigung könne man eigentlich nur begegnen, indem man sanktioniert und den Eltern die Leistungen streicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär, das liegt in Ihrem Verantwortungsbereich.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Liebe Frau Kollegin Lösch, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Parteitag ist natürlich souverän in dem, was er beschließt.

(Zuruf von den Grünen: Aha! Setzt ihr das nicht um?)

Das heißt noch lange nicht, dass alles 1 : 1 umgesetzt wird.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Entschuldigung, lieber Herr Kollege Gall.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mit dieser Antwort sind wir doch zufrieden! – Weitere Zurufe)

Es ist eine altbekannte Tatsache,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass wir uns in Baden-Württemberg in einer Koalitionsregierung befinden. Es entspricht dem guten Stil des Zusammenarbeitens innerhalb der Koalition, dass wir solche Fragen mit dem Koalitionspartner absprechen und dann eine gemeinsame Lösung finden, die nach Möglichkeit beiden Seiten Rechnung trägt. Genau so werden wir auch in diesem Fall vorgehen.

Ich bleibe dabei: Natürlich ist es der beste Weg, von der frühesten Kindheit an möglichst ohne Sanktionen auf die Eltern einzuwirken, in welcher Form auch immer dies geschehen mag.

Nehmen Sie beispielsweise das Programm STÄRKE. Das ist ein wunderbares Programm. Wenn die Erziehung einmal nicht

funktioniert, wenn beispielsweise Bedarf an Erziehungshilfe besteht, dann besteht die Möglichkeit, zusätzlich zu den Gutscheinen bis zu 1 500 € für eine Familienhebamme zur Verfügung zu stellen, um einer Familie, die dies benötigt, in der frühen Phase eine Hilfestellung zu geben. Ich denke, das ist eine hervorragende Sache. Das kann sich bei Bedarf über aufsuchende Hilfen bis hin zur mobilen Jugendarbeit fortsetzen.

Wir werden die Beschlüsse des Parteitags sehr sorgfältig analysieren und schauen, inwieweit das in die bestehende Konzeption hineinpasst oder inwieweit Anpassungsbedarf besteht, beispielsweise mit Blick auf das Tracking, das es auch in anderen Ländern gibt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Nachfrage für die SPD-Fraktion, Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben ja schon ein Stück weit relativiert. Dennoch möchte ich an die eingangs von Frau Kollegin Altpeter gestellte Frage anknüpfen. Herr Minister Rau hat darauf geantwortet, dass er in vollem Umfang hinter diesem Leitantrag zum CDU-Parteitag stehe. Sie haben das ein Stück weit relativiert.

Ich möchte nochmals Bezug nehmen auf die Anhörung, die wir am 15. Oktober zum Thema „Maßnahmen zum Schutz vernachlässigter Kinder“ durchgeführt haben. Dieses Thema ist ein gemeinsames Anliegen dieses Hauses. Ich möchte in Erinnerung rufen: Das Fazit aller angehörten Experten – vom Kinderschutzbund über den Landesfamilienrat bis zum öffentlichen Gesundheitsdienst – war, dass wir früh ansetzen müssen, insbesondere bei Familien, in denen Kinder vernachlässigt werden. Wir wissen, dass aus vernachlässigten Kindern oft vernachlässigende Eltern werden.

Die Experten haben uns frühe aufsuchende Hilfen, das Schaffen von Vertrauen zu Problemfamilien und die Vermeidung von Stigmatisierung empfohlen. Deshalb frage ich Sie, ob der angesprochene Leitantrag zum CDU-Parteitag zu dieser Linie passt; denn Ihr Vorschlag – Bestrafung und Sanktionen – führt nicht zur Vertrauensbildung, sondern zur Stigmatisierung.

Ich frage Sie: Wie verhält sich die Landesregierung hierzu? Stellt sich die Landesregierung hinter Sanktionen, oder bleiben Sie bei der Linie, die uns auch die Experten vorgegeben haben: frühe Hilfen, Vertrauen bilden, nicht stigmatisieren?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Liebe Frau Kollegin Wonnay, ich habe mir die Expertenanhörung von Anfang bis Ende angehört. Auch Mitarbeiter unseres Hauses waren bei der Anhörung dabei. Wir sind gegenwärtig dabei, in unserem Haus das Ergebnis der Anhörung auszuwerten. Die Auswertung ist noch nicht erfolgt. Aber das, was da gesagt wurde, ist in der Tat sehr zu bedenken. Von dem, was von den allermeisten Experten gesagt wurde, würde ich sehr, sehr vieles unterschreiben.

Es ist auch nicht so, dass der Leitantrag, den Sie jetzt quasi stigmatisieren wollen, von Anfang – –

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum fasst ihr dann solche Beschlüsse? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Frühe Hilfe für die CDU ist das! Frühe Hilfe für die CDU, bevor sie in die falsche Richtung marschiert! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Lieber Herr Kollege Schmiedel, Sie brauchen keine Sorge zu haben: Wir marschieren schon in die richtige Richtung. Wir sind bisher immer in die richtige Richtung marschiert, und wir werden auch in dieser Frage in die richtige Richtung marschieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es waren nur zehn Leute im Saal, als darüber diskutiert wurde! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da ist gar niemand marschiert! Beim Bier sind sie draußen gehockt!)

– Ich würde einmal sagen: Die zuständigen Leute sowohl Ihrer Fraktion als auch unserer Fraktion waren anwesend.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben es vom Parteitag, nicht von der Anhörung! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Vom Parteitag reden wir!)

– Vom Parteitag?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da ist niemand marschiert! Die sind alle hinausmarschiert! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Marianne Wonnay)

– Liebe Frau Wonnay, ich habe doch gesagt: Sanktion kann nur die Ultima Ratio sein. Nur so verstehe ich diesen Leitantrag.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Okay!)

Alles andere passt überhaupt nicht in unser Konzept.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Alles klar! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Dann haben Sie eine andere Meinung als der Kultusminister!)

Daher gibt es den künstlichen Konflikt, den Sie hier anscheinend schüren wollen, in Wirklichkeit gar nicht.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Doch!)

In Wirklichkeit hat der Parteitag darüber nachgedacht bzw. einen Beschluss gefasst, inwieweit man die bestehenden Instrumente noch etwas verbessern kann und sie an der einen oder anderen Stelle eventuell auch verbessern muss.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Jetzt widersprechen Sie sich aber!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Lösch von der Fraktion GRÜNE, bitte.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Staatssekretär, ich zitiere noch einmal aus dem Leitantrag:

Wenn Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen, indem sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, dann kann man das nicht ohne Konsequenzen hinnehmen. Sicherlich muss dabei jeder Fall individuell bewertet wer-

den. Denkbar wäre es aber zum Beispiel, staatliche Unterstützung (z. B. Kinderzuschlag beim ALG II) für Kinder ...

zu kürzen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Weiterlesen! Jetzt kommt der entscheidende Satz, Frau Kollegin!)

... staatliche Unterstützung ... für Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schulträger zukommen zu lassen; so könnte beispielsweise eine regelmäßige Ernährung der Kinder sichergestellt werden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist doch keine Sanktion! – Gegenrufe von der SPD, u. a. Abg. Marianne Wonnay: Es geht noch weiter!)

Das ist nicht die Ultima Ratio, sondern das ist der Vorschlag einer Maßnahme.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich möchte einmal sehen, wie das geht! Herr Röhm macht Frühstück für die Kinder! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Staatssekretär, ich bin mit dem zufrieden, was Sie ausgeführt haben, ...

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Danke.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: ... wenn es darum geht, Kindesvernachlässigung vorzubeugen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit muss man so früh wie möglich anfangen, und zwar vor der Einschulung.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Da ist es sinnvoller, Herr Kollege Schmiedel, eine Vernetzung der frühen Hilfen zu fordern, für eine Vernetzung der frühen Hilfen zu arbeiten und aufsuchende Hilfen zu organisieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Ziel der Landesregierung!)

Ich frage Sie: Ist es denn nicht möglich, dass bei diesen Themen, bei denen es auch um den Erziehungsauftrag der Eltern und der Familien geht, zukünftig eine bessere Vernetzung zwischen Kultusministerium und Sozialministerium besteht? Denn da, finde ich, liegt der große Konflikt. So ist das, was der Kultusminister sagt,

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

eigentlich das Gegenteil von dem, was das Sozialministerium sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau!)

Da würde ich mir vielleicht ein Vernetzungshandbuch oder eine bessere Vernetzungsstrategie zwischen Kultusministerium und Sozialministerium wünschen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Frau Kollegin Lösch, ich verstehe ganz gut, dass es Ihnen recht wäre, wenn Sie einen künstlichen Konflikt zwischen Kultusministerium und Sozialministerium herbeiführen könnten oder herbeireden könnten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Den gibt es doch offensichtlich!)

Das können Sie nicht. Zwischen uns passt kein Blatt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Reinhold Gall SPD: Er befürwortet die Sanktionen! – Weitere Zurufe)

Wir sind in allen Politikbereichen – liebe Frau Kollegin Lösch, dessen können Sie versichert sein – engstens verzahnt und stimmen die Dinge da, wo Schnittstellen zu bearbeiten sind, miteinander ab. Daher können Sie keinen künstlichen Konflikt zwischen beiden Häusern aufbauen.

(Der Redner räuspert sich mehrmals.)

– Ich bitte um Entschuldigung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich darf bitten, dem Herrn Staatssekretär ein Glas Wasser zu bringen. Das wäre nett. Er hat Schwierigkeiten mit einem Kratzen im Hals.

(Unruhe – Abg. Thomas Blenke CDU: Oder Tee! – Zuruf von der SPD: Es verschlägt ihm die Sprache!)

Jetzt, bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Eigentlich ist schon alles gesagt. Es gibt aber nichts, was nicht verbessert werden könnte; das ist überhaupt keine Frage. Es gibt nichts, was nicht noch enger verzahnt werden könnte. Wir sind grundsätzlich immer für vernünftige Ideen und für vernünftige Vorschläge offen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wir haben sie! – Dem Redner wird ein Glas Wasser gereicht.)

– Vielen Dank.

Nichtsdestotrotz geht es in diesen Bereichen immer um Abwägungsfragen, um Abwägungsfragen zwischen dem Elternrecht und dem Wohl des Kindes. Darin sind wir uns doch einig. Es gilt, beide Rechte zu einer praktischen Konkordanz zu bringen. Nichts anderes haben wir in der Vergangenheit gemacht, und nichts anderes werden wir auch in Zukunft machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Peter Hofelich SPD: Dann ist gut!)

Diesen Leitantrag werden wir entsprechend – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: In die Schublade legen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

– Liebe Frau Kollegin Lösch, diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Wir werden den Auftrag des Parteitags natürlich erfüllen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich denke, Sie haben ihn schon immer erfüllt!)

Wir werden sehr genau prüfen, wo es im Einzelfall Ansätze gibt,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Die FDP hat keine Meinung dazu!)

wo wir entsprechend gegen- oder nachsteuern müssen.

Vielen Dank.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Zuerst das Land, dann die Partei!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Staatssekretär. Eine Zusatzfrage von Herrn Abg. Herrmann von der CDU-Fraktion.

Ich will noch eine Bemerkung vorwegschicken, weil es vorhin Unruhe gab. Selbstverständlich kann die Opposition vorrangig ein Thema aus der letzten Kabinettsitzung wählen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vorrangig!)

„Vorrangig“ heißt, sie kann auch zu anderen Themen fragen. Ich bin davon ausgegangen, dass sie die Regierung zu einem Beschluss des Landesparteitags fragt. Das hat sie auch gemacht. Die Regierung kann darauf Antwort geben; sie kann aber auch – wie es der Herr Staatssekretär getan hat – sagen: Es wird erst darüber nachgedacht, was man mit dem Beschluss macht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihr hättet doch vorher nachdenken sollen, bevor ihr den Beschluss fasst!)

Auch diese Möglichkeit gibt es. Ich möchte nur sagen: Hier ist die Landesregierung gefragt worden; hier wurde nicht die CDU über ihren Landesparteitag befragt. So habe ich das aufgefasst.

Bitte, Herr Kollege Herrmann.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Staatssekretär, ich darf aus dem Beschluss des Landesparteitags zitieren und Sie dann fragen.

Ich zitiere:

Denkbar wäre es aber zum Beispiel, staatliche Unterstützung (z. B. Kinderzuschlag beim ALG II) für Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schulträger zukommen zu lassen; so könnte beispielsweise eine regelmäßige Ernährung der Kinder sichergestellt werden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wie soll denn das gehen?)

Herr Staatssekretär, nun meine Frage: Stimmen Sie mir zu, dass es sich hierbei nicht um eine Sanktion gegen Eltern han-

(Klaus Herrmann)

delt, die den Kindern schadet, sondern dass hierbei das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht und dass erreicht werden muss, dass die Ernährung des Kindes sichergestellt werden kann? Stimmen Sie dem zu?

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wie soll denn das funktionieren? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wie soll das gehen?)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Ich stimme dem zu. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Ich habe von Anfang an gesagt – vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie mir die Vorlage geben und das ganz und nicht, wie die Kollegin, nur halb zitiert haben –: Es ist in der Tat ein Abwägungsprozess. Unser gemeinsames Ziel muss eigentlich sein, dass das Geld dort ankommt, wo es nötig ist und wo es hilft.

Wenn es aber über die Eltern nicht zielgerichtet ankommt, dann muss es dem Kind eben auf andere Art und Weise zugekommen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und die anderen bekommen eine Gehaltspfändung!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär, es gibt noch eine weitere Frage der Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben den Prozess der Abwägung zwischen dem Wohl des Kindes und dem Recht bzw. der Pflicht der Eltern angesprochen. Sie haben im Rahmen dieses Abwägungsprozesses allerdings die öffentliche Verantwortung für das Wohl des Kindes außer Acht gelassen. Aber natürlich ist die öffentliche Verantwortung sehr wohl auch gefragt.

Ich will Folgendes noch einmal deutlich sagen: Mit diesem Satz – ich freue mich, dass Sie, Herr Herrmann, den Leitantrag in Gänze zitiert haben –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: War das etwa der ganze Leitantrag?)

belegen Sie sämtliche ALG-II-Bezieher mit einem Generalverdacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch Unsinn!)

Das ist aber doch völlig daneben.

Jetzt will ich Sie fragen: Wie soll das denn in der Praxis aussehen?

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie geht denn das?)

Wie wollen Sie das denn machen? Wenn festgestellt wird, dass Kinder nicht am Schulesen teilnehmen können, kann man entweder einen solchen Beschluss fassen, wie Sie ihn gefasst haben – damit belegen Sie Familien mit einem Generalverdacht –, oder man kann das tun – damit würden Sie nicht den

Weg der Stigmatisierung, sondern den Weg der Hilfe gehen –, was das Land Rheinland-Pfalz gemacht hat. Das Land Rheinland-Pfalz bezuschusst das Mittagessen für Kinder an den Schulen und an den Kindertageseinrichtungen. Das wäre der richtige Weg, wenn Sie dem Anliegen, dass alle Kinder die Chance haben sollten, ein warmes Essen zu bekommen, entsprechen wollen. Ebendiesem Weg müssten Sie gehen und nicht den Weg der Stigmatisierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frühstück ist in der Regel kein warmes Essen! Wir reden über das Frühstück!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Zunächst einmal, liebe Frau Kollegin Wonnay: Wir stellen absolut niemanden unter Generalverdacht. Das geschieht überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Ich habe vorhin versucht, deutlich zu machen, dass wir davon ausgehen, dass es in den allermeisten Fällen ordnungsgemäß abläuft, dass die Eltern in natürlicher Sorge für ihre Kinder alles tun, damit es den Kindern von Anfang an gut geht. Nichtsdestotrotz wird doch nach dem Staat gerufen, sobald irgendwo einmal ein Kind in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen ist. Daher hat der Staat auch einen Wächterauftrag; er hat den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass solche Fälle – Einzelfälle, bei denen es nicht so läuft, wie es laufen sollte – im Auge behalten werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da muss man doch früher ansetzen!)

Dies dann wiederum als völlig falsch darzustellen ist aus meiner Sicht danebengegriffen. Denn der Staat kann von seinem Wächterauftrag nicht loskommen, und er darf auch nicht davon loskommen wollen. Das hat mit einem Generalverdacht in Richtung ALG-II-Empfänger überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Herr Abg. Herrmann, bitte.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich möchte den Vorwurf der Frau Kollegin Wonnay so nicht im Raum stehen lassen. Herr Staatssekretär, können Sie einmal aus dem Leitantrag den Satz zitieren, der vor dem Satz steht, den ich vorhin zitiert hatte?

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wir wollen die Meinung der Regierung hören! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Denn in diesem Satz wird eindeutig klar, dass kein Generalverdacht erhoben werden kann. Meine Frage an Sie ist also, ob Sie diesen Satz zitieren können.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wir wollen die Regierungsmeinung hören! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Im Fußball wird bei Zeitschinden nachgespielt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Herrmann, wenn Sie die Frage so formuliert hätten, dass daraus hervorginge, dass Sie wissen wollen, was die Regierung zu diesem Satz sagt, dann wäre Ihr Vorgehen korrekt. Der Herr Staatssekretär ist aber nicht dazu da, zu interpretieren, wie über den CDU-Leitantrag im Landtag diskutiert wird.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Es geht nicht um Interpretation, es geht um Klarstellung! – Abg. Reinhold Gall SPD: Er wollte nur, dass er es vorliest!)

Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Unruhe)

Wenn es der Wahrheitsfindung dient, dann lese ich den Text gern vollständig vor.

(Zurufe: Ja, lesen Sie es vor! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn der Kollege Herrmann keine Anträge liest, dann muss er sie wohl vorgelesen bekommen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gibt es das auch als Hörbuch? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie es den Herrn Staatssekretär doch vorlesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der ist doch Staatssekretär und kein Vorleser! – Gegenruf von der CDU: Jetzt wird es aber Haarspalterei!)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Unterm Strich, lieber Herr Kollege Schmiedel, steht nichts anderes darin als das, was ich vorhin gesagt habe. Es geht um einen Abwägungsprozess.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollen sagen, was da drinsteht!)

In dem CDU-Leitantrag heißt es:

Wenn Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen,

– das ist schon einmal eine Conditio: „wenn“ –

indem sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, dann kann man das nicht ohne Konsequenzen hinnehmen.

Darin sind wir uns doch sicher einig. Das kann man doch nicht auf sich beruhen lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann muss man helfen!)

Weiter heißt es:

Sicherlich muss dabei jeder Fall individuell bewertet werden.

Das ist genau das, was ich gesagt habe.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und wer macht das dann? Der Herr Herrmann? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Lieber Herr Schmiedel, Sie wissen ganz genau, dass es eine dafür zuständige Behörde gibt, beispielsweise das Jugendamt, das Familien von Anfang an begleitet, die in irgendeiner Art aufgefallen sind oder auffallen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ist das dann die Frühstückskontrolle?)

– Ach, Frau Altpeter, machen Sie sich nicht lächerlich!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie soll das denn kontrolliert werden?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die halbe Stunde für dieses Thema der Regierungsbefragung ist vorbei. – Herr Staatssekretär, wollen Sie noch ein Schlusswort sagen?

(Zurufe, u. a. des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können davon ausgehen, dass wir die Jugendhilfe mit Augenmaß so weiterentwickeln werden, dass sie in Baden-Württemberg noch besser sein wird, als dies schon bisher der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit ist Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 30. Juli 2009 – Fünfter Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich – Drucksachen 14/4963, 14/5292

Berichterstatter: Abg. Jürgen Walter

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Bopp das Wort erteilen.

Abg. Thomas Bopp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fünfte Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich gibt uns einen umfassenden Überblick über den Datenschutz in unserem Land. Er zeigt für den Berichtszeitraum auf, welche Beschwerden eingegangen sind, und vor allem, wie sie bewertet und bearbeitet worden sind.

Leider ist festzustellen, dass in fast allen Bereichen die Zahl der Beschwerden zugenommen hat. Das gilt für den Bereich der Werbung, der Tele- und der Mediendienste, der Auskunfteien, der Inkassounternehmen, der Kontendaten genauso wie leider auch für den Bereich der Videoüberwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Thomas Bopp)

Die im Bericht sehr übersichtlich dargestellten Fälle zeigen, wie wichtig in unserer heutigen Informationsgesellschaft ein umfassender und moderner Datenschutz ist. Die CDU-Fraktion will ein hohes Datenschutzniveau. Bei der Datenerhebung und auch bei der Datenspeicherung muss stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Zweckbindung gewahrt werden. Datensicherheit und Datensparsamkeit sind uns ebenso wichtig wie Transparenz im Umgang mit den Daten.

Die Einwilligung der Betroffenen ist eine wesentliche Säule des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Aber, meine Damen und Herren, auch jeder Einzelne trägt Verantwortung für seine persönlichen Daten. Wir müssen deshalb die Sensibilität und die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigenen Daten stärken. Mich wundert immer wieder, wie sorglos manche Menschen, vor allem junge Bürgerinnen und Bürger, beim Umgang mit ihren eigenen Daten sind. Ich kenne Leute, die sich fürchterlich darüber aufregen, dass sie unerwünscht Werbung erhalten. Dass aber möglicherweise ein Zusammenhang damit bestehen könnte, dass sie bei einem Preisausschreiben mitgemacht haben, um ein schönes Auto zu gewinnen, und so ihre Daten preisgegeben haben, wird häufig leider nicht gesehen. Da passt einiges nicht zusammen: einerseits ein hoher Anspruch auf Diskretion beim Umgang mit persönlichen Daten und andererseits das eigene Verhalten der Menschen.

Deshalb müssen wir die Bildung im Bereich des Datenschutzes stärken und den Selbstschutz durch Aufklärung verbessern. Ich halte die Idee, die im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgeschrieben ist, nämlich eine Stiftung Datenschutz einzurichten, für gut. Diese Stiftung soll Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit überprüfen, über Datenschutzmöglichkeiten und Datenschutzmissbrauch aufklären und ein Datenschutzaudit entwickeln. Ich glaube, eine solche Stiftung könnte hilfreicher sein als manche neuen Gesetze oder Verordnungen. Dennoch muss auch die Gesetzgebung im Auge behalten und gegebenenfalls angepasst werden.

Einige im Tätigkeitsbericht aufgeführte Verstöße zum Teil spektakulärer Art betreffen den Arbeitnehmerdatenschutz. Für mich ist es selbstverständlich, dass Arbeitnehmer am Arbeitsplatz einen Schutz vor Bespitzelung haben müssen. Im vorliegenden Bericht wird deshalb ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz angeregt. Der neue Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP in Berlin sieht vor, in einem eigenen Kapitel des Bundesdatenschutzgesetzes den Arbeitnehmerdatenschutz zu regeln.

Ich denke, dass es Sinn macht, den Arbeitnehmerdatenschutz auf einen rechtlich klaren Boden zu stellen. Dies, meine Damen und Herren, muss aber mit Augenmaß geschehen. Es müssen praxismgerechte Regelungen für Bewerber und Arbeitnehmer geschaffen werden, und gleichzeitig müssen die Arbeitgeber verlässliche Regelungen für den Kampf gegen Korruption an die Hand bekommen.

Mir ist wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass dies in den meisten Betrieben, vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben, auch ohne weitere Gesetze schon sehr, sehr gut funktioniert. Deshalb müssen wir sehr genau aufpassen, dass wir die Datenschutzregelungen nicht überziehen und da-

mit womöglich eine bewährte Unternehmenskultur beschädigen. Die Regelungen müssen auf gegenseitigem Vertrauen und dürfen nicht auf Misstrauen aufgebaut sein. Ich möchte als Arbeitgeber meine Mitarbeiter schon gern noch kennen dürfen, auch mit Namen und mit privater Telefonnummer. Ich hielte es für albern, wenn ich einen Bewerber um eine Stelle erst einmal darüber aufklären müsste, dass er meine Frage nach seiner Telefonnummer eigentlich gar nicht beantworten muss.

Fazit: Arbeitnehmerdatenschutz Ja, aber keine welt- und praxisfernen Überreglementierungen. Ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz müsste nicht nur Juristen und Datenschützern gerecht werden, sondern muss vor allem Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine praktische Hilfe sein. Es sollten keine zusätzlichen bürokratischen Stolpersteine eingerichtet werden.

Meine Damen und Herren, wenn die Regierungsfaktionen nun vorschlagen, den Datenschutz für den öffentlichen Bereich und den für den nicht öffentlichen Bereich künftig beim Landesbeauftragten für den Datenschutz zusammenzuführen, dann tun sie das sicher nicht deshalb, weil das Innenministerium in diesem Bereich bisher nicht gut gearbeitet hätte, ganz im Gegenteil.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Weil die SPD das schon seit Langem fordert!)

Der vorgelegte Bericht zeigt, dass hier in der Vergangenheit sehr gut, sensibel und auch schlagkräftig gearbeitet wurde.

Dennoch wollen wir den Datenschutz beim Landesbeauftragten bündeln und damit organisatorische Synergien heben. Wir wollen eine unabhängige, effektive und schlagkräftige Behörde für die Kontrolle des Datenschutzes im Land installieren. Wir warten nun auf die demnächst erfolgende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Unabhängigkeit des Datenschutzes und wollen daraus dann die notwendigen Schlüsse für eine Umorganisation ziehen.

Für heute bedanke ich mich beim Innenministerium für den sehr guten Bericht und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich darf für die SPD-Landtagsfraktion eine Stellungnahme zum Fünften Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich abgeben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Schön, dass du das für die SPD-Landtagsfraktion machst!)

Ich darf an dieser Stelle auf das hinweisen, was auch schon im Ständigen Ausschuss thematisiert wurde. Wir haben dort schon über verschiedene Aspekte des Themas „Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich“ diskutiert. Es ist eigentlich al-

(Andreas Stoch)

len Fraktionen des Landtags klar, wo hier Defizite bestehen und wo vor allem auch die Gefahren liegen.

Ich habe diesen Tätigkeitsbericht einmal in ausgedruckter Version mitgebracht.

(Der Redner hält ein Exemplar des Tätigkeitsberichts hoch.)

Sie sehen bereits an der Dicke dieses Werks, dass das Innenministerium mit seinen durchaus begrenzten Mitteln in diesem Bereich Erhebliches geleistet hat. Wir haben uns schon im Ständigen Ausschuss für diesen Bericht bedankt. Sie können an seiner Dicke sehen, wie wichtig dieses Themengebiet ist und wie wichtig es auch in Zukunft sein wird. Sie können aber, wenn Sie sich mit diesem Tätigkeitsbericht beschäftigen, auch feststellen, dass dieses viele Papier, das da vollgeschrieben ist, in ganz wesentlichem Umfang eher einer Nacherzählung gleicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist ein guter Vergleich!)

Eine Nacherzählung – erinnern wir uns an den Deutschunterricht zurück – ist ja etwas, bei dem man anfängt, sich einmal ein bisschen schriftlich zu äußern. Wir würden uns eigentlich nicht nur eine Nacherzählung der Probleme wünschen, die wir kennen, sondern viel eher ein Unterbreiten von Lösungsvorschlägen durch das Innenministerium für die Problemfelder, die immer größer werden. Vor allem wären uns Lösungsvorschläge recht, wie wir dem gesetzgeberisch begegnen können. Da sehen wir ganz erhebliche Defizite.

Wir haben hier in dieser Sammlung verschiedene Aspekte gestreift. Ein wesentliches Thema – der Kollege Bopp hat es angesprochen – ist der Arbeitnehmerdatenschutz. Wir erinnern uns an das, was in den vergangenen Wochen und Monaten in der Presse zu lesen war. Das muss einem eigentlich schon Angst machen.

Ein Beispiel: eine Landbäckerei, die 137 Filialen betreibt. Ein Einbrecher wagt es, eine Verkleidung von einer Wand zu reißen, und dummerweise kommt eine Kamera zum Vorschein. Es stellt sich heraus, dass sämtliche dieser 137 Filialen verkabelt und mit Kameras ausgestattet sind. Das zeigt die Dimension, die wir inzwischen erreicht haben. Wir haben außerdem Fälle bei Lidl, wir haben Fälle bei der Deutschen Bahn, wir haben Fälle bei der Telekom, bei denen wir Probleme im Bereich des Datenschutzes haben.

Wenn wir uns das von der Struktur her anschauen – der Datenschutzbeauftragte, der bisher für den Datenschutz im öffentlichen Bereich zuständig ist, und der Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich –, dann sehen wir, dass wir hier immer auch unmittelbar Betroffene haben. Beim Arbeitnehmerdatenschutz ist unmittelbar das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betroffen. Es reicht uns nicht aus, wenn im Koalitionsvertrag steht, dazu werde ein eigenes Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz eingeführt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was habt ihr denn bisher gemacht?)

– Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Herr Kollege – sie ist ja, glaube ich, eine Parteifreundin von Ihnen –, hat dies auch er-

kannt und hat gesagt, man brauche eigentlich mehr, nämlich ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dann wird sie es auch machen! Sie ist erst drei Wochen im Amt! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die hat erst angefangen! Elf Jahre haben Sie die Chance gehabt und nichts gemacht!)

Wir würden uns sehr freuen, wenn sich Frau Leutheusser-Schnarrenberger gegen mögliche Widerstände bei der CDU oder auch bei der FDP/DVP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg durchsetzen könnte und diesen Weg auch gehen würde.

Zahlreiche Arbeitsrechtler sagen: „Wir brauchen hier etwas, bei dem es auch einen Kläger oder einen Beklagten geben kann.“ Wir haben die Struktur der Arbeitsgerichte. Wenn es im Bundesdatenschutzgesetz steht, dann ist das womöglich nicht als Rechtsanspruch formuliert. Das ist ein Thema, das für mich zwingend darauf hinführt, ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz einzuführen. Denn dann haben wir tatsächlich Rechtsschutzmöglichkeiten für die Betroffenen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So steht es im Koalitionsvertrag! – Gegenrufe der Abg. Ursula Haußmann und Claus Schmiedel SPD: Da steht viel drin!)

Das wäre wunderschön, Herr Wetzel.

Was nicht passieren darf – der Kollege Bopp hat es auch angesprochen –, ist, dass diese Zusammenlegung, auf die jetzt endlich auch die CDU gekommen ist,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die FDP ist schon lange dort!)

nämlich zur Effektivierung den Datenschutz im öffentlichen und den im nicht öffentlichen Bereich zusammenzufassen, zum Sparen missbraucht wird. Wir fordern diese Zusammenlegung, seit es den Datenschutzbeauftragten gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die CDU hat lange gebraucht. Sie braucht bei anderen Themen vielleicht ebenfalls noch ein bisschen. Aber es wird klappen, sie wird zur Einsicht kommen. Hier ist sie zur Einsicht gelangt. Es darf aber nicht dazu kommen, dass die Mittel, die bisher für den Datenschutz im öffentlichen und den im nicht öffentlichen Bereich eingesetzt wurden – und zwar unwirtschaftlich in zwei verschiedenen Bereichen –, gekürzt werden. Denn die Aufgaben, die auf uns zukommen, vor allem beim Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich, sind derart groß und vielfältig, dass wir tatsächlich eine schlagkräftige Behörde, einen schlagkräftigen Datenschutzbeauftragten brauchen, der mit den notwendigen Personal- und Sachmitteln ausgestattet ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Stoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Andreas Stoch SPD: Aber ganz selbstverständlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Kluck.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber eine ernsthafte!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Stoch, halten Sie Otto Schily für einen Menschen, dem man den Datenschutz gern anvertraute?

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Kollege Kluck, ich kenne Otto Schily nicht persönlich. Aber ich glaube, er hätte sich, wenn er heute hier säße, meinen Argumenten angeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gute Antwort!)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich darf zum Schluss kommen. Wie gesagt – das ist der wichtige Punkt –, diese Zusammenlegung, die die CDU jetzt ebenfalls befürwortet, darf nicht dazu führen, dass wir dieses wichtige Rechtsgebiet, den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich, schwächen. Wir müssen ihn vielmehr stärken. Wir müssen dem Datenschutzbeauftragten, der heute auch hier ist, die notwendigen Mittel an die Hand geben, damit er seiner Aufgabe gerecht werden kann.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Kollege Kluck, das war ein Eigentor!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heutige Tagesordnungspunkt ist auch ein Punkt, an dem man die Fähigkeit eines Ministers, hinzuzulernen, erkennen kann. – Er ist auch stolz darauf; deshalb freuen wir uns auch.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir auch!)

Wenn man sich die Debatte und die Argumente der letzten Jahre vor Augen geführt hat, dachte man, das wird eine unendliche Geschichte. Beispielsweise wurden verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Zusammenlegung ins Feld geführt. Immer wieder wurden die unterschiedlichsten Argumente angeführt, nur um das Ganze hinauszuzögern. Jetzt ist man bei dem angekommen, was die Opposition seit vielen Jahren vertritt, dass nämlich diese Zusammenlegung richtig und wichtig ist. Ich zitiere den Minister aus der Plenarsitzung vom 4. November 2009:

Die Zusammenlegung wird aber sicherlich Synergien bringen.

Herr Minister, willkommen im Klub! Wir freuen uns, dass dies jetzt endlich auch in Ihrem Ministerium angekommen ist. Es hätte schneller gehen können. Vielleicht wäre manches verhindert worden, wenn wir das früher gemacht hätten.

Das Nächste ist allerdings: Es reicht nicht, diese beiden Behörden zusammenzulegen, Herr Minister. Die Haushaltsbera-

tungen stehen an. Bei dieser Gelegenheit erwarten wir von den Regierungsfractionen, vom Innenministerium und vom Finanzministerium, dass die erforderlichen Stellen ausgewiesen werden. Denn die von Ihnen angesprochenen Synergieeffekte werden nur dann Realität werden, wenn die Behörde mit den entsprechenden Stellen ausgestattet ist.

Dann stellt sich natürlich die Frage: Wo wird die Datenschutzaufsicht angesiedelt sein? Wir halten das Modell von Schleswig-Holstein mit einem unabhängigen Datenschutzzentrum noch immer für das große Vorbild in Deutschland. Wenn wir hier schon eine neue Behörde schaffen, sollten wir uns an den Besten orientieren und nicht wieder halbherzige Dinge machen.

(Beifall bei den Grünen)

Kollege Stoch von der SPD hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es dringend notwendig ist, ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Denken Sie nur an die ganzen Skandale, die es in den letzten Monaten gab: etwa bei Daimler oder bei Sehne. Letzteres hatten Sie, Herr Stoch, angesprochen.

Jetzt habe ich gelesen, Herr Minister, dass auf Ihrem Parteitag nicht nur zu dem vorhin diskutierten, sondern auch zu diesem Fall ein entsprechender Beschluss gefasst wurde. Ich weiß nicht, wie Sie es planen. Soll der Beschluss 1 : 1, 1 : 2 oder 1 : 3 umgesetzt werden? Ich möchte Sie bitten, auch Stellung dazu zu nehmen, ob Sie sich dem Votum Ihres Parteitags anschließen, ob Sie sich dafür einsetzen, dass es einen entsprechenden Arbeitnehmerdatenschutz geben wird.

Herr Kollege Bopp, es ist sicherlich richtig – da finden Sie uns völlig auf Ihrer Seite –, dass die Menschen nicht nur verlangen können, dass der Staat für den Datenschutz sorgt, sondern dass die Menschen anfangen müssen, mit ihren eigenen Daten wesentlich sensibler umzugehen.

Sie haben Gewinnspiele angesprochen. Ich weiß von Mitarbeitern des Innenministeriums, dass speziell auch Gewinnspiele der EnBW datenschutzrechtlich sehr fragwürdig waren. Man musste Daten angeben, die mit diesem Gewinnspiel überhaupt nichts zu tun hatten. Es ging nur darum, Daten zu sammeln

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist meist der Sinn!)

und Erkenntnisse über die Kunden der EnBW zu erlangen. Das ist natürlich nicht der eigentliche Sinn eines Gewinnspiels. Vielleicht ist er das für die Unternehmen. Aber da müssen wir eingreifen.

Als Nächstes möchte ich in diesem Zusammenhang ansprechen, dass viele Menschen wegen ein paar Punkten, die sie bekommen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein paar was?)

– ein paar Punkte, z. B. bei Payback –, praktisch lückenlos preisgeben, wo und was sie einkaufen. Das ist ein völlig unsensibler Umgang mit Daten. Die Leute sind aufgefordert, sich zu überlegen, ob sie einen solchen Blödsinn eigentlich noch weiter mitmachen wollen.

(Jürgen Walter)

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller
GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Sie müssen ja nicht mitmachen, Herr Walter!)

– Nein, wir müssen nicht mitmachen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aufklärung!)

Wir sind aufgefordert, auch hier aufzuklären, die Menschen zu sensibilisieren.

Vor Kurzem wurde der Begriff „Entblößungsgesellschaft“ kreiert. Die Leute geben alles preis. Sie gehen ins SchülerVZ, StudiVZ oder Facebook und geben dort Daten preis.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nicht nur Daten!)

– Ja, natürlich, Herr Kollege Kluck. – Man muss sich fragen, ob das der richtige Weg ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Wie können wir diese Menschen schützen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die muss man schützen!)

Was kann der Gesetzgeber tun, damit sensible Daten besser geschützt werden?

Das heißt: Wir haben eine doppelte Aufgabe, Herr Minister. Wir müssen einerseits auf den sensiblen Umgang mit Daten hinweisen, aber der Staat muss auch ein gutes Vorbild sein. Wir brauchen eine gute Behörde, die entsprechend mit Stellen ausgestattet ist. Es hilft uns nicht weiter, wenn wir immer nachhecheln. Der Begriff „Nacherzählung“ des Kollegen Stoch war zutreffend. Sie können immer nur reagieren, aber Sie können nicht agieren. Das heißt, die Behörde ist mit ihrer bisherigen Ausstattung nicht in der Lage, Stichproben zu nehmen und dann herauszufinden, wie in den Betrieben oder auch bei den Kommunen mit dem Datenschutz umgegangen wird. Das müssen wir zukünftig ändern.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Stoch
SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst danke ich dem Herrn Innenminister und seinen Mitarbeitern für den sehr ausführlichen, überzeugenden und ungeschminkten Bericht. Der Bericht macht deutlich, dass es zahlreiche Defizite auf dem Gebiet des Datenschutzes im nicht öffentlichen Bereich gibt.

Umso mehr begrüße ich ausdrücklich, dass jetzt eine langjährige Forderung der FDP umgesetzt wird, nämlich: Der Datenschutz im öffentlichen und der im nicht öffentlichen Bereich werden zusammengeführt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Damit setzt Baden-Württemberg eine Richtlinie des Europäischen Parlaments im europäischen Raum um.

Der Bericht macht aber auch deutlich, dass der Arbeitnehmerdatenschutz – das wurde schon erwähnt – dringend gestärkt werden muss. Hier, meine Damen und Herren, darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Koalitionsverhandlungen in Berlin Erfreuliches ergeben haben. Nach dem Vorbild der Stiftung Warentest wird die Stiftung Datenschutz neu eingeführt. Danach sollen die Produkte und Dienstleistungen auf ihre Datenschutzfreundlichkeit überprüft werden. Das ist meines Erachtens ein sehr wichtiger Beitrag, damit der Selbstschutz auch tatsächlich ausgeübt werden kann und nicht nur auf dem Papier steht.

Es wird auch eine generelle Reform des Datenschutzes geben. Der Arbeitnehmerdatenschutz soll in ein eigenes Gesetz eingebracht werden. Hier wird dann die besondere Situation des Arbeitsverhältnisses gebührend berücksichtigt werden. Wir müssen meines Erachtens exakt regeln, welche Daten der Arbeitgeber abfragen und gegebenenfalls auch speichern darf. Den Arbeitnehmern werden dadurch insgesamt mehr Rechte eingeräumt. Diese wichtigen Punkte können dann auch als Grundlage für ein Datenschutzgesetz dienen.

Wichtiger Ansatz und Knackpunkt dieser Novelle sollte aber das Erfordernis der Einwilligung der Menschen in die Datenspeicherung sein. Meines Erachtens müssen wir bei jeder Speicherung zunächst fragen: Ist der Mensch damit einverstanden, dass die Daten gespeichert werden? Es darf nicht einfach ein wildes Datensammeln geben, egal, von welcher Stelle. Wir müssen dafür sorgen, dass die Betroffenen die Möglichkeit haben, einzuwilligen oder nicht.

Meine Damen und Herren, erforderlich ist meines Erachtens auch, dass ich überall abfragen kann, woher das entsprechende Unternehmen meine Daten hat. Derjenige, der Daten sammelt, muss mir Antwort geben können, woher er die Daten hat und warum er sie tatsächlich sammelt. Erst das ist effektiver Datenschutz.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das verstehe ich nicht! Jeder gibt alles von sich preis!)

Es darf einfach nicht sein, dass Private ohne mein Einverständnis Daten sammeln und mit diesen unerlaubt gesammelten Daten Handel treiben. Mit den Daten anderer Menschen müssen wir besonders behutsam umgehen. Es darf nicht sein, dass Versicherungen oder Banken mit meinen Daten einen schwunghaften Handel treiben, ohne dass ich das weiß.

Ein besonderes Problem dürfte auch Google Earth sein. Dürfen wir privaten Firmen einfach erlauben, mein Haus zu fotografieren, ganze Straßenzüge zu filmen und dann per Zufall Passanten aufzunehmen, die davon gar nichts wissen? Dürfen wir das zulassen? Ich denke, damit müssen wir uns intensiv beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Richtig, Herr Kollege! Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann muss man sich in der Öffentlichkeit verummnen!)

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

Ein positives Beispiel ist im Übrigen die Gemeinde Molfsee bei Kiel, die Google untersagt hat, ihre Gemeinde insgesamt aufzunehmen. Ich denke, dass man dieser Sache eher nachgehen sollte. Das ist dann effektiver Datenschutz. Ich glaube, dass es zumindest vorher der Einwilligung eines jeden Eigentümers bedarf, ob sein Haus gefilmt werden darf oder nicht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Nicht erfreut war ich allerdings – das muss ich auch noch sagen –, Herr Innenminister, über die Ausführungen zum Datenschutz bei Rechtsanwälten, und zwar insbesondere dann, wenn sie auf dem Gebiet der Forderungsbeitreibung tätig sind. Ich erinnere daran: Die Rechtsanwälte sind zwar freiberuflich tätig, aber sie sind – so steht es im Gesetz – ein Organ der Rechtspflege. Auch wenn sie Forderungen eintreiben, sind sie ein Organ der Rechtspflege und können nicht einfach mit einem Inkassounternehmen gleichgesetzt oder verglichen werden. Ich denke, da müssen wir einfach Ausnahmen machen.

Aus liberaler Sicht muss die Bedeutung des Datenschutzes in der Bevölkerung deutlicher gemacht werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn die datenschutzrechtlichen Fragestellungen thematisiert werden – meines Erachtens bereits in der Schule.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Schülerinnen und Schüler müssen z. B. wissen, welche Konsequenzen ein Eintrag im SchülerVZ hat und was damit gemacht werden kann. Wir haben neulich aus einer Pressemitteilung erfahren, dass mit einem solchen Eintrag böses Schindluder getrieben werden kann. Darüber müssen wir unsere jungen Menschen aufklären.

Wir Liberale wollen ein modernes, leicht verständliches, technikfestes und übersichtliches Datenschutzrecht, das den Anforderungen in unserer digitalen Welt gerecht wird.

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eine Meldung von den Grünen zum Thema „Datenschutz in digitalisierter und überwachter Form“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu den Grünen: Hört!)

Kollege Wölfle hat am 5. November dieses Jahres

(Zuruf des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

ein Interview im „Deutschlandfunk“ gegeben. Ich zitiere wörtlich aus seinen Ausführungen zum Thema Maut:

Wer viel fährt, zahlt viel. Das geht heutzutage technisch viel einfacher als bei der Lkw-Maut. Jeder von uns hat ein Handy in der Tasche, und die meisten Leute haben ein Navigationsgerät.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Selbst schuld!)

Diese beiden Geräte miteinander gekoppelt, und man hat ein modernes, nutzungsabhängiges Mautsystem eingeführt.

– Datenschutz ade!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Außen hui und innen pfui!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Rech das Wort.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Da lacht der Innenminister!)

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal macht dieser Fünfte Tätigkeitsbericht zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich, den wir vorgelegt haben, deutlich, dass die beiden letzten Jahre für den Datenschutz in der Tat sehr turbulente Jahre waren. Insofern begrüße ich es ausdrücklich, Herr Kollege Stoch, dass in diesem Datenschutzbericht offen die Themen angesprochen und die Probleme dargelegt werden, dass auch die Bigpoints schonungslos dargelegt werden und gesagt wird, was daraus zu folgern ist.

Herr Kollege Walter, die Zusammenlegung der Aufsicht über den Datenschutz im öffentlichen und im nicht öffentlichen Bereich allein wird gewisse Synergien bringen; dazu stehe ich nach wie vor. Aber es muss halt mehr dazukommen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, sagen wir ja!)

Es muss auch die Sensibilität der Bürger hinzukommen. Es muss das Bewusstsein in der Frage, was wir tagtäglich mit unseren persönlichen Daten machen, hinzukommen. Sie haben von einer „Bloßlegungsgesellschaft“ gesprochen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Entblößung!)

– „Entblößungsgesellschaft“, okay. – Da sage ich voller Verzweiflung – eigentlich ist es eine lapidare Erkenntnis –: Den Menschen vor sich selbst zu schützen war schon immer schwierig. Ich habe auch in anderem Zusammenhang schon immer gesagt: Gesetze und Verbote haben Menschen noch nie anders gemacht, als sie sind.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist wichtig!)

Deshalb dürfen wir unsere Hoffnung nicht auf die Staatsgewalt, nicht auf ein zentralistisches Denken und nicht allein auf die Behörde setzen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein!)

Ich will noch einmal eines sagen: In immer – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir setzen nie allein auf die Landesregierung!)

– Da sage ich allerdings: Sie könnten unbesehen, mit verbundenen Augen, bedenkenlos 24 Stunden am Tag auf diese Landesregierung setzen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Das hält mein Herz nicht aus!)

Ich verspreche es Ihnen. Sie leben ja auch ganz gut und schlafen ruhig. Ich weiß das.

(Minister Heribert Rech)

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Peter Hofelich SPD: Im Paradies vielleicht, aber nicht hier auf Erden!)

In immer kürzeren Zeitabständen – das will ich durchaus sagen – berichten die Medien über sogenannte Datenschutzaffären. Jetzt will ich mir die Bezeichnung „Affäre“ nicht zu eigen machen, weil sich der Sachverhalt in der Realität manchmal doch etwas anders darstellt als in den Presseberichten. Aber wir müssen feststellen, dass sich die Fälle von Missbrauch personenbezogener Daten häufen; auf jeden Fall kam es zu erheblichen Datenschutzverstößen, auch bei uns im Land.

Einer dieser Fälle ist hier angesprochen worden: die geheime Überwachung von Mitarbeitern eines Discounters durch den Einsatz von Detektiven und Videotechnik. Dies wird im Tätigkeitsbericht ausführlich dargestellt. Ich will dazu nur sagen: Unter Federführung von Baden-Württemberg haben damals zwölf Datenschutzaufsichtsbehörden fast ein halbes Jahr lang ermittelt und am Ende gegen die verschiedenen Gesellschaften des Discounters Bußgelder in Höhe von immerhin 1,5 Millionen € verhängt. Das einzig Erfreuliche an diesem Fall war, dass er bei dem Unternehmen zu einem Umdenkungsprozess geführt hat. Der Fall wurde untersucht, und die Verfahren wurden, begleitet durch die Aufsichtsbehörde, optimiert. Alle datenschutzrechtlich relevanten Verfahren und das neue Konzept für den Einsatz von Videotechnik und von Detektiven können bundesweit durchaus als vorbildlich angesehen werden – wenn sie denn so in die Praxis umgesetzt werden.

Ein weiteres Thema, das für Schlagzeilen gesorgt hat und das die Aufsichtsbehörde mehrfach beschäftigt hat und noch immer beschäftigt, betrifft die Frage, ob bzw. inwieweit Unternehmen im Rahmen von Krankheitsrückkehrgesprächen Gesundheitsdaten der Mitarbeiter erheben, speichern und an runden Tischen mit vielen Gesprächsteilnehmern erörtern dürfen. Neuerdings wurde die Frage an die Aufsichtsbehörde herangetragen, ob sich Stellenbewerber Eignungsuntersuchungen ihres potenziellen künftigen Arbeitgebers unterziehen müssen, zu welchem Zeitpunkt dies geschehen darf und woraufhin untersucht werden darf.

Die Befassung mit diesen und anderen Fragen des Arbeitnehmerdatenschutzes, die diesmal einen Schwerpunkt der Arbeit der Aufsichtsbehörde darstellen, macht eines deutlich: Die Rechtslage ist nicht eindeutig, und Verstöße sind häufig nur schwer feststellbar. Ich appelliere deshalb aufgrund der gewonnenen Erfahrungen an alle Unternehmen, ihre Verfahrensweisen in diesem Bereich zu überprüfen und die durch das Datenschutzrecht gesetzten Grenzen zu beachten.

Herr Kollege Stoch, die neue Bundesregierung – aber erst diese – hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestags den Arbeitnehmerdatenschutz in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz auszugestalten. Der Tätigkeitsbericht enthält hierfür eine Themensammlung, und diese ist sehr zukunftsweisend.

Ich trete also nachdrücklich dem Vorwurf entgegen, es handle sich hierbei um Nacherzählungen. Das ist schon sehr weit in die Zukunft gerichtet.

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit der Aufsichtsbehörde – natürlich bedingt durch die sogenannte Kontenaffäre im August vergangenen Jahres und durch besonders zahlreiche Beschwerden von Bürgern in diesem Bereich – bezog sich auf den Bereich Werbung und Lotterien. Es wurde hier zu Recht schon angesprochen: Die Aufsichtsbehörde hat eine Vielzahl von Verstößen festgestellt und bei manchen Unternehmen zudem den Eindruck gehabt, dass sie solche Verstöße als lässliches Vergehen ansehen.

Glücklicherweise hat die Aufsichtsbehörde keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass Unternehmen, insbesondere Lottereeinnehmer der Süddeutschen Klassenlotterie, in die Kontenaffäre verwickelt gewesen wären. Dafür gibt es keine Anhaltspunkte. Dennoch hat die Aufsichtsbehörde gegenüber der Süddeutschen Klassenlotterie angeregt, Lottereeinnehmern Vorgaben zu machen, die den Datenschutz gewährleisten sollen. Die Süddeutsche Klassenlotterie hat diese Vorschläge inzwischen aufgegriffen.

Auch der Bundesgesetzgeber hat auf die sogenannte Kontodatenaffäre reagiert und die für den Wettbewerb geltenden Datenschutzvorschriften neu gefasst. Bei dieser Gelegenheit hat er noch einige andere wichtige Verbesserungen – teilweise auf Antrag von Baden-Württemberg – herbeigeführt.

Ich sage es noch einmal: Es wäre ein Irrglaube, anzunehmen, dass sich dadurch der Missbrauch von Daten verhindern ließe. Ein Missbrauch ist auch bei noch so strengen Vorschriften möglich.

Zunehmende Bedeutung für das Wirtschaftsleben hat die Erteilung von Auskünften zur Zahlungsfähigkeit von Bürgern und zu deren sogenannten Scorewerten durch Auskunfteien. Allein in Baden-Württemberg – auf diese Zahl möchte ich hinweisen – erteilt eine hier ansässige Auskunftei pro Jahr rund 80 Millionen derartiger Auskünfte. Deswegen begrüße ich, dass es endlich klare Regelungen für die Meldung säumiger Schuldner durch Auskunfteien geben wird.

Dem Bürger wird ein Rechtsanspruch eingeräumt, seinen Scorewert und dessen Zustandekommen zu erfahren. Ich hoffe sehr, dass die Unternehmen den Auskunftsanspruch nach Sinn und Zweck der Regelung auch erfüllen.

Es gibt immer wieder viele Beschwerden, die sich auf die Videoüberwachung von Bürgern durch Private beziehen. Da muss man jeden Fall für sich beurteilen. Man wird beispielsweise die Überwachung öffentlicher Verkehrsmittel heute in vielen Fällen leider als notwendig ansehen müssen. Videoüberwachung in Gaststätten oder im nachbarlichen Verhältnis allerdings darf nach wie vor nur mit großer Zurückhaltung angegangen werden. Keinesfalls darf es da zu einem flächendeckenden Videoeinsatz kommen.

Viele Datenschutzprobleme werden auch durch das Internet aufgeworfen. Ich will das nur anhand einiger Fragen verdeutlichen: Muss ein Hausbesitzer oder ein Hausbewohner hinnehmen, dass Aufnahmen der Fassade seines Hauses oder seiner Wohnung von jedermann im Internet abgerufen werden können? Viele Betroffene – auch ich; das will ich unverhohlen sagen – befürchten, dass sich Kriminelle auf diese Weise wichtige Informationen beschaffen könnten. Mir ist bei diesem Gedanken einfach unwohl.

(Minister Heribert Rech)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wie meine Hausfassade aussieht, kann ein Spaziergänger oder sonst jemand beurteilen. Aber das sollte nicht über das Internet weltweit möglich sein.

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde hat mit Unterstützung der anderen Behörden gegenüber dem Anbieter eines solchen Internetdienstes – Sie wissen, wen ich meine – letztlich wenigstens durchgesetzt, dass die Gesichter und die Kraftfahrzeugkennzeichen verpixelt werden und der Betroffene außerdem der Veröffentlichung von Aufnahmen der eigenen Hausfassade widersprechen kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Innenminister Heribert Rech: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ein Kollege hat vorhin gesagt, eine Gemeinde habe versucht, solche Dinge zu unterbinden. Ist das rechtlich überhaupt zulässig? Mich interessiert als Gemeinderat, ob so etwas überhaupt möglich und zulässig ist.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eine Gemeinde aus Schleswig-Holstein in der Nähe von Kiel hat das gemacht! – Zuruf: Molfsee!)

Eine Gemeinde hat das für ihr Gemeindegebiet verboten.

Innenminister Heribert Rech: Ja, aber diese Frage ist rechtlich noch nicht abschließend beurteilt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ich habe es im „Focus“ gelesen!)

Ich habe Verständnis dafür, dass eine Gemeinde versucht, dies für ihre Bürger in toto durchzusetzen, damit sich nicht jeder individuell wehren muss. Aber das ist meines Wissens rechtlich noch nicht abschließend geklärt. Aber ich prüfe das gern, Herr Kollege, und gebe Ihnen dann gesondert Nachricht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Okay!)

Übrigens ist in diesem Zusammenhang die Zulässigkeit von sogenannten Bewertungsportalen ebenfalls noch nicht abschließend geklärt. Müssen also beispielsweise Lehrer oder Hochschulprofessoren hinnehmen, dass sie von Schülern bzw. von Studierenden anonym und tatsächlich für jeden nachlesbar im Internet bewertet werden? Die Bewertung ist auch eine solche Frage. Der Bundesgerichtshof hat diese Fragen in einem Einzelfall bejaht, während die Datenschutzaufsichtsbehörden solchen Bewertungsportalen sehr kritisch gegenüberstehen.

Deswegen ist zu begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden wird, ob in solchen Fällen das Recht

der Bewertenden auf freie Meinungsäußerung oder das Recht der Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung höher zu bewerten ist. Diese Frage muss entschieden werden.

Ich sehe aber mit großer Sorge – ich sage es noch einmal –, dass viele, vor allem auch junge Menschen, ihre persönlichen Daten im Internet preisgeben,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

ohne an die damit verbundenen Gefahren zu denken. Es liegt auch nicht allein beim Staat, sondern auch

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: An den Eltern!)

bei den Eltern, den Schulen und wem auch immer, die jungen Menschen darüber aufzuklären.

Da sind zum einen die sogenannten sozialen Netzwerke oder auch Mitmachnetze, für die die Datenschutzbehörden schon seit Längerem eine datenschutzkonforme Ausgestaltung fordern. Wie berechtigt diese Forderung ist, macht das gerade jetzt erfolgte sogenannte Absaugen von mehreren Hunderttausend Datensätzen aus einem solchen sozialen Netzwerk deutlich.

Dann gibt es noch die personenbezogenen Informationen, insbesondere die Fotos, die viele Bürger freiwillig und ungesichert den anderen Internetnutzern zugänglich machen. Wenn solche Fotos erst einmal im Netz sind, sind sie nicht so einfach wieder vollständig zu beseitigen. Das wissen wir. Die können zigfach kopiert sein und sich an anderer Stelle im Internet wiederfinden. Solche Veröffentlichungen können unter Umständen auf Jahre hinaus Stellenbewerbungen erschweren, weil sie auch von Personalchefs gelesen werden. Es tut also jeder gut daran, bei der Preisgabe seiner Daten vorsichtig und zurückhaltend zu sein.

Ich habe nur einige Aspekte des Fünften Tätigkeitsberichts herausgegriffen und möchte zum Schluss kommen. Zur Versicherungs- und zur Kreditwirtschaft, zu Handel und Verkehr, zur Wohnungswirtschaft und zum Gesundheitsbereich gibt es im Bericht vieles, was sich nachzulesen lohnt. Festzustellen ist, dass die Zahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern im Berichtszeitraum um 35 % gestiegen ist. Das ist auf der einen Seite erfreulich, weil es eine zunehmende Sensibilisierung vieler Bürgerinnen und Bürgern für Fragen des Datenschutzes erkennen lässt. Auf der anderen Seite macht es aber deutlich, dass beim Datenschutz im privaten Bereich vieles zu verbessern ist. Denn die meisten dieser Beschwerden sind nun einmal begründet.

Wir werden darüber noch vertieft beraten. Ich möchte im Sinne der Zeitökonomie jetzt auf weitere Ausführungen verzichten. Wir werden sicherlich mit einer gemeinsamen Zielsetzung noch viel Weiterführendes zum Thema Datenschutz zu besprechen haben. Aber wir müssen schauen, dass wir die Bürger dabei mitnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir werden das zur Kenntnis nehmen. Wenn die Fraktionen keine zusätzliche Redezeit wollen – ich gehe davon aus, dass Sie keine wünschen; das Recht, zusätzliche Redezeit zu verlangen, hätten Sie –, nimmt der Landtag entsprechend der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses von dieser Vorlage Kenntnis. – Danke.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe – Drucksache 14/5277

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/5464

Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pauli das Wort.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt der Spezialist!)

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion wird dem Gesetz zu diesem Staatsvertrag zustimmen. Wir begrüßen auch die Verpflichtungen aus dem Fakultativprotokoll.

Entsprechend den Vorgaben des Zusatzprotokolls sieht dieser Staatsvertrag vor, dass eine Kommission freiheitsentziehende Einrichtungen, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen, wie z. B. Justiz- und Maßregelvollzug, Polizeigewahrsam, geschlossene psychiatrische Stationen, aufsucht, auf eventuelle Missstände aufmerksam macht und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge einreicht.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass dies bei uns in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich nicht notwendig wäre. Wir haben großes Vertrauen in unsere Staatsorgane. Wir haben großes Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen, die in diesen sensiblen Bereichen Dienst tun. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist nicht grundsätzlich schlecht, und Kontrolle ist durchaus auch hilfreich.

Deswegen gilt mein Dank der Landesregierung,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Unermüdlich!)

die gemeinsam mit den Regierungen der anderen Bundesländer eine sehr pragmatische und sicher auch unbürokratische Umsetzung dieses Staatsvertrags vorsieht. Hierzu herzlichen Glückwunsch der Landesregierung und Ihnen, Herr Minister Professor Dr. Goll.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das war's?)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stickelberger das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stickelberger braucht noch weniger Zeit!)

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf ebenfalls zustimmen. Die Bundesrepublik Deutschland kommt ihrer internationalen Verpflichtung nach. Sie hat diesem Protokoll zugestimmt. Mit diesem Gesetz setzen wir das in innerstaatliches Recht um.

Folter ist zu ächten. Das ist richtig. Wir stehen dazu und unterstützen alle Bestrebungen, damit Missstände aufgedeckt werden und Abhilfe geschaffen wird. Dem soll auch die ins Leben gerufene Kommission dienen.

Wir glauben, dass man ein Instrumentarium geschaffen hat, das überschaubar ist und das im Zusammenwirken von Bund und Ländern funktionieren wird. Wir glauben auch, dass sich die Kosten in einem überschaubaren Rahmen halten. Wir halten das insgesamt für eine sinnvolle Maßnahme. Ich muss dem Kollegen Pauli recht geben: Wir haben in Deutschland gute Gesetze, die den Strafvollzug und die Haftbedingungen regeln. Wir haben qualifiziertes Personal, das kontrolliert. Wir haben schließlich die Politik, die auch kontrolliert, nicht zuletzt durch die Strafvollzugsbeauftragten in unserem Bundesland.

Wir können also davon ausgehen, dass dieses Protokoll in seiner innerstaatlichen Umsetzung gerade in Deutschland vielleicht nicht die praktische Bedeutung erlangen wird, die für andere Länder auf dieser Erde unbedingt notwendig ist.

Die SPD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir werden diesem Gesetzentwurf zum Staatsvertrag zustimmen. Es ist, meine ich, eine Selbstverständlichkeit für ein Landesparlament, einer Zusatzvereinbarung zu einer Antifolterkonvention der Vereinten Nationen zuzustimmen. Das Regelwerk ist schlank und daher, glaube ich, in seiner Form auch angebracht.

Herr Justizminister, wir werden sicherlich in Bälde evaluieren, ob die mit der Umsetzung betraute vierköpfige Kommission angemessen finanziert und personell auskömmlich ausgestattet sein wird, ob die Kompetenzen richtig verteilt sind und ob die Regelungen zum Vorschlagsrecht ausreichend sind, ob die Vorschläge, die gemacht werden, also tatsächlich aufgegriffen werden können. Ich glaube schon, dass das ein Themenbereich ist, bei dem eine nähere Betrachtung lohnend wäre.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Sicherlich: Wir leben in einem Rechtsstaat; das ist überhaupt keine Frage. Wenn man mit einem derartigen Staatsvertrag zur Umsetzung eines nationalen Präventionsmechanismus gegen Folter und grausame Behandlung von Menschen in Hafteinrichtungen oder in geschlossenen psychiatrischen Anstalten konfrontiert wird, fragt man sich, wieso das auch bei uns, im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland, nötig ist. Wir hoffen und gehen davon aus, dass die Kommission nicht allzu viel zu tun haben wird.

Wir haben jedoch Fälle – Herr Minister, das wissen Sie – auch im Bundesland Baden-Württemberg. Wir hatten in diesem Jahr einen schlimmen Fall von Misshandlung in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall. Dort ging es nicht um ein Versagen von Bediensteten; das ist nicht das Thema. Ein Thema ist jedoch die zunehmende Gewalt, die sich auch in diesem Bereich zeigt: Misshandlung von Gefangenen durch andere, Ausnutzen von Lücken, Ausnutzen von Regelungen über die Freizeitgestaltung und Klagen von Vollzugsbediensteten über die mangelnde Personalausstattung. Ich glaube, das ist ein ernstes Thema; denn wir hatten in der Bundesrepublik Deutschland auch in anderen Bundesländern in den letzten zwei Jahren mehrere solcher Fälle – Fälle, die höchst bedauerlich sind, bei denen Menschen Grausames widerfahren ist. Wir müssen uns das Thema also mit wachen Augen anschauen, und die Kommission sollte auch Vorschläge machen, wenn sie dies für angezeigt hält.

Im Übrigen vertrauen wir auf unseren Rechtsstaat und hoffen, dass die Kommission möglichst wenig Beanstandungen vorbringen wird.

Mit diesen Bemerkungen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Wetzel für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Auch die FDP/DVP-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Wenn man sich mit der Materie befasst, fragt man sich natürlich zunächst einmal: Ist das alles überhaupt notwendig? Brauchen wir die Einrichtung eines nationalen Präventionsmechanismus? Ist das nötig? Schließlich enthalten Artikel 5 der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention ausdrücklich ein Folterverbot. Im innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik Deutschland ist ein Folterverbot in Artikel 1 und in Artikel 104 des Grundgesetzes ausdrücklich geregelt. Man fragt sich also, wozu es noch eine solche Einrichtung geben soll.

Dennoch begrüßen meine Fraktion und ich diese sinnvolle Einrichtung. Denn auch wir in Deutschland sind – das muss man leider sagen – nicht frei von Schuld. Die Bundesrepublik, so ist zu lesen, wurde in der Vergangenheit vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mehrfach wegen Verstößen

gegen die UN-Antifolterkonvention verurteilt. Im Fall Vera Stein wurde der Klägerin ein Schadensersatz von 75 000 € zugesprochen. Im Jahr 2002 – wir können uns alle noch daran erinnern – erregte der Fall Daschner in Frankfurt die Gemüter. Der Jurastudent Magnus Gäfgen entführte den Bankierssohn Jakob von Metzler, erstickte ihn und versteckte die Leiche. Später ging es dann darum, ob seine Aussage im Rahmen der Vernehmung hatte erpresst werden sollen oder nicht. Letztlich wurden der ehemalige Polizeipräsident von Frankfurt und ein weiterer Beamter wegen Aussageerpressung verurteilt. Das ist natürlich die Vorstufe zur Folter.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wie notwendig eine solche Einrichtung ist.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Dann wurde 2004 bekannt, dass während der Grundausbildung bei der Bundeswehr in Coesfeld Rekruten bei nachgestellten Geiselnahmen gefoltert wurden, indem man sie fesselte und mit Wasser bespritzte. Ferner seien die Soldaten mit Elektroschockgeräten und durch Schläge in den Nacken misshandelt worden.

Also, auch auf unserem deutschen Boden war Folter möglich. Wir wollen durch diese Einrichtung erreichen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen. Zielsetzung der Einrichtung dieses Präventivorgans ist die Verbesserung des präventiven Schutzes vor Folter oder erniedrigender Behandlung. Folter ist in jeder Form abzulehnen, da sie gegen die Menschenwürde verstößt und mit dem Rechtsstaat nicht zu vereinbaren ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Professor Dr. Goll.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ausgangspunkt für das Gesetz ist das 1984 geschlossene Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Das ist in Deutschland 1990 in Kraft getreten. Im Dezember 2002 gab es das mehrfach zitierte Zusatzprotokoll, das u. a. die Einrichtung unabhängiger nationaler Gremien, sogenannter nationaler Präventionsmechanismen, vorsieht. Im Wesentlichen geht es um regelmäßige Besuche in freiheitsentziehenden Einrichtungen; das sind – sie sind schon genannt worden – beispielsweise Einrichtungen des Justizvollzugs, die Psychiatrie, der Polizeigewahrsam sowie auch Pflege- und Altenheime.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Fakultativprotokoll unterzeichnet und dann später auch ein Bundesgesetz beschlossen. Die Bundesrepublik hat sich damit verpflichtet, ein unabhängiges nationales Kontrollorgan zu schaffen.

Dann hat man über die Form geredet, wie man das am vernünftigsten macht. Denn in der Bundesrepublik Deutschland fallen die meisten dieser Einrichtungen in Länderzuständigkeit. Es wäre sicherlich kein sinnvolles Vorgehen gewesen, jetzt 16 Landeseinrichtungen und dazu noch eine vom Bund

(Minister Dr. Ulrich Goll)

zu schaffen. Deswegen hat man sich entschlossen, hier gemeinsame Sache zu machen. Dies geschah übrigens durchaus vor dem Hintergrund, dass man Folgendes sehen muss: Bei uns sind gerade in diesen Einrichtungen sehr viele Kontrollmöglichkeiten vorhanden. Vorhin wurde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte genannt, mit dem wir gelegentlich Kontakt haben. Wenn man dort ist, sieht man die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, für die dieser Gerichtshof zuständig ist. Da darf ich natürlich jedem klar zurufen: Da sind sicherlich nicht wir das Problem, sondern wir haben sehr gut ausgebaute Mechanismen in all diesen Bereichen, die ich vorhin genannt habe, vom Vollzug bis zu den Altenheimen.

Auf der anderen Seite wäre es aber natürlich auch ein ganz schlechtes Beispiel, wenn wir da nicht mitmachten, ein schlechtes Beispiel gerade auch für die, die man erreichen will. Erstens schadet bei uns eine zusätzliche Kontrolle nicht – jedoch haben wir keinen großen Bedarf; man soll es also nicht übertreiben –, aber zweitens – das ist eben das Argument – wäre es umgekehrt sicherlich nicht gut, wenn wir uns an dieser Geschichte nicht beteiligen würden. Vor diesem Hintergrund haben wir die folgende Konstruktion gefunden, die als schlank bezeichnet wird:

Wir schaffen eine Kommission mit vier ehrenamtlich tätigen Persönlichkeiten, grundsätzlich auf vier Jahre von der Justizministerkonferenz zu ernennen, und werden diese Kommission, die auch jährlich einen Bericht erstellt, der den Landesparlamenten zugeleitet wird, bei der schon vorhandenen Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden ansiedeln. Auf diese Art erfüllen wir die Vorschrift redlich – so, wie es sich für unser Land gehört –, ohne wiederum eine Einrichtung zu schaffen, die sehr viel zusätzlichen Aufwand und Kosten verursacht.

Ich darf zum Schluss nur noch die Hoffnung äußern, dass das dann auch funktionieren wird. Andere Länder werden sich nicht mehr auf uns berufen können, wenn sie weitere Kontrollen ablehnen. Aber es ist natürlich eine traurige Tatsache, dass die Länder, die man beim Thema Folter am ehesten im Fokus hat, im Moment nicht im Traum daran denken, ein solches Abkommen zu unterzeichnen. Das ist ein bisschen schade, aber vielleicht können wir den Druck dadurch etwas verstärken, dass die Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg bei der Erfüllung dieses Abkommens künftig klar dabei sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5277.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/5464. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. November 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei – Drucksache 14/3358

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Personalsituation im Vollzugsdienst der Polizei – Drucksache 14/3359

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall für die Fraktion der SPD.

Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen, wer te Kollegen! Zugegebenermaßen sind die beiden vorliegenden Anträge, zumindest nach dem Zeitpunkt der Antragstellung, nicht mehr ganz tauf frisch – das muss man sagen –, aber sie sind aktueller denn je, wie ich jetzt anfügen will. Denn das Thema, mit dem sich diese Anträge befassen, wird in der Landespolizei von Tag zu Tag prekärer. Die Situation derer, die von diesem Thema betroffen sind, wird von Tag zu Tag problematischer.

Die Stichworte dieser Anträge heißen Stellenabbau und Personalsituation im Bereich der Polizei. Meine Damen und

(Reinhold Gall)

Herren, unser neuer Landespolizeipräsident Wolf-Dietrich Hammann forderte anlässlich seiner Amtseinführung meines Erachtens zu Recht – das sage ich gleich dazu –, dass die Polizei im Südwesten – damit hat er seinen Tätigkeitsbereich gemeint, also Baden-Württemberg – mit der Kriminalität auf Augenhöhe bestehen können müsse. Recht hat er!

Aus meiner und unserer Sicht gibt es unterschiedliche Themenfelder, unterschiedliche Parameter, die zu betrachten sind und anhand deren man auch überprüfen kann, ob die Landesregierung – von der sprechen wir da, nicht von der Polizei – in der Vergangenheit dafür gesorgt hat, dass die Polizei diesem Anspruch gerecht werden konnte.

Lassen Sie mich mit der Technik, mit der unsere Polizei ausgestattet ist, beginnen. Da fällt einem dann natürlich sofort ein, dass unsere Polizei nach wie vor mit einer Kommunikationstechnik ausgestattet ist und umgehen muss, die völlig überaltert ist und deren Strukturen überhaupt nicht mehr zeitgemäß sind,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber Sie wissen auch, woran es liegt!)

während sich die Landesregierung über Jahre hinweg, Herr Kollege Blenke, hauptsächlich mit Scharmützeln mit der Bundesebene beschäftigt hat, anstatt ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu forcieren. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen: Den von Ihnen vorgegebenen Zeitplan für eine vollständige und flächendeckende Einführung eines funktionierenden Digitalfunks werden Sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht einhalten können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich dachte, es geht um das Personal!)

Mir fällt beim Stichwort Technik auch das Thema Internet ein. Jeder Ganove nutzt natürlich das Internet, aber nicht jeder unserer Polizeibeamten im Land kann das Internet nutzen, weil die Landesregierung nach wie vor der Auffassung ist, dass nicht jeder Polizeibeamte googeln können müsse – gerade so, als ob die damit spielen würden, statt Recherchen zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man kann die allgemeine Ausstattung der Polizei ansprechen, bei der ich anerkennen will – keine Frage –, dass zumindest in Teilbereichen den Wünschen der Polizei oder, besser gesagt, der Notwendigkeit der Einsatz- und Ersatzmittelbeschaffung Rechnung getragen wurde. Aber wir wissen natürlich – alle, die Polizeidienststellen, Polizeiorganisationen besuchen, wissen das –, dass die gesamte Polizei quer durchs Land über unzureichende Haushaltsmittel klagt und die Haushaltsansätze nur eingehalten werden können, indem auf dringend erforderliche Ersatzmaßnahmen verzichtet wird. Jüngstes Beispiel war das Polizeipräsidium Stuttgart, das an die Öffentlichkeit gegangen ist.

Die Haushaltsansätze können nur eingehalten werden – in diesem Bereich wahrscheinlich nicht einmal dann –, wenn – Beispiele wurden genannt – etwa auf die Ertüchtigung von Telekommunikationsanlagen verzichtet wird oder auch auf den Kauf von Pferden und Hunden, welche sich in der Vergangenheit in vielen Einsatzlagen als wertvolle Helfer der Polizei –

das will ich ausdrücklich dazusagen – bewährt haben. Nicht nur die Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Land werden älter, sondern auch die Pferde und Hunde der Polizei, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und die Minister! – Abg. Thomas Blenke CDU: Auch die Abgeordneten werden älter, Herr Kollege Gall!)

– Ja, hoffentlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von Tag zu Tag! – Abg. Thomas Blenke CDU: Und manche sehen ganz schön alt aus!)

Meine Damen und Herren, der wichtigste Bereich, der Kern ist natürlich die Personalausstattung oder, anders ausgedrückt, die zahlenmäßige Aufstellung gegenüber denen, die sich nicht rechtskonform verhalten oder gar kriminell sind. Auch dies hat etwas mit Augenhöhe zu tun: die zahlenmäßige Aufstellung und die damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen wie mangelnde Präsenz, Zunahme von Gewalt gegen Polizei, aber auch die körperliche und die psychische Belastung der Polizeibeamten.

Natürlich werden Sie nachher – da bin ich mir ziemlich sicher – wieder argumentieren, dass Arbeitszeitverlängerung und anderes – das Stichwort Lebensmittelkontrolle wird sicherlich kommen – eine rechnerische Stellenminimierung mit sich gebracht hätten. Was Sie aber nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ist, dass in den zurückliegenden Jahren gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen auf die Polizei hereingebrochen sind – so kann man sagen –, die viel Kapazität, in erster Linie viel Personal, binden.

Wir alle wissen – das weiß auch ich –, dass die Probleme, die aus verstärktem Alkoholkonsum, aus der Möglichkeit des Zugangs zu Waffen oder aus dem Fehlen von Werten in der Gesellschaft resultieren, nicht allein von der Polizei gelöst werden können. Darin sind wir uns einig. Tatsache bleibt aber, dass die Polizei immer wieder punktuell und strukturell als Erste mit den Auswirkungen dieser Problematik konfrontiert wird. Dem Polizeibeamten und der Polizeibeamtin hilft es in der konkreten Situation gar nichts, sich dann über Verantwortungen in anderen Bereichen zu unterhalten. Denn sie sind an der Front und haben mit dem Problem umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Außer Acht lassen Sie offensichtlich auch den Personalbedarf, den neue Kriminalitätsfelder wie Kreditkartenbetrug im Internet, Wirtschaftskriminalität oder – jüngstes Beispiel – Wettbetrügereien mit sich bringen.

Ein Stichwort will ich anfügen: die Überwachung von Sexualstraftätern. Auch dies wird zusätzliches Personal binden, das die bisherigen Ressourcen einfach nicht hergeben.

Diese berechtigten Forderungen der Polizei – wir machen doch nichts anderes, als diese in den parlamentarischen Raum zu transportieren – nennen Sie – Herr Minister, Sie haben dies wiederholt getan – Rezepte von gestern. Was Sie aber schuldig bleiben, ist, zu sagen, wie Sie denn den Problemen in der Realität begegnen wollen, mit welchen Maßnahmen Sie den Beamtinnen und Beamten helfen wollen. Im Gegenteil, trotz

(Reinhold Gall)

dieser gegenwärtigen Situation wird sich Ihr Stellenabbauprogramm in den Jahren 2010 und 2011 fortsetzen. Alles, was Sie in den vergangenen Jahren veranlasst haben, wirkt nach, bevor überhaupt daran zu denken ist, dass die Verbesserungen, die eingeleitet wurden, greifen können. Sie verweigern Hilfe, indem Sie nicht wie versprochen dafür sorgen, dass zumindest der regional völlig unterschiedliche Stellenabbau im Nichtvollzugsdienst entsprechend ausgeglichen wird.

Sie sorgen bei der Polizei für zusätzliche Missstimmung, indem Sie zulassen – man könnte vielleicht auch sagen: veranlassen –, dass es Einsatzkräfte gibt, die beim NATO-Gipfel Überstunden über Überstunden gemacht haben und bis heute – Anfang Dezember – keinen Euro Entschädigung dafür auf ihrem Konto haben. Eine Firma, meine Damen und Herren, oder andere Teile des öffentlichen Dienstes könnten es sich nicht leisten, so mit ihren Beamtinnen und Beamten oder ihren Beschäftigten umzugehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Ja!)

Wir, aber vor allem die Polizeibeamtinnen und -beamten erwarten von Ihnen, Herr Minister, heute konkrete Aussagen, was Sie ganz konkret zu tun gedenken, um der angespannten Personalsituation Rechnung zu tragen und vor allem auch die schlechte Stimmung zu verbessern. Sie erwarten zu Recht auch eine saubere Begründung dafür, warum Sie heute – davon ist mit großer Wahrscheinlichkeit auszugehen – unseren Antrag auf Neueinstellungen im Nichtvollzugsdienst, was unmittelbar und sofort Hilfe geben könnte, ablehnen werden.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack – Entschuldigung, Herrn Abg. Blenke für die Fraktion der CDU.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Auch ein guter Mann! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine Schande, mit dem Kollegen Mack verglichen zu werden; im Gegenteil.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der ist halt ein bisschen schöner! – Heiterkeit)

– Sie kommen ja auch noch.

(Heiterkeit – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Es gibt noch immer Steigerungen!)

Die Polizei in Baden-Württemberg leistet mit einer zugestandenmaßen dünnen Personaldecke Spitzenarbeit. Die beiden SPD-Anträge, die dieser Debatte zugrunde liegen, zielen im Ergebnis auf eine verbesserte Personalausstattung bei der Polizei. Ich sage dies auch deshalb, weil sich aus Ihrer Rede, Herr Kollege Gall, nicht komplett erschlossen hat, worum es Ihnen tatsächlich geht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir haben das schon verstanden! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben mehr Vorkenntnisse, Herr Stickelberger!)

Als Polizeisprecher habe ich eine gewisse Sympathie dafür. Ich fühle mich auch als Lobbyist der Polizei. Aber ich gehöre einer Regierungsfraktion an. Daher muss ich auch die Ausgabeseite von Anträgen im Auge behalten und das Ganze sehen. In diesem Zusammenhang, muss ich sagen, handelt es sich leider am Ende um typische Oppositionsanträge,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt aber!)

die zwar eine schöne und auch nachvollziehbare Forderung, aber kein Wort zur Finanzierung enthalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Wie bei den Hochschulen! Wie bei allem!)

Zunächst zu dem Antrag, der den Tarifbereich bzw. den Angestelltenbereich betrifft. Im Jahr 2005 wurden im Rahmen der Verwaltungsreform alle Teile der Landesverwaltung mit einer sogenannten 20-prozentigen Effizienzrendite belegt. Es gab eine Ausnahme: Das ist der Polizeivollzugsdienst. Der Tarifbereich der Polizei wurde ebenfalls mit dieser Einsparauflage belegt. Nun hat sich herausgestellt, dass diese Einsparauflage bei der Polizei in der Tat ausgesprochen harte Folgen hat. Deswegen wurden auch Konsequenzen gezogen. Die Renditevorgabe wurde nämlich korrigiert und auf gut 10 % halbiert. Außerdem werden Maßnahmen entwickelt, um einen Ausgleich zwischen den Dienststellen vornehmen zu können.

Meine Damen und Herren, der Beschlussteil Ihres Antrags Drucksache 14/3358 beinhaltet zwei Forderungen. Erstens fordern Sie, den Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich zu stoppen. Das wird bis Ende 2009, also in wenigen Wochen, erfolgt sein. Insofern hat sich das erledigt. Zweitens möchten Sie den Personalbestand auf das alte Niveau aufstocken. Das würde Millionensummen kosten. Diesen Teil des Antrags werden wir ablehnen. Es bleibt bei der vorherigen Entscheidung.

Zu dem Antrag, der den Vollzugsbereich der Polizei betrifft, muss ich Ihnen eines sagen: Sie vergleichen die Sollpersonalstärke mit der Istpersonalstärke und leiten daraus die Forderung ab, den Personalbestand aufzustocken. Darin liegt – das werfe ich Ihnen gar nicht vor; den Fehler machen viele – ein methodischer Fehler. Die Sollstärke ist die Personalstärke, bei der berücksichtigt ist, dass Fehlzeiten entstehen. In der Sollstärke sind Urlaub, Fortbildung, Ausbildung und all dies mit berücksichtigt. Das heißt: Eine Sollzahl wird faktisch niemals erreicht. Vielmehr muss man die Istzahlen anschauen. Das muss man einfach um der Korrektheit willen sagen.

Sprechen wir das Thema Personalabbau an: Es geht in der Tat um 612 Stellen, die abgebaut werden müssen. Das ist das Äquivalent, der Gegenwert der Wochenarbeitszeitverlängerung um eine Stunde von 40 auf 41 Stunden. Das macht rechnerisch diese 612 Stellen aus, die jetzt in der Tat abgebaut werden müssen. Die anderen Stellen – Kollege Gall, Sie haben angesprochen, dass Sie erwarten, dass ich das sage; ich nenne jetzt nicht die einzelnen Bereiche –, die abgebaut werden, werden deshalb abgebaut, weil es bei der Polizei die entsprechende Aufgabe nicht mehr gibt. Das gehört zur Wahrheit mit dazu.

Deswegen muss man ein Weiteres sagen: Wenn Sie bemängeln, dass dieses Äquivalent der 41. Wochenstunde umgelegt

(Thomas Blenke)

wird, dann muss ich Ihnen sagen, dass es auch schon einmal gegenteilige Zeiten gab. Da wurde die Arbeitszeit vor etlichen Jahren von 40 auf 38,5 Stunden reduziert. Die Polizei hat dafür zusätzlich einen Ausgleich bekommen. Ich glaube, es waren ca. 700, 750 Stellen. Als die Arbeitszeit wieder erhöht wurde, hat man diese Stellen belassen. Das ist eine echte Personalverstärkung der Polizei. Das wird heute leider gar nicht mehr erwähnt.

Meine Damen und Herren, in der Tat brauchen wir in der derzeitigen Situation vor allem eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Wir müssen die Arbeitszeiten vor allem daran orientieren, wann die Bürger die Polizei brauchen. Da brauchen wir auch eine Flexibilität – die ist vorhanden –, eine Flexibilität der jeweiligen Beamten. Wer sich für den Polizeiberuf entscheidet, der weiß, dass die Ausübung dieses Berufs an 365 Tagen im Jahr und rund um die Uhr stattfinden kann. Wer diesen Beruf ergreift, ist auch mit diesem Einsatzspektrum einverstanden, und deswegen kann auch die Bereitschaft zum flexiblen Einsatz erwartet werden.

Wir erwarten jetzt allerdings Vorschläge – wir hoffen, dass sie kommen –, wie Anreize geschaffen werden, dass in den Zeiten, in denen es wirklich unangenehm ist, in denen es starke Belastungen gibt, ein Anreiz besteht, die Arbeit dann durchzuführen, wenn sie gebraucht wird.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Einstellungskorridor sagen. Wir haben über Jahrzehnte hinweg ein Einstellungsverhalten gehabt, das völlig disharmonisch war. Jeder Einstellungswelle folgt 40 Jahre später eine Pensionierungswelle; vor einer solchen stehen wir heute, und die schafft uns massiv Probleme. Deswegen haben wir, die Koalitionsfraktionen, in einer großen Leistung mit dem Beschluss des Einstellungskorridors nicht nur zusätzliche Stellen geschaffen – bis zu 1 300 bis zum Jahr 2013 –, sondern viel wichtiger war, weil nachhaltig langfristig wirkend: Wir haben einen Einstieg in eine Verstetigung des Einstellungsverhaltens geschaffen, weg von den Wellenbewegungen mit all ihren Problemen, hin zu einem harmonischen Einstellungsverhalten.

Meine Damen und Herren, mittel- und langfristig sind wir in Baden-Württemberg gut aufgestellt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Thomas Blenke CDU: Ich komme zum Schluss. – Die Bürger in Baden-Württemberg können sich darauf verlassen, dass sie weiterhin von der besten und leistungsfähigsten Polizei, die es in Deutschland gibt, geschützt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blenke, Sie haben recht, wenn Sie sagen, die Bürgerinnen und Bürger können sich auf eine starke und leistungsfähige Polizei verlassen. Die Frage ist nur: Wie lange noch? Das wird die Gretchenfrage der nächsten Jahre werden. Denn eines sollte man nach monatelanger Diskussion sein lassen, nämlich dass man immer um den heißen Brei herumredet. Wir haben eine anhaltend äußerst angespannte Personalsituation bei der Polizei. Ich denke, da gibt es überhaupt kein Vertun. Auch eine Regierungsfraktion bricht sich nichts ab, wenn sie das einmal einräumt. Das ist so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Denn die Lebenswirklichkeit in den Polizeidirektionen, Revieren und Posten ist so. Sie bekommen doch das Gleiche erzählt wie wir.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir lesen nachher einmal gemeinsam das Protokoll!)

Es ist doch nicht so, dass, wenn ein Abgeordneter einer Regierungsfraktion ins Polizeirevier kommt, Schönwetter gemacht wird, und wenn die Opposition kommt, gejammert wird. Sie bekommen doch das Gleiche erzählt wie wir, egal, von wem.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie kennen die Situation zur Genüge. Deshalb muss man sich doch ernsthaft und seriös mit diesen Themen auseinandersetzen.

Herr Kollege Blenke, wir haben halt das Problem, dass Sie Beschlüsse für den Nichtvollzugsbereich und den Vollzugsbereich gefasst haben. Es nützt aber nichts, nur auf diese Beschlüsse zu verweisen, die vor Jahren einmal gefasst worden sind und jetzt umgesetzt werden, sondern man muss richtigerweise immer auf die sich verändernde Realität, auf sich verändernde Herausforderungen schauen.

Das Ganze ist kein statischer Prozess, und deswegen können Statistiken immer nur bedingt nützlich sein. Es nützt wenig, wenn in der Stellungnahme des Innenministeriums Personalzahlen stehen, wenn diese tatsächlich im Istbereich, auf den Jahresdurchschnitt bezogen, quer durch Baden-Württemberg nicht zur Verfügung stehen. Denn in den einzelnen Polizeidirektionen und -revieren ist die Personalsituation höchst unterschiedlich. Wir haben in bestimmten Jahreszeiten Ausfallquoten von bis zu 30 %. Wochenlang wird Krisenmanagement im Bereich des Funkdienstes und der Revierleitung betrieben. Das erzählen uns die Beamten; sie bekommen die Einsatz- und Schichtpläne kaum noch hin. Sie warten gerade auf Ihre Ankündigung der weiteren Flexibilisierung von Einsatz- und Arbeitszeiten.

Ich glaube, die Stimmung in der Polizei ist zum Teil so schlecht – das bitte ich ernst zu nehmen –, dass finanzielle Anreize ihre Wirkung verfehlen könnten. Wenn die Polizei im Land zunehmend das Gefühl hat, nur noch ein Kostenfaktor zu sein, dann habe ich Verständnis für manchen resignativen Unterton, den man mittlerweile in den Gesprächen hört, weil es zu wenig Perspektiven gibt.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Deswegen sollte die Regierung endlich aufhören, Anregungen oder Forderungen in Anträgen der Opposition als völlig erfunden oder aus dem Fantasiebereich stammend vom Tisch zu wischen, sondern sollte sie endlich einmal ernst nehmen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir haben ein Problem im Nichtvollzugsbereich. Herr Kollege Blenke, es muss auch Sie berühren, wenn Polizistinnen und Polizisten ihren operativen Aufgaben aufgrund von überbordenden Verwaltungstätigkeiten im Innenbereich zunehmend nicht mehr nachkommen können. Das erzählen uns die Leute.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sonst kümmert er sich immer um seine Freunde von der Antifa! – Gegenrufe von den Grünen: Was?)

– Wir haben die Arbeitssituation und das Wohlbefinden unserer Polizistinnen und Polizisten im Land immer zum Thema gemacht, und das werden Sie uns auch nicht nehmen. Wir wissen, dass Sie da eine wunde Stelle haben.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da ist eine Korrektur an Ihrer Politik tatsächlich dringend notwendig.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt fallen Sie ihnen in den Rücken!)

Sie haben ja auch schon reagiert. Warum haben Sie denn die Vorgabe zur Effizienzrendite halbiert? Warum machen Sie im Jahr 2009 bei einer Effizienzrendite von ungefähr 11 % Schluss und ziehen nicht ihre 20%-Vorgabe durch, wenn das alles angeblich so einfach umzusetzen wäre? Da ist uns der Innenminister einen Bericht schuldig: Was ist passiert? Gibt es diese Arbeitsgruppe, die eingerichtet werden sollte, Herr Minister? Gibt es einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Polizeidirektionen des Landes, und wie soll der gegebenenfalls aussehen? Erst wenn wir dazu die Antworten auf dem Tisch haben, können wir beurteilen, ob die jetzige Maßnahme, die ein Auslaufen Ende des Jahres 2009 vorsieht, ausreichend ist oder ob wir tatsächlich zusätzliches Personal einstellen müssen.

Herr Kollege Gall, vielleicht macht es an diesem Punkt Sinn, den Antrag zum Nichtvollzugsbereich im Innenausschuss weiterzubehandeln, wenn uns richtige Zahlen, Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe vorliegen.

Dieses Thema werden Sie nicht mehr vom Tisch bekommen, Herr Blenke. Wir müssen uns auch im Vollzugsbereich ernsthafte Gedanken darüber machen, was geeignete Konzepte für die Zukunft sind, um die Missstimmung und Unzufriedenheit in der Polizei auf Dauer wieder auszuräumen. Wir brauchen eine leistungsfähige Polizei für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger wollen die Polizei ab und zu wieder auf der Straße antreffen und nicht nur im Einsatzwagen vorbeirauschen sehen, weil diese immer größere Entfernungen zurückzulegen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Schauen Sie einmal, welche Bevölkerungsgruppen die Polizei am meisten beschäftigen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ein bisschen tragisch:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was? – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wieso? Wir kennen Sie doch!)

Jetzt hat Baden-Württemberg ein paar Sternköche mehr, und ihr sucht noch immer nach Haaren in der Suppe –

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

zwar nicht in der Gastronomie, sondern wieder einmal ist die Polizei dran.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Nein! Die Regierung ist dran!)

In einem sind wir uns doch hoffentlich einig, und zwar darin, dass die Polizei in diesem Land das Beste gibt für den Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger. Sind wir uns darüber einig? Gilt das vom untersten Polizisten bis zum obersten Polizisten?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja! – Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

– Gut. Dann haben wir das eine schon einmal ausgeräumt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gut, dass einer zuhört!)

Dann sprechen Sie von tatsächlichen Kürzungen im Nichtvollzugsbereich – die gab es –

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und davon, dass Sie Probleme lösen, die es gar nicht gibt!)

und von vermeintlichen Kürzungen im Vollzugsbereich – die gab es aber gar nicht.

Jetzt haben wir ja die Zusage. Sie wissen, dass man bei den Kürzungen im Nichtvollzugsbereich die Stellen so wegfallen ließ, wie die Leute von ihrem Lebensalter her an die Pensionsgrenze kamen. Da hat es den einen mehr getroffen und den anderen weniger. Da haben wir die Zusage, dass es hier einen Ausgleich gibt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Diese Zusage gibt es schon ewig, und nichts ist passiert! Nichts ist passiert!)

– Ja, aber Sie wissen doch, dass jetzt die Vorgabe zur Effizienzrendite quasi halbiert wurde und dass diese Ende des Jahres auslaufen wird, dann müssen wir diesen Ausgleich vornehmen. Das ist doch auch nicht so einfach. Sie können doch nicht einfach einen Polizisten von Freiburg nach Calw oder nach Reutlingen versetzen oder umgekehrt.

(Hagen Kluck)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das will ja auch niemand!
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Vielmehr müssen die Landespolizeidirektionen jetzt versuchen, das in ihren Bereichen – denn da kann man noch ein bisschen hin- und herschieben – auszugleichen. Da verlassen wir uns auf die Zusage des Innenministers und auf die Herren Jelden, Burkard, Rotzinger und Moser von Filseck;

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schon verlassen!)

die werden das bestimmt richtig machen und im Griff haben.

Klar ist auch: Wir alle wollen nicht, dass Vollzugskräfte einspringen müssen, um die Arbeit von Nichtvollzugskräften zu machen. Das ist wegen des Stellenabbaus im Nichtvollzugsbereich jetzt hier und da einmal der Fall gewesen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ständig!)

Aber das ist nicht gut. Es ist wichtig, dass damit Schluss ist. Deswegen: Warten wir einmal diese Ergebnisse ab. Den Vorschlag des Kollegen Sckerl an die SPD, den Beschlussteil ihres Antrags zum Nichtvollzugsbereich jetzt nicht zur Abstimmung zu stellen, finde ich gut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann können Sie es in nicht öffentlicher Beratung herunterbügeln!)

Dann kann man nächstes Jahr in aller Ruhe noch einmal darüber reden, wenn wir einen Überblick darüber haben, wie es aussieht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Hauptsache, wir haben darüber geredet!)

Im Vollzugsbereich gab es keinen Stellenabbau. Einsparungen in diesem Bereich hat man lediglich durch Aufgabenverlagerungen – Stichwort Wirtschaftskontrolldienst – erreicht. Was durch die Arbeitszeiterhöhung wegfallen konnte, ist weggefallen. Da ist also alles klar.

Mit dem 800-Stellen-Programm sorgen wir für eine Verjüngung der Polizei. Allerdings gebe ich gern zu, dass nichts so gut ist, als dass es nicht noch besser gemacht werden kann. Wenn wir mehr finanzielle Mittel hätten und wenn wir genügend verfügbare Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt hätten, die wir einstellen könnten, könnten wir sicherlich noch mehr machen.

Die Altersentwicklung bei der Kriminalpolizei beispielsweise sehen wir mit Sorge. Wenn jetzt die große Pensionierungswelle kommt und die Neuen noch nicht so weit sind, dann könnten wir Schwierigkeiten bekommen.

An der von mir schon einmal angemahnten besonders schwierigen Situation im Regierungsbezirk Tübingen hat sich bis jetzt leider nichts geändert. Ich bitte darum, dass sich der Landespolizeipräsident Dr. Hammann – heute im weißen Hemd – dieser Sache einmal annimmt und sich um die Beseitigung dieser Schwierigkeiten bei der Kriminalpolizei bemüht.

Wir wissen, dass die Beförderungsmöglichkeiten unbefriedigend sind. Nicht ausreichend vorhandene Beförderungsstellen dürfen nicht dazu führen, dass Beurteilungen immer negativer werden. Das ist ein Ärgernis, über das Polizeibeam-

tinnen und -beamte klagen: Es gibt nur so und so viele Beförderungsstellen, also werden für die Masse schlechtere Beurteilungen geschrieben. Ich kann nicht nachprüfen, ob das so ist. Wenn dem so sein sollte, muss das beendet werden; denn die Beurteilung muss unabhängig von der Beförderungssituation erfolgen. Außerdem wird uns die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie beschäftigen.

Das alles ist aber kein Grund, die Arbeit der Polizei schlechzureden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die reden wir nicht schlecht! Wir reden über die Arbeit der Landesregierung! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Schauen Sie einmal auf die Kriminalitätsstatistik. Erinnern Sie sich einmal daran, wie effektiv unsere Polizei mit Großereignissen wie dem NATO-Gipfel, der Fußballweltmeisterschaft usw. fertig geworden ist.

Verlangen Sie aber auch nicht zu viel. Herr Kollege Blenke hat bereits gesagt, dass die Polizei nicht den Erziehungsauftrag der Eltern ersetzen kann. Sie kann auch nicht das ersetzen, was die Jugendhilfe nicht hinbekommt. Wir wollen auch gar keine allgegenwärtige und allzuständige Polizei; denn das ist in einem demokratischen Rechtsstaat nicht gut so.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir geben der Polizei die personelle Ausstattung und die Ausrüstung, die sie braucht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Eben nicht!)

Wir wollen aber, dass sie eine Polizei der Bürgerinnen und Bürger, Freund und Helfer ist. Bitte versammeln wir uns doch hinter der Polizei und stellen uns ihr nicht in den Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU
– Abg. Alfred Winkler SPD: Weihnachtswunsch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Kluck, ich will mich Ihrem Lob zunächst einmal anschließen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ich würde mich wehren!)

Unser neuer Landespolizeipräsident, Herr Dr. Hammann, hat heute nicht nur ein weißes Hemd an, sondern wird auch eine weiße Weste behalten. Da bin ich mir ganz sicher.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um den geht es doch gar nicht!)

Es gibt vieles, was bei der Polizei in Bewegung gekommen ist, was mich sehr hoffnungsvoll stimmt. Herr Kollege Blenke hat vieles davon schon erwähnt. Deswegen möchte ich mich vorweg auf einige Anmerkungen zu Punkten beschränken, die ausgeräumt werden müssen, Herr Kollege Gall.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Obwohl Herr Kluck so viel Lob ausgeschüttet hat!)

(Minister Heribert Rech)

Ich will konzedieren, dass Ihr Antrag schon sehr alt ist. Noch älter aber waren teilweise Ihre Aussagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber trotzdem richtig! – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Rede war schon mindestens fünf Jahre alt!)

– Entschuldigung, ich wollte es nicht so deutlich sagen. Sie waren teilweise falsch.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: „Veraltet“ wollten Sie eigentlich sagen!)

Ich sage es Ihnen einmal, damit wir uns völlig einig sind und niemand friert: Unsere Polizei leistet seit sehr vielen Jahren eine hervorragende Arbeit. Die Parameter sind für mich die Ergebnisse. Wir haben die höchste Aufklärungsquote und die geringste Kriminalitätsbelastung.

Ich sage aber an dieser Stelle auch unumwunden, was ich auch draußen sage: Diese hervorragende Arbeit wird auf einer denkbar dünnen Personaldecke geleistet. Das muss man einmal sagen. Das ist Fakt. Deswegen unternehmen wir alle Anstrengungen, um diese Situation zu verbessern.

Ich werde Ihnen, Herr Kollege Gall, heute zum x-ten Mal verdeutlichen, wie wir in den nächsten zwei Jahren mit Verbesserungen durchkommen, die eben auch möglich sind. Man muss auch ein bisschen Kreativität zeigen. Man darf neuen Herausforderungen, die zweifellos vorhanden sind, nicht nur – ich sage es noch einmal – mit alten Instrumenten begegnen. Das einfachste Instrumentarium ist, nach mehr Personal und nach mehr Geld zu rufen. Wenn wir dies tun – das könnten wir auf allen Politikfeldern –, fährt der Karren an die Wand.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die wollen Schulden machen!)

Es ist nicht Aufgabe der Politik, zu sagen: von jedem mehr. Vielmehr müssen wir sagen, wo wir unsere Schwerpunkte setzen, und müssen diese bedienen. Auch müssen wir in schwieriger Haushaltslage sagen, wo wir den Gürtel eben einmal enger schnallen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Polizei leistet ihren Beitrag.

Jetzt werden Sie einmal aufmerksam, wachen Sie auf, und denken Sie daran, was in den nächsten Monaten im Bereich der Polizei passiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich bin wach!)

– Vielen Dank. Dann werden Sie, Herr Kollege Gall, wahrnehmen – daran habe ich überhaupt keinen Zweifel; Sie haben es ja wahrgenommen, Sie geben es nur nicht zu –,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

was sich da tut. Das fängt bei den 1 400 Stellenhebungen an, die im Verhältnis 1 : 1 durchgesetzt werden. Vieles andere mehr ließe sich nennen. Ich gehe nachher noch darauf ein.

Sie haben angesprochen, für Sie seien die Parameter einer erfolgreichen Polizeiarbeit auch solche Dinge wie die Technikausstattung. „Guten Morgen“, kann ich da nur sagen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das war ziemlich daneben! Das war die Rede von 1996!)

In diesem Dezember starten wir mit dem Digitalfunk, und zwar hier in Stuttgart. Ich lade Sie dazu ein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe von „flächendeckend in Baden-Württemberg funktionierend“ gesprochen!)

Baden-Württemberg wird in dieser Republik auch auf diesem Feld Vorreiter sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dass sich die flächendeckende Einführung des Digitalfunks um Jahre verzögert hat, ist bekannt. Aber ich möchte, weil ich den Kollegen Schily nach wie vor sehr schätze, jetzt nicht darauf eingehen, was tatsächlich die Ursachen dafür waren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe es als Vorsitzender der Innenministerkonferenz miterlebt: Es gab Alleingänge, die letztlich an die Wand gefahren wurden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, ein überzeugter Föderalist – das war der Unterschied zu Schily –, hat die Länder mit eingebunden, und jetzt kommt das Ganze voran. Wir haben die Einführung auf das Gleis gesetzt.

Nun geht sie nicht so schnell vonstatten, wie wir uns das wünschen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Deswegen haben wir bei unserer Einsparliste nicht 50 Millionen €, sondern nur 25 Millionen € für die Einführung des Digitalfunks in den Doppelhaushalt eingesetzt. Das heißt aber nicht, dass wir die Einführung etwa durch eine verringerte Mittelzufuhr verzögerten. Vielmehr brauchen wir – ich sage: leider – eben nicht die volle dafür vorgesehene Summe. Aber das ist eine Frage der technischen Entwicklung und der Umsetzung, die Sie nicht auf unserer Polizei abladen dürfen.

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Reinhold Gall SPD)

– Ich habe den Digitalfunk nicht entwickelt. Ich habe auch die Verzögerung nicht zu vertreten. Wir können einmal unter vier Augen darüber reden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das nützt nichts!)

Dies würde jetzt das Zeitbudget übersteigen. Ich habe aber den entscheidenden Namen genannt.

Zum NATO-Gipfel: Mir wäre es lieber, Sie würden einmal darüber reden, welche hervorragende Arbeit die Polizei in den Tagen des NATO-Gipfels geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Haben wir doch!)

(Minister Heribert Rech)

Mir wäre es lieber, wenn Sie einmal das Zustandekommen dieser Mehrarbeitsstunden, die zweifellos angefallen sind, analysieren würden. Der NATO-Gipfel wurde nicht am 3. und 4. April 2009 gewonnen. Er wurde in den Monaten der Vorbereitung davor gewonnen. Wir haben ein Jahr lang sehr akribisch daran gearbeitet, den NATO-Gipfel vorzubereiten, damit er so durchgeführt werden konnte, wie wir das zumindest auf unserem Gebiet gewohnt sind.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Das haben wir immer anerkannt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das war immer unstrittig!)

Erkennen Sie an – oder fragen Sie einfach einmal danach, dann wissen Sie es –, dass seit September die Mehrarbeitsstunden ausgeglichen werden. Seit September haben wir 3 Millionen € ausgezahlt. Übrigens versuchen wir beim Thema „Überstunden, Mehrarbeitsvergütung“ bei der Polizei immer, ein Mittelmaß zu fahren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt Leute, die kein Geld bekommen haben!)

– Sie haben noch kein Geld bekommen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt Polizeibeamte, die Anträge gestellt haben und kein Geld bekommen haben! Uns liegen die Schreiben vor!)

– Es gibt tatsächlich auch Polizeibeamte, die noch kein Geld bekommen haben.

(Zuruf von den Grünen)

Ich sage Ihnen aber noch einmal: Seit September haben wir schon 3 Millionen € ausgezahlt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ist okay! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Gedulden Sie sich. Wir werden den Rest auch noch auszahlen.

Nur: Beim Thema Überstundenvergütung fahren wir ein gesundes Mittelmaß. Das heißt, in aller Regel wird etwa die Hälfte der Mehrarbeitsstunden durch Geld, die andere Hälfte durch Freizeit ausgeglichen. Das wollen auch viele Polizeibeamte so.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist auch okay!)

Es mag sein, dass es Einzelne gibt, die eine andere Meinung haben. Denen kann geholfen werden.

Meine Damen und Herren, der Ausgleich zwischen den Ist- und den Sollzahlen ist angesprochen worden. Der Kollege Blenke hat zum wiederholten Mal darauf hingewiesen, dass bei der Bedarfssollberechnung der Dienststellen eben ein gewisser Arbeitszeitausfall mit einkalkuliert ist. Sie wissen, worauf das zurückzuführen ist: auf Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen und auf Krankheitsfälle, deren Zahl bei der Polizei übrigens weit geringer ist als im übrigen öffentlichen Dienst oder in der freien Wirtschaft.

Außerdem ist auf den Frauenanteil zu verweisen. Ich sehe niemanden im Saal, der etwa beklagen würde, dass wir den Anteil der weiblichen Polizeibeamten in unserer Polizei sukzes-

sive erhöhen. Das tut der Polizei gut, nicht nur hinsichtlich der Sozialkompetenz, sondern überhaupt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Weiß das die SPD?)

– Ich sehe bei der SPD heftiges Kopfnicken.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Vor allem bei Gall und Stichelberger!)

Aber wenn wir erst einmal bei einem Frauenanteil von über 20 %, von 25 oder gar 30 % angekommen sind, Herr Kollege Gall, dann reden wir noch einmal darüber, dass wir auch die finanzielle Stärke haben müssen, um über den Bedarf hinaus auszubilden. Dann müssen wir mehr Anwärter ausbilden, als wir am Ende Stellen haben, um Lücken schließen zu können.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Frau Präsidentin, ich sehe, dass Frau Kollegin Neuenhaus eine Zwischenfrage stellen will.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie diese?

Innenminister Heribert Rech: Ja, die gestatte ich natürlich, weil sie so freundlich lächelt. Ich hoffe, dass die Frage ebenso freundlich ist.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Es kommt auf die Antwort an!)

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Herr Minister, es sind tatsächlich Schreiben von Polizeibeamten eingegangen. Sie haben gerade gesagt, Sie würden beim Thema „Überstunden, Mehrarbeitsvergütung“ ein Mittelmaß fahren. Könnten Sie uns erläutern, was das bedeutet, und könnten Sie uns noch darlegen, welche Erklärung Sie dafür haben, dass noch nicht alle Gelder ausgezahlt worden sind?

Innenminister Heribert Rech: Frau Kollegin, unter „Mittelmaß“ verstehe ich, dass nach aller Erfahrung etwa die Hälfte der Beamten, die Überstunden geleistet haben, dafür einen Ausgleich in Geld will, während die andere Hälfte einen Freizeitausgleich bevorzugt. Das meine ich mit Mittelmaß. Wir müssen nicht das finanzielle Budget bereithalten, um die Überstunden vollständig durch Geld auszugleichen. Das meine ich mit Mittelmaß. Das ist die Erfahrung.

Deswegen müssen wir diejenigen, die einen Geldausgleich wollen, entsprechend bedienen. Das machen wir auch. Das geht aber natürlich nicht sofort nach Eintreten der Überstunden, sondern das ist auch eine Frage der zeitlichen Ermittlung. Das kriegen wir aber hin. Ob wir es vollständig hinkriegen, weiß ich jetzt noch nicht, aber ich gehe davon aus. Bei der hervorragenden Arbeit, die die Polizisten geleistet haben, sind wir ihnen das auch schuldig. Das haben wir bisher immer hingekriegt.

Weil wir gerade beim Ausgleich sind, will ich noch eines sagen, damit ich es nicht vergesse. Ich glaube, es war Herr Kollege Kluck, der hinsichtlich des Nichtvollzugsbereichs den landesweiten Ausgleich angesprochen hat. Ich komme später noch darauf zurück.

(Minister Heribert Rech)

Ich muss jetzt aufpassen, dass ich die Zeit nicht überziehe. Frau Präsidentin, wie viel Zeit habe ich denn?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Zehn Minuten.

Innenminister Heribert Rech: Zehn Minuten? Ich habe mit meiner Rede noch gar nicht angefangen.

(Heiterkeit – Abg. Katrin Altpeter SPD: Zeitmanagement! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Überstunden aufschreiben!)

Es ist mir schon wichtig, dass ich auf die Fragen eingehe. Alles andere lasse ich dann weg.

Der landesweite Ausgleich war mir von Anfang an wichtig. Es gibt Dienststellen, die in der Tat, weil wir jede durch Pensionierung frei werdende Stelle in Abgang stellen mussten, durch diese Fluktuation in überproportionalem Maß Erfüllungsrückstände von bis zu 30 % oder mehr haben. Andere liegen noch unter 10 %. Jetzt müssen wir zu einem Ausgleich kommen. Den können wir auch nicht von heute auf morgen oktroyieren, sondern wir müssen sehen, dass es im Einzelfall passt. Dazu gibt es eine Arbeitsgruppe, die bereits Ergebnisse vorgelegt hat. Es ist also nicht so, dass wir da nichts machen würden. Jetzt wird dieser Ausgleich im Nichtvollzugsbereich sukzessive geschaffen.

Herr Kollege Kluck, das, was Sie angesprochen haben, liegt auch mir sehr am Herzen. Das will ich abschließend noch sagen. Ich überziehe um 20 Sekunden, Frau Präsidentin.

(Zuruf von der CDU: Das werden wir evaluieren!)

Das neue Beurteilungssystem, das wir noch nicht haben, das aber meiner Meinung nach kommen muss, wird dafür sorgen, dass es nicht so viele Verlierer gibt,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

wie es sie aufgrund des derzeitigen Beurteilungssystems leider noch gibt. Unsere Polizei ist mir in toto – Ausnahmen und Ausreißer gibt es immer – so wichtig und ist so motiviert, dass wir die Motivation der guten Polizeibeamten durch ein sinnvolles, gerechtes Beurteilungssystem auch in Zukunft erhalten müssen. Das alte System scheint mir diese Vorgabe in dem Maß, wie wir es von ihm erhofft haben, nicht zu erfüllen. Deswegen bin ich mit Ihnen einig. Wir reden darüber.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das wäre uns recht!)

Wir werden meines Erachtens baldmöglichst nach einem neuen System suchen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Sckerl?

Innenminister Heribert Rech: Ja, Herr Kollege Sckerl.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Minister, können Sie den Bericht der Arbeitsgruppe über den landesweiten Ausgleich im Bereich des Nichtvollzugsdienstes und die kon-

kreten Maßnahmen hierzu dem Innenausschuss vorlegen? Das ist wirklich eine wichtige Angelegenheit, und dieser Bericht ist für uns wichtig, damit wir Ihre zugesagten Maßnahmen tatsächlich beurteilen können.

Innenminister Heribert Rech: Herr Kollege Sckerl, eigentlich geht es dabei um Verwaltungshandeln. Es betrifft Aufgaben des Innenministeriums und des Landespolizeipräsidiums. Aber mir ist die Kooperation mit dem Innenausschuss –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es spricht doch nichts dagegen!)

vielleicht nicht an jedem Tag und in jeder Situation, aber doch meistens – so wichtig, dass ich dies gern zusage. Wir werden dieses Ausgleichssystem aber zunächst einmal erarbeiten, dann nach der internen Umsetzung schauen, und danach werde ich Ihnen berichten. Gleiches gilt für das neue Beurteilungssystem, das erst an der Peripherie steht und auch noch nicht in Ansätzen erkennbar ist.

Ich habe jetzt nur meine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, hierüber einmal nachzudenken. Das alte System produziert mir einfach zu viele Verlierer – und zwar zwangsweise, aufgrund der Quotierungen. Dafür ist mir unsere Polizei zu schade und ist mir die Motivation der Polizei zu wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Darf ich meine Rede, die ich ursprünglich hier hatte halten wollen, dann im Innenausschuss halten?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Walter Heiler SPD: Sie dürfen sie dort vorlesen! – Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, inzwischen hat eine Delegation aus der nordfinnischen Provinz Oulu unter der Leitung von Herrn Gouverneur Dr. Eino Siuruainen auf der Zuhörertribüne Platz genommen. Die finnischen Gäste sind u. a. zur Eröffnung des finnischen Weihnachtsdorfs auf dem Weihnachtsmarkt nach Stuttgart gekommen.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sehr geehrter Herr Gouverneur Dr. Siuruainen, sehr geehrte Gäste aus der Provinz Oulu, ich darf Sie nunmehr auch hier in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen weiterhin einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Bundesland wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Gouverneur Dr. Siuruainen, der zum Ende des Jahres nach 18-jähriger Amtszeit aus dem Amt scheidet, war der Motor der intensiven Beziehungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Provinz Oulu. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Siuruainen, heute anlässlich Ihres letzten offiziellen Besuchs in unserem Land herzlich danken.

Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Reinhold Gall SPD meldet sich.)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

– Herr Abg. Gall, Sie wünschen noch einmal das Wort? Bitte sehr. Sie haben noch eine Minute und 59 Sekunden Redezeit.

Abg. Reinhold Gall SPD: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Zum Schluss seiner Rede – die er nun angeblich gar nicht gehalten hat –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben auch keine wirkliche Rede gehalten!)

hat der Innenminister in der Tat zwei Punkte genannt, die wir positiv aufnehmen; das ist überhaupt keine Frage.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es wird der Polizei nützen, und deshalb sind wir dafür selbstverständlich offen und werden das auch anerkennen. Klarstellen möchte ich allerdings, dass wir heute – entsprechende Behauptungen wurden vom Kollegen Blenke und von Herrn Kluck sowieso immer wieder aufgestellt – nicht etwa über die Arbeit der Polizei reden, sondern über die Arbeit der Landesregierung und über die Rahmenbedingungen, die die Landesregierung der Polizei vorgibt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ihr redet über Schuldenmachen! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Deshalb müssen wir auch nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ihr seid Schuldenmacher!)

Lobesäußerungen ständig wiederholen. Was den NATO-Gipfel anbelangt, so hat die Polizei da – darüber waren wir uns in diesem Haus auch einig – hervorragende Arbeit geleistet.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Also!)

Die Polizisten erwarten dann aber auch, dass Sie die Versprechungen, die daraus resultiert haben, nämlich eine zeitnahe Abgeltung der Überstunden, einlösen und damit ihren Interessen Rechnung tragen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das tun wir doch!)

Es ist so: Uns und anscheinend auch den Grünen – und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Ihnen – liegen entsprechende Schreiben von Polizeibeamten und -beamtinnen vor, die von ihren Dienstvorgesetzten aufgrund der Personalknappheit aufgefordert wurden, sich die Überstunden finanziell und nicht durch Freizeitausgleich abgelteten zu lassen. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU schüttelt den Kopf.)

– Herr Schüle, da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln. Es ist so, wie ich es hier sage.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ihr stellt immer Forderungen auf, und zwar ohne jede Deckung!)

– Entschuldigung, für die Überstunden und für deren Ausgleich sind doch Sie verantwortlich.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ich meine es generell!)

Da haben doch nicht wir für die Haushaltsdeckung zu sorgen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das wird doch gemacht!)

Das ist doch dummes Zeug.

(Beifall bei der SPD)

Das muss ich jetzt einmal deutlich sagen; das ist doch wirklich dummes Zeug.

Was den Nichtvollzugsbereich angeht, Herr Kollege Kluck, so haben Sie unterstellt, wir würden nur Anträge stellen, aber keine Vorschläge zum Haushaltsausgleich machen. Das ist ebenfalls falsch. Gerade hinsichtlich des Nichtvollzugsbereichs haben wir auch in den zurückliegenden Haushaltsberatungen einen entsprechenden Deckungsvorschlag gemacht, nämlich über den freiwilligen Polizeidienst.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Ihre Deckungsvorschläge bringen Sie immer zehnmal für verschiedene Ausgabeforderungen! – Unruhe)

Das sollten Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

Deshalb, meine Damen und Herren: Herr Minister, Sie sind nicht dazu da, Forderungen zu erheben. Das haben Sie in den jüngsten Tagen erst wieder getan. Sie haben bessere Schutzausrüstung, bessere Ausbildungsstätten, mehr Ausbildungsstätten gefordert. Sie sind aber derjenige, der dafür zu sorgen hat, dass dies beschafft und umgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das sind nicht wir, sondern das sind Sie. Sie haben die Forderungen zu erfüllen, die in der Tat doch von allen anerkannt werden. Alle haben doch davon gesprochen, dass Personalknappheit besteht und wir mehr Personal brauchen. Ich sage Ihnen, die 800 Einstellungen, die in den nächsten Jahren vorgenommen werden sollen, werden nicht ausreichen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Pro Jahr!)

– Pro Jahr, keine Frage. – Die werden nicht ausreichen, um wieder den Stand zu erreichen, den die Polizei brauchte,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Alle Wünsche kann man nicht erfüllen! Eines nach dem anderen!)

um ihren Aufgaben vollumfänglich gerecht zu werden, es sei denn, wir würden uns in diesem Haus einig und Sie machten einen entsprechenden Vorschlag zu Aufgabenänderungen bei der Polizei. Das gehört nämlich dazu, wenn man wie Sie in diesem Haus mehr Personal ablehnt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3358, ist als reiner Berichtsteil erledigt.

Über Abschnitt II haben wir abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3359, ist als Berichtsantrag ebenfalls erledigt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Stärkung des Jugendarbeitsschutzgesetzes – Drucksache 14/3379

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Lehmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag ist jetzt schon über ein Jahr alt, aber er hat nichts an Aktualität verloren. Denn bis zum 15. November sollte eigentlich die Untersuchung vorgelegt werden, deren Ergebnis zeigen sollte, ob eine Verschärfung oder eine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes überhaupt vertretbar ist. Bis heute liegt sie offensichtlich nicht vor. Ich habe auch im Koalitionsvertrag der neuen, schwarz-gelben Koalition interessanterweise nichts zu diesem Thema gelesen.

(Zuruf von der CDU: Dann müssen Sie halt richtig lesen!)

– Ich habe ihn zweimal gelesen und habe dazu nichts gefunden. Vielleicht liegt das mit daran, dass sich die neue Koalition in Berlin in diesem Punkt nicht einig ist. Ich hoffe es zumindest. Denn der Grund, der hier angeführt wurde, warum man das Jugendarbeitsschutzgesetz lockern soll, ist, dass man Hauptschul- und Realschulabgängern bessere Berufschancen im Gastronomiebereich ermöglichen soll.

Aber schon heute sind im Gastronomiebereich 15 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Auszubildende. Allgemein ist ein Schnitt von 10 % erforderlich, um einen Beruf zu reproduzieren.

Dies hat auch zur Folge, dass zwei Drittel der Auszubildenden nach der Ausbildung diesen Bereich verlassen; die gehen irgendwo anders arbeiten.

Wenn man genau hinschaut – das sollte man auch bei diesem Punkt beachten –, ist festzustellen, dass wir in diesem Bereich die höchste Abbrecherquote unter allen Berufen überhaupt haben. Man muss sich vorstellen: 37 % der jungen Menschen, die den Beruf des Kochs erlernen wollen und die am Anfang sicherlich motiviert sind, brechen diese Berufsausbildung ab. Sie wechseln zum Teil auch; das gebe ich zu.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Weil die schaffen müssen, wenn Sie feiern! Das ist nicht schön! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Koch kriegt das wenigste Trinkgeld!)

– Herr Scheuermann, zum Stichwort „schaffen müssen“: Ich möchte die Abgeordneten einfach einmal fragen, ob sie bereit wären, zwölf, 13, 14 Stunden am Tag hier im Plenarsaal zu sitzen.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Das ist nämlich nicht der Fall.

Ich denke, wir haben in diesem Bereich ein großes Problem. Wenn man der Frage nachgeht, warum die Abbrecherquote im Hotel- und Gaststättenbereich so hoch ist, dann zeigt sich, dass die jungen Menschen sehr unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen sind.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Lehrjahre sind keine Herrenjahre!)

Dort arbeiten 60, 70 % der Jugendlichen unter 18 Jahren trotz Jugendarbeitsschutzgesetz mehr als 45 Stunden in der Woche. Nach dem Manteltarifvertrag sind 39 Stunden vorgesehen. Die Mehrzahl arbeitet über 45 Stunden in der Woche, und das in der Regel auch noch ohne Freizeit- oder finanziellen Ausgleich.

Ich sage jetzt einmal an die Adresse der FDP/DVP gerichtet: Es wäre sinnig gewesen, wenn die Initiative aus dem Wirtschaftsministerium gekommen wäre. Das wäre ehrlich gewesen. Aber dass jetzt das Sozialministerium die Initiative gestartet hat, das Jugendarbeitsschutzgesetz zu schleifen und die Bedingungen zu verschlechtern, ist doch der Versuch, zu verkleistern, dass man die wirtschaftliche Situation im Gastronomiebereich verbessern will. Man möchte in diesem Bereich noch mehr billige Arbeitskräfte sicherstellen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Quatsch! Das stimmt gar nicht!)

Ihre Argumentation, dass man vermehrt Jugendliche mit Hauptschul- und mit Realschulabschluss in diese Ausbildung hineinbringen möchte, ist auch nicht triftig. Bereits heute sind 52 % der Auszubildenden in diesem Bereich unter 18 Jahre alt. Das heißt, es gibt eigentlich gar kein Ausbildungshemmnis. Wir haben weniger das Problem des Ausbildungshemmnisses als vielmehr das Problem, dass die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zu schlecht sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

73 % der Köche haben einen Haupt- oder einen Realschulabschluss. Die sind während ihrer Ausbildung unter 18 Jahre alt. Das heißt, Sie wollen eigentlich ohne Not die Bedingungen verschärfen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Den Realitäten anpassen!)

Ich kann das nicht nachvollziehen. Wenn vom Sozialministerium – –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Den Realitäten anpassen!)

(Siegfried Lehmann)

– Herr Wetzel, Ihre unqualifizierten Zwischenrufe bringen auch nichts.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie die Arbeitsbedingungen von solchen Beschäftigten aussehen, stoßen Sie auf Hilferufe. Mich hätte wirklich gefreut, wenn Sie in Ihrer Stellungnahme an einem Punkt auch über die prekären Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich ein Wort verloren hätten. Aber nein, die Gründe, warum Ausbildungsabbrüche stattfinden, werden von Ihnen lapidar so dargelegt: Das hat irgendwelche anderen Ursachen, aber die liegen nicht in der Ausbildung begründet. Das ist hanebüchen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Schauen Sie einmal in ein Onlineforum, an das sich die Jugendlichen wenden. Da schreibt z. B. ein 16-jähriger Koch, nach seinem Chef müsse er sechs Tage in der Woche – auch an Berufsschultagen und am Wochenende – arbeiten,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist auch schon nicht erlaubt!)

und das von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr und weiter von 17:00 Uhr bis 2:00 Uhr in der Nacht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist nicht erlaubt!)

Sie wollen in den Zeiten, in denen das große Geschäft abläuft, nämlich nach 23:00 Uhr, Jugendliche die Arbeit machen lassen. Da steht, muss ich sagen, nicht die Ausbildung im Vordergrund, sondern das Geschäft, das hier betrieben werden soll.

Mehr dazu in der zweiten Runde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kurtz für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lehmann, jetzt sage ich vor der Klammer: Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat bei der CDU absolute Priorität. Wenn Sie sich die Kinderschutzkonzeption der Sozialministerin anschauen, werden Sie sehen, dass wir in Baden-Württemberg im Gegensatz zum Bund ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht haben. Wenn Sie die vielfältigen Präventionsmaßnahmen für Jugendliche in Baden-Württemberg betrachten, dann erkennen Sie unschwer: Im „Kinderland“ Baden-Württemberg genießt der Jugendschutz einen hohen Stellenwert. Das gilt gleichermaßen für den Jugendarbeitsschutz.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Blabla!)

Aber gleichzeitig ist es uns ein ganz großes Anliegen, die Jugendlichen beim Übergang von Schule zum Beruf zu begleiten; denn eine gute Berufsausbildung ist ein wichtiges Fundament, um in der Mitte der Gesellschaft ein selbstverantwort-

liches Leben zu führen. Auch das ist der CDU ein ganz großes Anliegen.

In diesem Zusammenhang muss es auch einmal erlaubt sein, genau hinzuschauen, ob es Hemmnisse gibt, die Ausbildungsplätze blockieren.

Wenn der Hotel- und Gaststättenverband behauptet, er könne eine große Zahl zusätzlicher Ausbildungsplätze gerade für Haupt- und Realschüler zur Verfügung stellen, wenn diese Jugendlichen, die dann zumeist unter 18 Jahre alt sind, auch sinnvoll in den betrieblichen Ablauf integriert werden können, dann ist es unsere Pflicht, da einmal genau hinzuschauen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dann müssen wir auch das Jugendarbeitsschutzgesetz in den Blick nehmen. Dort ist geregelt, dass Jugendliche in der Regel nur bis 20:00 Uhr arbeiten dürfen, im Hotel- und Gaststättenbereich bis 22:00 Uhr. An Samstagen dürfen sie überhaupt nicht arbeiten.

In den 30 Jahren, seitdem das Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet wurde, hat sich aber einiges geändert. Nicht nur die Ladenöffnungszeiten wurden flexibilisiert und erweitert, sondern der Lebensrhythmus insgesamt in Deutschland hat sich doch sehr in den Abend hinein verschoben. In vielen Restaurants, Gaststätten und Hotels kommen die Gäste überhaupt erst später, und sie bleiben dann auch länger. Der Lehrling muss dann nach Hause geschickt werden,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Dann müssen die heim!)

wenn die Küche noch nicht aufgeräumt ist, wenn das Lokal noch voller Gäste ist. Die haben noch nicht gezahlt, ihr Trinkgeld noch nicht verteilt, und der Jugendliche sieht eigentlich gar nicht ein, warum er jetzt gehen muss. Er soll ja nicht insgesamt länger arbeiten, er soll nur eine Stunde später arbeiten dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Auch die Arbeitsschichtzeiten, die da vorgegeben sind, sollte man noch einmal daraufhin überprüfen, ob sie dem betrieblichen Ablauf besser angepasst werden können. Herr Lehmann, mit „Schleifen“ des Jugendarbeitsschutzes hat das überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Doch! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Ich denke, Jugendliche wollen gefordert werden. Sie möchten und sollen auch echte Betriebsabläufe kennenlernen. Es ist doch gerade die Stärke der dualen Ausbildung, dass sie nicht in einer Lehrküche oder einer Lehrwerkstatt stattfindet, sondern im echten Leben.

Das ist natürlich nicht immer angenehm. Ich weiß es aus der eigenen Familie: Das Hotel- und Gaststättengewerbe ist eines der härtesten. Das muss man zugeben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

(Sabine Kurtz)

Aber wer dort eine Ausbildung genießt, der hat danach wirklich etwas fürs Leben gelernt. Sie zitieren den 16-Jährigen aus einem Chatroom, Herr Lehmann. Aber Sie kennen auch den 16-Jährigen, der, wie er selbst sagen würde, „keinen Bock mehr“ auf Schule hat, der gern in die Praxis hinauswill und der jetzt noch zwei Jahre Warteschleife drehen soll, bis er volljährig ist und der Betrieb glaubt, dass er mit ihm etwas anfangen kann.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der wird 30, bis er fertig ist!)

Die Abbrecherzahlen – das haben Sie der Stellungnahme der Landesregierung entnommen – haben vielfältige Ursachen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Welche denn?)

Das dürfen Sie nicht so plakativ darstellen. Wenn man mit 16 Jahren einen Beruf wählt und es nicht der Traumberuf ist, dann kommt es sicherlich durchaus zu Wechseln und Abbrüchen. Aber ich glaube nicht, dass wir diese Zahlen, die Sie hier in den Raum stellen, zu hoch bewerten sollten. Dem Programm, das Sie vorschlagen, können wir daher nicht zustimmen.

Wir sind froh über die vielen Ausbildungsplätze, die im Hotel- und Gaststättenbereich zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir wären wirklich froh, es gäbe noch mehr davon. Denn diese brauchen wir gerade für die Haupt- und Realschüler so dringend, damit diese jungen Menschen nicht auf der Straße stehen.

Ich denke, wir sollten auch bei anderen Berufsfeldern noch einmal genauer hinhören. Ich höre z. B. aus dem Einzelhandels- und Großhandelskaufmannbereich, dass man einen Auszubildenden nicht auf einen Gabelstapler lassen darf. Da ist nicht der Gesetzgeber gefragt, sondern die zuständige Berufsgenossenschaft. Ich will die Bedenken nicht vom Tisch wischen. Es gibt immer wieder ernsthafte Unfälle, die zum Teil auch Todesfälle nach sich ziehen. Trotzdem muss man einmal prüfen, ob manches nicht zu bürokratisch ist. Ich meine, die Gewerbeaufsicht muss genau hinschauen.

Ich fordere auch den Hotel- und Gaststättenverband auf, genau nachzusehen, ob es bei den eigenen Verbandsmitgliedern schwarze Schafe gibt, und darauf zu achten, dass die eigenen Verbandsmitglieder die Gesetze einhalten und dass der Jugendarbeitsschutz beachtet wird.

Ihrem Antrag für eine Bundesratsinitiative können wir nicht zustimmen. Wir halten eine Bundesratsinitiative zum jetzigen Zeitpunkt für unsinnig. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da steht viel drin!)

dass „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe ... durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut“ werden.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

– Das steht im Bereich des Tourismus, Herr Lehmann.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ach, beim Tourismus! Das ist bezeichnend!)

Aber die Arbeitsgruppe, von der Sie gesprochen haben, tagt noch bis weit ins nächste Jahr hinein. Sie muss noch Forschungsaufträge abarbeiten. Deswegen gibt es zum momentanen Zeitpunkt keine Bundesratsinitiative, egal, mit welcher Stoßrichtung. Wir stimmen Ihrem Antrag nicht zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann für die Fraktion der SPD.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die inhaltlichen Ausbildungsziele können im Hotel- und Gaststättengewerbe im Rahmen der üblichen Arbeitszeit erreicht werden. Die Vermittlung der Ausbildungsinhalte ist innerhalb der vom Arbeitgeber mit dem Auszubildenden vereinbarten Arbeitszeit möglich. Die Begrenzung der höchstzulässigen Arbeitszeit nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz hat darauf keinen Einfluss.

So steht es in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag der Grünen. Man fragt sich, wie es zu den Weiterungen kommt, die dort drinstehen.

Im Antrag wird durch die Antragsteller bestätigt, dass es im Hotel- und Gaststättengewerbe 45 000 Ausbildungsplätze gibt, also 15 % aller Arbeitnehmer in diesem Bereich. Das sind überdurchschnittlich viele. Es wird bestätigt, dass weit über 30 % der Azubis die Ausbildungsverträge auflösen. Es wird bestätigt, dass, wenn die Ausbildung abgeschlossen ist, zwei Drittel der ehemaligen Auszubildenden die Branche verlassen. Trotzdem kommen die Antragsteller zu dem im Antrag enthaltenen Beschlussvorschlag.

Glauben Sie ernsthaft, dass Sie mit einer Aufweichung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, indem Sie die abendliche Beschäftigungszeit von 22:00 Uhr auf 23:00 Uhr verlängern wollen, etwas Attraktiveres schaffen, um die Abbrecherquote zu vermindern?

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Glauben Sie denn ernsthaft, dass Sie mit einer Verschlechterung der Arbeitssituation die Quote derjenigen vermindern, die nach dem Ende ihrer Ausbildung in einer anderen Branche tätig sein wollen?

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Glauben Sie tatsächlich – das steht in der Stellungnahme zum Antrag drin –, dass eine Erweiterung der Schichtzeiten auf zwölf Stunden, weil elf ja zu wenig seien – inklusive der Pausen, versteht sich –, angesagt sei? Ich sage Ihnen: Das glauben Sie selbst nicht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Doch! Woher wollen Sie wissen, dass ich das nicht glaube? – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die von der FDP glauben alles!)

(Rudolf Hausmann)

– Weil es offensichtlich falsch ist, Herr Wetzel. Darum kritisieren wir in aller Deutlichkeit, was Sie da gerade produzieren. Es ist offensichtlich falsch, und zwar ist es im wohlverstandenen Interesse der Branche falsch, vor allem jedoch im wohlverstandenen Interesse der Auszubildenden. Die Frage ist, ob es denn nicht viel sinnvoller wäre, sich einen Kopf darüber zu machen, ob die Ausbildungsbedingungen verbessert werden könnten, um die Abbrecherquote zu reduzieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Frage lautet, ob sich Politik, DEHOGA und Gewerkschaften eventuell an einen Tisch setzen und überlegen, wie man es schaffen kann, die tatsächliche Arbeitssituation auch der späteren Beschäftigten so zu verbessern, dass nicht zwei Drittel der Ausgebildeten die Branche verlassen. Die Frage lautet, ob es nicht angeraten wäre, sich, statt Verschlechterungen vorzunehmen, Gedanken darüber zu machen, wie die Rahmenbedingungen insgesamt verbessert werden könnten, um mittel- und langfristig genügend Arbeitskräfte zu haben.

Azubis haben wir genügend. Wir haben sogar deutlich mehr als in anderen Branchen. Es ist eher kritisch, dass Vollerwerbstätige in dieser Branche im Vergleich zu Azubis nur unterdurchschnittlich vertreten sind.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, klar. Gern.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Dr. Wetzel, bitte sehr.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wenn es uns weiterbringt!)

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Kollege Hausmann, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Ausgebildeten aus Gastronomie und Hotellerie in Deutschland mit zu den Besten auf der ganzen Welt gehören und dass die in diesen Berufen Ausgebildeten aus Deutschland auf der ganzen Welt gesucht werden?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist das für ein Argument? – Heiterkeit)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ich frage mich gerade, welche Bedeutung diese Frage hat.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ich erkläre es Ihnen!)

– Sie brauchen es nicht zu erklären. Niemand stellt infrage, dass wir im Hotel- und Gaststättengewerbe hoch qualifizierte Ausgebildete haben, dass dort sehr engagierte Leute arbeiten. Das ist keine Frage. Das ist aber überhaupt nicht das Thema.

Das Thema ist ein ganz anderes: Sie wollen die Ausbildungssituation verschlechtern. Die Frage ist: Warum machen Sie das angesichts der dramatischen Zahl von zwei Dritteln, die nach ihrer Ausbildung aufhören?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir wollen es verbessern!)

– Herr Wetzel, wenn die Bedingungen besser wären, würden nicht zwei Drittel nach ihrer Ausbildung aufhören. Es würden auch nicht ein Drittel der Azubis noch während der Ausbildung aufhören, wenn die Ausbildungsbedingungen verbessert wären.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Woher wissen Sie das?)

Sie nehmen nicht seriös und ernsthaft Stellung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich schaue Ihre Stellungnahme zu diesem Thema an. Vor drei Jahren haben Sie mit Ihrer Bundestagsfraktion in einem Gesetzentwurf festgestellt, dass Sie deswegen für die Erweiterung der Arbeitszeit sind, weil es in der Zwischenzeit „frühere Reifeprozesse ... der über 16-Jährigen gibt“. Zur gleichen Zeit beklagte der DEHOGA im Rahmen einer Anhörung „nachlassende Ausbildungsreife“. Das sind völlig konträre Argumente. Das ist aber auch völlig egal, weil das nur eine Rechtfertigung sein soll und nur ideologisch bedingt ist, um irgendeiner Liberalisierung oder Pseudoflexibilisierung

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: „Irgendeiner“!)

das Wort zu reden. Das ist keine seriöse und keine korrekte Politik, die Sie hier machen.

Ich gebe Ihnen noch ein anderes Beispiel.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich bin gleich fertig. – Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, es gebe keinen Hinweis darauf, dass „körperliche Überforderung oder überlange Arbeitszeiten“ tatsächlich Gründe dafür sind, dass die Ausbildungsabbruchquote so hoch sei. Fünf Sätze weiter schreiben Sie – ich zitiere wiederum –:

Erkenntnisse oder Auswertungen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Auszubildende ihren Ausbildungsberuf im Hotel- und Gaststättengewerbe aufgrund körperlicher Überforderung abbrechen, liegen nicht vor.

Jetzt frage ich Sie: Wenn Erkenntnisse nicht vorliegen, wie können Sie dann behaupten, dass das nicht die Ursache für die hohe Abbrecherquote ist? Ihnen ist anscheinend völlig egal, welche Argumentation tatsächlich vorliegt. Ihnen geht es darum, da etwas durchzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit enorm überzogen.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ich bin gleich fertig. – Das Argument Real- und Hauptschule ist ein Scheinargument. Untergraben Sie nicht weiterhin den Jugendarbeitsschutz, unter-

(Rudolf Hausmann)

stützen Sie in Ihrem Interesse das Gewerbe, dass die Arbeitsplätze und die Ausbildungsbedingungen besser werden, und lassen Sie vor allem die Hände weg von den Schutzrechten derjenigen, die eigentlich Ihre Unterstützung brauchten.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD:
Dem ist nichts hinzuzufügen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer die im Antrag formulierten Fragen und die Antragsbegründung gelesen hat und angesichts der Stellungnahme dazu gehört hat, Herr Lehmann, mit welchen Falschdarstellungen, Unterstellungen und gegriffenen Zahlen Sie hier argumentieren, der kann nur eines sagen: Dieser Antrag und die Rede, die ich hier gehört habe, sind ein Schlag ins Gesicht einer Branche,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

die verantwortlich und vorbildlich das gemacht hat, was wir von allen Branchen erwarten, nämlich z. B. allen Jugendlichen zunächst einmal eine Chance auf eine erste Berufsausbildung zu bieten. Wir waren immer der Meinung, dass dies, auch wenn es vielleicht nicht der Wunschberuf ist und man danach einen anderen Berufsweg wählt, immer sinnvoll ist. Frau Kollegin Kurtz hat es gesagt: Es ist sinnvoll, eine Erstausbildung zu machen.

Wenn ich dann noch lese, dass Sie kritisieren, dass der Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Angestellten zu hoch sei, dann frage ich: Wollen Sie womöglich eine Quote, über die hinaus man keine Auszubildenden mehr einstellen darf, einführen?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja, natürlich! Alles reglementieren!)

Das ist doch genau das Gegenteil dessen, was wir in der Politik immer von allen in der Wirtschaft Tätigen verlangen, nämlich dass sie über Bedarf ausbilden sollen. Nun macht es eine Branche, und jetzt ist es auch nicht recht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wenn man dann noch in der Begründung liest,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja, welche denn?)

dass es sich da sehr häufig um sehr kleine Betriebe handelt, in denen der Chef oder die Chefin als Inhaber nicht sozialversicherungspflichtig sind, wird klar: Wenn die vielleicht zu zweit oder zu dritt sind und einen Auszubildenden haben, dann haben sie natürlich eine Riesenquote, die nicht bei 10 % liegt. Das ist doch klar. Sie nehmen die Argumente, die die Regierung nachvollziehbar dargelegt hat, einfach überhaupt nicht wahr. Das ärgert mich ein bisschen.

Bei dem Thema „Lösung von Verträgen“ ist es genauso. Eine der Begründungen dafür ist doch bereits in der Stellungnah-

me erwähnt, dass es nämlich sechs Berufsbilder gibt, die im ersten Jahr grundständig gleich sind. Häufig wechselt jedoch z. B. derjenige, der als Restaurantfachkraft angefangen hat, nachher zur Hotelfachkraft, und dies wird als Lösung des Vertrags bezeichnet.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist doch Quatsch!)

Daran sieht man doch, wie man mit Statistiken Schindluder treiben kann: Sie lösen zwar den speziellen Vertrag auf, bleiben jedoch in der Branche, und das nehmen Sie jetzt als Beweis, dass dort massenhaft Verträge gelöst werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe hier im Saal bitten.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt zum „Schleifen“ des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es geht mir um die Zeitkorridore, nicht um die Gesamtarbeitszeit. Das ist wichtig. Denn es wird immer so getan, als müssten alle von morgens 8:00 Uhr bis abends um 23:00 Uhr arbeiten; diesen Eindruck haben Sie vermittelt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!
Ganz übel!)

Es soll Berufe geben, in denen man am Wochenende arbeiten muss. Vorhin haben wir von der Polizei geredet. Wenn man einen Beruf in der Gastronomie anstrebt, weiß man, dass man andere Arbeitszeiten hat als in anderen Berufen. Manche machen das übrigens ganz bewusst, weil man dann z. B. unter der Woche frei hat. Dafür gibt es schon heute Gesetze, die eingehalten werden müssen. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

Deshalb glaube ich – das ist auch ein Hinweis –, dass es wichtig ist, den jungen Menschen schon während der Schulzeit – da sind wir beim Thema „Werkrealschule, stärker berufsorientierte Ausbildung“ – realistische Vorstellungen über das Berufsbild zu vermitteln. Dazu stehen wir schon.

Jetzt kommt das Entscheidende, diese eine Stunde nachts, um die es offensichtlich geht. Ich sage dazu: Wir stehen dazu, dass in unserem dualen Ausbildungssystem der Arbeitgeber die Verpflichtung zur Ausbildung hat; das ist keine Frage. Aber er sollte auch ein bisschen davon profitieren, indem er in der Hauptgeschäftszeit Zugriff auf die Leute hat, und hinsichtlich der Hauptgeschäftszeit ist die Gastronomie nun einmal nicht mit anderen Branchen vergleichbar.

Deswegen halten wir es für akzeptabel, dass man sagt: Bis 23:00 Uhr ist Arbeit zumutbar – natürlich nur dann, wenn mittags eine Pause gewährt wird; das ist überhaupt keine Frage.

Es ist auch schon gesagt worden: Wir müssen doch einfach einmal die Realitäten sehen. Zu der Zeit, als das Jugendarbeitsschutzgesetz mit Arbeitszeiten bis spätestens 20:00 Uhr allgemein und spätestens 22:00 Uhr in der Gastronomie nor-

(Dr. Ulrich Noll)

miert worden ist, hatte man, so erinnere ich mich, als junger Mensch um 22:00 Uhr im Bett zu sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na! Jetzt einmal ehrlich! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, natürlich!)

Jetzt wissen viele von uns, dass heutzutage derjenige, der nicht gegen 22:00 Uhr oder noch später aus dem Haus geht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

um dann in die Disco oder sonst wohin zu gehen, nicht mehr en vogue ist.

(Zuruf: Uncool! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht die 16-Jährigen!)

Das heißt, die Realitäten haben sich doch völlig geändert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht die 16-Jährigen!)

Das heißt, es ist doch kein „Schleifen“ des Jugendschutzes, wenn man ermöglichen will, dass im gastronomischen Bereich junge Menschen auch dann, wenn sie unter 18 Jahre alt sind, eine Ausbildung machen können, indem wir diese eine Hürde beseitigen, damit die Beschäftigten dann, wenn das Geschäft brummt, auch tatsächlich eingesetzt werden können. Ich finde, das wäre eine flexible Anpassung an heutige Bedingungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht!)

Daher glaube ich, wir sollten uns nicht wechselseitig die Sorge um den Schutz der jungen Menschen bei der Ausbildung absprechen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir wollen das zeitgemäß an die Bedingungen der heutigen Zeit anpassen. Wir sollten vor allem nicht ein Berufsbild schlechtreden – das tun Sie hier –, das inzwischen Gott sei Dank ein ganz anderes Image hat.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Tatsächlich finden solche Leute, die eine grundständige Ausbildung durchlaufen hatten, manchmal eine Anstellung im Krankenhaus, im Pflegeheim usw.

Allerletzte Bemerkung: Offensichtlich wollen Sie Ihre Vorurteile nicht widerlegen lassen. Sie haben offensichtlich nicht mit dem DEHOGA gesprochen. Ich lese und höre immer, dass Sie von „die DEHOGA“ reden, möglicherweise weil der letzte Buchstabe ein A ist. Es heißt aber „der DEHOGA“, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband. Da sollten Sie einmal mit Leuten wie Eva Rühle aus Bad Urach, die für die Lehrlingsausbildung, die Azubi-Ausbildung in Baden-Württemberg zuständig ist, reden und sich zeigen lassen, welche

hoch qualifizierte, tolle Ausbildung da geboten wird. Schwarze Schafe gibt es überall; die finden sie dann schon heraus.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Aber das alles insgesamt madig machen zu wollen, halte ich für falsch.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte beenden Sie jetzt Ihre Rede.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Insbesondere sollte man es nicht an dieser einen Frage, ob man das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht ein bisschen flexibilisieren könnte, festmachen.

Wir lehnen den Antrag, mit dem Sie diese Flexibilisierung verhindern wollen, natürlich ab.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da bin ich einmal gespannt, was ihr jetzt macht! Ihr hättet ja die Macht! Ich bin gespannt, ob diese Bewerbungsrede ernst gemeint war!)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein in Baden-Württemberg wurden bis zum 30. September dieses Jahres rund 76 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, viele davon wiederum im Hotel- und Gaststättengewerbe. Für jeden einzelnen Jugendlichen bedeutet der Beginn einer Ausbildung eine große Umstellung und eine große Herausforderung. Wir müssen daher gemeinsam darauf achten, dass diese jungen Menschen im Arbeitsleben vor Überforderung und vor gesundheitlichen Gefahren geschützt werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Jugendarbeitsschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1976. Wir alle wissen, dass sich unsere Gesellschaft und insbesondere die Berufswelt seit dem Jahr 1976 weiterentwickelt haben. Denken wir nur an die Vielzahl der neuen Ausbildungsberufe, die seit 1976 entstanden sind. Es ist daher unter allen Beteiligten unbestritten, dass das Jugendarbeitsschutzgesetz einer Novellierung bedarf.

Seit September 2006 bereitet eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe diese Novelle auf Fachebene vor. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe noch vor der Sommerpause 2010 zu präsentieren. Das heißt, das Thema ist also nicht, wie von manchen befürchtet, Bestandteil des sogenannten 100-Tage-Programms der Bundesregierung.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Aber Sie geben schon heute die Antwort auf nicht bekannte Ergebnisse!)

Auch der neue Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht in der Tat vor, dass Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise muss uns die Beschäftigung Jugendlicher

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

besonders wichtig sein. Dabei müssen wir zum einen den Bedürfnissen der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen und zum anderen den organisatorischen Bedürfnissen der Betriebe Rechnung tragen. Kurzum: Wir müssen Ausbildungshemmnisse abbauen.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Gern wird dabei suggeriert, dass eine Flexibilisierung in der Ausbildung gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Ausbildung für die Jugendlichen sei. Das ist falsch. Da müssen wir schon genauer hinschauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Eine Verschiebung der Nachtruhe und der Schichtzeiten um jeweils eine Stunde, also von 22:00 Uhr auf 23:00 Uhr, schafft nach einer Umfrage des Hotel- und Gaststättenverbands bis zu 2 000 zusätzliche Arbeitsplätze für Minderjährige. Das ist insbesondere für Haupt- und Realschüler ein zusätzliches Ausbildungspotenzial.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wie ist das begründet?)

Dabei bliebe die tägliche Arbeitszeit für die Jugendlichen unangetastet, lieber Kollege Winkler. Die ausbildenden Betriebe könnten die Auszubildenden so jedoch besser in den betrieblichen Ablauf einplanen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch beide Seiten im Auge behalten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Herr Kollege Dr. Noll hat es vorhin zu Recht angesprochen. Als Eltern wissen wir schon lange, dass die Teenager in ihrer Freizeit erst nach 22:00 Uhr in die Disco gehen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber doch nicht ins Restaurant!)

Es kann also, liebe Frau Kollegin Lösch, nicht so schlimm sein und bedeutet schon gar nicht den Untergang des Abendlands, wenn Jugendliche in einem Alter, mit dem es ihnen rechtlich möglich ist, nach 22:00 Uhr vor dem Tresen zu stehen, hin und wieder auch einmal zwischen 22:00 Uhr und 23:00 Uhr hinter dem Tresen stehen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht doch schon heute! Das ist doch lächerlich! – Zuruf: Sehr gut!)

Lieber Herr Kollege Lehmann, nun zu der von Ihnen angesprochenen Abbrecherquote. Nach einer aktuellen Statistik des Deutschen Gewerkschaftsbunds nehmen nicht die Gaststättenberufe, sondern der Beruf der Einzelhandelskauffrau bzw. des Einzelhandelskaufmanns den Spitzenplatz bei der Abbrecherquote ein.

Für den Abbruch einer Ausbildung gibt es viele Gründe. Die Gründe hierfür sind aber nicht nur in der körperlichen Überbelastung und in überlangen Arbeitszeiten zu sehen.

Im Bereich der Gastronomie gibt es sechs Ausbildungsberufe, bei denen das erste Lehrjahr identisch ist. Auch das hat Herr

Kollege Dr. Noll vorhin angesprochen. Das erste Ausbildungsjahr zur Hotelfachfrau und das erste Ausbildungsjahr zur Restaurantfachfrau sind identisch. Wechselt man zwischen diesen beiden Ausbildungsberufen, so wird dies in der Statistik als Abbruch registriert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann ändert doch die Statistik!)

Es ist wichtig, dass sich die Jugendlichen vor Beginn der Ausbildung ein realistisches Bild vom gewählten Beruf machen, am besten über ein Praktikum. Die Möglichkeiten hierzu müssen mit der Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes übrigens ebenfalls verbessert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Beschlussteil dieses Antrags ist aus unserer Sicht erledigt. Die Landesregierung wird die Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes im Interesse der Jugendlichen weiterhin mit Sachverstand und mit Augenmaß begleiten, wie sie es bisher bereits getan hat. Sie können sicher sein, dass wir dabei die richtige Balance zwischen dem notwendigen Schutz einerseits und zu starker Reglementierung andererseits finden werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes anmerken: Der DEHOGA ist einer der Partner im Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg. Aufgrund des überdurchschnittlichen Engagements der Bündnispartner ist es auch im Jahr 2009 wieder gelungen, allen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten und eine Perspektive zu bieten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unser gemeinsames Anliegen muss sein, auf diesem Weg voranzuschreiten. Wir sind für die Unterstützung dafür von allen Seiten in diesem Hohen Haus dankbar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Lehmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Die Debatte hat einiges zutage gebracht. Frau Kurtz, Sie haben gesagt – das ist wirklich bemerkenswert –, der Jugendliche sehe nicht ein, dass er nicht länger arbeiten dürfe und vielleicht sein Trinkgeld nicht bekomme; deswegen habe er auch ein Interesse daran, während seiner Ausbildung nach 22:00 Uhr in der Gastronomie zu arbeiten. Glauben Sie das, was Sie da gesagt haben, wirklich? Ich glaube es nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das glaubt nicht nur Frau Kurtz, das glauben auch wir!)

Das ist wirklich hanebüchen.

Was die Festlegungen der neuen Bundesregierung zu den geplanten Änderungen im Jugendarbeitsschutzgesetz angeht, bin ich denen auf den Leim gegangen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wer ist wem auf den Leim gegangen?)

(Siegfried Lehmann)

Wo suche ich im Koalitionsvertrag eine Aussage zum Jugendarbeitsschutzgesetz? Natürlich im Bereich „Arbeit und Soziales“. Wenn Sie das Thema aber im Bereich Tourismus verankern, zeigen Sie damit auch, was Sie wollen.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Sie haben nicht die Jugendlichen, nicht die Ausbildung im Blick. Vielmehr geht es darum,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

hier billige Arbeitsplätze zu schaffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Arbeitskräfte!)

Wir haben in Baden-Württemberg in den letzten Jahren 15 % an Ausbildungsplätzen im Hotel- und Gaststättengewerbe hinzugewonnen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Loben Sie doch die Arbeitgeber!)

Parallel dazu, Herr Wetzel, ist die Beschäftigung in dieser Branche um 1,5 % zurückgegangen. Ich kann Ihnen als Berufsschullehrer eine ganze Menge an Beispielen nennen, wie junge Menschen an den Arbeitsbedingungen, die zum Teil bestehen, verzweifeln. Sie tun das einfach ab und sagen: „Die müssen sich erst einmal einpassen.“ Damit verkennen Sie, Herr Staatssekretär, dass 70 % derjenigen, die das Hotel- und Gaststättengewerbe verlassen, diesen Schritt damit begründen, dass die Arbeitsbedingungen nicht erträglich sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wenn Sie das ignorieren, blenden Sie einen wichtigen Punkt aus. Wenn Sie eine hohe Qualität in der Ausbildung haben wollen, müssen Sie die Ausbildung attraktiver machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Aber mit dem, was Sie hier vorschlagen, machen Sie die Ausbildung für die Jugendlichen nicht attraktiver. Vielmehr machen Sie sie weniger attraktiv. Sie werden die Abbrecherzahlen noch weiter erhöhen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das ist die Konsequenz – nicht eine qualifizierte und gute Ausbildung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Jugendarbeitsschutzgesetz hat es schon in früheren Jahren eine Absenkung der Schutzrechte gegeben. Es ist notwendig, die Ausbildung auch in der Gastronomie wieder zum Schwerpunkt zu machen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das Jugendarbeitsschutzgesetz sah früher für über 18-Jährige, die in der Ausbildung sind, auch den verpflichtenden Besuch der Berufsschule vor. Diese Bestimmung ist seit einigen Jahren nicht mehr im Jugendarbeitsschutzgesetz enthalten. Auszubildende über 18 Jahren müssen nicht mehr zwingend den Berufsschulunterricht besuchen. Das finde ich unmöglich.

Sie fordern die Erweiterung der Schichtzeiten von elf auf zwölf Stunden. Sie sagen weiter: „Wenn der Jugendliche am nächsten Tag Berufsschulunterricht hat, darf er eben nur bis 20:00 Uhr arbeiten.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da kann er eh schlafen!)

Wenn die Qualität der Ausbildung im Vordergrund steht, dann sollte er doch, wenn danach ein Berufsschultag folgt, um 18:00 Uhr fertig sein, damit er sich noch vorbereiten kann. Vielleicht muss er noch Hausaufgaben machen. Er muss sich auf das vorbereiten, was kommt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ausgehen können! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es wäre viel zu spät, Hausaufgaben am Abend vorher zu machen! Das wissen Sie auch!)

– Ja, ja. Das wissen Sie auch.

Sie wollen doch nicht im Ernst die Ausbildungsqualität verschlechtern.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Deswegen bitte ich: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und nehmen Sie Abstand von Ihrem Irrweg,

(Oh-Rufe von der CDU)

über eine Verschlechterung der Standards im Jugendarbeitsschutzgesetz die Jugendlichen in der Ausbildung schlechterzustellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/3379 kann für erledigt erklärt werden.

Über Abschnitt II dieses Antrags haben wir abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Naturschutzgroßprojekt im Schwarzwald – Drucksache 14/3430

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Bayer für die Fraktion der SPD, bitte.

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Ausführungen mit einem kurzen Zitat beginnen, das folgendermaßen lautet:

Der Nordschwarzwald gehört zu den größten unzerschnittenen Naturräumen Deutschlands. Er ist geprägt durch weitläufige Wälder mit naturnahen, hochmontanen Bergwäldern, Hochmooren, Karseen und Bergweiden ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Christoph Bayer SPD: Danke, Frau Präsidentin.

Alle Flächen sind Lebensräume für eine Vielzahl seltener und bedrohter Tierarten von nationaler und internationaler Bedeutung ...

Das ist ein Zitat aus der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag, der inzwischen über ein Jahr alt ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber es stimmt trotzdem!)

Was wollten wir damals erreichen? Wir wollten erreichen, dass sich die Landesregierung energisch für die Durchführung des Naturschutzgroßprojekts im Nordschwarzwald einsetzt und die entsprechenden Kofinanzierungen für die in Aussicht gestellten Bundesmittel bereitstellt.

Leider haben die beteiligten Kommunen und Landkreise den Zuschlag vom Bund nicht bekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bedauern wir auch!)

Vielleicht hätte ein noch energischerer Einsatz des Landes Besseres bewirkt. Wir wissen es nicht. Die Herausforderung allerdings bleibt erhalten. Sie heißt, aus dem derzeitigen Flickenteppich von Natura-2000-Gebieten, von Schutzgebieten ganz unterschiedlicher Kategorien, die vom einfachen Landschaftsschutzgebiet bis zum Naturschutzgebiet nach § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes reichen, ein Naturschutzgroßprojekt entstehen zu lassen.

Das ist auch dringend geboten, meine Damen und Herren. Der rasante Artenschwund ist keineswegs gestoppt. Die Biodiversität nimmt weiter ab. Die Zerschneidung und Zersiedelung von Landschaft geht weiter. Von einzelnen Erfolgen im Speziellen einmal abgesehen ist die Gesamtentwicklung im Naturschutz nach wie vor eher ernüchternd.

Deswegen wollen wir, dass die im Antrag zusammengefassten Intentionen der Landkreise und Kommunen weiterhin verfolgt werden, auch wenn das beantragte Naturschutzgroßprojekt zunächst nicht zustande gekommen ist, weil die Bundesmittel dafür leider nicht zur Verfügung stehen.

Die beteiligten Landkreise, Kommunen und Bürgermeister haben bei der Erarbeitung des Konzepts ein beispielhaftes Engagement gezeigt. Das darf nicht brachliegen bleiben. Die Ideen, die Konzeption und das Engagement müssen im Sinne einer deutlichen Verbesserung des Naturschutzes im Nordschwarzwald weiterhin genutzt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen schon seit etlichen Jahren, dass im Schwarzwald ein großes Schutzgebiet errichtet wird. Dort, wo das geschehen ist, beispielsweise im Hochharz oder im Bayerischen Wald, hat sich sehr schnell herumgesprochen, dass die Gemeinden und die Menschen mehr davon profitieren, als sie erwartet haben. Die Befürchtungen vor einem wirtschaftlichen Niedergang haben sich jedenfalls nicht bestätigt.

Noch immer stehen einem Naturschutz, der mehr oder weniger als Käseglocke verstanden wird, sehr viele skeptisch gegenüber, weil sie befürchten, dass damit Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten werden. Dass sich im Gegenteil aber neue Chancen auftun, wird oft übersehen.

Das Naturschutzgroßprojekt hätte ein erster Schritt sein können. Wir haben mehrfach deutlich gemacht, dass wir diesen Weg gehen wollen. In diesem Zusammenhang wäre auch ein erst kürzlich von uns eingebrachtes Anliegen zur Waldwirtschaft besonders gut umsetzbar, nämlich das Anliegen, den Anteil von Bann- und Schonwäldern sukzessive zu erhöhen. Die großflächigen und dichten Wälder des nördlichen Schwarzwalds würden sich besonders gut dafür eignen.

Wir sind froh, dass wir mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb endlich ein Großschutzgebiet in unserem Land haben. Aber das muss nicht das einzige bleiben. Der Schwarzwald – gestatten Sie mir als einem Schwarzwälder, dies so deutlich zu sagen – als Region, als Naturraum, als Heimat zahlloser seltener Tier- und Pflanzenarten ist bestens prädestiniert, auch ein Standort für ein weiteres Großschutzgebiet zu sein.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Die Wiederkehr des Luchses und der Wildkatze sind weitere Indikatoren. Auch deshalb müssen wir unsere Anstrengungen verstärken.

In einem Entwicklungsnationalpark bzw. einem Biosphärengebiet wäre es gewiss deutlich einfacher, Konzepte zu entwickeln, die in der Bevölkerung dann auch die nötige Akzeptanz erhalten.

Machen Sie sich also die Ziele und die Projekte dieses ohnehin bereits konzipierten Naturschutzgroßprojekts zu eigen, und setzen Sie diese soweit nur irgend möglich gemeinsam mit den beteiligten Kreisen und Kommunen um – auch ohne den Bund. Dann, meine Damen und Herren, wäre die Errichtung eines Entwicklungsnationalparks oder eines Biosphärengebiets in einigen Jahren lediglich die folgerichtige Konsequenz.

Wegen der inzwischen veränderten Sachlage – wie gesagt: der Antrag ist über ein Jahr alt – beantragen wir die Überweisung des Antrags an den zuständigen Ausschuss und hoffen, damit und mit der erneuten Diskussion hierüber dem Projekt eine neue Perspektive geben zu können.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm für die Fraktion der CDU.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin! Lieber Kollege Bayer, Sie haben völlig recht: Wir alle hätten dem Projekt natürlich den nötigen Erfolg gewünscht. Das wäre uns lieb und auch teuer gewesen; denn wir wären bei den Kosten mit 25 oder 30 % dabei gewesen.

Die regionalen Akteure aus Freudenstadt, Rastatt, Calw, dem Ortenaukreis und dem Stadtkreis Baden-Baden, die sich zusammengefunden hatten und die eine hervorragende Projektskizze vorgelegt haben, die federführend vom Naturschutzzentrum Ruhestein ausgearbeitet wurde, haben beim Bundeswettbewerb „Idee.Natur“ zunächst einmal den zehnten Platz erreicht. Sie sind also unter die ersten zehn Bewerber gekommen, sind letztlich aber doch nicht als förderwürdig anerkannt worden.

Es war großartig, wie die gesamte Region – ich kann das mit unserer Region in Bezug auf das Zustandekommen des Biosphärengebiets vergleichen – an einer zukunftsorientierten, zukunftsgerichteten Konzeption mitgearbeitet hat. Insgesamt sind über 300 Anträge eingegangen, von denen ein großer Teil tatsächlich auch in die Konzeption eingearbeitet werden konnte.

Lassen Sie uns noch einmal kurz darüber nachdenken, woran es denn gelegen haben kann, dass die Bewerbung nicht erfolgreich war.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Am Hauk!)

Wir wissen es letztlich nicht. Ich möchte jedoch ein paar Fragen stellen. War es die Gebietsgröße, die mit ca. 36 000 ha für ein solches Projekt eher ungewöhnlich war? War es die Projektsumme? Immerhin sind 13 Millionen € veranschlagt worden, und dieser Betrag ging weit über die eigentlich vorgegebenen 10 Millionen € hinaus. War es die Forderung der Region, statt einer Ausweisung der Projektkerngebiete als Naturschutzgebiet die rechtliche Absicherung durch Forsteinrichtungswerke vorzunehmen? Das wäre meines Erachtens eine Möglichkeit.

Zum anderen sollte man auch einmal darüber nachdenken, ob nicht fachliche Gesichtspunkte geltend gemacht wurden. Wir wissen es nicht. Auch der Widerstand der Sägeindustrie könnte eine Rolle gespielt haben; auch das wissen wir nicht. Möglicherweise sind dort Stimmen in Berlin respektive in Bonn laut geworden, die nicht unbedingt hilfreich waren.

Wir können – darin sind wir uns wahrscheinlich einig; wir sind zugegebenermaßen auch nicht ganz objektiv; das wollen wir gern zugestehen – die Entscheidung der Jury nicht nachvollziehen. Aber wenn so unterschiedliche Gruppen wie Naturschutzverbände und Hochschullehrer neben den Vertretern aus Verwaltung usw. miteinander eine Bewertung vornehmen, dann weiß ich nicht so recht, ob das nicht auch ein klein wenig Kaffeesatzleserei ist.

(Beifall des Abg. Fritz Buschle SPD)

Wir wollen aber – da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Kollege Bayer; ich finde es auch gut, dass Sie die Überweisung an den Ausschuss beantragen; wir sollten uns noch einmal darü-

ber unterhalten – den Blick in die Zukunft werfen, und wir wollen sicherstellen, dass möglichst viele Teilprojekte von denen, die hier initiiert worden sind – egal, unter welcher Prämisse –, realisiert werden können. Das ist im Interesse des Nordschwarzwalds. Sie haben völlig recht.

Wir alle sollten in dieser Diskussion im Ausschuss gemeinsam der Region den Rücken stärken, damit sich die guten Ideen umsetzen lassen, denn davon haben alle einen Nutzen. Ob es letztlich in einem Biosphärengebiet oder in einem anderen Projekt endet, ist zunächst einmal nicht wichtig.

Also Zustimmung. Wir sind mit dabei und wollen auch in dem Sinn, wie Sie es vorgetragen haben, Unterstützung gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich erteile Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stimmen darin überein, dass das Vorhaben, im Nordschwarzwald ein Naturschutzgroßprojekt auf den Weg zu bringen, Unterstützung verdient. Nun ist – wir haben es gehört – die Bewerbungsphase schon lange vorbei, und die Bewerbung des Nordschwarzwalds hat leider in der zweiten Stufe des Bundeswettbewerbs nicht reüssiert. Es ist einigermaßen müßig, über die Gründe zu spekulieren. Aber auch bei uns ist angekommen, dass es Widerstände vonseiten der Sägeindustrie gab. Wir nehmen an, dass das auch den Entscheiderinnen und Entscheidern beim Bund nicht verborgen geblieben ist, und das dürfte der Bewerbung nicht förderlich gewesen sein.

Herr Minister, Sie haben nach dem Erfolg der Bewerbung in der ersten Runde das von den Landkreisen Calw, Freudenstadt, Rastatt und dem Ortenaukreis sowie der Stadt Baden-Baden eingereichte Konzept als zukunftsweisend gelobt und als Meilenstein für den Erhalt der Biodiversität im Nordschwarzwald bezeichnet. Sie haben auch auf die Bedeutung des Projekts für den Erhalt der Auerhuhnpopulation im Nordschwarzwald hingewiesen.

Ein Konzept, das so viel Lob verdient, kann nun nicht in der Schublade verschwinden. Auch ohne Bundeszuschuss muss an der Umsetzung gearbeitet werden – darin sind wir uns alle einig –, denn die Erarbeitung von Konzepten, die Bildung von neuen Partnerschaften und Netzwerken, das Anstoßen von Prozessen, die auch ohne Bundeszuschüsse weiterlaufen, sollen und müssen ein Nebeneffekt der Bewerbung sein. Das gilt im Übrigen genauso für das Naturschutzgroßprojekt Baar, zu dem ja beim Bundeswettbewerb ebenfalls eine Ideenskizze eingereicht wurde.

Herr Minister, ich habe Sie im Juni in einem Schreiben gefragt, inwieweit das für den Nordschwarzwald erarbeitete Konzept auch ohne Bundesunterstützung weiterverfolgt wird und wie sich das Land diesbezüglich engagieren wird. Welche Antwort habe ich erhalten? Wie es weitergeht, das muss die regionale Trägerschaft überlegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das ist schon richtig!)

(Dr. Gisela Splett)

So weit, so richtig. Aber weiter: Das Ministerium Ländlicher Raum werde die Trägerschaft hierbei unterstützen. Unkonkreter geht es nicht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wieso? Er stimmt doch zu!)

Das Land hatte laut Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der SPD 250 000 € für die Umsetzung des Naturschutzgroßprojekts eingeplant. Wo sind diese Mittel jetzt? Sie müssen für die Umsetzung von Wildnisschutz, für die Umsetzung des Auerhuhn-Aktionsplans zur Verfügung stehen. Aber da sind wir genau beim Kern des Problems: Naturschutzkonzepte gibt es viele, aber Geld ist nicht in Sicht. Wir haben einen Auerhuhn-Aktionsplan, mit dessen Umsetzung es mangels Geldes nicht vorangeht.

In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Der Jäger in Baden-Württemberg“ wurde der Auerhuhn-Experte der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt sinngemäß mit dem Satz zitiert: Wegen mangelnder Haushaltsmittel ist die Umsetzung im Bereich Habitatgestaltung und naturnahe Waldwirtschaft im öffentlichen Wald noch unbefriedigend.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Solange Sie nichts zum Komoran sagen, geht es ja noch!)

– Nein, der hat im Nordschwarzwald nicht seinen Verbreitungsschwerpunkt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank!)

Das Alt- und Totholzkonzept der Landesregierung hat Lob von uns und von den Umweltverbänden bekommen – vom Konzept her. Aber solange die Forstämter Vorgaben dazu haben, wie viel Geld sie beim Finanzminister abzugeben haben, haben sie keinen Spielraum zur Umsetzung. Von den Umsetzungsproblemen im Privatwald will ich erst gar nicht reden.

Jahr für Jahr erwarten Sie in den Regierungsfractionen, dass Geld für neue Herausforderungen, neue Aufgaben, neue Projekte im Naturschutz aus dem mageren Naturschutzhaushalt herausgeschwitzt wird. Deswegen wird man nicht mehr herausfinden, wo die 250 000 €, von denen die Rede war, sind. Die sind nämlich schon x-mal verplant und schon mehrfach ausgegeben worden. Anstelle der Realisierung eines Naturschutzgroßprojekts wird der Naturschutz kleingespart.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha noi!)

– Ha doch!

Der Nordschwarzwald ist der Naturraum in Baden-Württemberg mit dem höchsten Waldanteil, das Gebiet, in dem Wildnis in unserer Kulturlandschaft noch die größte Chance hat. Wildnis und Wirtschaft sowie Wildnis und Tourismus schließen sich nicht aus. „Erlebbares Wildnis“ ist ein wichtiges Stichwort. Die Menschen, die im Schwarzwald Urlaub machen, wollen Natur erleben, wollen naturnahe, artenreiche Wälder auf erlebnisreichen Wegen und Pfaden erleben. Für Auerhuhn und Luchs interessieren sich nicht nur eingefleischte Naturschützer, sondern diese sind auch wichtige Botschafter für den Tourismus im Schwarzwald.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit Wildnis könnten wir auch national punkten. Auch die EU hat das Thema Wildnis erkannt. Nur 1 % der Fläche in Europa sind Wildnisgebiete. Das Bewusstsein für den Wert dieser Flächen steigt.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Ich muss jetzt ganz schnell zum Ende kommen. Ich will aber doch noch sagen, dass das Bundesprojekt natürlich einiges in Gang gebracht hätte. Aber auch ohne Bundesmittel muss sich das Land im Auerhuhnschutz engagieren, und es muss sich auch im Wildnisschutz engagieren. Das Land muss die Umsetzung der entwickelten Konzepte aktiv vorantreiben und insbesondere prüfen, inwieweit hier auch Tourismusmittel eingesetzt werden können.

Wir fordern Sie, Herr Minister, auf, den Naturschutz im Nordschwarzwald zusammen mit den Verantwortlichen in der Region voranzubringen und mehr als schöne Worte beizutragen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Bayer hat gesagt, er sei Schwarzwälder. Aber auch wir aus dem Rheintal und viele andere Menschen machen sehr gern Urlaub im Schwarzwald. Warum? Es ist eine herrliche Landschaft. Es gibt unterschiedliche Regionen. Unseren Schwarzwald zeichnet der Wechsel von urbanem Leben und beschaulichen Idyllen aus, und zwar vom Norden bis zum Süden. Deshalb ist es ein logischer Schritt – Kollegin Fauser hat dies auch unterstützt – der Landkreise Calw, Freudenstadt, Rastatt, des Ortenaukreises und des Stadtkreises Baden-Baden, an dem Bundeswettbewerb „Idee.Natur“ teilzunehmen.

Wir haben es gehört: Der Wettbewerb ist abgeschlossen. Unter 60 Teilnehmern praktisch ins Finale zu kommen ist ein sehr großer Erfolg für die Schwarzwaldkreise.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sind uns auch darin einig – das haben wir hier gehört –, dass sowohl die Konzeption als auch die Durchführung der Bewerbung insgesamt positiv zu bewerten sind. Wir wissen, die Schiedskommission hat sich leider für ein bayerisches Vorhaben entschieden. Das ist für die dortige Natur natürlich gut, aber wir wissen – da sind wir uns mit dem Landwirtschaftsminister einig –, dass auch der Nordschwarzwald die Kriterien für ein solches Naturschutzgroßgebiet erfüllt.

Meine Damen und Herren, wir im Land Baden-Württemberg können stolz sein auf ebendiese abwechslungsreiche Kulturlandschaft im Schwarzwald mit der Vielfalt an Lebensräumen, mit ihren Tier- und Pflanzenarten und mit ihrer Funktion als Erholungsraum für die Menschen. Deshalb gehört die Erhaltung dieses Gebiets für uns natürlich zu den vorrangigen gesellschaftspolitischen Aufgaben.

(Dieter Ehret)

Kollege Bayer hat jetzt den Rahmen gesteckt. Der Antrag ist zwar eigentlich uralte, aber wir müssen uns – da sind wir uns einig – darüber unterhalten, ob das praktisch ein Einstieg in eine ganz großflächige Ausweitung von Schutzgebieten ist – nicht nur im Nordschwarzwald, sondern flächendeckend über den ganzen Schwarzwald, eine flächendeckende Schutzgebietsausweisung – und in welcher Form und unter welchen Modalitäten wir diesen Schutzraum bestmöglich ausgestalten, damit wir dies auch durchsetzen können. Auch das ist angeklungen: Wir müssen da natürlich auch alle Beteiligten und Betroffenen mitnehmen.

Für uns ist der Naturschutz zweifellos eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir müssen unseren künftigen Generationen Naturhaushalte hinterlassen, die wir jetzt positiv in ihrer Funktionsfähigkeit beeinflussen. Der Naturschutz braucht aber auch den Menschen. Das muss uns wohl bewusst sein; schließlich gehört der Mensch zur Natur. Er ist der Mittelpunkt der Natur, wenngleich er natürlich auch schon Teile der Natur kaputt gemacht hat.

Aber gerade im Schwarzwald, in dieser Kulturlandschaft, deren Natur seit Jahrhunderten vom Menschen mit gestaltet wurde, hat er auch positive Fakten geschaffen. Erst spät ist die Natur dort vom Tourismus entdeckt worden. Entstanden ist die Naturlandschaft, wie sie sich heute darstellt, wie wir sie kennen, durch die Nutzung durch den Menschen, durch die Waldwirtschaft und vor allem auch durch die Landwirte, die für die Offenhaltung der Landschaft Sorge tragen.

Die Waldwirtschaft ist gerade im Schwarzwald auch ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Von den 22 000 Unternehmen mit 210 000 Beschäftigten, die hier in Baden-Württemberg dem Cluster „Forst und Holz“ zuzurechnen sind, ist ein großer Teil im Schwarzwald ansässig; ein großer Teil des Jahresumsatzes von insgesamt 30 Milliarden € wird dort generiert.

Wir müssen also auch sicherstellen, dass in diesen Schutzgebieten gerade der für diesen ländlichen Raum wichtigen Branche die Grundlage nicht entzogen wird. Dann sind wir natürlich bereit, hier auch Schutzgebiete zu schaffen.

Außerdem – daran müssen wir auch denken – dürfen wir die Möglichkeit der Energieerzeugung gerade durch regenerative Energien – diese wollen wir ja auch voranbringen – nicht einschränken. Neben Holz gehören natürlich auch Wasser- und Windkraft dazu. Darüber hinaus sehen wir das Problem, dass sich im Schwarzwald nur der kleinere Teil des Waldes im Landeseigentum befindet. Das ist auch wichtig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist klar!)

Der überwiegende Anteil gehört privaten und kommunalen Waldbesitzern. Wer den Antrag richtig gelesen hat, weiß, dass eine Ausweisung nur möglich ist, wenn man diese Leute mitnimmt. Eine De-facto-Enteignung durch Unterschutzstellung wäre schwer zu rechtfertigen. Das würden wir nicht mitmachen; entsprechende Entschädigungen wären auch gar nicht finanzierbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können gar nicht stattfinden!)

– Sie können im Grunde genommen auch gar nicht stattfinden.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Wir haben – ich muss leider zum Ende kommen – sehr viele und große Aufgaben im Naturschutz. Wir müssen zunächst diese Aufgaben bewältigen und finanzieren; erst dann können wir die Großprojekte wirklich anpacken. Dass wir sie andenken, ist okay. Wir werden alle Initiativen, den Naturschutz vor Ort weiterzuentwickeln, fördern.

Frau Kollegin Splett, die Regierungsfractionen und das Land haben diesen Antrag beim Bundeswettbewerb sehr gut unterstützt. Sollte es zu einem zweiten Durchgang kommen – ich habe gehört, dass dies möglich ist –, würden wir das weiterhin genauso machen. Ich könnte mir im Schwarzwald durchaus ein ähnliches Konstrukt wie das Biosphärengebiet Schwäbische Alb vorstellen. Wir haben in Baden-Württemberg ja auch bemerkenswerte Biotope, etwa am Feldberg oder im Pfrunger-Burgweiler Ried.

Für uns Liberale ist Naturschutz ein Gestaltungsprinzip. Das ist auch wichtig. Vernünftige Menschen schützen, was sie schätzen. Deshalb müssen entsprechende Maßnahmen nach unserem Verständnis nicht nur von den Betroffenen getragen, sondern auch vor Ort initiiert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann sind die Erfolgchancen für solche großen Projekte mit Unterstützung der Politik am größten. Dies wird auch – das ist, denke ich, auch wichtig – ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: ... das Umwelt- und Naturbewusstsein stärken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Hauk.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat hat die Bundesregierung in der zweiten Stufe des Wettbewerbs das, wie ich meine, gute Projekt abgelehnt. Es ist in Wettbewerbssituationen immer so, dass es Erste und Zweite gibt. Ärgerlich ist es immer für den Zweiten – auch wenn die Projektierung meines Erachtens hervorragend war. Im Endausbau wären es 50 000 ha gewesen, zweifelsohne das größte Gebiet. Es hätte mit über 13 Millionen € in zehn Jahren auch das größte Finanzvolumen beansprucht. Das mag auch ein Ablehnungsgrund gewesen sein. Man kann darüber nur rätseln.

Es gab ein Schreiben an das federführende Landratsamt in Rastatt. Da hat man einige Bereiche herausgegriffen, z. B. dass zu wenig herausragende Merkmale vorhanden gewesen wären. Verschlüsselt hat das bedeutet, wir hätten eine deutlich höhere Hektarzahl an Bannwäldern ausweisen müssen. Dann hätte sich aber in der Tat die Frage der Verträglichkeit von

(Minister Peter Hauk)

wirtschaftlicher Nutzung und Naturbelassenheit gestellt. Diesen Spagat muss man aber erst einmal machen. Im Augenblick sehe ich keine Notwendigkeit für einen solchen Schritt.

Im Übrigen wollte die Jury, Frau Splett, auch keine akute Gefährdung der Lebensräume sehen

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Weil es Staatsforst ist!)

– ich stelle es ja nur fest –,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Und ich ergänze den Satz!)

ungeachtet der Besitzverhältnisse. Die naturschutzfachliche Aufwertung des Gebiets sollte weiter erläutert und präzisiert werden.

Wir lassen jetzt einmal dahingestellt, aus welchen Gründen es dann letztlich scheiterte. Aber es könnte auch sein, dass die Gründe den Namen eines Erzengels trugen. Denn der war damals Bundesumweltminister. Dass das Bundesumweltministerium in der Zeit der Großen Koalition der schwarz-gelben Regierung in Baden-Württemberg nicht von vornherein positiv gesonnen war, kann man vielleicht annehmen; man könnte zumindest einmal darüber spekulieren, so wie man über manche anderen Dinge auch spekuliert.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Deswegen waren die Bayern auch so erfolgreich!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Grund könnte auch gewesen sein, dass wir bei uns bereits zwei Naturschutzgroßprojekte laufen haben, die der Bund zu 65 % mit fördert. Das ist zum einen das Pfrunger-Burgweiler Ried; das ist zum anderen der Südschwarzwald, also die Region um den Belchen, den Feldberg und das Obere Wiesental. Es mag sein, dass es dann für Baden-Württemberg zu viel geworden wäre – obwohl wir meines Erachtens eine hervorragende Konzeption geliefert haben.

Herr Bayer, Sie haben gesagt, die Natur dort sei ein Flickenteppich. Es ist wahr: Wenn Sie die ausgewiesenen Schutzgebiete zusammen mit den Natura-2000-Gebieten – die zum Teil identisch mit Bann- und Schonwäldern und Naturschutzflächen sind – betrachten, dann mögen Sie recht haben. Dort sind aber nur die sozusagen „hochwertigsten“ Gebiete meldepflichtig gewesen, und die haben wir auch gemeldet. In der Abrundung für das Gesamtgebiet sah das ganz anders aus.

Sie haben zudem beklagt, Herr Bayer, es gäbe einen rasanten Artenschwund, es gäbe Zerschneidung und Zersiedelung. Sie müssen mir im Nordschwarzwald einmal zeigen, wo es einen rasanten Artenschwund gibt, wo es dort Zerschneidung gibt, wo es noch heute Zersiedelung in einem nennenswerten Umfang gibt. Das ist nirgendwo der Fall. In dieser Hinsicht sind wir doch wirklich clean. Wir setzen alles auf die Konzentration von interkommunalen Gewerbegebieten, auf die innerörtliche Entwicklung. Es gibt keine zusätzlichen Zerschneidungseffekte mehr. Das haben wir alle gemeinsam übrigens selbst mit der letzten Novelle des Naturschutzgesetzes verhindert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Damit bleiben diese Räume unzerschnitten. Eine Zersiedelung – Stichwort „neue Siedlungselemente“ – findet genauso wenig statt. Mit Allgemeinplätzen kommt man also nicht weiter; die Behauptungen sollte man schon belegen.

Eines ist klar: Wir werden die Intentionen, die die Antragsteller – die vier Landkreise und die Stadt Baden-Baden – hatten, gemeinsam weiterverfolgen. Frau Splett, man kann jetzt aber nicht einfach fordern, das Land müsse im Bereich der Finanzierung ins volle Obligo springen. Das muss man ganz realistisch sehen. Wir haben eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen. Das eine sind die Daueraufgaben, die wir haben.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Ja!)

Im Bereich der Landschaftspflege, des Artenschutzes, der Managementpläne und deren Erfüllung bei Natura 2000 haben wir Verpflichtungen von der EU, die wir auch sukzessive erfüllen.

Das Zweite ist: Wir sind im Bereich der Naturschutzgroßprojekte weiterhin aktiv. Ich will Ihnen noch einmal sagen, was in den letzten Jahren gelaufen ist. Ich habe das Pfrunger-Burgweiler Ried und den Südschwarzwald bereits erwähnt. Ich will das Biosphärengebiet als weiteres Großprojekt etwas anderer Art – es gehört aber genauso in diese Kategorie – erwähnen. Ich will das neue LIFE-plus-Projekt Schwäbisches Albvorland erwähnen. Ich will das LIFE-plus-Projekt im Bereich des Federsees erwähnen.

Das alles sind Maßnahmen, die in den letzten vier Jahren neu in Angriff genommen worden sind, bei denen wir großflächig, und zwar projektorientiert und mit einer klaren Zielsetzung, Naturschutzstrategien entwickeln. Das sind Naturschutzstrategien, die an eine hohe Besiedlungsdichte angepasst sind. Sie schaffen den Spagat, dass wir mit der Natur nicht nur sorgsam umgehen, sondern Biodiversität und Lebensräume erhalten und sogar verbessern.

Das lässt sich ein Stück weit auch an den Arten festmachen. Dass der Graureiher wieder überall zu sehen ist, ist wohl jedem aufgefallen. Beim Storch ist es ähnlich.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Und die Feldlerche?)

Dass der Uhu praktisch landesweit wieder vorhanden ist und nicht nur wieder seine Nischen findet, sondern im Prinzip landesweit eine bestimmte Population erreicht hat, ist bekannt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Und der Kiebitz? Und die Feldlerche? Und das Auerhuhn? – Abg. Alfred Winkler SPD: Wollen Sie auch den Kormoran wieder ansiedeln? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da gibt es schon eine große Population!)

– Nein. Es geht zunächst einmal um großflächige Lebensräume.

Dass die Wildkatze wieder in Baden-Württemberg anzutreffen ist, ist ebenfalls wahr, und ebenso, dass der Luchs wieder häufiger in Baden-Württemberg beobachtet wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Minister Peter Hauk)

Das muss man einfach einmal festhalten.

Ich will Ihnen gar nichts unterstellen. Sie sind ja sehr vorsichtig vorgegangen. Ich muss sagen, man muss es fast als Lob vonseiten der Opposition empfinden, wenn man so sorgsam behandelt wird.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das Konzept ist gut, aber das Geld fehlt!)

Es gibt aber tatsächlich Erfolgsparameter, die man am Ende nicht leugnen kann.

Echte Probleme haben wir – da haben Sie, Frau Kollegin Dr. Splett, völlig recht – in einigen Bereichen, wo es um die Frage alter Kulturlandschaften geht – Stichwort Feldlerche und anderes –,

(Zuruf des Abg. Ulrich Müller CDU)

also nicht um „Natur pur“, sondern darum, alte Kulturlandschaften zu erhalten, und zwar mit alten Bewirtschaftungsformen, die in der modernen Landbewirtschaftung heute im Grunde so nicht überlebensfähig wären.

Das ist wirklich ein Baustein – das räume ich gern ein –, wo man noch das eine oder andere machen kann. Aber auch da müssen wir einen Spagat bewältigen. Denn Sie sind wie ich auch für regionale, gesunde Ernährung. Regionale, gesunde Ernährung lässt sich letztendlich jedoch nicht im reinen Extensivbetrieb erwirtschaften. Da muss man einen Spagat zu einer – ich spreche jetzt gar nicht von Intensivlandwirtschaft – produktionsorientierten und nicht nur extensiv orientierten Landwirtschaft machen. Diesen Spagat muss man dann auch gemeinsam machen; das gehört meines Erachtens dazu.

Frau Kollegin Splett, Sie beklagen, die 250 000 €, die wir für das Projekt vorgesehen hatten, seien schon längst woanders. Es ist ganz klar: Wenn ein Projekt nicht zustande kommt und konkrete Detailprojekte noch nicht für zuschussfähig erklärt wurden, dann werden wir das Geld nicht bunkern und auf Halde legen, wenn es andernorts sinnvoll einzusetzen ist. Das gebietet schon die Wirtschaftlichkeit.

Jetzt will ich Ihnen jedoch einmal Folgendes vorrechnen und beziehe dabei auch den Haushaltsentwurf ein, der dem Parlament noch nicht vorliegt, aber innerhalb der Regierung bereits vorberaten wurde – was ihr gutes Recht ist –:

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schnell noch gesagt!
– Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Es sind ja jetzt ein paar Millionen mehr für den Naturschutz!)

Der Naturschutz konnte, was die Landesmittel angeht, in den letzten drei Jahren ein Plus von 15 % verzeichnen. Wenn Sie dabei die restliche Haushaltsentwicklung gegenüberstellen, dann kann sich das zumindest sehen lassen. Das ist eine Basis, von der aus man die zusätzlichen Aufgaben nicht nur gut erledigen kann, sondern auf der wir auch ordentlich wirtschaften können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Frau Kollegin Dr. Splett, natürlich ist es so, dass am Ende immer Wünsche offenbleiben. Was wäre ein Land ohne Wün-

sche, was wäre, wenn wir keine Ziele mehr hätten? Es muss noch etwas für die nächsten Jahre übrig bleiben, an dem man arbeiten kann.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Hauptsache, es bleibt auch Biodiversität übrig!)

Deshalb muss ich ganz offen sagen: 15 % mehr in den letzten Jahren, wenn ich auch das Jahr 2010 einbeziehe, können sich meines Erachtens sehen lassen. Das wird einerseits ganz konzentriert in die genannten Projekte und andererseits in das Thema Natura 2000 und Landschaftspflege investiert.

Unsere Zielsetzung ist jedenfalls, dass die Teilprojekte, die in dem Naturschutzgroßprojekt benannt worden sind, umgesetzt werden. Das wird in einem ersten Schritt in einem Projekt vor Ort mit dem Aufbau von acht Naturcamps und eines Wildnis-trails von etwa 80 km Länge erfolgen. Sobald das Projekt konkret ausgearbeitet ist – so weit ist es noch nicht –, werden wir darüber entscheiden, in welcher Form gefördert und in welcher Form das Projekt auf den Weg gebracht wird.

Was die Frage der Biodiversität und des Artenschutzes im Nordschwarzwald, in Sonderheit bezüglich des Auerhuhns, angeht: Dort sind wir nicht nur auf einem guten Weg, sondern im Zuge der Konzeption und der Umsetzung ist es gelungen, die Bestände dort zu stabilisieren.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Südschwarzwald!)

Was wir allerdings nicht wissen, ist: Wie wirkt sich das Klima aus?

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Die Stürme haben dem Auerhuhn bisher genutzt!)

– Sie werden jetzt nicht umhinkommen, zu realisieren, dass wir in den letzten 50 Jahren eine Klimaerwärmung um 1 Grad hatten und dass das Auerhuhn kein Kaiserstuhlbewohner ist, sondern eher in hochmontanen und subalpinen Lagen zu Hause ist. Das ist halt so. Das ändert sich nicht.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Dass damit die Lebensräume tendenziell eingeengt werden, ist auch klar. Aber im Augenblick ist die Situation bei diesem Thema stabil, und ich glaube, wir sind auch dort auf einem guten Weg. Jedenfalls haben wir alle ein Interesse daran, dass Auerhuhn und Luchs auch in der Zukunft gute Botschafter für Natur, für Tourismus, aber auch für die Menschen im Nordschwarzwald und anderswo sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/3430.

Abschnitt I des Antrags ist als Berichtsteil erledigt.

Wie möchten Sie mit Abschnitt II verfahren?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Überweisung an den Ausschuss!)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

– Es wird Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft gewünscht. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Die Situation der Studentenwerke im Land – Drucksache 14/3362

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die Fraktion der SPD.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt eine Große Anfrage vom 14. Oktober 2008 vor. Wie bei den beiden vorhergehenden Tagesordnungspunkten und dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt besteht das Problem, dass die Zahlen und Informationen in den vorliegenden Beratungsgrundlagen nicht mehr aktuell sind. Das ist ein grundsätzliches Problem. Ich wünsche mir natürlich, dass wir im Zuge der Parlamentsreform dazu kommen, derartige Initiativen zukünftig, spätestens in der nächsten Legislaturperiode, frühzeitiger zu beraten.

Zu der vorliegenden Großen Anfrage gibt es noch zwei offene Fragen – eine Frage im Besonderen – und ansonsten einige grundsätzliche Punkte, über die es, denke ich, zu diskutieren lohnt.

Das eine, was mir sehr stark aufgefallen ist, sind die relativ hohen bilanziellen Rücklagen, die die Studentenwerke haben. Sie schreiben hier, Herr Staatssekretär Dr. Birk, dass das gebundene Mittel sind, dass diese Mittel nicht frei verfügbar sind. Nichtsdestotrotz gibt es erhebliche Unterschiede. Wenn man sich die Zahlen für das Jahr 2008 anschaut, sieht man, dass das Studentenwerk Freiburg über bilanzielle Rücklagen von 58,5 Millionen € verfügte, während das Studentenwerk Karlsruhe über bilanzielle Rücklagen von 13,6 Millionen € verfügte, obwohl dies etwa gleich große Studentenwerke sind. Wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Grundsätzlich besteht das Problem, dass wir bis 2004 rückgängige – auch absolut rückgängige – Förderungen für die Studentenwerke hatten. Seit 2004 sind die Zahlen eingefroren, was in Bezug auf die Preissteigerung natürlich – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, verlegen Sie doch bitte die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann redet der allein! – Heiterkeit – Gegenruf von der SPD: Unmöglich!)

Abg. Johannes Stober SPD: Dass man sich so wenig für dieses Thema interessieren kann, obwohl im Augenblick auch zu diesem Thema landesweit Studentenproteste laufen, zeigt schon einiges, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich hatte schon gesagt: Die finanzielle Situation hatte zu Konsequenzen geführt, insbesondere zu Preiserhöhungen, u. a. bei den Studentenwerksbeiträgen selbst – sie sind von Studentenwerk zu Studentenwerk unterschiedlich, auch ohne Berücksichtigung des Studi-Tickets – in Höhe von etwa 30 bis 50 % in den genannten Jahren 1999 bis 2008.

Wir hatten auch – auch da von Studentenwerk zu Studentenwerk unterschiedlich – Mietpreiserhöhungen, die zum Teil schon in beträchtliche Größenordnungen gegangen sind. Ich nenne als Beispiel einmal das Studentenwerk Stuttgart mit durchschnittlichen Mietpreisen von 242,91 € monatlich im Jahr 2008. Wenn man sieht, dass die maximale Förderung für das Wohnen im BAföG bei 218 € liegt – 146 € Grundbetrag plus, glaube ich, noch einmal 72 € zusätzliche Förderung –, zeigt das, dass diese Zahlen nicht zusammenpassen und wir hier sehr wohl schauen müssen, dass wir bezahlbare Wohnungen für die Studierenden schaffen.

Nichtsdestotrotz bleibt das größte Problem in diesem Bereich der Mangel an Wohnraum. Wir hatten – das hat auch die Antwort auf die Große Anfrage gezeigt – zu Beginn des Wintersemesters 2008 Wartelisten mit über 3 000 Studierenden im Fall Heidelberg. Wir hatten auch jetzt wieder die Situation erlebt – Sie werden sich noch an die letzte Mündliche Anfrage unseres Kollegen Gustav-Adolf Haas erinnern –, dass in Freiburg Notlager errichtet werden mussten. Diese sind jetzt wohl abgebaut. Aber das zeigt noch einmal, dass hier ein erheblicher Bedarf besteht.

Nicht nachvollziehbar ist für uns, dass zu den vorhandenen 28 797 Wohnheimplätzen bei den Studentenwerken – Stand Ende 2008 – gerade noch knapp 2 500 zusätzliche geplant sein sollen; so war es hier in der Landtagsdrucksache formuliert. Allein bei mir in Karlsruhe ist immer die Rede von einem Bedarf von 1 000 zusätzlichen Plätzen; an anderen Hochschulstandorten wird es ähnlich sein. Daher werden die geplanten zusätzlichen Plätze wohl kaum ausreichen. Insbesondere durch den doppelten Abiturjahrgang werden wir ab dem Jahr 2012 deutlich mehr Studierende an unseren Hochschulen haben. Dann wird der Bedarf an Wohnraum in den Universitätsstädten steigen.

Vor diesem Hintergrund wundern wir uns schon ein bisschen. Das Programm „Hochschule 2012“ ist grundsätzlich richtig. Über Einzelheiten streiten wir uns noch. Man muss aber auch die soziale Infrastruktur berücksichtigen. Wir bedauern, dass in diesem Bereich bis heute nichts passiert ist.

Mir ist ein Punkt aufgefallen, bei dem der Begriff „Doppel-moral“ nicht unbedingt unangemessen ist. Dies betrifft die Wohnheimplätze. Auf der einen Seite rühmen Sie sich für eine Versorgungsquote von 15 %, mit der man sich im Ländervergleich relativ gut sehen lassen könne. Wenn man aber einmal genauer hinschaut, dann stellt man fest, dass freie Träger hierbei eine sehr große Rolle spielen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ist das schlimm? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch prima!)

– Das ist nicht schlimm; das ist positiv. Schlimm ist aber, lieber Kollege Wetzel, dass diese freien Träger keine Hilfe und keine Unterstützung aus dem Konjunkturprogramm bekommen.

(Johannes Stober)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese auf der einen Seite mitzuzählen, wenn man eine schöne Zahl im Bundesvergleich in den Raum stellen will, sich aber auf der anderen Seite zu verdrücken und diese nicht zu fördern, wenn es darum geht, zu handeln, das bezeichne ich als Doppelmoral, und das halte ich für nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wenn Sie schon von freien Trägern reden, dann sollten Sie diese genauso fördern wie die anderen auch. In Karlsruhe beispielsweise gibt es mehr Wohnheime in freier Trägerschaft, insbesondere getragen vom „Studentenwohnheim e. V.“ der Universität. Bei der energetischen Sanierung etwa, für die im vergangenen Jahr zum Glück Mittel über das Landesinfrastrukturprogramm zur Verfügung gestellt wurden, wenn auch meines Erachtens deutlich zu wenig, müssten die freien Träger genauso berücksichtigt werden. Meines Erachtens – das haben wir schon mehrfach kritisiert und in persönlichen Gesprächen dargelegt – ist es nicht akzeptabel, die freien Träger nicht gleichermaßen zu fördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt müssen wir uns darum bemühen, die soziale Infrastruktur auszubauen, insbesondere vor dem Hintergrund des Programms „Hochschule 2012“. Dies gilt für die Wohnheimplätze, aber auch für die Mensen und Cafeterien, bei denen sich ein entsprechender Bedarf zeigt.

Außerdem geht es darum, vorausschauend zu planen und Vorhaben nicht zu klein auszulegen, wie dies bei manchen Mensen der Fall ist.

Das gilt auch für die Kinderbetreuung. Wir haben insgesamt in Baden-Württemberg 767 Plätze bei rund 246 000 Studierenden. Nach den überschlägigen Zahlen, die Sie in der Antwort auf die Große Anfrage genannt haben, sind da etwa 10 000 Kinder dabei. Ein großer Teil von ihnen ist jünger als sechs Jahre.

Hier besteht also noch großer Bedarf. Packen wir es an. In diesem Sinn hoffe ich, dass die heutige Diskussion einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden leistet.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kurtz für die Fraktion der CDU.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stober, Ihre Anfrage hat uns eine Fülle von rückblickenden Zahlen über die Leistungen der Studentenwerke in Baden-Württemberg beschert. Uns geht es aber eigentlich nicht um den Rückblick, sondern es geht uns gemeinsam um die Zukunft. Es stellt sich die Frage, ob auch zukünftig alle Studierenden ein Dach über dem Kopf und täglich eine warme Mahlzeit im Magen haben werden.

Derzeit sind wir sehr erfolgreich dabei, 16 000 zusätzliche Studienplätze einzurichten. Der Masterplan 2012 – das ist

ganz klar – muss flankiert werden. In der Frage, ob dies immer staatlicherseits verordnet werden muss oder auch über den freien Markt geschehen kann, sind wir vielleicht unterschiedlicher Auffassung.

Grundsätzlich stimmt uns die Antwort der Landesregierung auf Ihre Anfrage sehr optimistisch; denn wir erkennen, dass sich die Studentenwerke in den vergangenen Jahren zu sehr modernen Dienstleistungsunternehmen entwickelt haben. Für unseren Geschmack arbeiten sie umsichtig und vorausschauend, unternehmerisch, mit sozialer Verantwortung, engagiert und flexibel.

Wir sind zudem der Ansicht, dass die Landesregierung ihnen einen gewissen Freiraum lassen muss, um zu entscheiden, ob sie zusätzliche Wohnheime bauen oder vorübergehende Anmietungen vornehmen oder mehr private Zimmer akquirieren möchten. Denn Sie wissen selbst: Für geförderte Studentenwohnheimplätze besteht eine Bindungsfrist von 50 Jahren. Ob es angesichts der demografischen Entwicklung sinnvoll ist, jetzt noch einmal zusätzliche Studentenwohnheime aus dem Boden zu stampfen, muss wirklich infrage gestellt werden. Je nach Studienort gibt es flexiblere und intelligentere Lösungen.

Bisher liegen wir in Baden-Württemberg mit einer Versorgungsquote von 15 % sehr gut. Das stellen Sie auch nicht in Abrede. Im Bundesvergleich stehen wir nach den neuen Bundesländern Sachsen und Thüringen an dritter Stelle. In den Jahren 2007 und 2008 wurden zusätzlich 1 300 Wohnheimplätze geschaffen. In diesem Jahr kommen noch einmal 600 dazu.

Auch was die Vorhaben für die nächsten zwei bis drei Jahre betrifft, sind die Studentenwerke sehr engagiert. Fast 2 000 neue, weitere Wohnheimplätze sind geplant. Das zeigt, dass die Studentenwerke in ihren Bemühungen um zusätzlichen Wohnraum nicht nachlassen.

Wir legen großen Wert darauf, dass die Studentenwerke eine gewisse Planungssicherheit haben, was den Einsatz der öffentlichen Mittel angeht. Wir haben vor einiger Zeit auf ein Festbetragssystem umgestellt. Das ist auch eine Art Solidarpakt für die Studentenwerke. Die zweite Runde läuft jetzt aus. Es wird also die Frage sein, wie man die Studentenwerke in den Jahren 2010 bis 2014 mit Finanzhilfen ausstattet.

Die CDU ist der Meinung, dass wieder die gleichen Mittel für die Grundfinanzierung eingestellt werden sollen. Auch müssen die zusätzlichen Mittel für die Investitionen in vergleichbarer Höhe eingestellt werden. Das alles können wir gemeinsam im Haushaltsplan festschreiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: So machen wir es!)

Wir hoffen – das ist unser Appell an die Regierung –, dass die Gelder so zur Verfügung gestellt werden, wie wir uns das vorstellen, dass nicht die globale Minderausgabe darübergibt und dass das Finanzministerium nicht wieder mit Forderungen nach Transferleistungen für bauliche Maßnahmen auf das Wissenschaftsministerium zukommt.

Wir glauben, dass so etwas jetzt fehl am Platz wäre. Wir müssen jetzt alle Kräfte bündeln, um den Masterplan 2012, der ei-

(Sabine Kurtz)

ne Art Markenzeichen für Baden-Württemberg geworden ist, im Sinne der Studierenden wirklich umsetzen zu können.

Sie erinnern sich: Wir haben an dieser Stelle vor zwei Jahren schon einmal über studentisches Wohnen gesprochen. Da haben wir von der CDU-Fraktion angeregt, den allgemeinen Wohnungsmarkt an den Hochschulstandorten zu stärken. Im Jahr 2009 hatten wir beim Wirtschaftsministerium auch ein Landeswohnraumförderungsprogramm mit einer Mietwohnraumförderung im Volumen von 25 Millionen €, die in diesem Bereich eine Entlastung gebracht hat. Wir vonseiten der CDU hoffen sehr, dass wir das Wohnraumförderungsprogramm im nächsten Jahr fortsetzen können. Denn auf diese Weise können noch mehr private Investoren zum Bau von studentischen Wohnungen animiert werden.

Herr Stober, Sie haben das Zukunftsinvestitionsprogramm schon angesprochen. Das ist eine sehr gute Maßnahme. Auch die Studentenwerke haben davon profitiert und es sehr gut angenommen. Denn damit konnten sie Sanierungen durchführen, die sie sonst aus Mieteinnahmen hätten finanzieren müssen.

Ich muss ehrlich sagen: Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man diese öffentlichen Mittel für die Studentenwerke reserviert hat. Denn es ist ja nicht zusätzliches Geld, das vom Himmel geregnet wäre.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Vielmehr ist es zum Teil vorgezogen ausgezahltes Geld, das anschließend nicht mehr zur Verfügung steht. Insofern finde ich das in Ordnung.

Ich glaube, wir haben in Baden-Württemberg ein sehr positives Zusammenwirken mit den Studentenwerken. Wir haben weiterhin großes Vertrauen in deren Arbeit und sind davon überzeugt, dass wir dies durchaus weiter auf einen guten Weg bringen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Antwort auf die Große Anfrage wurde wirklich ein umfassendes Zahlenwerk vorgelegt. Ohne Brille kann man es gar nicht lesen. Die Antwort ist informativ, aber in der Tat nicht ganz aktuell. Dennoch ist es gut, dass das Zahlenwerk einmal im Zusammenhang dargestellt wurde.

Ich glaube auch, die sehr detaillierte und ausführliche Beantwortung der Fragen ist ein Zeichen dafür, dass die Studentenwerke wertgeschätzt werden, dass sie wichtig genommen werden. Das ist auch gut und richtig so. Denn die Studentenwerke leisten in der Tat einen wichtigen Beitrag dazu, dass erfolgreich studiert werden kann.

Für ein erfolgreiches Studium braucht man nicht nur einen Studienplatz, sondern die Infrastruktur muss auch stimmen.

Dazu gehört der Wohnraum, dazu gehört die Studienfinanzierung, deren Bearbeitung von den Studentenwerken auch gemacht wird, dazu gehört die Kinderbetreuung – zum Glück; das war früher nicht so –, und dazu gehören auch Beratungsleistungen, insbesondere die psychologischen Beratungsstellen, die es bei Studentenwerken gibt.

Man kann in der Antwort auf die Große Anfrage erkennen, dass die Studentenwerke nicht schlecht dastehen. Hier im Südwesten stehen sie besser da als in vielen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Und ob! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU:
Gute Erkenntnis!)

Das ist schön. Aber ich bin mir sicher, dass die Studentenwerke mit der Finanzplanung, mit dem, was für die nächsten Jahre angedacht ist, nicht wirklich gut leben können. Der fünfjährige Finanzrahmenvertrag läuft in diesem Jahr aus. Wir reden jetzt also darüber, was 2010 bis 2014 passiert. Es ist angedacht, die Finanzierung auf der gleichen Grundlage fortzuführen. Das bedeutet, dass Kostensteigerungen wohl nicht berücksichtigt sind. Auch die steigenden Studierendenzahlen führen zu mehr Leistungserfordernissen im Bereich der Beratung, im Bereich der Essensausgabe usw. Wenn das nicht eingerechnet wird, sondern die gleiche Basis fortgeschrieben wird, dann bekommen die Studentenwerke ein Problem. Es wäre sicher sinnvoll, wenn die Landesregierung ihre Überlegungen dazu heute genauer vorstellen würde.

Heute, während wir hier tagen, läuft über den Ticker die Meldung, wie sich die Studierendenzahlen in diesem Semester entwickeln. Wir haben bei den Anfängerzahlen bundesweit einen Anstieg um 7 %. Der doppelte Abiturjahrgang kommt nicht erst 2012, sondern er ist schon da – auch an den baden-württembergischen Hochschulen, weil das G 8 in den Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt wurde. Darum drücken die doppelten Abiturjahrgänge schon jetzt Jahr für Jahr in unsere Hochschulen. 7 % – das ist ein erklecklicher Anstieg der Anfängerzahlen auf ein historisches Höchstniveau. Diese Entwicklung wird uns über die nächsten Jahre hinweg begleiten. Ich finde, dass man darüber reden muss, was das für die Studentenwerke bedeutet. Die Fortschreibung des Finanzrahmens von 2004 kann für die nächsten fünf Jahre nicht auskömmlich sein.

Wir haben heute Morgen über die Folgen des Bologna-Prozesses geredet, auch unter dem Aspekt, was für ein zusätzlicher Beratungsbedarf dadurch entstanden ist. Uns wird berichtet, dass in den Beratungseinrichtungen ohne Ende Überstunden gemacht werden, weil immer mehr Studierende kommen, die mit der Bewältigung des Stresses und der Prüfungsbelastung allein nicht mehr klarkommen. Da müssen wir schauen, wie wir Unterstützung leisten, und können das Problem nicht einfach aussitzen.

Ich habe heute von einem Studentenwerksvertreter eine Zahl gehört. Die gehen davon aus, dass 19 % der Studierenden suizidgefährdet sind. Ich weiß nicht, ob das zutrifft; ich finde aber, man muss auf solche Entwicklungen dringend reagieren und schauen, wie wir für eine entsprechende Ausstattung sorgen.

(Theresia Bauer)

Die KMK hat vor Kurzem den Beschluss gefasst – ich glaube, Baden-Württemberg war mit dabei –, dass die Studentenwerke analog zum Studienplatzausbau besser finanziert werden sollen. Das ist ein richtiger Beschluss. Aber ich glaube, die Finanzminister kennen ihn noch nicht. Denn das, was wir von der Finanzseite hören, geht nicht in diese Richtung. Der Wissenschaftsminister sollte sich mit unserem Finanzminister zusammensetzen und schauen, dass man einen gemeinsamen Weg einschlägt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Ich erteile Herrn Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich der Landesregierung für ihre Antwort danken, die zeigt, wie hervorragend unsere Studentenwerke dastehen. Deshalb sind wir auch der SPD sehr dankbar für diese Große Anfrage und allgemein für die vielen Gelegenheiten, die hervorragende Arbeit dieser Koalition ins rechte Licht zu rücken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Umso mehr erinnert der verzweifelte Versuch, an dieser Tatsache vorbeizuarargumentieren, an die Suche nach dem Stein im Kirschkuchen. Damit sind wir beim Thema, nämlich beim Essen.

Eine Hauptaufgabe der Studentenwerke ist es, die Studierenden zu niedrigen Preisen mit gutem, schmackhaftem Essen zu versorgen.

(Zuruf: Regional!)

Die Angebote unserer Studentenwerke können sich durchaus sehen lassen. Hierfür gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre tägliche Arbeit. Während zu meiner Zeit drei Kellen schwer unterscheidbaren Essens auf das berühmte „Immer-kalt-Tablett“ der Standard waren –

(Abg. Walter Heiler SPD: Die Folgen merken wir noch heute! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie waren halt schleckig, Kollege Bachmann!)

die Älteren werden diese Metallteile noch kennen, die dafür garantierten, dass das Essen bei Ankunft am Tisch mit Sicherheit kalt war –, erinnern manche Mensen heute an die Kantinen der Banken – vor der Krise.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Besonders beachtlich ist, dass diese Leistung für einen Preis von etwa 2 € bis 3,40 € auf den Teller gebracht werden kann. Bei einem Kostendeckungsgrad zwischen 60 und 70 % liegen die tatsächlichen Kosten pro Essen zwischen 3 € und 4,40 €.

Dies ist ein ordentliches Preis-Leistungs-Verhältnis. Der Zuschuss von knapp 20 Millionen €, den die Studentenwerke jedes Jahr erhalten, fließt übrigens zu mehr als 90 % in diese Verpflegung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine weitere Aufgabe der Studentenwerke ist die Kinderbetreuung. Das Angebot erscheint bedarfsgerecht, zumal Studierende ihre Kinder auch in anderen, z. B. kommunalen Einrichtungen unterbringen können. Die Gebühren zwischen 96 € in Karlsruhe und 220 € in Freiburg sind aber gerade für Studierende mit Kindern eine nicht unerhebliche Belastung. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn diese Gebühren gesenkt werden könnten. Hier lassen sich seitens der Studentenwerke vielleicht noch Einsparungen erzielen, die an die Betroffenen weitergegeben werden können. Wenn das Studentenwerk Karlsruhe, lieber Kollege Stober, mit Gebühren von 96 € einen Kostendeckungsgrad von 30,6 % erreicht, fragt man sich, warum das Studentenwerk Bodensee mit 167 € Gebühren nur einen Kostendeckungsgrad von 21 % erzielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben noch die Wohnheime als die dritte große Säule in der Arbeit der Studentenwerke. In Baden-Württemberg – auch Kollegin Bauer hat es schon hervorgehoben – stehen für etwa 15 % der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung. Damit liegen wir – wie es sich gehört – an der Spitze der westdeutschen Länder; Kollegin Kurtz hat vorhin darauf hingewiesen.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Etwa ein Drittel dieser Plätze werden nicht von den Studentenwerken zur Verfügung gestellt, sondern von anderen Trägern. Dies ist möglich, weil auch die von den Studentenwerken betriebenen Wohnheime weitgehend kostendeckend arbeiten. Der Markt wird also nicht durch überzogene Subventionen verfälscht. Das ermöglicht anderen Trägern den Einstieg.

Mehr Plätze wären wünschenswert, aber in Zeiten knapper Kassen kann der Ausbau durch die öffentliche Hand auch in diesem Bereich nur in Schritten erfolgen. Dieser Ausbau erfolgt auch – Kollegin Kurtz hat es erwähnt –: In den nächsten zehn Jahren werden etwa 2 500 neue Wohnheimplätze gebaut.

Unverständlich ist auch hier die Kritik der Opposition an dem knappen Wohnraumangebot an den Hochschulstandorten. Schließlich war es die rot-grüne Bundesregierung,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! Immer die gleichen Schuldigen! – Abg. Johannes Stober SPD: Wer hat denn die Wohnungsbaumittel im Land gekürzt?)

die diese Verknappung bewusst herbeigeführt hat. Eine ihrer Verschärfungen im Mietrecht war die Regelung, dass Vermieter im selbst bewohnten Haus nur noch einem und nicht wie früher zwei Mietern vereinfacht kündigen können. Viele der Betroffenen an den Hochschulstandorten haben die Konsequenzen gezogen, und die Studentenbuden stehen jetzt leer.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Einmal ehrlich: Kann man es einer alten Frau verübeln, wenn sie sich die Option erhalten will, allnächtliche Feten durch eine Kündigung zu beenden?

Wir sind optimistisch, dass sich hier bald etwas ändert. Schließlich haben wir jetzt auch im Bund eine Koalition in unseren Landesfarben Schwarz-Gelb. Wir können im Miet-

(Dietmar Bachmann)

recht mit einem Federstrich gemeinsam wieder vernünftige Zustände und hinreichenden Wohnraum an den Universitätsstandorten schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Der Redner übergibt sein Manuskript der Stenografin. – Abg. Reinhold Gall SPD: Dummes Zeug, Dietmar! Das muss man jetzt wirklich nicht noch schriftlich ans Protokoll geben! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk.

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich bei allen Rednern, dass sie diese umfassende Analyse und die umfangreiche Recherche, die mit der Beantwortung dieser Großen Anfrage verbunden waren, herausgehoben haben. Denn das, was hier als Zahlenwerk vorliegt, ist in der Tat eine wichtige Bestandsaufnahme und gibt uns auch eine Perspektive für die Zukunft.

Die Studentenwerke erfüllen eine wichtige Aufgabe im Bereich des studentischen Wohnens, der Verpflegungsversorgung, der Sozialberatung, der Kinderbetreuung und auch der Betreuung ausländischer Studierender. Sie haben ein breites Dienstleistungsangebot, und sie sind auch sehr leistungsfähig.

Ich sage das vor allem auch deshalb, weil wir im Jahr 1999 die Studentenwerke in die Autonomie überführt haben und mit der jetzigen Festbetragsfinanzierung und der Investitionskostenzuschussfinanzierung in den letzten Jahren gut gefahren sind. Denn – Frau Kollegin Kurtz hat es angesprochen – man hat im Jahr 1999 auch mit unseren Studentenwerken einen „Quasi-Solidarpakt“ vereinbart und damit Planungssicherheit ermöglicht.

Mit dieser Festbetragsfinanzierung wurden die Studentenwerke – so, wie die Universitäten, die Hochschulen – von Einsparungen ausgenommen. Ich denke, die Studentenwerke sind damit auch gut gefahren. Im Übrigen, Herr Kollege Stober, ist damit natürlich auch eine größere Flexibilität ermöglicht worden und ist gerade auch der Verbleib von entsprechenden Rationalisierungsgewinnen bei den Studentenwerken verbunden gewesen.

Insofern denke ich, dass wir hier eine positive Zwischenbilanz ziehen können, dass auch alle Studentenwerke den Spagat zwischen der Erhöhung der Kostendeckungsgrade und der Wahrnehmung sozialer Verantwortung geschafft haben und wir heute bei allen Studentenwerken ein hohes Maß an Leistungsfähigkeit feststellen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Wohnraumversorgung ist angeklungen. Das Thema Wohnraumversorgung ist in der Tat eine der ganz wesentlichen Herausforderungen und wichtigen Aufgaben der Studentenwerke in den nächsten Jahren. Wir haben mit aktuell annähernd 30 000 Wohnheimplätzen der Studentenwerke und 8 700 Plätzen von anderen Trägern eine Versorgungsquote von 15 %. Im Vergleich mit allen alten Bundesländern liegen wir auf Platz 1.

Wenn man die Bundesländer insgesamt nimmt, liegen wir hinter Sachsen und Thüringen auf Platz 3.

Ich denke, das ist eine gute Ausgangsposition, und deshalb stellt sich schon die Frage: Wollen wir denn noch stärker in die studentische Wohnraumversorgung hineingehen? Wir schaffen derzeit pro Jahr zwischen 600 und 800 zusätzliche Wohnraumplätze für Studierende. Aber vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – Frau Kollegin Kurtz hat es angesprochen – müssen wir eben davon ausgehen, dass bereits ab den Jahren 2020, 2025 die Studierendenzahlen wieder zurückgehen werden. So stellt sich doch die Frage, ob man mit Überbrückungslösungen dem Anliegen „Schaffung von Wohnraum in unseren Hochschulstädten“ gerecht wird und eben nicht nur originär in den studentischen Wohnraum investiert. Denn wir haben dort eine Bindungsfrist von 50 Jahren. Das hängt mit Abschreibungsbedingungen und anderem zusammen.

Deshalb bin ich auch froh – ich glaube, wir haben da einen guten Ausweg gefunden –, dass es gelungen ist, die Investitionskostenzuschüsse bei der Schaffung von studentischem Wohnraum stabil zu halten, auf der anderen Seite aber auch beim Landeswohnraumförderungsprogramm, das beim Wirtschaftsministerium ressortiert, einen Schwerpunkt auf die Universitäts- und die Hochschulstädte zu legen. Immerhin sind es bei den großen Universitätsstädten 15 Millionen €, die wir dafür jährlich einsetzen, und bei allen übrigen Hochschulstandorten liegt die Größenordnung bei 10 Millionen € pro Jahr. Damit werden wir dem Anliegen gerecht.

Nicht jeder – ich sage es so deutlich –, der sich auf eine Liste eines Studentenwerks setzen lässt, um dort nach Wohnraum zu ersuchen, ist letztlich auch daran interessiert, sondern natürlich schaut sich jeder auch auf dem freien Wohnungsmarkt um. Gerade auch durch die Studentenwerke haben wir immerhin 8 000 Studierende in private Unterkünfte vermitteln können. Das heißt, auch hier findet eine Dienstleistungs- und Servicefunktion unserer Studentenwerke statt.

Im Übrigen: Von einer studentischen Wohnungsnot oder von einer Unterversorgung kann man derzeit nicht sprechen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stober?

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Gleich. Ich möchte nur noch den Satz beenden.

Von einer Unterversorgung kann man deshalb nicht sprechen, weil derzeit nur noch in Heidelberg sechs bis zehn Studierende in Notunterkünften untergebracht sind; alle anderen sind mittlerweile auskömmlich mit Wohnraum versorgt.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein anderer Bereich ist natürlich auch die Frage nach Sanierungsnotwendigkeiten in den nächsten Jahren. Das haben Sie, Herr Kollege Stober, angesprochen. Die Rücklagen, die bei den Studentenwerken unterschiedlich ausgeprägt sind, hängen natürlich auch mit den Sanierungsnotwendigkeiten zusammen. Man kann sagen: Je höher der

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

Sanierungsaufwand in der Zukunft ist, desto höher sind die Rücklagen bei den Studentenwerken. Das ist ja auch klar. Denn das müssen sie letztendlich aus den Mieten erwirtschaften. Je niedriger die Rücklagen sind, desto eher haben in der Vergangenheit schon entsprechende Sanierungen stattgefunden. Sie können diese Korrelation zwischen Sanierungsaufwand auf der einen Seite und Rücklagenbildung auf der anderen Seite feststellen.

Natürlich sind auch die freien Träger willkommen, weiterhin studentischen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Aber ich bitte einfach auch um Verständnis, dass wir gesagt haben: Die Konjunkturprogramme des Bundes und auch des Landes sollen gerade im Hinblick auf die Sanierung – insgesamt 33 Millionen € – zunächst einmal schwerpunktmäßig den Studentenwerken zugutekommen. Weshalb den Studentenwerken? Weil da natürlich auch von unserer Seite aus eine deutlich größere Nähe vorhanden ist, aber auch weil dort der meiste Sanierungsbedarf besteht. Das muss man ganz klar feststellen. Wir sind dankbar für die 10 Millionen € Kofinanzierungsmittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes.

Dann, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass unsere Studentenwerke – Kollege Bachmann hat es angesprochen – gerade auch bei der Essensversorgung leistungsfähig bleiben. Ich bin mir aber auch sicher, dass wir gewährleisten können – und zwar auch im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2012 –, dass unsere Mensenstrukturen leistungsfähig sind, dass die Küchen weiterhin entsprechend erneuert und modernisiert werden. Hier ist ein Sanierungsbedarf gegeben, der aber in den nächsten Jahren weiter abgearbeitet wird. Auch hier sehen wir keinen Engpass.

Was die Frage des Beratungsangebots angeht, Frau Bauer: Das ist in der Tat ein Thema, das wir sehr ernst nehmen müssen, und zwar in allen Belangen. Auch da, denke ich, haben sich unsere Studentenwerke in den letzten Jahren deutlich verbessert. Ich nehme jetzt einmal den Bereich der ausländischen Studierenden heraus, in dem unsere Studentenwerke mittlerweile doch viele Dienstleistungen erbringen, wenn es beispielsweise darum geht, ausländische Studierende an ihren Studienstandorten möglichst rasch zu integrieren, und zwar im Hinblick auf die Sprache, aber auch im Hinblick auf eine kompetente Betreuung. Das funktioniert auch sehr gut.

Im Übrigen finde ich, dass das Thema Kleinkindbetreuung positiv zu sehen ist. Sie sagen, 800 Plätze seien zu wenig. Ich finde, dass wir 800 Plätze erreicht haben, ist schon bemerkenswert. Baden-Württemberg ist immerhin das Bundesland, das im Vergleich zu den anderen Bundesländern die wenigsten Studierenden mit Kleinkindern hat. Umso wichtiger ist es, dass wir in den nächsten Jahren auch in Fragen der Kleinkindbetreuung und Kindergartenbetreuung noch enger mit den jeweiligen Sitzkommunen, also den Universitäts- und den Hochschulstädten, zusammenarbeiten. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir nicht nur über die Studentenwerke eine entsprechende Kinderbetreuung gewährleisten, sondern in weitem Maß auch über freie Träger, über kommunale und kirchliche Träger, durch unsere Kindergärten in den jeweiligen Sitzkommunen.

Meine Damen und Herren, ich denke, für die nächsten Jahre – auch für die nächste Finanzierungsperiode 2010 bis 2014 – müssen wir mindestens die derzeitige Förderung fortschrei-

ben. Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein – das ist auch bei Ihnen, Frau Kurtz, und bei Ihnen, Frau Bauer, angekommen –, dass wir gerade auch in der Frage der Investitionen – Stichwort „Globale Minderausgaben“ und andere Themen – nicht nachlassen dürfen, sondern da und dort Mittel sogar verstärken und verstetigen müssen, um im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2012 und die nachfolgenden Jahrgänge die Leistungsfähigkeit unserer Studentenwerke erhalten zu können.

Auf der anderen Seite haben, als wir 1999 die Studentenwerke in die Autonomie entlassen haben und entsprechende Diskussionen geführt haben, viele gesagt: Die schaffen das nicht; die sind dafür gar nicht ausgerichtet. Siehe da, sie stehen heute sehr leistungsfähig da. Ihre Aufgaben haben nicht abgenommen. Vielmehr haben ihre Dienstleistungs- und ihre Servicefunktion eher zugenommen. Insofern denke ich, dass auch die künftigen Aufgaben von den Studentenwerken bewältigt werden können. Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei den Vorständen und auch den Aufsichtsgremien der Studentenwerke bedanken, dass sie diese Aufgabe so souverän und auch wirklich hervorragend meistern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die Fraktion der SPD.

Abg. Johannes Stober SPD: Ich habe noch kurz zwei Punkte.

Der eine ist die Frage der Fortschreibung der Förderung. Frau Bauer hat das ja auch angesprochen. Ich finde es wichtig, dass im Zuge der steigenden Studierendenzahlen und im Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ eine Pro-Kopf-Förderung stattfindet. Das heißt, dass bei einer wachsenden Studierendenzahl auch die gesamte Förderung ansteigt. Ich habe die bisherigen Diskussionen so verstanden, dass das passieren wird. Aber ich möchte noch einmal ganz dringlich bitten, dies in den Haushaltsentwürfen und Haushaltsdebatten, die jetzt und insbesondere 2012 bevorstehen, zu berücksichtigen.

Der zweite Punkt, den ich noch ansprechen möchte: Es wurde zu Recht auf das Landeswohnraumförderungsprogramm mit dem Schwerpunkt Universitätsstädte hingewiesen, durch das in diesem Jahr Mittel in einem Volumen zwischen 20 und 25 Millionen € bereitgestellt werden sollen. Im Geschäftsgang befindet sich derzeit noch ein allerletzter Antrag unseres geliebten Kollegen Gustav-Adolf Haas. Der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu diesem Antrag ist zu entnehmen, dass zum Stichtag 31. August 2009 mit rund 20 Millionen € wohl schon ein großer Teil der Mittel zur Mietwohnraumförderung bewilligt wurden. Auf konkrete Nachfrage wird allerdings festgestellt, dass in vier Gebieten – Region Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Karlsruhe und Stadt Konstanz, also im Bereich der klassischen Universitätsstädte – überhaupt nichts abgerufen worden sei. Ich habe diese Zahlen nicht, und ich will auch der Diskussion im Wirtschaftsausschuss nicht vorgreifen. Aber ich halte es für ganz wichtig, dass wir im Wissenschaftsausschuss bzw. auch das MWK das mit begleiten, dass diese Mittel auch tatsächlich abgerufen werden. Denn wir haben sie ja eingestellt, um die Wohnungsnot in den Uni-

(Johannes Stober)

versitätsstädten, in denen verschiedene Gruppen – Studierende, aber zum Teil auch Familien mit geringen Einkommen – miteinander konkurrieren, zu verringern. Wenn wir es schaffen, dass diese Mittel abgerufen werden und den Menschen dann auch der entsprechende Wohnraum zur Verfügung steht, erreichen wir tatsächlich etwas.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Behandlung der Großen Anfrage durch die Aussprache abgeschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Das Gäu-Quadrat – Eine besondere Entwicklungsaufgabe – Drucksache 14/3673

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Begriff Gäu-Quadrat steht für eine Region, die in Baden-Württemberg einmalig ist. Daran sind nämlich Gemeinden aus allen vier Regierungsbezirken beteiligt. Drei stoßen im Bereich Bondorf/Rottenburg/Eutingen sogar direkt aneinander. Lange Zeit wurde dieses Gäu-Quadrat als – ich sage es einmal in Anführungszeichen – „Zonenrandgebiet“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Na bitte! Das tut uns jetzt auch weh!)

von allen RPs doch einigermäßen stiefmütterlich behandelt, was z. B. in der Verkehrsinfrastruktur deutlich wurde. Deshalb auch der zweite Teil der Überschrift unserer Anfrage: „Eine besondere Entwicklungsaufgabe“.

Im Jahr 2002 ist es dann gelungen, das Gäu-Quadrat erstmals in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen, und seither hat sich doch einigermäßen positiv verändert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD:
Wem ist das zu verdanken? Herrn Kollegen Prewo!)

– Einem guten Miteinander, Herr Kollege Gall. Da war kein Einzelner allein aktiv; das waren viele.

Unsere Große Anfrage hat der Kollege Michael Theurer maßgeblich mit auf den Weg gebracht. Er lässt Sie übrigens alle herzlich grüßen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Danke! – Abg. Thomas Blenke CDU: Grüßen Sie zurück! – Abg. Ingo Rust SPD: Gruß zurück! – Abg. Walter Heiler SPD: Genau, viele Grüße zurück!)

– Das richte ich gern aus. – Wie er dankt die FDP/DVP-Fraktion der Landesregierung für die ausführliche Beantwortung, die die erzielten Verbesserungen deutlich benennt.

26 Städte und Gemeinden haben sich zusammengeschlossen und eine organisatorische Plattform zur regionsübergreifenden interkommunalen Zusammenarbeit geschaffen. Im Gäu-Quadrat wohnen rund 263 000 Einwohner. Die Bevölkerungszahl ist in den vergangenen zehn Jahren mit plus 5,5 % weit stärker gewachsen als im Durchschnitt des Landes, wo das Wachstum nur 3,4 % betrug. Die Lage zwischen der Landeshauptstadt und dem Bodensee erklärt da einiges.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Gäu-Quadrat weist eine deutlich höhere Beschäftigungsdynamik aus als Baden-Württemberg insgesamt, nämlich plus 6,6 % gegenüber landesweit plus 2,4 %. Interessant ist, dass dabei alle Wirtschaftssektoren beteiligt sind. Im produzierenden Gewerbe gab es einen geringeren Beschäftigungsabbau und bei den Dienstleistungen eine deutlich stärkere Zunahme als im Landesdurchschnitt. Die Gemeinden Ammerbuch, Horb, Simmersfeld, Nufringen, Gärtringen und Deckenpfronn ragen mit Zunahmen von über 20 % – zum Teil sogar über 40 % – bei den Beschäftigtenzahlen besonders heraus.

Auch im Tourismus ist die Entwicklung durchaus positiv. Immerhin führen neun von den 26 Gemeinden des Gäu-Quadrats ein Prädikat nach dem Kurortgesetz. Eine Förderung durch die Landesregierung erhielten in den letzten Jahren die Städte Wildberg und Altensteig.

Ein besonderer Problemkreis ist – ich habe es schon angedeutet – die Verkehrsinfrastruktur.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Täglich und fast den ganzen Tag über ist die A 81 in den Verkehrsmeldungen. Ich nenne die B 28 a als Ost-West-Verbindung, die bei Horb einmal mit einer Hochbrücke an die Autobahn A 81 anschließen soll, und Herrenberg mit einer noch immer problematischen Stadtdurchfahrt. Bei rund der Hälfte der Landesstraßen besteht Sanierungsbedarf. Hier ist aber inzwischen vieles in Arbeit. Das wichtigste Neubauprojekt der letzten Jahre war die L 1361 von Nagold zur A 81. Sie hat eine große Entlastung gebracht. Es hat sich gelohnt, dass sich hier so viele aus dem Landtag für diesen Bau eingesetzt haben.

Problematisch ist auch die Gäubahn. Hier steht noch immer die Genehmigung von der EU für TEN-Mittel aus. Diese wäre aber eine wichtige Basis, um den nach dem Zweiten Weltkrieg abgebauten zweiten Schienenstrang wenigstens teilweise wieder aufzubauen. Nur so könnte der Fahrplan optimiert werden. Die Verbindung heißt heute nur noch Stuttgart–Zürich. Früher war das einmal eine Verbindung von Hamburg bis Neapel. Aber auf einer eingleisigen Strecke lässt sich so etwas natürlich nicht halten.

Problematisch ist nach wie vor das Zusammenspiel zwischen fünf Verkehrsverbänden: dem VVS – also dem Verkehrsverbund Stuttgart –, naldo, dem Tarifverbund Freudenstadt, der Verkehrsgesellschaft Bäderkreis Calw sowie dem in der Drucksache leider nicht erwähnten Verkehrsverbund Rottweil. Es gibt zwar bereits Kooperationen, aber auch durchaus noch

(Heiderose Berroth)

Verbesserungs- und Effizienzreserven. Mittelfristig sollten zumindest durchgehend gültige Fahrausweise vorhanden sein. Das Fernziel wäre sicherlich ein einheitlicher Verbund.

Entwicklungsfähigkeit besteht im Gäu-Quadrat auch im Wissenschaftsbereich. Bisher gibt es Außenstellen der Dualen Hochschule in Horb mit 700 Studierenden der Studiengänge Maschinenbau und Ingenieurwesen und in Rottenburg mit 400 Studierenden im Bereich Forstwirtschaft und Holz-BWL.

So viel zur Faktenlage. Unseren Wunschzettel würde ich Ihnen gern in der zweiten Runde präsentieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Gerade wollte ich sagen: Das kann doch noch nicht alles gewesen sein!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Nemeth von der Fraktion der CDU.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage mit dem Titel „Das Gäu-Quadrat – Eine besondere Entwicklungsaufgabe“ ist eine gute Anfrage der FDP/DVP-Fraktion,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So sind wir halt! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Auch nicht immer! – Vereinzelt Heiterkeit)

die diese Initiative, die im Grunde eine kluge Initiative ist, hier und heute in das Rampenlicht des Parlaments bringt und damit eine weitere wichtige Aufgabe dieses Gäu-Quadrats erfüllt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was heißt „im Grunde“?)

Jetzt wird erst einmal richtig bekannt gemacht, was das Gäu-Quadrat eigentlich ist. 26 Gemeinden, sechs Kreise, vier Regionen und alle vier Regierungsbezirke sind hier betroffen. Es geht um Große Kreisstädte wie Rottenburg, Herrenberg, Nagold, aber auch um mittlere und kleinere Gemeinden und Städte wie Gärtringen, Sulz, Haigerloch oder auch um ganz kleine Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern wie Hirrlingen, Simmersfeld und Rohrdorf.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Simmersfeld! – Abg. Thomas Blenke CDU: Von überall vom Land aus zu sehen!)

– Simmersfeld ist auch aus einem anderen Zusammenhang heraus bekannt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was ist mit denen, die ihr nicht aufgezählt habt? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Die gibt es auch!)

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses war, glaube ich, auch schon dort.

(Zurufe: Ja!)

Meine Damen und Herren, es geht hier – es ist wichtig, das festzuhalten – um einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Es gibt hier gemeinsame Interessen, die auch gemeinsam verfolgt werden. Ich kann nur stichwortartig einige

Themen nennen. Dazu gehören natürlich der Verkehr, die Bildung, die Lehrerversorgung – das ist gar nicht so einfach –, Angebote für junge Leute, um junge Leute in dieser Region zu halten, für Auszubildende, für Fachkräfte. Es geht insgesamt um das Thema „Wirtschaftliche Entwicklung“. Es geht auch um das Thema Tourismus. Dazu muss man ganz klar sagen, dass das Gäu-Quadrat gerade da hervorragende Werte vorzuweisen hat. Wir haben z. B. bei den ausländischen Gästen in den letzten zehn Jahren ein Plus von 48 %.

Ich glaube, wichtig ist noch, zu erwähnen, dass es natürlich eine wichtige ÖPNV-Aufgabe gibt, nämlich die Gäubahn Stuttgart–Singen. Sie ist jetzt dank der Landesregierung im Vordringlichen Bedarf.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir glauben, dass wir darüber eine bessere Verbindung bekommen, die dieser Region bis tief hinein in den Kreis Böblingen und in die Region Stuttgart helfen wird.

Ein letzter Punkt von meiner Seite ist ein kleines Leuchtturmprojekt, nämlich das Jugendforschungszentrum Schwarzwald-Schönbuch

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

mit Sitz in Nagold – inzwischen gibt es auch in Herrenberg ein Jugendforschungszentrum –, um Ingenieurkräfte in dieser Region zu halten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Tolle Sache! Tolles Projekt!)

Dort wird sehr viel getan, und es ist gut, dass über diese Große Anfrage der FDP/DVP-Fraktion hier im Landtag darüber berichtet wird.

Kurz und knapp: Meine Damen und Herren, hier geht es um ein starkes Stück Baden-Württemberg. Das Gäu-Quadrat, um es mit einer Firma aus meinem Wahlkreis zu sagen, ist quadratisch, praktisch, gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Trauben Nuss! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Wie kannst du zu ihm „taube Nuss“ sagen? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die Wahlkampfspende teilen wir dann!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo für die Fraktion der SPD.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Gäu-Quadrat sind im Grunde genommen vier Mittelbereiche, repräsentiert durch vier Große Kreisstädte, die bei etwas Fantasie eine Art Quadrat bilden. Die Stadtkerne liegen nur 15 bis 20 km voneinander entfernt. Deshalb gibt es dort viele nachbarschaftliche Überschneidungen: Pendler, Einzelhandelsbereiche, Schul- und Fachschulfunktionen, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vieles andere.

Diese vier Raumschaften oder Städte und Mittelbereiche sind überdies zentral im Land gelegen, aber der Raum in der Mitte zwischen diesen vier ist durch Verwaltungsgrenzen zerteilt. Unsere vier nachbarschaftlichen Mittelbereiche gehören

(Dr. Rainer Prewo)

vier Regierungsbezirken, sechs Kreisen und mehreren Regionen an. In ihren vier Verwaltungsräumen liegen die vier Städte jeweils ganz am Rand; im Land aber liegen sie zentral, eben dort, wo die Regierungsbezirke zusammenstoßen.

In einer solchen Situation gibt es natürlicherweise ein großes Gebot der Zusammenarbeit: Verkehrspolitik, Freiraumplanung, Siedlungsraumplanung, Wirtschaftsförderung bis hin zur kommunalen Kulturpolitik. Die Schwierigkeit dabei ist: Es gibt keine politisch administrative Plattform der Zusammenarbeit. Die handelnden Personen gehören verschiedenen Kreistagen, verschiedenen Regionalverbänden und verschiedenen Städten an; die Aufsichtsfunktionen werden von verschiedenen Raumordnungsbehörden wahrgenommen usw.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist schwierig!)

Die Zusammenarbeit an dieser – wie ich es einmal getauft habe – Schweißnaht des Landes liegt selbstverständlich im Interesse des Raumes – der Städte und Gemeinden –, aber sie liegt auch im Interesse des Landes. Ich erinnere mich noch sehr gut: Als ein neuer Straßenzug gebaut werden sollte, der sich jeweils nur ein paar Kilometer über drei Regierungsbezirksbereiche hinweg zieht, war es lange Zeit unmöglich, zu klären, wer das eigentlich zahlen muss, weil bei uns die Mittel auf die Regierungspräsidien heruntergebrochen werden,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wer plant?)

bis seinerzeit am Ende Ministerpräsident Teufel ein Machtwort gesprochen hat, wer die Planfeststellungsfunktion übernehmen soll und wie die Kosten aufzuteilen sind. Das war sehr schwierig.

Das Gäu-Quadrat gibt es seit dem Jahr 1996. Damals sind die Oberbürgermeister dieser vier Städte im Schützenhaus in Bondorf zusammengekommen,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da war ich auch schon einmal! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Aber nicht als Oberbürgermeister!)

übrigens auf Anregung unserer Kollegin Kipfer, die diese Oberbürgermeister damals eingeladen hat.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist sie jetzt?)

In dieser Runde ist damals auch der Begriff „Gäu-Quadrat“ entstanden. Man hat eine Art Rütli Schwur zur Zusammenarbeit über die bürokratischen Grenzen hinweg gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

Was ist dabei herausgekommen? Herausgekommen ist, dass die sensiblen Beamten des Wirtschaftsministeriums – das muss ich wirklich sagen –

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

den Ball aufgenommen haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Damals!)

– Damals, ja.

(Abg. Walter Heiler SPD zu CDU und FDP/DVP: Da wart ihr noch gar nicht dabei! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: 1996, doch!)

Der damalige Regionaldirektor des Verbands Region Stuttgart, Herr Dr. Steinacher, hat das aufgegriffen. So ist das in den Landesentwicklungsplan hineingekommen. Aber dort steht eben nur drin, diese Städte hätten aufgrund ihrer Lage im Land eine besondere Entwicklungsaufgabe. Punkt. So war es denn auch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Stimmt auch!)

Bis heute gibt es hierfür nicht einmal ein Sekretariat. Es gibt überhaupt keine logistisch feste Organisationsform,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hauptsache, es funktioniert!)

sondern es ist ein rein informelles Städtetzwerk. Es könnte Modellcharakter für das Land haben. Es funktioniert auf dieser Ebene des informellen Netzwerks: Man kommt einmal im Jahr zusammen, bringt Arbeitsgruppen zusammen und ein paar wenige Ergebnisse. Aber es ist natürlich keine durchschlagende Kooperation. Da sind die Loyalitäten in den Territorien – das kennen wir von kommunalen Körperschaften – letzten Endes häufig zu zentrifugal.

Die interessante Frage wäre, wie man ein solches Städtetzwerk, das an anderer Stelle – vielleicht sogar länderübergreifend; ich denke etwa an den Rhein-Neckar-Bereich – Modellcharakter haben könnte, von Landesseite her begleiten könnte. Ich stehe nicht an, die Initiative des damaligen Kollegen Theurer in diesem Punkt zu loben. Mir scheint es sinnvoll, die Initiative an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, um dieses Thema dort einmal zu diskutieren. Denn das kann man in einer Plenarsitzung schlechterdings eigentlich nicht adäquat machen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich rege daher an, so zu verfahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich, ehrlich gesagt, ein bisschen gefragt, was wir heute Abend zu später Stunde noch mit der Altlast von Herrn Theurer anfangen sollen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt weiß ich es. Denn meine Vorredner haben ja deutlich ausgedrückt, welche Vorzüge und Besonderheiten das Gäu-Quadrat hat.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Man lernt stündlich dazu!)

(Dr. Bernd Murschel)

Ich möchte das noch etwas anders pointiert beleuchten und auch der Frage nachgehen: Was war bzw. ist das Gäu-Quadrat eigentlich mehr als eine Marketinginitiative?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ist das schlecht?)

– Es geht nicht um die Frage, ob es schlecht ist. Es geht darüber hinaus.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wesentlich!)

Der ursprüngliche Ansatz war ja ein weiter gehender.

Ich habe einen Teil des Gäu-Quadrats in meinem Wahlkreis. In meinem Wahlkreis beginnt das Gäu-Quadrat in Herrenberg, also im Grunde genommen dort, wo der bei Böblingen und Sindelfingen häufige Stau aufhört, nämlich nach dem Schönbuchstunnel, im Bereich Herrenberg/Ammerbuch. Da beginnt eigentlich für mich das Gäu-Quadrat. Also: Freie Fahrt für freie Bürger!

(Beifall der Abg. Hagen Kluck und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut! Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mit hervorragendem Ausblick!)

Insofern deckt sich das auch aufgrund der Räumlichkeit mit der Großen Anfrage der FDP/DVP.

Was unterscheidet eigentlich das Gäu-Quadrat von anderen Regionen? Das ist doch der springende Punkt. Wenn man aus der Antwort auf eine solche Anfrage etwas an Informationen herausziehen will, dann sicherlich die vielen Zahlen, die hier drinstehen, aber dann bitte schön diejenigen, die vom Landesdurchschnitt abweichen. Was weicht vom Landesdurchschnitt ab? Wo gibt es die gravierendste Abweichung des Gäu-Quadrats vom Landesdurchschnitt?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sagen Sie es uns!)

Der Siedlungsverbrauch für Gewerbe- und Industrieflächen ist dreimal so hoch wie im Durchschnitt von Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die hatten Nachholbedarf! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So aktive Bürgermeister wie Herr Dr. Prewo!)

Wer in den letzten Jahren regelmäßig dort vorbeigefahren ist, z. B. in Richtung Bodensee, hat gesehen, wie diese Landschaft Jahr für Jahr sukzessive ihr Gesicht verändert hat. Die Kirchtürme sind kaum mehr erkennbar. Übrig bleiben große zersiedelte Landschaften und Gewerbegebiete. In der Drucksache werden sehr viele genannt. Es gibt keine andere Region in Baden-Württemberg, die so viel Industrie- und Gewerbeflächenpotenzial im Voraus ausgewiesen hat. Es steht noch ein Potenzial von 375 ha zur Verfügung.

Die Gäu-Landschaft ist eine Grenzlandschaft. Sie besteht aus guten Ackerböden, durchaus auch Lössböden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dort gab es doch Konversionsflächen!)

Bei den guten Böden sind deutliche Verluste zu verzeichnen. Der Verlust an wertvollen Ackerböden ist überproportional höher als im Durchschnitt des Landes. Auch das steht in der Drucksache.

In der Pressemeldung des Landesnaturschutzverbands von vorgestern wird beklagt, die Streuobstbestände in Baden-Württemberg seien stark rückläufig und am größten sei der Rückgang der Streuobstbestände in den Gäu-Landschaften, also im Gäu-Quadrat. Wenn man also eine Botschaft senden möchte, dann muss diese Botschaft lauten: Geht sorgfältig mit euren Flächen um. Geht endlich auch einmal in dieser Raumschaft entsprechend dem Ansatz des Nettonullflächenverbrauchs vor.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Walter Heiler SPD: Von den Grünen waren alle ruhig! Die Grünen haben sich ruhig verhalten!)

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Ich habe meinen Kollegen gesagt, dass sie die Reden schriftlich bekommen, wenn sie jetzt nicht anwesend sind.

Entwickelt bitte schön ein neues Konzept für den Aufbau eines Biotopverbunds. Dieses ist dringend notwendig.

Die Infrastruktur ist mehrfach angesprochen worden. Die Infrastruktur betrifft aus meiner Sicht bzw. aus grüner Sicht nicht den Straßenbau. Denn in der Drucksache steht, dass dieser im Vergleich zu Baden-Württemberg insgesamt durchschnittlich ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir brauchen aber die Bahnquerverbindung Herrenberg–Nagold. Ich bin auch der Auffassung, dass der zweigleisige Ausbau der Gäubahn der Raumschaft sehr viel bringen kann. Mit Stuttgart 21 wird es etwas schwieriger. Das werden wir dann aber sehen.

Der Wiederaufbau der Schwarzwaldbahn, also der Verbindung Weil der Stadt–Calw, ist sehr wichtig und muss vorangetrieben werden. Herr Nemeth, das ist im Kreistag auch positiv beschieden worden. Zudem ist mit Zahlen hinterlegt worden, dass sich das auch wirtschaftlich trägt. Im Bereich der Infrastruktur gibt es also einiges zu tun, was wir gern mit unterstützen.

Vielen Dank.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bitte, bitte!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt das Unterländer-Dreieck!)

Staatssekretär Richard Drautz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Nachdem ich die Diskussion verfolgt habe, muss ich sagen, dass das Gäu-Quadrat, das in alle Regierungsbezirke hineinreicht, ein zen-

(Staatssekretär Richard Drautz)

trales Gebiet in Baden-Württemberg darstellt. Deshalb möchte ich es nicht versäumen, auch zu sagen, dass es natürlich im Herzen Baden-Württembergs liegt, nämlich mittendrin.

(Abg. Walter Heiler SPD: Um nicht zu sagen: Euro-pas!)

Trotzdem liegt es am Rand der Verwaltungsgrenzen der verschiedenen Regierungspräsidien. Das Gäu-Quadrat liegt an der Schnittstelle von den vier Regierungsbezirken, von vier Regionen und sechs Landkreisen.

Diese Situation ist verwaltungsmäßig einmalig. Sie führt zu besonderen Anforderungen an die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg, über Gemeinde-, Kreis- und Regionsgrenzen hinweg.

Der Landesentwicklungsplan 2002 hat deshalb besondere Entwicklungsaufgaben für diesen Raum festgelegt. Es geht dabei darum, die überörtliche Zusammenarbeit zu stärken und die regionalen Kräfte zu bündeln. Dazu wurde 2004 das „Forum Gäu-Quadrat“ eingerichtet. Es bildet die organisatorische Plattform für die regionsübergreifende Kooperation im Gäu. In ihm arbeiten 26 Städte und Gemeinden sowie vier Regionalverbände zusammen.

Meine Damen und Herren, die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt, dass das Gäu-Quadrat mit dieser Zusammenarbeit auf einem guten Weg ist. Das Gäu-Quadrat wies in den letzten Jahren eine hohe Entwicklungsdynamik auf. Die dortige Bevölkerungszahl nahm zwischen 1997 und 2007 wesentlich stärker zu als im gesamten Land. Die Zahl der Arbeitsplätze nahm sogar mehr als doppelt so stark wie im Landesdurchschnitt zu.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Dank der Gewerbeansiedlung, die ihr kritisiert habt!)

Auch im Tourismus gab es Zuwächse bei den Übernachtungs- und Gästezahlen. Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung sind eine leistungsfähige Verkehrsanbindung und intensive Kooperationen von zentraler Bedeutung. Im Straßenverkehr ist das Gäu-Quadrat über die A 81 in Nord-Süd-Richtung gut angebunden. Die West-Ost-Verbindung wird mit der geplanten neuen Führung der B 28 a zwischen Freudenstadt und Tübingen zu einer neuen Hochbrücke über das Neckartal bei Horb kräftig und stark verbessert werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da schau her!)

Für die Schienenanbindung ist der Ausbau der Gäubahn von zentraler Bedeutung. Die Landesregierung hat erreicht, dass dieser Ausbau als neues Vorhaben des Vordringlichen Bedarfs in den Bedarfsplan für die Bundesschienenwege aufgenommen wurde. Der Ausbau umfasst verschiedene Abschnitte, die zweigleisig ausgebaut werden, und Beschleunigungsmaßnahmen. In einem ersten Schritt soll ein Abschnitt zwischen Horb und Neckarhausen zweigleisig ausgebaut werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Prima!)

Der öffentliche Personennahverkehr im Gäu-Quadrat wird durch fünf Verkehrsverbünde geprägt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja, das ist ein Problem! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Deren Vernetzung nimmt zwar schrittweise zu, Frau Berroth, aber die Kooperation könnte weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, aus der Beantwortung der Großen Anfrage gehen die Fortschritte bei der Zusammenarbeit im Gäu-Quadrat deutlich hervor. Vor allem die Zusammenarbeit im „Forum Gäu-Quadrat“ hat maßgeblich zu der verstärkten Kooperation über die Gemeindegrenzen hinweg beigetragen.

Zunehmend erfolgt auch eine projektbezogene Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Gewerbestandorten. Als Beispiel ist das interkommunale Industriegebiet, der Industriepark Nagold Gäu, bei der ehemaligen Eisbergkaserne am Standort Nagold/Jettingen, zu nennen.

Durch die Regionalplanung ist das Gäu-Quadrat auch in die regionsübergreifende Kooperation mit der Metropolregion Stuttgart eingebunden. Bei dieser großräumigen Kooperation geht es um Fragen, die auch für das Gäu-Quadrat wichtig sind. Dabei sind z. B. die Einführung eines Metropoltickets oder die Erarbeitung einer Logistikkonzeption zu erwähnen.

Ich möchte abschließend festhalten: Die kommunalen und regionalen Akteure im Gäu-Quadrat tragen durch eine enge Zusammenarbeit erfolgreich zur Überwindung der verwaltungsmäßigen Grenzen bei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Zusammenarbeit greift und trägt Früchte. Das Gäu-Quadrat ist auch deshalb ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort mit hoher Entwicklungsdynamik und guten Zukunftsperspektiven.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! Dieses Quadrat ist einfach eine runde Sache!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich erteile Frau Abg. Berroth das Schlusswort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Meine Damen und Herren! Wie versprochen, jetzt noch zu den Notwendigkeiten, das heißt zu den weiteren Entwicklungsaufgaben. Herr Kollege Dr. Murschel, ich hoffe, Sie haben aus den Worten des Herrn Staatssekretärs deutlich gehört, dass es sich mitnichten um eine Marketinginitiative handelt, sondern dass weit mehr, vor allem planerisches Zusammenwirken eine wesentliche Grundlage gelegt hat.

Vielleicht darf ich Ihnen auch noch ein bisschen Nachhilfe zu Ihrem und meinem Wahlkreis geben. Es handelt sich im Gäu-Quadrat nicht nur um die wunderbaren Lössböden, die man als Korngäu kennt. Auch das Heckengäu gehört zum Gäu-Quadrat. Sie wissen vielleicht: Das Heckengäu ist auf Teufels Hirnschale, weil dort fast gar nichts wächst.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Deshalb habe ich auch differenziert! Wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie es!)

(Heiderose Berroth)

Da wachsen Schlehenhecken und Ähnliches. Das ist wirklich kein guter Ackerboden für eine landwirtschaftliche Nutzung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau! Heckenbeerenfest!)

Das weiß ich aus eigener Erfahrung, weil ich auf solchen Äckern schon als Kind Steine zusammengesammelt habe. Da gibt es wirklich Heckenbeerenfeste, Schlehenlikör und alles Mögliche.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Könnten Sie uns eine Liste machen, was es da alles gibt?)

Und was mir immer das Liebste ist – aus meinem Vornamen leitet sich als Spätform die Hagebutte ab –: Die Hagebutte haben wir im Heckengäu auch reichlich.

Was wir im Gäu-Quadrat noch brauchen ist ein übergreifendes Verkehrskonzept, welches das Ganze zusammenbindet. Das ist zwar angedacht, aber planerisch noch nicht fixiert. Da haben wir ein Umsetzungsdefizit. Wie bereits mehrfach anklang, müssen wir auch den Flickenteppich bei den Verkehrsverbänden endlich zu einem wunderbaren künstlerischen Bild verweben, sodass man ohne Probleme von einem in den anderen Verbund kommt, dass man nicht mehr schauen muss, ob man für den Hund im einen Verbund etwas bezahlen muss und im anderen nicht und bis zu welchem Alter man im einen Verbund noch als Kind gilt, im anderen aber vielleicht schon nicht mehr, oder Ähnliches.

Das wichtigste Verkehrsvorhaben ist mit Sicherheit der Ausbau der A 81. Auch wenn die schlimmen Punkte nur im Kreis Böblingen liegen, leidet natürlich der gesamte Bereich Gäu-Quadrat darunter, wenn zwischen Stuttgarter Kreuz und Herrenberger Tunnel täglich mehrfach ein Stau entsteht. Deshalb wird der Ausbau wichtig für die Entwicklung der gesamten Region sein.

Genauso wichtig ist es, dass bei der Gäu-Neckar-Bodensee-Bahn, wie sie ausführlich heißt, endlich die Modernisierung angepackt wird. Da sind die EU und der Bund gefragt. Ich möchte ausdrücklich lobend erwähnen, welche hervorragende Vorarbeit der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg geleistet hat, der planerisch in Vorgriff getreten ist, wodurch wir sicherlich eher die Chance haben, weitermachen zu können, und dass dieser Ausbau kommt.

Geprüft werden muss eine Weiterentwicklung im Bereich Wissenschaft. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass es eine weitere Außenstelle einer Dualen Hochschule gibt, z. B. für den Sozialbereich im Raum Herrenberg. Das wäre etwas, was es in dieser Gegend überhaupt noch nicht gibt und was Entwicklungsfähigkeit bedeutet.

Das Jugendforschungsprojekt ist vom Kollegen Nemeth zu Recht angeführt worden. Auch das sind wesentliche Entwicklungen, gerade um für die Jugend dort etwas voranzubringen.

In der Antwort der Landesregierung steht, für ein Gründerzentrum im Bereich Forst und Holz wäre das Gäu-Quadrat –

ich zitiere – „prädestiniert“. Dann sollten wir das auch dringend machen.

Zum Streuobst, Herr Kollege Dr. Murschel: Ja, das Gäu ist um Herrenberg herum vor allem auch eine Zwetschgengende.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, wunderbar! Und Apfelgegend! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das sind aber runde Sachen!)

– Ja, auch eine Apfelgegend. Wenn Sie in den letzten Jahren verfolgt haben, welche Schwierigkeiten es inzwischen bei der Vermarktung gibt, dann können Sie jedoch wie ich nachvollziehen, dass es Menschen gibt, die das zu diesen Bedingungen nicht weiter pflegen. Wenn Sie mehr Arbeit hineinstecken, als Sie als Erlös herausbekommen, dann wird es irgendwann schwierig. Die Leute, die das noch machen, sterben leider so langsam aus. Das liegt aber nicht daran, dass etwas zugebaut worden wäre, sondern das liegt an den wirtschaftlichen Verhältnissen, weil vielleicht zu wenige heimisch angebautes Obst zu schätzen wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Tourismus ist – es wurde angesprochen – noch entwicklungsfähig. Er ist von niedrigem Niveau aus gestartet; inzwischen gibt es hierzu aber einige Aktivitäten, die für die nächsten Jahre geplant sind, so im Jahr 2011 das Grünprojekt in Horb, im Jahr 2012 die Gartenschau in Nagold und im Jahr 2013 die Heimattage im Neckar-Erlebnistal. Hierzu haben sich die Gemeinden Sulz, Horb, Rottweil, Starzach und Eutingen im Gäu zusammengeschlossen.

Ein umfassendes, regionsübergreifendes Gewerbeflächenmanagement ist bisher erst in Ansätzen vorhanden und muss weiterentwickelt werden.

Zusammenfassend regen wir an, dass die Regionalverbände durch die Landesregierung verpflichtet werden, in Grenzlagen verstärkt übergreifend zu planen und die Umsetzung dann auch zu unterstützen. Für alle, die daran positiv mitwirken, organisieren wir dann gern – Kollege Nemeth wird sich sicher beteiligen – Sport-Schokolade aus Waldenbuch.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war jetzt der Werbeblock! – Abg. Reinhold Gall SPD: Können Sie mir schon morgen etwas mitbringen? – Unruhe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich hätte gern Rum Trauben Nuss!)

Das Gäu-Quadrat ist ein hervorragendes Beispiel, Herr Kollege Dr. Prewo, wie völlig ohne staatlichen Zwang, ohne Gesetzgebung und Verordnung freiwillige Zusammenarbeit funktioniert. Es ist erstaunlich, was man da auch ohne ein eigenes Sekretariat alles zusammenbringt.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Es gibt übrigens noch eine sehr schöne Initiative, die leider im letzten Jahr mangels Ehrenamtlicher ausgefallen ist: Zwischen diesen Schützenhäusern, von denen Sie sprachen, findet im Sommer, wirklich das Gäu-Quadrat verbindend, eine

(Heiderose Berroth)

Radrundfahrt unter dem Motto „Fahr Rad und schieß!“ statt, die auch die Regierungsbezirksgrenzen überschreitet.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Rundfahrt im Quadrat!)

Wenn diese Veranstaltung wieder einmal stattfindet, was wir hoffen, lade ich Sie alle ein, da miteinander loszuziehen.

Zunächst einmal gilt jedoch mein herzlicher Dank allen, die bis zu diesem letzten Tagesordnungspunkt hiergeblieben sind. Einen schönen Abend!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Paul Nemeth und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch Ehrensache! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sonst wäre uns ja auch etwas entgangen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 12 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 26. November 2009, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ebenfalls, Frau Präsidentin!)

– danke schön – und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:07 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen/Gremien

Ausschuss/Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Wirtschaftsausschuss	ordentliches Mitglied	Haas	Krögner
Umweltausschuss	stellvertretendes Mitglied	Haas	Krögner
Sozialausschuss	stellvertretendes Mitglied	Haas	Krögner
Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Haas	Krögner
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Haas	Krögner
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied	Haas	Krögner
Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“	externes ordentliches Mitglied externes stellvertretendes Mitglied	Dr. Rapp von Wartenberg	von Wartenberg Dr. Rapp

25. 11. 2009

Claus Schmiedel und Fraktion